

Stenographischer Bericht

64. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XIV. Gesetzgebungsperiode – 19. Oktober 2004

Inhalt:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Herberstein-Förderungen.

Begründung der Dringlichen Anfrage: Abg. Kröpfl.

Beantwortung der Dringlichen Anfrage: Landeshauptmann Klasnic.

Redner: Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Prattes, Abg. Riebenbauer, Abg. Zierler, Abg. Böhmer, Abg. Kasic, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Hagenauer, Abg. Dr. Rauch, Abg. Mag. Drexler, Abg. Kröpfl.

Beschlussfassung.

1. Zuweisungen, Bekanntgabe von Anträgen und Mitteilungen.
2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1964/1, betreffend den Wirtschaftsbericht und Arbeitsförderungsbericht 2003.
Berichterstatter: Abg. Kasic.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 5.
Beschlussfassung.
3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1711/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Frauenbeschäftigungsprogramm.
Berichterstatterin: Abg. Lechner-Sonnek.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 5.
Beschlussfassung.
4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1689/2, zum Beschluss Nr. 1302 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner und List, betreffend Schaffung einer Homepage mit dem in der Steiermark vorhandenen Angebot an freien Lehrstellen.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 5.
Beschlussfassung.
5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1919/2, zum Beschluss Nr. 1451 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfl und Halper, betreffend gerechtere Zugangsbedingungen zu Bildungsförderungen mittels Bildungsscheck.
Berichterstatterin: Abg. Halper.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 2 bis 5: Abg. Gennaro, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Margarethe Gruber (4113), Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa, Abg. Zierler, Abg. Detlef Gruber), Abg. Mag. Zitz, Abg. Schleich, Abg. Gross, Abg. Kasic, Abg. Bacher, Abg. Bittmann, Abg. Mag. Koller, Abg. Köberl, Abg. Wiedner, Abg. Bittmann, Abg. Gennaro, Abg. Hagenauer, Abg. Böhmer, Abg. Wiedner, Landesrat DDr. Schöpfer.
Beschlussfassung.
6. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1974/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2004 über den Stand der Europäischen Integration.
Berichterstatter: Abg. Majcen.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 7.
Beschlussfassung.
7. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 1678/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Verankerung des Tourismus im Aufgabenkatalog der EU.
Berichterstatter: Abg. Lafer.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 6 und 7: Abg. Dipl.-Ing. Grabner, Abg. Majcen, Abg. Hagenauer, Abg. Lafer.
Beschlussfassung.
8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1961/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2003.
Berichterstatter: Abg. Gangl.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.

9. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1853/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Klimaschutz und Wohnbauförderung.
Berichterstatte(r)in: Abg. Lechner-Sonnek.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
10. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1799/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Förderung der Umstellung von Kohleheizungen.
Berichterstatte(r)in: Abg. Lechner-Sonnek.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 11.
Beschlussfassung.
11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1760/1, der Abgeordneten Prattes und Halper, betreffend Maßnahmen gegen Umweltbeeinträchtigungen durch Oster- und andere Brauchtumsfeuer.
Berichterstatte(r)in: Abg. Halper.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 8 bis 11: Abg. Petinger, Abg. Ferstl, Abg. Gangl, Abg. Lechner-Sonnek, Abg. Majcen, Abg. Halper, Abg. Rieser, Abg. Mag. Zitz, Abg. Gödl, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Landesrat Seitinger.
Beschlussfassung.
12. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 763/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der steirischen Bauwirtschaft.
Berichterstatte(r): Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Petinger.
Beschlussfassung.
13. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1675/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Förderung für den Einbau von Hausalarmanlagen.
Berichterstatte(r): Abg. Wiedner.
Redner: Abg. Petinger, Abg. Wiedner.
Beschlussfassung.
14. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1959/1, Beilage Nr. 217, Gesetz, mit dem das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat geändert wird.
Berichterstatte(r): Abg. Mag. Drexler.
Beschlussfassung.
15. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1942/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Böhmer und Dr. Rauch, betreffend Landesausstellung im „oekopark“ in Hartberg.
Berichterstatte(r): Abg. Riebenbauer.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 16.
Beschlussfassung.
16. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1943/1, der Abgeordneten Gödl, Mag. Lackner, Dr. Rauch, Dr. Reinprecht und Kasic, betreffend Landesausstellung im Bezirk Graz-Umgebung.
Berichterstatte(r): Abg. Gödl.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16: Abg. Böhmer, Abg. Mag. Zitz, Abg. Mag. Lackner, Abg. Zierler, Abg. Dr. Reinprecht, Abg. Riebenbauer, Abg. Gödl, Abg. Dipl.-Ing. Wöhry, Abg. Breithuber, Abg. Mag. Zitz.
Beschlussfassung.
17. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2004/1, betreffend Überprüfung des Clubhotels Thermenblick GmbH.
Berichterstatte(r): Abg. Prattes.
Beschlussfassung.
18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1967/1, betreffend Generalsanierung des Hauses Burggasse 2 – Haus der Landes-EDV (Fachabteilung 1B – Informationstechnik) gemäß Amtsgebäudekonzept neu; Einräumung eines Baurechtes an die Landes-Immobilien-gesellschaft mbH., Generalsanierung des Gebäudes mit Gesamtkosten von brutto rund 171.576,24 Euro inklusive Umsatzsteuer ab voraussichtlich 1. Jänner 2007 (ab dem elften Verrechnungsjahr 142.980,20 Euro) auf eine Laufzeit von 33 Jahren.
Berichterstatte(r): Abg. Tschernko.
Beschlussfassung.

19. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1591/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Cross-Border-Leasing.
Berichterstatterin: Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1763/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Kröpfl, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend die Erarbeitung eines neuen „Steirischen Gesamtverkehrsprogrammes“.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 27.
Beschlussfassung.
21. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1764/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Kröpfl, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend Erstellung eines steirischen Verkehrssicherheitsprogramms.
Berichterstatter: Abg. Schrittwieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 27.
Beschlussfassung.
22. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1664/1, der Abgeordneten Hagenauer, Schrittwieser, Lechner-Sonnek, Breithuber, Petinger, Mag. Zitz und Prattes, betreffend geplante Kürzung der Nahverkehrsförderung durch den Bund.
Berichterstatterin: Abg. Mag. Zitz.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 27.
Beschlussfassung.
23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1515/3, zum Beschluss Nr. 1156 des Steiermärkischen Landtages vom 30. September 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Rieser, Dietrich und Margarethe Gruber, betreffend Maßnahmenkatalog für die B 78, Obdacher Straße.
Berichterstatter: Abg. Rieser.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 27.
Beschlussfassung.
24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1976/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Preding“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 27.
Beschlussfassung.
25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1977/1, betreffend Grundeinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Hausmannstätten“ der Landesstraße B 73, Kirchbacher Straße.
Berichterstatter: Abg. List.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 27.
Beschlussfassung.
26. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1987/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Passhammerbrücke“ der Landesstraße L 534, Strettweger Straße.
Berichterstatter: Abg. List.
Redner: Siehe Tagesordnungspunkt 27.
Beschlussfassung.
27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1979/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Preding“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.
Berichterstatter: Abg. Wiedner.
Redner zu den Tagesordnungspunkten 20 bis 27: Abg. Prattes, Abg. Erwin Gruber, Abg. Ing. Ober, Abg. Schrittwieser, Abg. Breithuber, Abg. Wiedner, Abg. Hagenauer.
Beschlussfassung.
28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1631/2, zum Beschluss Nr. 1236 des Steiermärkischen Landtages vom 2. Dezember 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Petinger und Gennaro, betreffend Richtlinien für die steirische PendlerInnenbeihilfe ab dem Budgetjahr 2005.
Berichterstatter: Abg. Gennaro.
Beschlussfassung.

29. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1962/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das Kompetenznetzwerk RENET Austria „Energie aus Biomasse“ für den Kompetenzknoten „Energie aus Biogas“ Hartberg.
Berichtersteller: Abg. List.
Redner: Abg. Ing. Ober, Abg. Böhmer.
Beschlussfassung.
30. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1690/2, zum Beschluss Nr. 1303 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung.
Berichterstellerin: Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
31. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1583/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend schulärztliche Untersuchungen.
Berichterstellerin: Abg. Lechner-Sonnek.
Beschlussfassung.
32. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1679/1, der Abgeordneten Graf und List, betreffend Errichtung eines Schulsportdachverbandes für die Steiermark.
Berichtersteller: Abg. List.
Beschlussfassung.
33. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1670/2, zum Beschluss Nr. 1345 des Steiermärkischen Landtages vom 23. März 2004 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Koller, Detlef Gruber und Tschernko, betreffend Führungen für Gehörlose bei der Landesausstellung 2004 und Ausbau einiger Zimmer im Bildungshaus Retzhof für Gehörlosenseminare.
Berichterstellerin: Abg. Wicher.
Rednerin: Abg. Wicher.
Beschlussfassung.
34. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1974/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 2004).
Berichtersteller: Abg. Dirnberger.
Beschlussfassung.
35. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1965/1, betreffend Neubau des Geriatriischen Krankenhauses II der Stadt Graz.
Berichterstellerin: Abg. Gross.
Redner: Abg. Hammerl, Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder.
Beschlussfassung.
36. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1050/2, zum Beschluss Nr. 763 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege.
Berichterstellerin: Abg. Graf.
Rednerin: Abg. Graf.
Beschlussfassung.
37. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1939/1, der Abgeordneten Mag. Lackner, Böhmer, Lafer und Lechner-Sonnek, betreffend Gleichbehandlung von Bundes- und LandesärztInnen.
Berichterstellerin: Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
38. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1669/1, der Abgeordneten Hammerl, Tschernko und Wicher, betreffend Einkommenssituation der Menschen mit Behinderung in der Steiermark.
Berichterstellerin: Abg. Wicher.
Redner: Abg. Wicher, Landesrat Dr. Flecker, Abg. Graf.
Beschlussfassung.
39. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1815/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Dirnberger und Tschernko, betreffend Pilotprojekt „betreutes Wohnen“.
Berichtersteller: Abg. Hammerl.
Redner: Abg. Hammerl.
Beschlussfassung.

40. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1960/1, betreffend die Sanierung der Team Styria Werkstätten GmbH.
Berichterstatlerin: Abg. Gross.
Beschlussfassung.
41. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1929/1, über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003.
Berichterstatler: Abg. Ferstl.
Redner: Abg. List, Abg. Bacher, Abg. Hagenauer, Abg. Mag. Lackner, Abg. Dietrich, Abg. Mag. Lackner.
Beschlussfassung.
42. Antrag, Einl.-Zahl 1982/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses „Ortserneuerung-Sonderförderung“.
Redner: Abg. Dietrich (4212), Abg. Tasch.
Beschlussfassung.
43. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1945/1, der Abgeordneten Zierler und Lafer, betreffend Begleitung von Kindern im Krankenhaus.
Berichterstatlerin: Abg. Zierler.
Redner: Abg. Zierler, Abg. Hamedl, Abg. Mag. Lackner, Abg. Mag. Drexler, Landesrat Mag. Erlitz.
Beschlussfassung.

Beginn der Sitzung um 10.05 Uhr.

Präsident Purr: Hohes Haus!

Heute findet die 64. Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der XIV. Gesetzgebungsperiode statt.

Ich begrüße alle Erschienenen, im Besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt hat sich niemand.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht gegen die Tagesordnung ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Hohes Haus, verehrte Damen und Herren!

Landtagsabgeordnete a. D. Hella Lendl ist am 30. September 2004 in ihrem 100. Lebensjahr verstorben.

Hella Lendl wurde am 3. Februar 1905 als Tochter des Eisenbahners Johann und der Luise Zwerschitz in Mürzzuschlag geboren. Sie besuchte sechs Klassen Volks- und zwei Klassen Bürgerschule.

Mit 16 Jahren trat Hella Lendl als Lehrling in die Konsumgenossenschaft Mürzzuschlag ein.

Hella Lendls einziger Sohn wurde 1941 geboren.

Im Jahre 1945 wurde Hella Lendl als Funktionärin in die Sozialistische Partei berufen.

Zugleich wurde sie in den Steiermärkischen Landtag entsandt. Hella Lendl war von 1945 bis 1970 Mitglied unseres Hauses. Dort übte sie die Funktion des Obmanns im Sozial-Ausschuss sowie der Obmannstellvertreterin im Wirtschafts-Ausschuss aus. Weiters war sie Mitglied im Wohnungs-Ausschuss sowie im Schul-Ausschuss.

Darüber hinaus war Landtagsabgeordnete Lendl in der Zeit von 1946 bis 1970 in der Kommunalpolitik sowohl auf Gemeinderats- als auch auf Stadtratsebene tätig.

1960 erhielt Landtagsabgeordnete a. D. Hella Lendl für ihre besonderen Verdienste um die Republik Österreich das Goldene Ehrenzeichen, zehn Jahre später erhielt sie den Ehrenring der Stadt Mürzzuschlag.

Hohes Haus!

Namens des Steiermärkischen Landtages und in eigenem Namen danke ich Hella Lendl für die erbrachte Lebensleistung im Interesse des Landes Steiermark und der Republik Österreich.

Der Steiermärkische Landtag wird der Verstorbenen stets ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke für die Kundgebung der Trauer.

Ich möchte auf ein historisches Datum hinweisen:

Am 26. September 1904 sind erstmals zwei sozialdemokratische Abgeordnete in den Steiermärkischen Landtag eingezogen.

Johann Resel und Dr. Michael Schacherl.

Johann Resel wurde am 20. September 1904 in Graz mit großer Mehrheit gewählt. Er war von Beruf Redakteur der Zeitung „Arbeiterwille“.

Dr. Michael Schacherl wurde im Bezirk Leoben am 23. September 1904 gewählt. Dr. Schacherl war von Beruf Arzt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass am heutigen Tag um 9.30 Uhr der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1945/1, der Abgeordneten Zierler und Lafer, betreffend Begleitung von Kindern im Krankenhaus, beraten hat und zu diesem Antrag den im Schriftlichen Bericht, Einl.-Zahl 1945/2, Beilage Nr. 223, enthaltenen Ausschussantrag gefasst hat.

Ich schlage im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, den Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1945/1, als Tagesordnungspunkt 43 zu behandeln, wobei die Behandlung des genannten Tagesordnungspunktes an folgender Stelle stattfindet: Tagesordnungspunkt 43 vor dem Tagesordnungspunkt 35.

Die zweite Lesung des Schriftlichen Berichtes darf gemäß Paragraph 43 Absatz 2 GeoLT in der Regel nicht vor Ablauf von 24 Stunden nach erfolgter Verteilung des Berichtes an die Landtagsklub, stattfinden, doch kann bei Festsetzung der Tagesordnung, wenn kein Einspruch erfolgt, hievon abgesehen werden.

Gemäß Paragraph 39 Absatz 5 GeoLT ist für die Ergänzung der Tagesordnung die Zustimmung der Zweidrittelmehrheit der anwesenden Mitglieder erforderlich.

Ich lasse in Übereinstimmung mit der Präsidialkonferenz über die Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegungsfrist sowie die Ergänzung der Tagesordnung in einem abstimmen.

Wenn Sie diesen Vorschlägen zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Eine Liste der Zuweisungen ist in der heutigen Auflage enthalten.

Wird gegen diese Zuweisungen ein Einwand erhoben?

Das ist nicht der Fall.

Hinsichtlich der eingebrachten Anträge wird eine Liste im Laufe der Sitzung aufgelegt werden.

Schriftliche Anfragen beziehungsweise Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT:

Ich teile dem Hohen Haus mit, dass zehn schriftliche Anfragen und drei Anfragebeantwortungen gemäß Paragraph 66 GeoLT eingebracht wurden, die ebenfalls in der heutigen Auflage enthalten sind.

Beantwortungen aus der Fragestunde vom 6. Juli 2004 gemäß Paragraph 69 GeoLT:

Folgende schriftliche Antworten auf Anfragen aus der Fragestunde vom 21. September 2004 sind in der heutigen Auflage enthalten: sechs Antworten von Herrn Landesrat Dr. Kurt Flecker, drei Antworten von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, eine Antwort von Herrn Landesrat DDr. Gerald Schöpfer, eine Antwort von Herrn Landesrat Hermann Schützenhöfer, eine Antwort von Herrn Landesrat Johann Seitingner.

Eingebracht wurde am Freitag, den 15. Oktober 2004 um 12.48 Uhr eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Herberstein-Förderungen.

Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten der SPÖ die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Diese Dringliche Anfrage hat die gemäß Paragraph 68 GeoLT erforderliche Unterstützung.

Es wurde von 14 Abgeordneten der SPÖ die Abhaltung einer Wechselrede beantragt.

Nach Beantwortung der Dringlichen Anfrage findet gemäß Paragraph 68 Absatz 4 GeoLT die Wechselrede statt.

Die Behandlung dieser Dringlichen Anfrage werde ich im Sinne des Paragraphen 68 Absatz 2 GeoLT nach Erledigung der Tagesordnung durchführen, jedenfalls um 16.00 Uhr beginnen.

Ich gehe nunmehr zur Tagesordnung im Sinne des Paragraphen 39 Absatz 3 GeoLT über. Ich ersuche um Wortmeldungen zu den einzelnen Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung gemäß Paragraph 55 GeoLT.

Bei den Tagesordnungspunkten 2 bis 5 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

2. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1964/1, betreffend den Wirtschaftsbericht und Arbeitsförderungsbericht 2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Wolfgang Kasic. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kasic (10.12 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Gemäß dem Steiermärkischen Wirtschaftsförderungsgesetz ist jährlich vom Amt der Landesregierung ein Wirtschaftsbericht zu erstellen und bis spätestens 30. April des jeweiligen Folgejahres dem Beirat zur Begutachtung vorzulegen. Dieser Beirat hat im Mai 2004 im Umlaufverfahren den Bericht positiv begutachtet. Einige Änderungsanregungen wurden eingearbeitet. Dieser Bericht bietet einen umfassenden Einblick in die Hauptbereiche Wirtschaft und Beschäftigung sowie Wirtschaftsförderung und hat auch erstmals den alle zwei Jahre zu erstellenden Arbeitsförderungsbericht nach dem Steiermärkischen Arbeitsförderungsgesetzes 2002

integriert. Ich darf Ihnen daher den Bericht des Ausschusses zur Kenntnis bringen. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Der Wirtschaftsbericht und Arbeitsförderungsbericht 2003 wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (10.13 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

4. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1689/2, zum Beschluss Nr. 1302 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Wiedner und List, betreffend Schaffung einer Homepage mit dem in der Steiermark vorhandenen Angebot an freien Lehrstellen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (10.14 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1689/2. Es geht hierbei um die Schaffung einer Homepage mit dem in der Steiermark vorhandenen Angebot von freien Lehrstellen. Der Antrag stammt von den Abgeordneten Wiedner und List. Es liegt Ihnen vor die Stellungnahme der Landesregierung, in der angeführt wird, dass es bereits ein Internetportal der Arbeiterkammer gibt und auch die Wirtschaftskammer sich dort angeschlossen hat und die Daten überspielt hat an die Arbeiterkammer und somit dieser Antrag eigentlich erfüllt ist. Ich ersuche um Annahme. (10.14 Uhr.)

Präsident:

3. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 1711/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Frauenbeschäftigungsprogramm.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Peter Hagenauer. Ich erteile ihm das Wort. Nicht hier. Darf nun die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek um den Bericht bitten.

Abg. Lechner-Sonnek (10.15 Uhr): Ich bringe den schriftlichen Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft vom Antrag, Einl.-Zahl 1711/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Frauenbeschäftigungsprogramm.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft hat in seinen Sitzungen am 20. April und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zum Antrag, Einl.-Zahl 1711/11, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Frauenbeschäftigungsprogramm, wird zur Kenntnis genommen. (10.15 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

5. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1919/2, zum Beschluss Nr. 1451 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfl und Halper, betreffend gerechtere Zugangsbedingungen zu Bildungsförderungen mittels Bildungsscheck.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (10.16 Uhr): Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf berichten zur Regierungsvorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1451 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfl und Halper, betreffend gerechtere Zugangsbedingungen zu Bildungsförderungen mittels Bildungsscheck.

Zum Beschluss des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 erstattet die Steiermärkische Landesregierung nachstehenden Bericht:

Der Bildungsscheck für die Berufsreifepfung ist Teil des Steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammes 2004 und im Schwerpunkt „Jugendliche“ verankert, in dem, wie schon in den Vorjahren, der Fokus auf der dualen Ausbildung liegt. Diese Förderungsaktion soll die bestehenden Projekte und Maßnahmen im Bereich Jugendliche ergänzen.

Der Beschluss des Steiermärkischen Landtages, die Altersgrenze für die FörderungswerberInnen zu erhöhen und die Zielgruppeneinschränkung auf Lehrlinge und LehrabsolventInnen aufzuheben, wird bei den Planungen für das Steirische Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm 2005 im Rahmen der budgetären Möglichkeiten berücksichtigt werden.

Ich darf daher den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1451 des Steiermärkischen Landtages vom 22. Juni 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Kröpfel und Halper, betreffend gerechtere Zugangsbedingungen zu Bildungsförderungen mittels Bildungsscheck, wird zur Kenntnis genommen. (10.17 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen damit zu den Wortmeldungen zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 4 und 5. Erste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kurt Gennaro. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Gennaro (10.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der vorliegende Wirtschafts- und Arbeitsförderungsbericht 2003 wurde bereits in der Antragstellung erörtert. Er hat hier im Beirat diese Zustimmung gefunden. Ich darf sagen, dass natürlich am Ende des Jahres 2004 über 2003 zu diskutieren etwas mühselig ist, aber nachdem in diesem vorliegenden Bericht sehr wohl auch die Schattenseiten aufgezeigt werden – denn wo Licht ist, gibt es auch Schatten –, glaube ich, dass wir es trotzdem zum Anlass nehmen sollten, dass dieser Bericht auf die wirtschafts- und beschäftigungspolitische Situation, auf die kommende Entwicklung hinweist. Ich möchte mir das ersparen, die einzelnen Seiten des Wirtschaftsberichtes zu zitieren. Nur, man muss grundsätzlich dazusagen, dass wir ein Problem sehr wohl haben. Wir haben ein großes Problem, in der Wirtschaftsförderung und dem letzten, vorletzten Beirat war das sehr deutlich zu entnehmen, dass uns so wie überall und immer das Geld ausgeht. Meine Damen und Herren, es ist ja nicht ohne, ob wir in der Steiermark, und ich möchte jetzt nicht wieder als der dastehen, der schwarz malt, aber man muss ja einmal aufzeigen, wo die Problematik auch in der Öffentlichkeit dargestellt wird. Und wenn dieses Horrorszenario kommt, wo ich immer davon ausgehe, weil ich war in meinem Leben immer Optimist, dass das in der Dicke nicht kommen wird, aber wenn wir heute wissen, was sich rund um Österreich abspielt, was sich in der Wirtschaft abspielt, dass trotz Anlaufen der Konjunktur es riesige Probleme von der Bundesrepublik beginnend gibt, die auch Auswirkungen auf Österreich haben könnten, wenn sie kommen. Ich gehe nur davon aus und sage: „Hoffentlich kommen sie nicht.“ Wenn alleine Opel die Situation umsetzt, dann ist in Österreich klar, dass jeder fünfte Arbeitnehmer in diesem Bereich seinen Arbeitsplatz verliert, meine Damen und Herren. Und wenn die Horrormeldungen umgesetzt werden, die in den Zeitungen, was Magna Steyr betrifft, stehen, die Produktion des Jeep Cherokee, der bis 2009 nicht mehr produziert werden sollte, aus finanziellen Gründen, dann möchte ich nur in Erinnerung rufen was wir seit Jahren predigen. Es ist ein Horrorszenario und ich hoffe auch, dass diese Beschwichtigung oder das Dahinstellen, es passiert eh nichts, seine Begründung, seine Wahrheit hat, denn sonst können wir uns ausrechnen, was in der Steiermark, was in Österreich los ist, wenn dieses so genannte hoch gepriesene, und ich stehe dazu, sich gut entwickelte Autocluster ins Negative entwickelt. Ich habe das miterlebt, als bei Steyr-Daimler-Puch seinerzeit über 2700 Arbeitsplätze verloren gegangen sind, das heißt aber für mich, dass gerade der zuständige Wirtschaftslandesrat mit der Wirtschaftsförderung hier großes Augenmerk zu legen hat, denn, meine Damen und Herren, was brauchen wir denn? Wir brauchen in der Steiermark, in den Regionen und da sind sich alle einig, die ganzen Wirtschaftsexperten und, und, dass wir die Regionen stärken müssen. Hier brauchen wir Leitbetriebe, die uns dann ermöglichen auch rund um diese Leitbetriebe einige Ansiedelungen zu verwirklichen. Das ist für mich völlig klar und es heißt aber auch für mich, dass gerade hier Expertinnen und Experten auftreten müssten und da würde sich diese so genannte Steiermarkholding, von der wir schon immer wieder reden und nie aufhören werden zu reden, anbieten, dass Menschen und Leute, die Kompetenz haben, sich mit dem beschäftigen und versuchen zu hinterfragen. Die wissen, was am Weltmarkt überhaupt gefragt wird und welche Leitbetriebe wir in die Steiermark herbringen können. Wenn wir uns die Mikrounternehmen in Österreich anschauen, da gibt es eine schöne Statistik, meine Damen und Herren, 83,6 Beschäftigte sind in Betrieben zwischen einem und neun Beschäftigte beschäftigt. 83,6 der gesamten Beschäftigten, das heißt, wir müssen auch hier für die kleinen und mittleren Unternehmen, aber auch für Kleinbetriebe aufmerksam sein, denn das sind auch Garanten für die Beschäftigungspolitik in den Regionen.

Wir haben leider Gottes nicht so viele Leitbetriebe, dass wir sagen können, wir haben keine Sorgen mehr. Wir haben genügend Großbetriebe, die sind zurückgegangen. Es gibt vom Stand Juli 2004 eine Betriebsgrößenklasse, wo wir nur 22 Betriebe in der Steiermark haben, die über 900 Beschäftigte haben. 18.984 Betriebe haben bis zwischen ein und vier Beschäftigte. Und wenn man dann aus dem Wirtschaftsförderungsbericht, weil die Industrie zwar immer sagt, sie möchten noch mehr Aufmerksamkeit haben, was ich verstehe, aber die kleinen und mittleren Unternehmen immer wieder Probleme aufzeigen, sie haben keinen Zugang zu Förderungen – berechnete – ich bin immer ein Gegner, der sagt, wir tun nur mit der Gießkanne fördern, sondern es soll nachweislich gezielte Situationen geben, wo Betriebe gefördert werden, die beschäftigungsintensiv und so weiter sind. Nur, wenn ich mir die Mittel anschau – und das ist die Kritik jetzt, eine leise –, dass überwiegend die Mittel, weil man immer sagt, es werden eh die kleinen Betriebe überwiegend gefördert, in der Prozentzahl ist es richtig. Aber wenn ich dann im Umkehrschluss die Fördermittel anschau, dann schnupfen die paar Großbetriebe überwiegend die Mehrheit der Förderungen auf.

Und, Herr Wirtschaftslandesrat, ich muss mit Ihnen heute einmal ein bisschen ins Gericht gehen. Ich habe den Eindruck, Sie wissen nicht, was Sie tun – da sagt man jetzt so ein Sprichwort, aber ich habe das Gefühl, Sie stellen sich permanent selber in Frage. Ich sage ein Beispiel, meine Damen und Herren. Ich war bestürzt. Bei einer Veranstaltung, Herr Landesrat, in der Obersteiermark, da sind Sie zwar ein bisschen zu spät gekommen, aber das ist entschuldbar, da hat man wichtige Termine, dann kommen Sie hin und stellen

eigentlich als Verantwortlicher, als Politiker, als Wirtschaftslandesrat im Lande die Politik so hin, „die bringt eh nichts zusammen“. Sie sagen das noch so locker. Da muss ich fragen, denken Sie sich nichts dabei, dass Sie der sind, der das verkörpert? Und wenn Sie über einen Betrieb nicht Bescheid wissen, dann bitte informieren Sie sich vorher.

Denn wenn Sie dort aufstehen und sagen, die Politik bringt das so nicht zusammen, was Sie zusammengebracht haben, dann muss ich Ihnen bedauerlicherweise sagen, ein bisschen einen Nachhilfeunterricht geben ist einmal witzig, dass ein VHB-Absolvent einem Professor einen Nachhilfeunterricht gibt, die Firma ATB-Spielberg hat ihr 30-jähriges Jubiläum gefeiert. Herr Wirtschaftslandesrat, Sie wissen nicht, dass es die Politik war, zwei Drittel der Bund, ein Drittel sogar das Land, der erste Einstieg, als die Privaten diesen Betrieb runtergefahren haben. Da war das Land über die SFG beteiligt und der Bund über die GBI. Zweimal musste die Politik einsteigen, um den Betrieb oben zu retten. Und die Politik hat es ermöglicht, dass die heutigen Unternehmer dort sein können. Dann, bitte, gehen Sie nicht hin und sagen, die Politik bringt eh nichts zusammen. Das ist ja nicht das erste Mal, wo Sie das sagen. (Beifall bei der SPÖ.)

Zweiter Punkt: Wenn ein Unternehmer permanent jammert, er hat kein Geld, dann kann er sich ausrechnen, wie lange er noch Unternehmer ist, dann werden sie ihn irgendwann einmal in die Wüste schicken als Manager oder sonst wo.

Zweiter Punkt: Landesrat Paierl hat immer behauptet bei der Wirtschaftsförderung, wenn Geld gebraucht wird, ist Geld da. Dann hat man jetzt sogar bei einer Veranstaltung den Herrn Benni Bittmann gefragt – wohl, bist eh da –, ob der Politik die hellen Köpfe ausgegangen sind, weil der Paierl weg ist. Da haben alle geschmunzelt und gelacht. In Wahrheit haben wir aber heute die Auswirkungen, denn wenn wir wissen, dass wir kein Geld haben für eine Förderung und es liegen in der Wirtschaftsförderung Großinvestitionen in der Größenordnung von 50 Millionen Euro vor und die zuständigen Stellen in der SFG haben gesagt, wir sind bis Ende 2004 mit den Förderungen fertig, wir müssen warten, wir bekommen vom Bund kein Geld, da dürfen wir nur mehr Einzelfälle beschließen, es ist eine Kann-Bestimmung. Sagt der Bund ja, dann können wir auszahlen, sagt der Bund nein, bekommen wir nichts. Wir haben Sie gebeten und das streiche ich positiv heraus, dass Sie als zuständiger Wirtschaftslandesrat sich in der Regierung stark machen und gegenüber dem Wirtschaftsministerium, dass die Förderungen eingehalten werden, Sie haben positiv zugesagt, Sie werden sich dafür verwenden. Sie haben sogar gesagt, Sie lassen eine Auflistung von den Projekten machen, die in Frage stehen. Bis jetzt haben wir neun Projekte und das letzte, da sind Sie mir die Antwort schuldig geblieben. Vielleicht sagen Sie es mir heute. Beim letzten Beschluss war wieder vorbehaltlich der Förderungssituation über den Bund, weil sonst könnten wir es nicht auszahlen, die Firma Marko in Trieben, wo bitte die Veitscher zurückgegangen sind und der Betrieb als Hoffnungsträger für die Region und für Trieben oben ist, wo 300 zusätzliche Arbeitsplätze installiert werden sollen, haben Sie gesagt, bis in 14 Tagen ist das erledigt. Es ist schon über ein Monat und mehr vergangen, es ist noch nichts erledigt. Und dann haben Sie nur eine glorreiche Aussage gemacht, da glaube ich jetzt, werden wir dann beurteilen, wie stark Sie sich als Wirtschaftslandesrat machen. Sie haben dort erklärt, naja, wenn wir kein Geld bekommen, weil die KAGES hat weit mehr, die Landwirtschaft, das unterstreiche ich alles, und wir haben nur 30 oder 50 Millionen Förderungen für die Wirtschaftsförderung, da muss ich Ihnen noch eines sagen, dann habe ich mir von Ihnen eine andere Haltung erwartet. Nicht zu sagen, naja, dann müssen wir halt den Zugang zu den Förderungstöpfen ein bisschen reduzieren, statt 20 Prozent machen wir halt maximal 16 Prozent. Ja, wenn das bitte ein Beitrag ist für die Innovation in der Steiermark, für Arbeitsplatzschaffung und für den so genannten Aufholsschwung, den wir Gott sei Dank durch die Wirtschaftskammer machen, dann ist das ein Armutszeugnis, Herr Landesrat, und nichts anderes. Und deswegen erwarte ich mir von Ihnen, dass Sie hier sich stärker in die Szene werfen, denn wir wissen alle, Wirtschaftsstrukturen und Arbeitsplätze sind ein überwiegender Beitrag für den so genannten Wohlstand in der Steiermark. Wenn diese Mittel gekürzt werden sollten, dann – glaube ich – wissen Sie genauso gut wie ich, welche Problematik hier in dieser Situation an den Tag zu legen ist.

Und, meine Damen und Herren, ich sage jetzt auch, da gibt es Aussagen, das hat der Kollege Bittmann gemacht, das möchte ich ihm nicht ersparen. Bei einer Veranstaltung, wo zwar Sie angesagt waren, aber das akzeptiere ich, das ist kein Vorhalt, deswegen bin ich hingegangen, weil ich mir gedacht habe, ich bin interessiert, was der Herr Wirtschaftslandesrat im Zusammenhang mit der zukunftsorientierten Situation in der Steiermark über die Wirtschaft sagt. Vertreten hat der Benni Bittmann und, meine Damen und Herren, man muss zu seiner Linie stehen. Mir wirft man immer vor, ich bin Klassenkämpfer. Ich sage noch einmal, ich bin stolz darauf, Klassenkämpfer zu sein, ich bleibe bei meiner Linie. Aber wenn man in der Öffentlichkeit bei Veranstaltungen so redet wie der Kollege Bittmann, dass ihr da herinnen alle miteinander nichts von der Industrie versteht, dass nur Tourismus und Landwirtschaft im Vordergrund stehen und er das aber immer wieder aufzeigt. Dann frage ihn bitte, er soll einmal da heraußen sagen, wie die Dinge liegen und nicht nur dort sagen, die Landwirtschaft ist überbewertet. Das diskutieren wir immer, dass da viel Geld reingeht, weil da kassieren auch nur die Großen und die Kleinen fallen durch den Rost. Das muss man auch sagen, so schaut es nämlich aus. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich stehe schon dazu, zur Landwirtschaft, aber wir werden im nächsten Jahr, meine Damen und Herren, im Sinne der Wirtschaft, im Sinne der Industrie, für die Mittel- und kleinen Unternehmen einen Solidaritätsbeitrag von den Bauern brauchen. Und zwar ein Jahr lang, weil wir wissen, dass die Förderungskulisse 2006 weg ist, dass wir nur mehr das nächste Jahr haben, um hier mit Förderungsgeldern zusätzlich die Investitionen über die Bühne zu bringen. Das heißt aber im Klartext, wenn wir schon Geld umschichten müssen – und der Benni hat gesagt, es ist eine Kunst, das Geld so gerecht oder notwendig zu verteilen, wie es gebraucht

wird, das ist nicht immer leicht, bin ich schon bei dir – dann sollten wir aber darangehen, dass wir sagen, okay, liebe Bauern, die Zuschüsse müssen wir dort ein bisschen reduzieren, weil die kriegen sie in der weiteren Folge wieder, nur die Industrie kriegt sie nicht mehr. Und wenn der Bittmann gesagt hat, lieber Freund Riebenbauer, offiziell, ich weiß eh, weil zu mir kommen die Bauernvertreter und sagen, ich weiß, dass das stimmt, aber bitte sage es nicht so laut, dann soll er euch das da auch sagen. Das hat er öffentlich gesagt, also in Widerspruch zu dem, wo du jetzt gerade deinen glorreichen Zwischenruf machen möchtest. (Abg. Riebenbauer: „Unter weiser Voraussicht!“) Und, meine Damen und Herren, ich bin nach wie vor überzeugt, dass alle Bemühungen und dass die Einhaltung der seinerzeitigen Budgetvereinbarung von 2004, was die Frage betrifft „Lehrlingsgeschichte“, dort sind wir in Verhandlungen, stehen nicht an. Es ist einiges passiert, es sind noch viele Dinge zu machen und es war immer klar, dass wir bis Ende dieses Jahres oder bis Herbst nicht das Gelbe vom Ei gemeinsam finden werden, dass wir sagen, jetzt haben wir die Situation erledigt. Es sind auf Grund unseres Drängens, da bin ich stolz und dankbar dafür, sehr wohl Schritte gesetzt worden, dem einen passen sie, dem anderen nicht. Ich stehe dazu, was wir dort in den Verhandlungen ausgemacht haben bezüglich der Lehrlingsaufnahme. Aber wir müssen weiterarbeiten, denn es sind nach wie vor die Situationen unverändert. Wir haben 1300 Jugendliche, die keinen Lehrplatz finden und wir haben rund 300 offene Lehrstellen. Alle Bemühungen, die gemacht werden, sind positiv zu beurteilen. Und jeder Schritt, der zu einer Verbesserung führt, ist auch in Ordnung, Qualifizierungsmaßnahmen okay, aber vergessen wir nicht auf die Jugendlichen, die keinen Lehrplatz haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Und wenn man schon eines auch sagt, das sage ich auch immer wieder, die Imagegeschichten sind wichtig für die Industrie. Dann müssen alle hellen Köpfe, es gibt aber nicht nur in der Steiermark helle Köpfe, die gibt es in ganz Österreich, nur weil das immer bei uns so herausgestrichen wird, ich stehe nicht an etwas unternehmen, aber nicht nur sagen, jetzt machen wir zur Imagehebung, Frau Landesrätin Edlinger-Ploder, einen Jugend-, einen Lehrlingsball. Ist in Ordnung, dagegen habe ich nichts, aber wenn das ein Beitrag zur Imagehebung ist, wo auch wieder nur die Besten eingeladen werden, so wie es drinnen steht, dann geht das in die falsche Richtung. Wenn, dann müssen wir alle Jugendlichen reinnehmen und sagen: „Freunde, ihr seid uns das wert.“ Ich sage jedem Unternehmer immer wieder, er muss seine Lehrlinge so behandeln wie seine Kunden, denn das sind seine qualitativen Mitarbeiter von morgen und denen kann er das Geschäft machen, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, Frau Landeshauptmann, zum Schluss noch eines, weil es so in die Wirtschaft reinpasst. Bei der Veranstaltung, wo wir gemeinsam waren, war es für mich wirklich auch lehrreich, man lernt ja immer noch dazu, dass zum Beispiel der Herr Prof. Karner als Historiker gemeint hat über die Situation bei der Siemens SGP, die 150 Jahre gefeiert hat, der Erzherzog Johann hat die I's gehabt, das heißt: Innovation, Interventionen und so weiter und der hat das Glück gehabt, dass er einen kaiserlichen Bruder in Wien sitzen gehabt hat und er war es eigentlich, der die Semmeringtrassenführung der Bahn durchgesetzt hat, weil er in Wien interveniert hat. Meine Bitte an Sie ist, Sie reden zwar immer davon, akzeptiere ich, aber bitte sagen Sie es einmal lautstark und schreiben Sie, dass alle es hören. Gehen Sie zu Ihrem nicht kaiserlichen, sondern Parteibruder Schüssel und sagen Sie bitte, jetzt wollen wir den Tunnel haben für die Bahn in der Steiermark, dann werden Sie wieder glaubwürdig werden. (Beifall bei der SPÖ. – 10.34 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lechner-Sonnek. Frau Abgeordnete.

Abg. Lechner-Sonnek (10.34 Uhr): Herr Präsident, wertere Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Zuerst einmal vorausgeschickt, ich finde es toll und ich bin froh, dass es jedes Jahr einen doch sehr detaillierten Wirtschaftsbericht gibt, der abzubilden versucht, was von politischer Seite in der Steiermark in Sachen Wirtschaftsförderung unternommen wird einerseits und andererseits, was es für Trends gibt beziehungsweise, man könnte auch einfach sagen, in etwa wie sich das niederschlägt. In etwa sage ich deswegen ganz bewusst, weil ich gleich auf ein zentrales Manko der Wirtschaftspolitik in diesem Land eingehen möchte und das ist das Manko der Evaluierung. Im Wirtschaftsbericht und auch in anderen Zusammenhängen, wenn es zum Beispiel um Stellungnahmen geht zu unseren Antrag über Frauenförderung, finden sich immer wieder plakative Äußerungen, die da lauten: „Ja, das haben wir. Ja, wir haben Berufsberatung für Frauen.“ Oder: „Das und das läuft und da gibt es dieses und jenes Programm.“ Meine Damen und Herren, es geht um sehr viele Mittel, die eingesetzt werden, öffentliche Mittel, aber es geht auch, und das ist mindestens genauso bedeutungsvoll, um die wirtschaftliche Zukunft vieler Personen, vieler Firmen und des Landes an sich. Und da kann man sich nicht damit begnügen festzustellen, ja, das haben wir eh, ja, das läuft eh. Das, was ich fordern möchte wiederholt von dieser Stelle aus, ist eine klare Wirkungskontrolle. Das ist überhaupt etwas, was in der Steiermärkischen Landespolitik ziemlich unbekannt zu sein scheint, was mir auch im Bereich des Budgets enorm abgeht, aber dazu werden wir uns in den nächsten Wochen sicher noch ausführlich unterhalten. Im Bereich der Wirtschaftsförderung fordere ich, dass es eine Wirkungskontrolle gibt der Maßnahmen, die gesetzt werden, und zwar in der Hinsicht, nicht dass man sagt soundso viele Projekte wurden abgewickelt, sondern ich möchte wissen, was haben diese Projekte wirklich gebracht? Was war der Beschäftigungseffekt? Und nicht nur innerhalb eines halben Jahres, sondern längerfristig gesehen. Erst wenn das, wenn man das macht, Herr Kollege Wiedner – (Abg. Wiedner: „Ganz meiner Meinung!“)

Ja, ich freue mich, wenn Sie das auch so sehen und auch seit fünf Jahre schon so sehen. Wunderbar, dann sind wir in dieser Sache auf der gleichen Seite des Tisches. Ich halte es für unseriös, Aktivitäten zu setzen, wenn man sich noch nicht einmal überlegt hat und sich genau angeschaut hat, wie die Aktivitäten der letzten Jahre gewirkt haben im Wirtschaftsbereich. Ich möchte das an zwei Punkten festmachen und das auch in Form konkreter Fragen an den Herrn Landesrat bringen. Es ist immer wieder die Rede davon, dass die Klein- und Mittelbetriebe der Steiermark mit der Förderungslandschaft nicht einverstanden sind, dass sie es besonders schwer haben. Das hat eine Befragung der Wirtschaftskammer im letzten Jahr ergeben. Ich muss dazusagen, wie Sie vermutlich wissen, ist in der Steiermark die Landschaft der Klein- und Mittelbetriebe überdurchschnittlich groß. Wir haben überdurchschnittlich viele von ihnen, Gott sei Dank. Sie sorgen auch für nachhaltiges Wirtschaften in der Steiermark, indem es ihnen nicht egal ist, ob es gut läuft oder nicht, weil sie vermutlich nicht so leicht weggehen, wie ein Großer es macht, wenn die Produktionsbedingungen nicht passen. Trotzdem fehlt mir eine Innovationsspritze für Klein- und Mittelbetriebe, die diesen Namen wirklich verdient. Trotzdem fehlt mir eine Unterstützung von Forschung und Entwicklung. Und wenn ich dann höre, dass auf Bundesebene Bundeskanzler Schüssel nachdenkt oder spekuliert oder liebäugelt mit einer Idee von Eliteuniversitäten gleichzeitig, aber unsere Universitäten ausgehungert werden, dann muss ich sagen, ist das der falsche Weg. Da würde ich gerne den Universitäten, die es gibt in Österreich, auch in der Steiermark das Geld in die Hand drücken und sagen: „Macht ihr auch Konzepte. Horcht ihr euch auch an, was die Klein- und Mittelbetriebe zu bieten haben und wo unter Umständen ihre Defizite in Innovation und auch in Internationalisierung sein könnten und was ihr anbieten könnt.“ Was ich unbedingt wissen möchte, Herr Landesrat, RIST, eine regionale Internationalisierungsstrategie für KMOs. Ich höre in der „Buschtrommel“, das soll nicht so richtig gut laufen. Das ist etwas, was ich genauer wissen möchte. Ein Beispiel dafür, dass es notwendig ist, den Landtag am Laufenden zu halten, was die Programme, die beschlossen worden sind, ob auf Regierungsebene oder angeleitet durch Anträge des Landtages, überhaupt fruchtbringend sich auswirken. Und was genau die Ergebnisse sind. Ein Zweites, es wurde heuer mit 1. Juli die Nahversorgungsförderung einfach eingestellt. Die Nahversorgungsförderung in Zeiten wie diesen, meine Damen und Herren. Wo wir überall das Jammern hören, dass die großen Märkte an den Rändern der Städte die ganze Kaufkraft abziehen. In so einer Zeit stoppt man die Nahversorgungsförderung. Und wissen Sie warum? Mit dem Argument, dass der Topf ausgeräumt war. Und wofür war der Topf ausgeräumt? Das ist meine Frage an Sie, Herr Landesrat, ob Sie das bestätigen können oder nicht. Für die acht Städtekooperationen in der Oststeiermark, wo angeblich 6,8 Millionen Schilling hineingeflossen sind und alles, was mir bekannt ist, dass diese Initiative Geld eingesetzt hat beziehungsweise geleistet hat, groß zu plakatierten, Plakate zu affizieren, über die sich dann Otto Schenk aufgeregt hat. Mir ist darüber hinaus keine Aktivität bekannt, die wirklich in diesem Zusammenhang sich niedergeschlagen hätte können fruchtbringend. Ich möchte Sie fragen, stimmt das? beziehungsweise wie können Sie begründen, dass in Zeiten wie diesen diese Nahversorgungsförderung einfach eingestellt wird?

Ich möchte nun zu Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung kommen, und zwar deswegen, weil unser Antrag eine Stellungnahme des Landes, der Landesregierung hervorgerufen hat, die ich für sehr beachtenswert halte. Einerseits hat es Lob von der Wirtschaftsförderung dafür gegeben, dass Frauenbeschäftigung zu unterstützen und auszubauen ist. Es hat aber Stellungnahmen zum Beispiel der Wirtschaftskammer Steiermark gegeben, die ich Ihnen nicht vorenthalten möchte für den Fall, dass Sie sie nicht gesehen haben. Die Wirtschaftskammer Steiermark lehnt kategorisch ab, dass Frauenbeschäftigung – Kollege Hagenauer deutet mir, dass niemand etwas hören kann, weil es so laut im Raum ist, Herr Präsident. (Präsident: „Meine Damen und Herren, ich ersuche Sie um mehr Aufmerksamkeit. Die Sitzung hat erst begonnen heute um 10.05 Uhr. Wir haben noch einige Stunden vor uns. Das heißt also, wenn es jetzt schon nicht geht, wie soll es später dann funktionieren? Bitte um Ihre entsprechende Rücksichtnahme!“) Der Herr Kollege Kasic hat seine eigenen Theorien darüber, warum es in diesem Raum so laut ist. Danke, Herr Präsident. Ich möchte Ihnen zur Kenntnis bringen, vielleicht interessiert es gerade Sie als Wirtschaftsfunktionär. Zur Frauenbeschäftigung zu unseren Anträgen sagt die Wirtschaftskammer Steiermark: „Die in der Unterlage angesprochene Situation dürfte in weiten Bereichen auf soziologische, gesellschaftspolitische, aber auch familieninterne Entwicklungen zurückzuführen sein und sollte gerade deshalb eine direkte Verknüpfung mit der Wirtschaftsförderung keinesfalls angestrebt werden.“

Ich weiß nicht, ob Sie in der Lage sind, mir als Funktionär zu beantworten, was familieninterne Entwicklungen sind in einem Papier, das sich mit landespolitischen Maßnahmen beschäftigt. Ich hätte das wirklich gerne nachgefragt, denn das ist eine Diktion beziehungsweise ein Begriff, der für mich nicht aussagekräftig ist, wenn es um landespolitische Entscheidungen geht. Familienintern ist eben der Bedeutung nach etwas, was innerhalb einer Familie passiert. Wenn Sie sagen, dass Frauenbeschäftigungsmaßnahmen beziehungsweise die Unterstützung von Frauenbeschäftigung in der Wirtschaft nichts verloren hat – und da sagt die Wirtschaftskammer praktisch, dass es kontraproduktiv ist und kategorisch abzulehnen sei und realitätsfern –, dann möchte ich sehr gerne wissen, was Ihr Verständnis von Wirtschaft ist, das der Wirtschaftskammer und das ihrer Funktionäre. Denn wenn Sie mich fragen und wenn es auch um Regionalisierung zum Beispiel geht, dann sage ich Ihnen, es geht um das nachhaltige Wirtschaften in einem Land. Da gibt es nicht nur Unternehmer, sondern auch Unternehmerinnen, die sich in einer speziellen Lebenssituation befinden, die sich etwas schwieriger oder deutlich schwieriger darstellt als die der Unternehmer, aber es geht auch um Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Wirtschaftskammer Steiermark sagt, Wirtschaft funktioniert ohne Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Wenn Sie glauben, wir können es uns leisten, die Kapazität und die Kompetenz von Frauen in der Steiermark zu vernachlässigen, überhaupt nicht zu berücksichti-

gen, links liegen zu lassen, dann kann ich nur sagen, diese Position ist für mich eine Position des letzten Jahrhunderts, vielleicht der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts. Das ist nicht mehr zeitgemäß. Und es ist auch unangemessen, weil es absolut gegen Gleichbehandlung geht, das muss Ihnen bewusst sein. Hier davon zu sprechen, dass das Luxus sei, dass das realitätsfern sei, über Frauenförderung nachzudenken, halte ich für grenzwertig. (Beifall bei den Grünen.)

Die Industriellenvereinigung der Steiermark hat uns auch Interessantes mitzuteilen. Sie sagt, der Bereich der Wirtschaftsförderung ist ein sehr sensibles Gebiet. Für mich hat sich sofort natürlich die Frage gestellt, wer in diesem Gebiet sensibel reagiert. Das ist eine sehr interessante Sache. Es ist hier in Bezug auf Frauen fördernde Maßnahmen dann auch die Rede, dass man diese Förderungen doch nicht als Geschenke ansehen könne, sondern sie die hohe Qualifikation der Förderwerber voraussetzen. Heißt das jetzt, dass zum Beispiel Betriebe, die Frauenförderungsmaßnahmen umsetzen wollen, nicht qualifiziert sind als Betriebe an sich, qualifizieren sie sich damit ab? Und wenn es heißt, ein Frauenförderungsprogramm, das man hineinnehmen würde in die Wirtschaftsförderung, würde einem ungeahnten Bürokratismus Tür und Tor öffnen und die Förderstellen des Landes von ihrer vordringlichen Aufgabe wegführen, nämlich die wirtschaftliche und technologische Relevanz eines Projektes zu prüfen und darzustellen? Meine Damen und Herren, dann kann ich nur sagen, wenn von übertriebenem Bürokratismus die Rede ist, dann schauen wir uns einmal die Struktur unserer Wirtschaftskammer an, dann würden wir sehr, sehr fündig werden und da könnten wir sehr vieles verschlanken – eines Ihrer Lieblingswörter, einer Ihrer Lieblingsbegriffe – und vielleicht effizienter gestalten. Aber ich denke, dass dieser Hebel nicht anzusetzen ist bei Maßnahmen der Frauenförderung.

Ich möchte die Wirtschaftsförderungsabteilung positiv hervorheben, die diesem Wunsch, dezidiert Frauenförderung zu betreiben, total positiv gegenübersteht und ihn unterstützt, möchte aber auch noch sagen, dass die aufgeworfene Frage beziehungsweise unsere Forderung, dass geforscht werden möge, wie der Steiermärkische Landtag agieren kann, zum Beispiel um die Gehaltsschere zwischen Männern und Frauen zu reduzieren, dass diese Frage für mich etwas eigenartig beantwortet worden ist. Es wurde so aufgefasst, als solle die Abteilung für Wirtschaft und Arbeit selbst forschen. Meine Damen und Herren, wir haben etliche Male hier von diesem Pult aus klargemacht, dass das nicht eine hausinterne Sache sein kann, sondern dass es Experteninnen, in diesem Fall bleibe ich ganz bewusst in der weiblichen Form, zum Beispiel des Vereins „Peripherie“ in der Steiermark gibt, ein Verein, der Pionierarbeit leistet in diesem Bereich und es ein Leichtes für uns wäre, diesen Verein oder auch andere Institutionen heranzuziehen, die bei einer entsprechenden Enquete zum Thema „Gender Mainstreaming“ alle aufgetreten sind und ihre Kompetenz gezeigt haben. Summa summarum möchte ich sagen, dass es dringend notwendig ist – deswegen werde ich auch wieder den Antrag auf Frauen fördernde Maßnahmen einbringen – diese Maßnahmen zu unterstützen. Möchte auch sagen, dass – wenn es in der Stellungnahme heißt „Berufsberatung für Mädchen und Frauen“ ist ohnehin verankert und es keine genauen Angaben gibt, wie das läuft, wie das in Anspruch genommen wird, wie niederschwellig diese Beratungen sind, dann kann ich das nur als Behauptung abqualifizieren und keine Klärung darin erblicken, in der auch ausgeführt wird, wie das laufen sollte. Im Übrigen wäre das meiner Meinung nach auch eine Aufgabe des STEBEP, des Beschäftigungspaktes, der in einem satten Tiefschlaf liegt. Im letzten Jahr habe es zwei Sitzungen gegeben, im heurigen Jahr überhaupt nichts. Das wäre eigentlich der Sinn der Sache, über konkrete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu diskutieren. Dass dieser STEBEP nie einberufen wird, ist für mich ein Versagen der Landesregierung, die dafür auch zuständig ist.

In diesem Zusammenhang abschließend möchte ich meiner Freude darüber Ausdruck geben, dass die Zeiten in der Wirtschaftskammer ja demnächst ganz andere werden. Bei der nächsten Wirtschaftskammerwahl wird die Grüne Wirtschaft kandidieren. Ich freue mich darüber, dass es dann eine Gruppe geben wird, die zeitgemäße Positionen einbringen wird, auch gesellschaftspolitisch, die wirklich dafür sorgen wird, dass Nachhaltigkeit bei unserer Wirtschaftsförderung nicht draufsteht, sondern nicht nur draufsteht, sondern auch drinnen ist. (Beifall bei den Grünen.)

Ich möchte abschließend zwei Entschließungsanträge einbringen in aller Kürze betreffend Frauenbeschäftigungsprogramm. Der Landtag wolle beschließen:

Im Landesvoranschlag 2005 wird im Ansatz 1/781305 „Kooperatives Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm“ und im Ansatz 1/781315 „Steirisches Beschäftigungs- und Qualifizierungsprogramm“ eine Post „Frauenbeschäftigungsprogramm“ eingerichtet und mit jeweils 750.000 Euro dotiert.

Zweiter Entschließungsantrag betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Zahl der Kinderbetreuungsplätze vor allem im Bereich Krippen und Kindergärten zu erhöhen, zweitens die Berufsberatung für Mädchen und Frauen im Rahmen der Beschäftigungspolitik und der Beratungsstellen zu verstärken, drittens die Wirtschaftsförderung des Landes daran zu binden, dass Betriebe Frauenförderungsprogramme ausarbeiten und umsetzen, die Frauen in Arbeits-, Verdienst- und Karrierechancen innerhalb eines ausgewiesenen Zeitraumes gleichstellen, viertens bei unvermeidbaren Dienstpostenreduzierungen und Organisationsänderungen auf die Ziele der Frauenförderung Bedacht zu nehmen und fünftens im Rahmen eines wissenschaftlichen Projektes festzustellen, wie die Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern in allen Bereiche in einem zu bestimmenden Zeitraum reduziert werden können. Dies soll auf der Basis wissenschaftlicher Datenerhebung

und Analyse wie auch Maßnahmenarbeit geschehen und der Landespolitik Handlungsoptionen zur Unterstützung beziehungsweise Erreichung der Gleichstellung von Männern und Frauen liefern. Ich ersuche Sie, diese Anträge zu unterstützen. (Beifall bei den Grünen. – 10.50 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Margarethe Gruber.

Abg. Margarethe Gruber (10.50 Uhr.) Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hohes Haus!

Im Antrag der Grünen zum Thema Frauenbeschäftigungsprogramm wurde gefordert, dass im Landesvoranschlag 2005 eine Post „Frauenbeschäftigungsprogramm“ eingerichtet wird. In der Anfragenbeantwortung der Stellungnahme des Herrn Landesrates Schöpfer muss ich sagen, diese Stellungnahme war wirklich nicht schöpferisch, denn einerseits wurde überhaupt nicht eingegangen auf das, was im Antrag steht, nämlich 2005 eine Dotierung vorzusehen. Meine Damen und Herren, die Sozialdemokraten haben in der Budgetvereinbarung durchgebracht, dass es eine Dotierung für Frauenförderungsprogramme gibt. Der Herr Landesrat hat in der Anfragebeantwortung dazu Stellung genommen und geschrieben, dass in Summe 1,4 Millionen Schilling bereits in frauenförderungsspezifische Mittel geflossen sind. Meine Frage an Sie, Herr Landesrat: Es würde uns sehr interessieren, für welche Maßnahmen und in welcher Höhe sind diese Mittel geflossen, weil es auch nachvollziehbar sein sollte, wenn ein Posten von 1,4 beziehungsweise 1,5 Millionen Euro aufgebracht wurde, das sind in Summe 20 Millionen Schilling und es wäre sehr interessant zu wissen, wohin es geht. Wir unterstützen den Antrag der Grünen aus einem Grund, weil es eine Fortsetzung dieser Budgetvereinbarung ist.

Und es ist auch in Hinblick auf die Situation von Frauen nur wichtig, dass dieses Beschäftigungsprogramm fortgeführt wird. Meine Damen und Herren, mit September 2004 sind über 100.000 Frauen arbeitslos und das sind um 2000 mehr als im Vorjahr, als 2003. (Abg. Wiedner: „Österreichweit!“) – Österreichweit. Aus diesem Grund fordern speziell wir Frauen, dass diese frauenspezifischen Projekte weitergeführt werden. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 10.53 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (10.53 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zum Thema Wirtschaftsbericht und Arbeitsförderungsbericht wurde bereits einiges gesagt. Ich möchte in diesem Zusammenhang zur Situation der Frauen im Berufsleben noch einiges anmerken. Vorweg die Arbeitslosensituation der Frauen. Wir haben in Österreich eine Arbeitslosenquote bei den Männern von 5,8 Prozent, bei den Frauen sind es 6,3 Prozent. In der Steiermark haben wir eine Männerarbeitslosenquote von 5,1 Prozent, bei den Frauen sind es leider 6,4 Prozent. Und in meinem Bezirk Bruck an der Mur haben wir eine Frauenarbeitslosenquote von 9,2 Prozent und der schlechteste Bezirk ist Knittelfeld mit 10,5 Prozent Frauenarbeitslosenquote. Frauen sind wie in vielen Bereichen des Lebens vor allem auch im Arbeitsleben nach wie vor stark benachteiligt. Sie verdienen, wenn sie überhaupt eine Beschäftigung haben, um etwa 40 Prozent weniger als Männer. Und damit haben wir im EU-Vergleich eine der höchsten Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen. Wir rangieren da sogar an vorletzter Stelle. Dazu kommt noch, dass die Frauen nach wie vor die Hauptlast der familiären Verpflichtungen neben ihrem Beruf zu tragen haben. Daran ändert auch das von der Regierung so viel gepriesene Kindergeld nichts, denn was nützt es der Frau, wenn sie nach zwei Jahren wieder arbeiten gehen muss, nur weil Ihre Regierung den Kündigungsschutz nicht entsprechend verlängert hat? Die Frau muss also, wenn sie den Job nicht verlieren will, nach spätestens zwei Jahren wieder arbeiten gehen mit all den Problematiken, die sie mit den Mehrfachbelastungen zu tragen hat. Die Kindergartenmilliarde des Bundes ist schon längst vergessen anscheinend. Und so fehlen nach wie vor Betreuungseinrichtungen für Kinder, vor allem bis drei Jahre. Auch hier sind wir im Europavergleich in Österreich am zweitschlechtesten nach Griechenland. (Abg. Wiedner: „Du kannst vorlesen?“)

Du kannst dich gerne auch melden, Kollege Wiedner, wenn du glaubst, dass du irgendetwas Wichtiges zu sagen hast. Jetzt bin ich jedenfalls am Wort.

Dann hör mir zu, dann fällt dir vielleicht was ein dazu. (Abg. Wiedner: „Seit acht Jahren die gleiche Rede!“)

Dann denk darüber nach. Die Frau wird also vielfach – (Abg. Wiedner: „Seit acht Jahren liest du die gleiche Rede herunter!“)

Lieber Kollege, da sieht man wieder einmal, Kollege Wiedner, dass du überhaupt nicht aufpasst, wenn ich spreche. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist so, die Frau wird zwangsläufig wieder an den Herd zurück gedrängt oder sie findet sich in geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen oder in Teilzeit – leider – (Abg. Wiedner: „Das hast du auch schon gesagt!“ – Abg. Gross: „Man kann es nicht oft genug sagen, Herr Kollege!“)

Ja, ich glaube auch, Herr Präsident, bitte. (Präsident: „Meine Damen und Herren! Die Sitzung hat um 10.05 Uhr begonnen. Ich weise darauf hin, Aufmerksamkeit ist erbeten worden. Ich habe mich deutlich ausgedrückt. Ich hoffe, Sie haben mich verstanden. Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort!“) Danke, Herr Präsident, ich hoffe doch, dass das Thema Frauen und Beschäftigung nicht so uninteressant ist, dass da niemand

mehr zuhört. Leider ist das Problem so, Herr Kollege Wiedner, dass wir das nach wie vor so haben und ich kann es nur immer wieder sagen. 90 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen und von allen Beschäftigten in Österreich sind wiederum zirka 35 Prozent Frauen, die Teilzeit arbeiten. Die geringfügige Beschäftigung liegt bei 316,19 Euro und führt nicht einmal zu einer vollen sozialen Absicherung und hier finden sich vor allem Frauen im Handel. Und die Beschäftigung hier, das wissen wir auch, ist sehr häufig eine Beschäftigung auf Abruf. Hinzu kommen noch die verlängerten Ladenöffnungszeiten, die Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsparteien, rücksichtslos im Bund beschlossen haben. Wenn dann gesagt wird, dass bei Frauen die Erwerbsquote gestiegen ist, dann muss ich dem entgegenhalten, dass leider eben diese deshalb steigt, weil viel mehr Frauen geringfügig und Teilzeit arbeiten und sich immer mehr in atypischen Beschäftigungsverhältnissen befinden, ohne soziale Absicherung. Das Arbeitsvolumen wird dadurch leider nicht größer. Und wenn es dann so weit geht, so wie das in Amerika häufig der Fall ist, dass sehr viele Menschen ein bis drei Jobs machen müssen, um den Lebensunterhalt einigermaßen zu bestreiten, dann kann ich nur sagen: „Danke, nein!“ Ich appelliere aber nicht nur an die Bundesregierung, sondern auch an Sie, Herr Landesrat Dr. Schöpfer. Setzen Sie sich dafür ein, dass wir möglichst viele qualitätsvolle Frauenarbeitsplätze in der Steiermark bekommen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir Sozialdemokraten konnten für das Budget 2004 1,5 Millionen Euro an Fördermaßnahmen für Frauen ausverhandeln. Meine Kollegin Gruber hat es bereits erwähnt. Auch ich und wir alle hätten gerne gewusst, Herr Landesrat Schöpfer, wo dieses Geld geblieben ist, welche konkreten Projekte für die Qualifizierung und zum besseren Wiedereinstieg von Frauen nach der Kinderpause geblieben sind beziehungsweise was Sie davon in die Wege geleitet haben. Ich appelliere auch an Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, schade, dass sie nicht hier ist. Schützen Sie die Arbeitnehmerinnen im Landesdienst, die sich gemobbt oder sexuell belästigt fühlen, nicht halbherzig, sondern voll und ganz (Beifall bei der SPÖ.) und wirken Sie als Frau auf Herrn Landesrat Schöpfer dahin gehend ein, dass von Seiten des Wirtschaftsressorts alles getan wird, um die Situation der berufstätigen und auch arbeitslosen Frauen zu verbessern. Der Bericht, der uns heute hier zur Abstimmung vorliegt, nennt sich zwar Wirtschafts- und Arbeitsförderungsbericht, ist aber meines Erachtens mehr ein Wirtschaftsbericht als ein Arbeitsförderungsbericht. Es ist bedauerlich, dass der Arbeitsförderungsbeirat schon die längste Zeit nicht einberufen wurde. Ich frage mich, wozu haben wir eigentlich das Gesetz gemacht? (Beifall bei der SPÖ.)

Ich würde mir wünschen, wenn die Wirtschaft und große Teile der Politik, meine Damen und Herren der Regierungsparteien, öfter daran denken, dass die Wirtschaft die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer braucht und dass dieses Humankapital nur allzu oft ausgebeutet wird und auf der Strecke bleibt. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.00 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zierler.

Abg. Zierler (11.01 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vielleicht gleich am Anfang eine tatsächliche Berichtigung zu meinem Kollegen Karl Wiedner, der gesagt hat, die Kollegin der SPÖ hält schon seit acht Jahren die gleiche Rede. Das stimmt nicht, lieber Karl, erst seit vier Jahren, denn seit vier Jahren ist die SPÖ im Bund nicht mehr in der Regierung. (Abg. Kaufmann: „Na super!“) Früher hat das alles ganz anders geklungen. (Beifall bei der FPÖ.) Das war eine interne tatsächliche Berichtigung, und nicht als solche angekündigt. Die habe ich in meine Rede integriert, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Es geht um den Wirtschafts- und Arbeitsbericht und es ist dazu sehr vieles gesagt worden. Ich finde schon, dass es ein tatsächlicher Wirtschafts- und Arbeitsförderungsbericht ist, der uns hier vorliegt und gerade was Fördermaßnahmen betrifft, habe ich schon den Eindruck, dass sehr vieles passiert in der Steiermark. Natürlich gibt es noch einiges zu tun und ich glaube, gerade für alle, die sich mit Frauenpolitik beschäftigen, kann da noch lange nicht genug sein.

Aber es waren auch die Stellungnahmen zum Teil sehr aufschlussreich.

Frau Kollegin, weil Sie vorher angesprochen haben die Frauen im Berufsleben, dass in Österreich die höchste Arbeitslosigkeit von Frauen herrscht. Sie haben die Gesamtzahlen von Österreich genannt. Ich würde Sie bitten, dass Sie vielleicht diese Zahlen ein bisschen genauer anschauen und dass Sie einmal ganz genau schauen, in welchem Bundesland die höchste Arbeitslosigkeit von Frauen ist. Das ist nämlich in Wien. Und ich glaube, wir wissen alle, welche Regierungsform wir in Wien haben. Dort ist die höchste Arbeitslosigkeit von Frauen und vor allen Dingen, sie steigt von Monat zu Monat. Und wenn man dann die Gesamtzahl sieht, dann wirkt sich das natürlich auch auf die Gesamtösterreichzahl aus, wenn wir in Wien die höchste Arbeitslosigkeit von Frauen haben. Also bitte das ein bisschen zu differenzieren. (Abg. Wiedner: „So schauen wir aus!“)

Sie sprechen auch an die Einkommensschere. Aber schauen Sie sich auch da die Zahlen an, welche Frauen in Wien arbeitslos sind. Da gibt es auch eine ganz genaue Statistik. Und zwar haben wir da eher Frauen mit geringem Einkommen, Arbeiterinnen und Angestellte, um diese geht es. Also bitte, bleiben wir – wenn es möglich ist – bei den Fakten. (Beifall bei der FPÖ.) Weil die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen angesprochen wurde, das ist ein Thema, das uns seit vielen Jahren, ja Jahrzehnten beschäftigt. (Präsident Purr: „Frau Abgeordnete Zierler, bitte, Sie sind am Wort, Frau Abgeordnete!“)

Ich bedanke mich, Herr Präsident. Ich lasse es mir auch nicht nehmen und ich finde es auch recht spannend, wenn so eine rege Diskussion entsteht. Ich habe kein Problem damit.

Die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, ein Thema, das uns seit langer, langer Zeit beschäftigt, und es hat sich nichts geändert. Auch diese Bundesregierung hat da nicht wirklich etwas erreichen können. Da gebe ich Ihnen völlig Recht.

Aber schauen wir doch einmal zurück, als es noch sozialdemokratische Frauenministerinnen gegeben hat. Die hätten doch damals die Möglichkeit gehabt, mit den Sozialpartnern zu verhandeln. Und ohne Sozialpartner wird es nie zu einer Annäherung kommen, wenn es um die Einkommensschere geht. Mit einer blau-schwarzen Regierung ist es sehr schwierig, weil die Sozialpartner da von vornherein einmal „Njet“ sagen. Aber das wäre vielleicht bei einer Frau Konrad gegangen, da kann ich mich erinnern, das Einzige, was da irgendwie in Erinnerung geblieben ist, das war irgend so eine Kampagne Halbe/Halbe, glaube ich, sonst glaube ich, ist da nicht wirklich etwas vorgewiesen worden in ihrer Tätigkeit als Frauenministerin. Und bei der Barbara Prammer, ja, fehlen mir irgendwie die frauenpolitischen Meilensteine in ihrer Politik auch zur Gänze, weil das war ein Ressort ohne Verantwortung, das war ein Ressort ohne Geld und (Abg. Gross: „Kinderbetreuungsgeld. Genauer zuhören, Frau Kollegin!“) das war ein Ressort, das dem Bundeskanzler unterstellt wurde ohne irgendwelche eigenen Möglichkeiten. Also gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit ja, aber da müssen wir alle gemeinsam an einem Strick ziehen, und zwar an einem Strick in die gleiche Richtung. Und es ist kein Vorwurf, den Sie dieser jetzigen Bundesregierung machen können, denn wie gesagt, wo waren Sie, als Sie in der Regierung waren und als Sie die Möglichkeit hatten, mit den Sozialpartnern auch dementsprechende Verträge auszuhandeln? (Abg. Wiedner: „So schauen wir aus!“) Und ich nutze jetzt auch gleich die Gelegenheit, sprechen wir nicht nur über Frauen, die sich zurzeit in der Arbeitswelt befinden, sondern sprechen wir auch darüber, wie geht es für Frauen in Österreich weiter? Was ändert sich für Frauen in Österreich? Wenn Sie sich vielleicht die Pensionsreform ein bisschen angeschaut haben, die Pensionsharmonisierung angeschaut haben, dann haben Sie vielleicht festgestellt, dass erstmals Frauen schon nach sieben Arbeits- oder Erwerbsjahren einen Pensionsanspruch haben. Zum Vergleich dazu, unter SPÖ-geführten Regierungen gab es mit 15 Jahren, das heißt, erst nach über der doppelten Zeit einen Pensionsanspruch, sieben Jahre, das hat unsere Bundesregierung erreicht. Oder aber, erstmals erhalten auch Frauen die Kindererziehungszeiten zusätzlich. Ich lasse Ihnen ein bisschen Zeit, diskutieren Sie es aus! (Präsident Purr: „Meine Damen und Herren, es ist heute kein besonderes Datum. Wenn es der 13. wäre, würde ich sagen, ich weiß, es ist Anlass. Aber bitte, Aufmerksamkeit ist erbeten. Diese Bitte geht an alle!“ – Abg. Gennaro: „Das ist schwer bei einer solchen Rede!“)

Ich verstehe schon, es sind zu viele positive Nachrichten, die kann man nicht auf einmal verkraften. Ich verstehe es. Aber ich kann es Ihnen dann gerne schriftlich geben, dann ist es vielleicht etwas einfacher. (Abg. Grabner: „Man kann auch eine Zeit lang über nichts reden. Überzeugt mich!“)

Erstmals, Frau Kollegin, erhalten auch Frauen die Kindererziehungszeiten zusätzlich zu einer Voll- oder Teilzeiterwerbstätigkeit angerechnet. Konkret sind das vier Jahre pro Kind. Unter SPÖ-geführten Regierungen wurden Frauen überhaupt keine Kindererziehungszeiten angerechnet.

Das sind die Tatsachen.

Oder aber, erstmals gibt es für alle Frauen eine einheitliche Bemessungsgrundlage von 1350 Euro. Bisher – ich wiederhole es noch einmal – unter SPÖ-Regierungen waren es lediglich 650 Euro. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Dafür bekommt man 40 Prozent weniger Pension!“) Herr Kollege, regen Sie sich nicht auf. Schauen Sie, es sind wunderbare Maßnahmen, aber bleiben Sie ruhig dabei, wir haben eine große Freude damit und die Frauen, die in Zukunft hier auch die Nutznießerinnen sein werden, die haben auch eine große Freude damit. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Die Wahlergebnisse schlagen sich bei euren positiven Berichten nieder!“) Laut Expertenberechnung bekommen Frauen, wenn sie zwei Kinder haben, in Zukunft 35.000 Euro, also zirka 500.000 alte Schilling, mehr an Pension als das bisher der Fall war und Frauen können nach 40 Beitragsjahren ohne Abschläge in Pension gehen. Das sind die Fakten, das sind die Tatsachen, meine Damen und Herren. Und ich denke mir, es hat keinen Sinn, wenn man immer nur alles versucht schlecht zu machen, wenn man immer nur versucht, eine Angst und eine Panik zu erzeugen. Das bringt nichts. Das ist keine Form der konstruktiven Politik. Es ist vieles Gutes passiert, als Sie in der Regierung waren. (Abg. Kaufmann: „Es hilft aber auch nichts!“) Und wenn ich mich ganz weit zurückerinnere, die Johanna Dohnal war eine sensationelle Frauenministerin, aber es passiert auch viel Gutes jetzt, wo wir in der Regierung sind. Also machen wir nicht alles schlecht, sondern setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir auch in Zukunft noch mehr Verbesserungen für Frauen in Österreich und ganz konkret hier im Landtag für Frauen in der Steiermark machen können. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 11.09 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Detlef Gruber.

Abg. Detlef Gruber (11.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Die Herren der Landesregierung!

Ich melde mich zum Tagesordnungspunkt 5 und möchte einen Unselbstständigen Entschließungsantrag betreffend die sofortige Änderung der Richtlinien für die Bildungsförderung mittels Bildungsscheck einbringen.

Begründet wird es damit, dass der Steiermärkische Landtag die Landesregierung am 22. Juni dieses Jahres über Antrag der sozialdemokratischen Fraktion aufgefordert hat, durch den Bildungsscheck für die Berufsreifeprüfung nicht nur Lehrlinge und Lehrabsolventen/Lehrabsolventinnen bis zum Alter von 25 Jahren, sondern auch andere junge Menschen bis zum Alter von 30 Jahren zu fördern.

Die gegenständliche – von Landesrat Schöpfer eingebrachte – Regierungsvorlage stellt die Änderung der Richtlinien für den Bildungsscheck für das Jahr 2005 in Aussicht. Allerdings, meine Damen und Herren, mit dem Zusatz, im Rahmen der budgetären Möglichkeiten.

Was das bedeutet für eine Umsetzung, kann ich nur jetzt mutmaßen, aber kennen wir aus anderen Bereichen, wo diese Formulierung als Stehsatz immer da steht. Ich hoffe nicht, dass Sankt Nimmerlein grüßen lässt.

Damit aber bereits im Jahr 2004 möglichst viele junge Menschen in den Genuss der Förderung kommen können, sollte die geplante Änderung der Zielgruppendefinition und der Altersgrenze nicht erst im Jahr 2005, sondern noch heuer wirksam werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die im Landtagsbeschluss Nr. 1451 vom 22. Juni 2004 geforderten Änderungen der Zugangsbedingungen zu Bildungsförderungen mittels Bildungsscheck noch heuer umzusetzen, damit bereits im Jahr 2004 möglichst viele junge Menschen in den Genuss der Förderung kommen können.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 11.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Zitz. Frau Abgeordnete, bitte.

Abg. Mag. Zitz (11.12 Uhr): Herr Präsident, Herr Landeshauptfraustellvertreter, Herr Landesrat!

Nachdem wir bekanntlich ja ein System haben, das Leuten nur dann eine Pension zubilligt, wenn sie vorher in der Erwerbsarbeit waren und die Frau Kollegin Zierler vorher angesprochen hat, Fehlleistungen im Pensionsbereich, die es sehr wohl auch in der großen Koalition gegeben hat, aber dann gleichzeitig so getan hat, als ob das jetzige Pensionsmodell, das dieser Tage im Nationalrat beschlossen wurde, so toll wäre, muss ich da ein bisschen dagegenhalten mit grünen Argumenten. Es ist Fakt, dass genau das Thema, das wir jetzt besprechen, nämlich die Anzahl der Frauen, die im Erwerbsleben sind, in welcher Qualität sie im Erwerbsleben sind, ob das prekäre Arbeitsverhältnisse sind, ob das Arbeiterinnen, Angestellte, Beamtinnen sind, genau dieses Schicksal der Frauenbeschäftigungen in der Steiermark wird die Zukunft von den Frauen massiv beeinflussen, wenn sie einmal Pensionistinnen sind. Hängt eng miteinander zusammen. Zur Pensionsreform kurz die grüne Einschätzung. Das Eine, seit dem Jahr 2000 haben wir drei Pensionsreformen über uns ergehen lassen, Punkt eins. Punkt zwei, die Pensionsreform, die jetzt entwickelt wurde von der Bundesregierung, auch mit einigen sehr speziellen positiven Elementen, sage ich auch als Grüne dazu, wird mit 1. Jänner 2005 in Kraft treten mit einer sehr kurzen Zeit für Stellungnahmen dazu. Fakt ist, was Frauenpensionen betrifft, die liegen derzeit in Österreich bei 618 Euro im Monat. Eine aktuelle Kurzinformation, die Ausgleichszulage nach dem ASVG liegt derzeit bei 653,54 Euro. Sie sehen, dass das jetzige Pensionssystem Frauen so benachteiligt, dass sie unter die gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichszulage zu einem großen Teil fallen. Der zweite Punkt, was Fakt ist, ich finde es auch in Ordnung, dass die Ersatzzeiten jetzt, nämlich vier Jahre 48 Monate pro Kind statt zwei Jahren wie bisher, leichter angerechnet werden für eine Pensionsbegründung bei Frauen, finde ich in Ordnung. Nur möchte ich darauf hinweisen, Frau Kollegin Zierler, dass genau diese Anerkennung von Kindererziehungsarbeit von Frauen oder Männern dadurch wieder gekappt wird, dass es einen neuen lebenslangen Durchrechnungszeitraum gibt und der nimmt genau diese Verbesserungen wieder weg. Das heißt, es wird letztendlich ein Nullsummenspiel sein. Eine Sache bezüglich den erhöhten Beitrag. Wenn Sie jetzt meinen, wie diese Ersatzzeiten berechnet werden, da gibt es jetzt ein Medianeinkommen für die Zeit Zivildienst, Präsenzdienst beziehungsweise auch die Zeit, wo man sich um Kinder kümmert, das wird mit 1350 Euro bewertet. Nicht rasend groß und ganz schlecht bei diesem Pensionssystem steigt eine Frau aus, die Arbeiterin ist, die sehr früh ein Kind bekommen hat, also nur ein Kind bekommen hat, und die dann anschließend Teilzeit arbeiten gegangen ist. Und aus diesem Grund möchte ich noch einmal ein Plädoyer einlegen für das grüne Grundsicherungsmodell, das gerade auch im Alter eine Absicherung sicherstellen würde für Frauen, die eben diese unregelmäßigen beruflichen Karrieren gehabt haben, wie es dieses Pensionsmodell leider nicht sicherstellt. Einen Punkt möchte ich jetzt noch ansprechen auf die Steiermark bezogen, nachdem wir hier steirische Fragen zur Frauenbeschäftigung diskutieren. In der Steiermark haben wir 22 Prozent von Personen, die über 60 Jahre sind, das sind 264.000 Personen und es ist auch Fakt, dass in der Steiermark auf 138 Seniorinnen und Senioren 100 Kinder kommen. Ich glaube, dass man die Frage dieser aktuellen Pensionsharmonisierungsversuche der Regierung bei aller Wertschätzung sehr punktuell, was doch hingehauen hat, also diese Frage mit einer besseren Anrechnung der Ersatzzeiten finde ich ziemlich in Ordnung. Ich halte es aber für absolut problematisch, wenn man diesen lebenslangen Durchrechnungszeitraum so gestaltet, dass gerade Frauen da wieder ein Stück schlechter bedient werden. Und eine Sache möchte ich noch ansprechen. Nachdem das vorher auch ganz kurz angerissen worden ist, werden bei dieser Pensionsdebatte große Auseinandersetzungen über die Schwerarbeit. Wie Schwerarbeit definiert wird und da möchte ich darauf aufmerksam machen. Die Regelung, die jetzt diskutiert wird, wird frühestens im Jahr 2008/2009 in Kraft treten, weil die Resultate dieser ExpertInnenarbeitsgruppe erst 2007 vorliegen werden. Wenn man sich anschaut, wie

die ExpertInnen Schwerarbeit definieren, wird man sehen, dass das fast durchwegs Berufe sind, die auf Männer ausgerichtet sind. Wenn man sich das Nachtschwerarbeitergesetz anschaut, da kommen viele Definitionen vor, die einem sehr traditionellen Schwerarbeiterbegriff aus den fünfziger und sechziger Jahren entsprechen und wo die Arten von Schwerarbeit, denen Frauen oft ausgesetzt sind, Arbeit mit einer hohen Lärmbelastung, mit einer einseitigen Belastung des Körpers. Wenn Sie sich an die Billa-Kassiererin erinnern, die hebt mit einem Arm oft eine Tonne an unterschiedlichen Lebensmitteln. Wird aber mit Sicherheit nicht als Schwerarbeiterin definiert und da denke ich, dass summa summarum die Überlegungen der Pensionsreform, die die Regierung uns serviert haben, die positiven Teile, die drinnen sind, werden durch diesen lebenslangen Durchrechnungszeitraum wieder zunichte gemacht und ich glaube, dass eine bedarfsorientierte Grundsicherung, so wie die Grünen sich das vorstellen, ein wichtiger Schritt wäre. Und um das sicherzustellen braucht es aber Maßnahmen, die Frauen in einer guten Art und Weise ins Erwerbsleben integrieren und dieser Bericht, Herr Landesrat, den Sie vorgelegt haben, zeigt halt, dass leider auch von Seiten dieser Landesregierung dieses Thema nicht rasend ernst genommen wird. Jetzt noch einmal auf die gesamte Biografie von Frauen bezogen, von der Ausbildungszeit über die Erwerbszeit bis hin zur Pension, glaube ich einfach, dass dieser Bericht nicht dem entspricht, was wir uns als Grüne erwarten und dass wir in Österreich immer noch eine Art von Pensionssystem haben, das dem Modell aus dem Jahre 34 entspricht, ist leider auch ein Teil der Realität.

Ich möchte jetzt zuletzt noch ganz kurz etwas sagen zu den roten Nelken der SozialdemokratInnen. Ich habe mich vorher mit dem Herrn Landeshauptfraustellvertreter Voves unterhalten. Die erste Frau, die im Landtag war, das war eine Frau, die sehr viel zum Bereich Frauenbeschäftigung getan hat, nämlich in den zwanziger Jahren. Das war die Martha Tausk. Das war eine Sozialpolitikerin, die im Vorstand der Allgemeinen Arbeiterkrankenkasse gearbeitet hat und sich sehr engagiert hat für die erste rechtliche Absicherung der Heimarbeiterinnen. Das waren damals in erster Linie Frauen unter teilweise katastrophalen Arbeitsverhältnissen. Sie haben zur Ehrung der Martha Tausk seit dem Jahr 2003 ein Schild im Eingangsbereich des Landhauses, das auf Initiative des Projekts „Woment“ dort montiert worden ist und Sie haben zur Ehrung der Martha Tausk inzwischen den Nordspangenberg nach ihr benannt, aber es gibt leider bis heute keine Art der biografischen Aufarbeitung oder wirklichen kontinuierlichen Wertschätzung der Arbeit von dieser Politikerin, außer Einzelinitiativen, die Historikerinnen wie Brigitte Dorfer oder auch die Grazer Frauenbeauftragten in erster Linie ehrenamtlich gemacht haben. Das wollte ich noch sagen in Ergänzung zur roten Nelke der Sozialdemokratie. (Beifall bei den Grünen. – 11.21 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Schleich (11.21 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrter Landeshauptmannstellvertreter, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Ein Wirtschaftsbericht hat natürlich immer viele Fragen offen und wie der Abgeordnete Wiedner gerade gesagt hat, sag es einmal als Wirtschaftler. Ich glaube, wir sind alle Wirtschaftler, weil indirekt und direkt stehen wir alle in der Wirtschaft und tragen dazu bei, ob jetzt jemand selber vorsteht als Unternehmer oder nicht.

Und wir sind vor allem alle als Politiker in Wirklichkeit Wirtschaftler, weil wir alle dazu beitragen, was in der Region passiert. Und ich bin da anderer Meinung, wie wir heute vom Kollegen Gennaro gehört haben, dass der Wirtschaftslandesrat sagt, die Politik hat nicht viel dazu getan. Ich glaube, die Politik ist Impulsgeber meiner Meinung nach, was in einer Region passiert, ganz besonders wenn ich bei den Gemeinden beginne, wenn man die Budgets anschaut und schaut, was in der Region investiert wird. Und wäre das nicht so, ich glaube, dann täten wir wahrscheinlich nicht gut ausschauen. Diese Impulsgeber bewegen ja dann weiter nach oben und beziehungsweise bewegen auch Unternehmer, die ein Vertrauen in die Region setzen und dort natürlich ihre Betriebe stationieren und nicht alle in die Stadt gehen, sondern auch in den Regionen bleiben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und gerade deshalb möchte ich zum heutigen Bericht auch aus einer Situation aus meinem Bezirk, das Innovationszentrum Ländlicher Raum Errichtungs-GmbH. in Auersbach – mein Kollege Ober, er ist inzwischen gekommen, freut mich, Sepp – der dort mit viel Energie, mit viel Einsatz und mit viel Fantasie muss ich am Schluss sagen, etwas gestartet hat, das meiner Meinung nach – man kann schon irgendwo auch danebengreifen – aber das meiner Meinung nach heute für die Politik alles andere als ein Musterbeispiel ist. Und mich hat vor allem ein Satz sehr geärgert: „Dir tut es Leid, dass es nicht mehr solche Zentren gibt im Bezirk in dieser Form!“ Und ich glaube, das kann keiner nachvollziehen und vor allem jene nicht, die 50 Kommanditisten, die dort Geld eingelegt haben. Und wenn ich mir die Liste anschau, da sind welche dabei, für die 3000 Euro auch viel Geld ist, aber Hoffnung ist manchmal groß im Leben, es sind manche dabei, denen mehr Geld weniger wehgetan hat, aber es sind 50, oder fast 50 Personen. Und wenn man weiß, dass sie nur mehr 40 Prozent ihres Geldes haben, wenn das überhaupt am Schluss noch etwas wert ist, dann glaube ich, verliert das keiner gern. Das beginnt damit, Hoffnungen zu schnüren, Leute in etwas zu bewegen, und am Schluss sie leider begleiten zu müssen in nicht großer Hoffnung. Und wenn ich einen davon hernehme, ohne den Namen zu nennen, der ja dort groß einsteigen wollte, das anscheinend heute nicht mehr der Fall ist, der etwas mehr, über 20.000 Euro investiert hat und dann gesagt hat, aber lieber Herr Bürgermeister Ober, wenn das ein Segen für die Region ist – das war dem sein Wortlaut in der Öffentlichkeit –, dann weiß er nicht mehr, was das heißt. Ich möchte nur dieses Beispiel bringen. Und wenn man weiß, welche Summen hier im Spiel sind bei einer Gesamtinvestition von über 3 Millio-

nen Euro, fast 50 Millionen Schilling, ich glaube, das sagt uns noch eher was das heißt, wenn man weiß, wie die Gelder aufgebracht wurden oder wie sie aufgebracht hätten werden sollen, ich glaube, das muss man auch einmal dazusagen, wenn man so ein Projekt beginnt, dann heißt das Konzept, wie finanziere ich das? Und wenn ich weiß, dass im Bund Förderungen abgeschafft wurden und andere nicht dazu genehmigt wurden und ich meine, es wird ja doch niemand die Sozialdemokratie dafür verantwortlich machen bei der Bundesregierung, warum sie einem ÖVP-Abgeordneten kein Geld gibt. Die werden sich das angeschaut haben und die werden gewusst haben, was hier rauskommen kann, wenn ich nur 10 Prozent Cash habe und 90 Prozent nicht weiß, wie ich es bezahle.

Was ist am Schluss passiert? Zahlungsunfähigkeit bereits im Frühjahr, laut Bilanzen alles schwarz auf weiß, ich will nicht ins Detail gehen, das wäre viel zu lange, aber sind ja alle Zahlen offen und nachbelegbar, wie wurde es finanziert? Und, mein lieber Herr Wirtschaftslandesrat! Mein Niveau lässt es nicht zu, dass ich Ihnen sage, was Ihr Vorgänger persönlich zu mir gesagt hat, aber es war auf jeden Fall anders wie Sie es behandelt haben. Denn ein Projekt in dieser Art, in dieser Form zu fördern, auf der einen Seite vom Wirtschaftslandesrat, auf der anderen Seite mit Bedarfsmitteln in der Größenordnung, wie das stattfindet, das erhebt die Gemüter. Sie müssten einmal in unserem Bezirk mit Unternehmern reden, was die zu dieser Förderung sagen. Und weiter: Ein Drittel davon, zirka ein Drittel der Halle wird verkauft um einen Preis von 280.000 Euro bei weit über 3 Millionen Euro Wert. Der Schätzwert überhaupt war nur zirka 2 Millionen von dem jetzt, also Sie sehen, über eine Million – ich weiß nicht, ob alles in die Medien geflossen ist, weil vieles ist davon auf Deutsch gesagt, „verbraten“ worden. Wenn man sich dann anschaut, dass um 480.000 Euro ungefähr ein Drittel der Halle verkauft worden ist – ganz ein Drittel kann es nicht sein, wenn man die Größenordnungen sieht –, dann muss man sagen, der, der es gekauft hat, der Vulkanoschinken, der hat schon gewusst, warum er kauft. Weil er dem nicht mehr vertraut und sagt, wenn ich es selber habe, dann geht es. Aber nur, das ist ein Drittel der Cash, was es in Wirklichkeit wert ist. Wenn das Wirtschaftsförderung ist, dass ich über diese Brücke hier bis zu zwei Drittel mehr Cash verstecke als ich fördern darf in der EU, dann muss man wirklich fragen, was ist noch gerecht? Und wenn man weiß, wie viel Leute dort arbeiten, ich weiß nicht, ich habe nur eine Hand, aber ich glaube, mehr brauche ich nicht dazu, wie viel Beschäftigte dort sind und wie viel Geld dort geflossen ist, dann bitte ich eines und das, lieber Kollege, dann geh nicht in die Öffentlichkeit und sage, solche Zentren brauchen wir noch mehr, weil das ist ein Musterbeispiel. Das ist eine Schande für die Politik und eine Schande für die ÖVP, mehr kann ich nicht sagen! (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist in Wirklichkeit politisches Freikaufen, und nicht Investition in die Region und nicht Investition in Menschen, die Hoffnung haben, denn Hoffnung ist etwas anderes, wenn ich mein eigenes Geld verliere, 50 Personen, am Schluss noch Förderungen en masse. Und noch etwas, und am Schluss muss es erst funktionieren. Ich glaube, das ist nicht die Art, wie man in der Öffentlichkeit als Politiker umgeht. Ich kann dir nur noch eines sagen: Schaut euch auch ganz genau an, was passiert mit öffentlichen Geldern. Herr Landesrat, Sie werden ja am Schluss, wenn der Landesrechnungshof das geprüft hat, sehen und es wird ja keiner davor Angst haben, hoffe ich, es wird ja jeder dafür sein, Licht ins Dunkel nennt man das manchmal, ob das überhaupt verantwortungsvoll war, in dieser Art zu beginnen.

Und beim Vulkanland tun mir auch schon manche Leute Leid, die viel Hoffnung hatten. Und wenn du mit den Kommanditisten hier redest, und mit einigen habe ich gesprochen, was die heute sagen, will ich es hier nicht nennen, was die heute zu ihrer Hoffnung, zu ihrer Investition sagen. Und wenn ich an Vulkanland denke, an viele Bereiche, die du gegründet hast, Positives genauso dabei natürlich auch wie Negatives, dann wird man sich auch hier anschauen müssen, wie die Förderungen laufen. Denn denke ich nur an Theater im Vulkan, viel Geld ist geflossen, ein Bescheid von der Frau Landeshauptmann ist auch herausgekommen für den weiteren Abbau des Steinbruchs, wie setzt man solche Dinge um und was macht man mit den Millionen? Aber diese Bereiche wären heute zu breit, um auch in die Öffentlichkeit zu führen. Ich kann hier nur eines sagen: Liebe Politiker und Politikerinnen und liebe Freunde auch aus der ÖVP, weil es gibt überall auch welche, mit denen man relativ gut kann, wenn man so damit umgeht und andere für so dumm hinstellt, dann muss man sich überlegen, ob das richtig ist. So kann es nicht funktionieren und so darf es auch nicht sein. Wenn jemandem etwas nicht gelingt, das kann uns jedem passieren, dann muss ich hingehen und es sagen. Und sagen, hier habe ich Hoffnung gehabt und es ist mir nicht gelungen. Aber nicht hingehen und alles verschleiern und am Schluss noch sagen, das ist das Musterbeispiel, so muss man Politik machen. Ich hoffe nur, dass auch in Fehring die Grüne Lagune, Herr Landesrat, dort genauso die Förderungen bekommt, wie sie hier in Auersbach passieren, weil dort gibt es wenigstens viele Arbeitsplätze. Aber das Projekt ist auch ein ÖVP-Projekt, das man als Musterbeispiel nie verwenden darf in unserem Land Steiermark. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 11.31 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Barbara Gross. Jetzt bin ich mir nicht sicher, wie weit es richtig ist, persönliche Abrechnungen hier vorzunehmen. In der Sache selbst glaube ich, ist es gut, alles aufzuzeigen. Aber ad personam habe ich ein bisschen Bedenken, nicht mehr, nicht weniger dazu. Bitte, geehrte Frau Abgeordnete. Sie sind am Wort. (Abg. Stöhrmann: „Gilt das umgekehrt auch, Herr Präsident?“)

Abg. Gross (11.32 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich möchte noch einmal kurz auf die Einkommensunterschiede beziehungsweise auch auf die Vereinbarkeitsregelungen hinweisen. Wenn man die geschlechtsspezifischen Einkommensunterschiede im EU-Vergleich betrachtet, dann weist für mich Österreich einen der größten Einkommensunterschiede auf. Und es nimmt mit

den Niederlanden gemeinsam den vorletzten Platz ein, meine Damen und Herren, im Bereich der EU. Ähnlich kritisch müssen wir auch das Abschneiden im Bereich der Analyse zur Kinderbetreuungssituation sehen. Die Frau Abgeordnete Bachmaier hat ja auch schon darauf hingewiesen. In Österreich ist es immer noch so und auch bei uns in der Steiermark gibt es da keine Ausnahme, dass für unter dreijährige Kinder nach Griechenland die geringste Abdeckung vorzuweisen ist. Die EU-Zielvorgaben, meine Damen und Herren, zur Kinderbetreuung liegen in Österreich damit noch in weiter Entfernung. Und, Frau Kollegin Zierler, sie ist leider nicht da, wenn man ihr eine Antwort geben könnte, Frau Kollegin Zierler, wenn Sie uns hier schon unsere Frauenministerin zitieren, dann bitte ich nicht nur mit Halbe-Halbe, was eine so tolle Forderung war, dass sie sogar von der Wirtschaft übernommen worden ist. Helga Konrad und dann auch Frauenministerin Barbara Prammer haben die Kinderbetreuungsinitiative initiiert und fortgeführt. Damals zwei Mal 600 Millionen österreichische Schilling. Ihre Bundesminister, egal ob es Haupt oder auch Bartenstein als Sozial- oder als Wirtschaftsminister, haben diese Initiative sofort wieder abserviert. Diese Initiative, die so genannte Kinderbetreuungsinitiative, hat zu 30.000 Betreuungsplätzen in Österreich geführt. (Beifall bei der SPÖ.) Der Kollege Gennaro hätte hier an meiner Stelle gesagt: „So schaut's aus!“ In der Steiermark steigt nicht nur die Frauenbeschäftigung, meine Damen und Herren, sondern parallel dazu auch der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen. Auch das ist heute schon festgestellt worden. Das männliche Durchschnittsbruttoeinkommen liegt derzeit bei 2129 Euro. Das der Frauen nur bei 1367 Euro. Und ich habe es bei der letzten Debatte gesagt und ich wiederhole es heute noch einmal. Seit dem Antritt von Frau Landeshauptmann Klasnic im Jahre 1996, meine Damen und Herren, ist die Einkommenslücke zwischen Frauen und Männern in der Steiermark kontinuierlich gestiegen. Mit 64 Prozent des Männereinkommens liegt das durchschnittliche Fraueneinkommen 7 Prozent unter dem Österreichdurchschnitt und damit an der Negativspitze aller Bundesländer, denn gestiegen, Herr Landesrat Schöpfer, gestiegen ist der Anteil der erwerbstätigen Frauen nur in den Niedriglohnbereichen, während gut bezahlte Arbeit in unserem Bundesland offensichtlich weiterhin hauptsächlich den Männern vorbehalten bleibt. Dort, wo wesentlich höhere Gehälter bezahlt werden, etwa bei Maturantinnen und Akademikerinnen, sind die Steirerinnen offensichtlich stark im Hintertreffen. Obwohl insgesamt mehr Frauen als Männer über einen Universitätsabschluss verfügen, ist der Anteil der arbeitslosen Akademikerinnen zum Beispiel in der Tendenz stark steigend. Die Zahl der unselbstständig beschäftigten Teilzeitarbeiterinnen ist zwischen 1995 und 2002 österreichweit um 144.000 gestiegen. 86 Prozent, meine Damen und Herren, und das ist das wirkliche Problem, aller Teilzeitbeschäftigten, und da kann die ÖVP noch so oft sagen, die Frauen wollen das ja, sind Frauen. Gleichzeitig sind die Frauen in der Vollzeit aber um 7000 gesunken. Unsere Arbeitswelt, meine Damen und Herren, ist auch zu Beginn des dritten Jahrtausends noch immer männerorientiert. Frauen wird ständig größtmögliche Flexibilität abverlangt, damit sie in dieses Wirtschaftssystem hineinpassen. Auf die Lebensbedürfnisse von Frauen, aber auch von Kindern und Familien insgesamt wird dabei aber nicht oder noch in viel zu geringem Ausmaß Rücksicht genommen. Und damit, meine Damen und Herren, damit ist die Armutsfalle für Frauen in der Steiermark geöffnet. Und wenn wir hier keine Gegenmaßnahmen in der Steiermark setzen, dann schnappt diese Falle zu. Schon jetzt sind Frauen, vor allem Frauen mit Kindern, Alleinerzieherinnen mit der Armut so konfrontiert, wie sie es in einer Zeit waren, die wir alle nie mehr erleben wollen. Meine Damen und Herren, das Wissen um diese Situation hat unsere Fraktion veranlasst bereits zum Budget 2004 eine besondere Förderung für Frauen, eine besondere Förderung für Wiedereinsteigerinnen in die Budgetvereinbarung aufzunehmen und zu verlangen. Wenn die Frau Abgeordnete Zierler von den Arbeitslosenzahlen spricht und diese im Frauenbereich wie der Herr Bundeskanzler einfach nur schön redet, dann möchte ich auch eine Zahl herausheben. Eine Zahl, die viele Frauen betrifft, nämlich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit nach Altersgruppen. Frauen von 25- bis unter 50-Jährige, da gibt es nämlich eine Steigerung von 2 Prozent und da sind sehr, sehr viele Frauen betroffen. Und die Frau Kollegin Zierler bewertet dies als positiv? Meine Damen und Herren, Frau Kollegin Zierler, dass die FPÖ unsere Frauenministerin Johanna Dohnal in einem Landtag je einmal lobend erwähnt, lässt mich und lässt viele andere lächeln, weil wir alle noch sehr gut wissen, wie gerade die FPÖ mit Johanna Dohnal als Frauenministerin umgegangen ist. (Abg. Gennaro: „So schauen wir aus, Frau Kollegin!“) Auch das zeigt deutlich Ihr wahres Gesicht. Es spricht für sich selbst und die Wählerinnen werden sich ihre eigenen Gedanken machen und ihre eigene Antwort geben. (Beifall bei der SPÖ. – 11.38 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic bitte.

Abg. Kasic (11.39 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf zunächst einmal sehr, sehr herzlich jenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den zuständigen Abteilungen danken für ein hervorragendes Werk. Nämlich erstmals das aufzugreifen, was nämlich notwendig ist. Beschäftigungspolitik mit der Wirtschaft, das heißt die Menschen dieses Landes mit den Rahmenbedingungen, die wir als Politiker schaffen, zusammenzuführen und erstmals einen Bericht vorzulegen, wo die Wirtschaft dieses Landes gekoppelt mit dem Arbeitsförderungsbericht dargestellt ist. Und wenn die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa meint, sie habe hier zu wenig Beschäftigungspolitik entdeckt, dann haben Sie wahrscheinlich gar nicht oder nur oberflächlich gelesen. Von rund 45 Seiten sind es mehr als 15, die sich ausschließlich mit der Beschäftigung in diesem Land beschäftigen und zusammenfassen. Möchte aber bei Kurt Gennaro, der natürlich auch nicht im Saal ist, wenn es um Wirtschaftspolitik geht. Es scheint ja so, dass einige SPÖ-Abgeordnete nur schnell ihre Rede halten, herunterspulen, vielleicht auch irgendeine alte aus der

Schublade ziehen und dann nicht da sind. Beginnend, der von Licht und Schatten gesprochen hat, meine Damen und Herren, der hat natürlich nur, weil es offensichtlich Taktik der Sozialdemokratie in diesem Land ist, die Schattenseiten aufgezeigt. Das hat ja schon in den vergangenen Landtagssitzungen begonnen, wo immer wieder Dringliche Anfragen gestellt worden sind, wo man eine Schmutzkübelkampagne gestartet hat und wo bereits in der letzten Sondersitzung dieses Landtages die Wirtschaft dieses Landes schlecht gemacht wurde. Lieber Kurt Gennaro, vielleicht wirfst du auch ein bisschen einmal einen Blick auf die hellen Seiten dieses Landes, die bei weitem überwiegen. (Landesrat Erlitz: „Die Wahrheit sagen, auch wenn sie weh tut!“) Ich sage das deswegen, weil ich glaube, das muss man auch aufzeigen, damit vor allem euer Parteivorsitzender, ich zitierte, selbst gesagt hat, er verstehe nur ein wenig von Wirtschaft, damit man ihm den Nachhilfeunterricht geben kann. Und, lieber Kurt Gennaro, wenn du gesprochen hast von Nachhilfeunterricht, dann würde ich dir raten, diesen Nachhilfeunterricht auch deinen Parteivorsitzenden zu geben. Du hast nämlich davon gesprochen, wenn Unternehmer, die zu wenig Geld in der Kasse haben, dauernd nur jammern, dann muss man sie in die Wüste schicken. Ich frage mich, wann schickt denn euer Parteivorsitzender die Oberjammerer dieser Landesregierung, Flecker und Erlitz, endlich in die Wüste? Er hat es ja schon einmal probiert mit Flecker, aber das ist ihm nicht gelungen. Es wäre gut, wenn er diese Oberjammerer endlich in die Wüste schicken würde. Und zur Frau Abgeordneten Sonnek darf ich ganz kurz sagen – ich glaube, sie telefoniert gerade – aber das passt dazu. Ich wollte Ihnen die Telefonnummer der Wirtschaftskammer geben: 601 680, wo Sie es abklären können, was familienintern und Ähnliches heißt. Ich freue mich jedenfalls, wie die Grüne Wirtschaft kandidiert. Wir nehmen diese Herausforderung gerne auf und hoffen, dass dort gute Ideen eingebracht werden. Denn für gute Ideen, die auch umsetzbar sind, sind wir immer offen.

Lassen Sie mich aber zum Wirtschaftsbericht, meine Damen und Herren, auch etwas sagen. Die Steiermark ist nicht nur ein Land der Jugend, ein Land der sozialen Sicherheit, ein Land der Sicherheit insgesamt, ein Land der Regionen, aber darauf werden wir heute ja noch in einem anderen Tagesordnungspunkt zu reden kommen, sondern vor allem ein Land der Arbeit und ein Land der Wirtschaft. Die Arbeitslosenzahlen in der Steiermark sind im Sommer dieses Jahres um 9,65 Prozent zurückgegangen. Österreichweit gab es leider eine Zunahme von 0,25 Prozent. Die Jugendarbeitslosigkeit konnte in der Steiermark um 15,24 Prozent verringert werden. Österreichweit waren es nur 5,21 Prozent, wobei ich nicht anstehe, das schon mehrfach zu sagen: Jeder Arbeitslose in diesem Land ist zu viel, jeder arbeitslose Jugendliche in dem Land ist zu viel und hier müssen wir etwas tun. (Beifall bei der ÖVP.)

Und, liebe Frau Kollegin Gross, ich weiß schon, es ist leichter, sich all die Reden aus der Schublade hervorzuziehen und wieder zu zitieren, dass die Frauenarbeitslosigkeit gestiegen ist. Wenn Sie es sich angeschaut haben, sank die Frauenarbeitslosigkeit in der Steiermark um 4,08 Prozent, während sie österreichweit um 1,58 Prozent gestiegen ist. Und wenn Sie sich die Dekade 1999 bis 2003 anschauen, und das steht bitte im Wirtschaftsförderungsbericht, wenn Sie sich den anschauen, Dekade 1999 bis 2003 ein Minus von 10,09 Prozent auch bei der Frauenarbeitslosigkeit. (Abg. Gross: „Ich habe nur eine Altersgruppe genannt!“)

Meine Damen und Herren, wir hatten auch bei den älteren Arbeitslosen in der Steiermark eine erfreuliche Abnahme von 16,42 Prozent und mehr als 450.000 Steirerinnen und Steirer hatten im Juli einen Arbeitsplatz, das war absoluter historischer Beschäftigungsrekord in diesem Land. Dass dies alles gelungen ist, meine Damen und Herren, ist ein Beispiel dafür, wie sich erfolgreiche Politik in diesem Land unter Führung von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und dem zuständigen Landesrat Schöpfer auszeichnet. Ich will es mit einigen Schlagworten noch sagen, damit diese Lichtseiten vielleicht auch zu Parteivorsitzenden Voves gelangen. Ob das die Gründeroffensive ist, die gestartet wurde, ob das der Schwerpunkt der Gründerinnen oder des Gründerinnenzentrums in der Oststeiermark war, ob das etwa die Einrichtung eines erweiterten Venture Capital Systems wurde, die im November 2003 beschlossen wurde, ob das etwa die STUK ist, ob es das RIST-Programm ist, ob das die Lehrlingsoffensive „Triality“ ist oder auch drei neue Förderungsmaßnahmen für einzelbetriebliche Qualifizierung, die im Jahr 2003 neu geschaffen wurden. Allein die Förderfälle, meine Damen und Herren, im Jahr 2003 waren 1626, davon 94 Prozent ausschließlich für KMUs, und auch im Volumen waren es noch 45 Prozent, rund 80 Millionen wurden hier eingesetzt. Und bis September heurigen Jahres sind es 1504 Förderfälle, 93 Prozent für KMUs und 49 Millionen. Damit wurden 842 neue Arbeitsplätze geschaffen, rund 35.000 damit in der Steiermark gehalten. Zusammengefasst, meine Damen und Herren, wir haben mehr Unternehmerinnen und Unternehmer in diesem Land, wir haben mehr neue Lehrverträge, die Lehrlingszahlen steigen wieder. Wir haben mehr Beschäftigte und weniger Arbeitslose in diesem Land und wir sind führend im Innovationsbereich, bei neuen Technologien und beim Aufbau clusterorientierter Netzwerke. Kurz – wir haben eine äußerst dynamische Wirtschaft, wir schaffen mit dieser Landesregierung, mit den dafür zuständigen Regierungsmitgliedern die Rahmenbedingungen dazu. Und damit diese Entwicklung, meine Damen und Herren, in Zukunft auch so bleibt und damit wir auch in den nächsten Jahren in der Steiermark diese Entwicklung haben, werden sicherlich die Steirerinnen und Steirer rechtzeitig mit einem deutlichen Vertrauensvotum das zu bestätigen wissen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 11.46 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Bacher.

Abg. Bacher (11.46 Uhr): Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren! Meine Herren Landesräte! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich gratuliere dem Wolfgang Kasic zu seiner Brandrede, weil es damit zeigt, wie engagiert er sich für die Wirtschaft, für die KMUs einsetzt und ich möchte mich dort anschließen, nämlich mich zu bedanken bei dir, Herr Landesrat, und bei deinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für deinen hervorragenden Bericht.

Und die Kollegin Bachmaier-Geltewa ist nicht herinnen, aber Barbara, das Thema der Frauen ist eine ganz wichtige Frage. (Abg. Gross: „Ja, ich kann hören!“)

Ich sage nur. Vielleicht hört man einmal ein bisschen zu, wenn man über Dinge redet, die uns auch ein Anliegen sind. Und die Kollegin Bachmaier-Geltewa hat natürlich – und auch du – sich sehr engagiert über das Thema der Frauen in der Wirtschaft und Beschäftigung auseinandergesetzt. Ich möchte einmal positiv hervorheben, dass das Land Steiermark Gott sei Dank in dieser Frage mit gutem Beispiel vorangeht. Da ist unseren Landesräten zu danken bei den Personalaufnahmen, die nämlich den Frauen den Vorzug geben. (Abg. Gross: „Das hat der Landtag beschlossen!“) Und Gott sei Dank gibt es auch beim Einkommen im öffentlichen Bereich keine Unterschiede. Gott sei Dank, sage ich dazu. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gross: „Das hat der Landtag beschlossen!“)

Das sollte man einmal positiv hervorheben. Ich weiß nicht, ob das auch in der Merkur-Versicherung so ist, ich weiß nicht, ob das im ÖGB so ist, ich weiß nicht, ob das in der Arbeiterkammer so ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Weiß ich nicht, vielleicht ist es so, aber im Land Steiermark hat die Frau dieselbe Chance wie der Mann. Gott sei Dank, ich gratuliere uns selber dazu.

Zweiter Punkt:

Ich hoffe, bei dir, Sigi, in der Gemeinde ist das auch so! Ich hoffe, dass es bei dir auch so ist! (Abg. Schrittwieser: „Wie viele Vorstände gibt es? Wir haben nicht so viele Dienstposten!“)

Die Kollegin Bachmaier-Geltewa hat auch von den Arbeitslosen geredet. Und, Kurt, die dramatische Entwicklung im europäischen Raum, die hast du auch angesprochen in Zusammenhang mit der Arbeitslosigkeit. Wenn man Zeitungsberichten glauben kann, so steht im Raum, dass in Deutschland im Winter eine Arbeitslosigkeit von 5 Millionen Menschen leider zu erwarten ist – 5 Millionen Menschen, unvorstellbar!

Wenn ich jetzt das herüberbreche auf die Steiermark und auf Österreich, ist uns trotzdem was Positives gelungen. Wir konnten im Vergleichszeitraum September 2004 gegenüber 2003 die Arbeitslosigkeit um 3,1 Prozent senken. Gott sei Dank! Mit Hilfe von vielen Initiativen! Und, Herr Landesrat, ich danke dir, weil du das fortgesetzt hast, was Herbert Paiel eingeleitet hat. Über viele Projekte. Aber auch es ging nicht, wenn nicht auch die Wirtschaft mittäte, damit wir diese Leute auch beschäftigen können. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Herr Kollege, was sind das für Arbeitsverhältnisse?“)

Und jetzt hat die Kollegin Bachmaier angesprochen, dass es um vieles mehr an Frauenarbeitslosigkeit gibt. Wenn man sich die tatsächlichen Zahlen anschaut, September 2004, dann hat es 27.000 Arbeitslose gegeben, davon 13.656 Frauen, Kollegin Bachmaier, und 13.346 Männer. Das heißt, es hält sich leider die Waage. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Ja, aber wie?“)

Ich weiß, das ist schwierig.

Moment einmal, ich komme schon noch dazu, nur, das sind die tatsächlichen Zahlen, die hoffentlich zweifelst du nicht an, die sind nämlich vom AMS Steiermark und das heißt, ist es Gleichstand bei der Arbeitslosigkeit, zum anderen Thema komme ich noch. Gott sei Dank, sage ich. Minus 3,1 Prozent. Und ich selber, die Kollegin Gruber weiß das und der Kollege Grabner weiß es auch, wir führen auch eine Initiative „Frauen für Frauen“, um gegen diese Arbeitslosigkeit was zu unternehmen. Und Gott sei Dank, es ist schwierig genug, gelingt uns ja immer irgendetwas, damit wir eine Vermittlung zusammenbringen, damit wir Frauen in die Beschäftigung bringen, damit wir denen auch eine Chance geben, Gott sei Dank, in unseren Bezirken. Es ginge nicht, wenn nicht die Hilfe des Landes da wäre, damit wir solche Initiativen auch setzen können. Und ich setze das auch fort, weil das Thema Arbeitslosigkeit ein ganz wichtiges Thema ist. Und wir sagen natürlich auch bei jeder Sonntagsrede, ein Arbeitsloser ist zu viel, selbstverständlich ist er zu viel. Die Frage ist nur, was können wir dazu tun, dass wir diese Arbeitslosigkeit senken? Immer nur Diagnosen zu stellen und zu sagen, wir haben so viel, ist ein bisschen wenig, sondern wir müssten auch dagegen was tun. Und eine dieser Initiativen sind ja und das hat auch der Kurt Gennaro angesprochen, sind die Klein- und Mittelbetriebe, die sind in Wahrheit das Rückgrat unserer Wirtschaft. Gott sei Dank floriert es bei denen und die haben im Zeitraum von 1995 bis 2003 um 8,1 Prozent mehr Beschäftigte als die so genannten Großbetriebe. Und bei uns in der Steiermark war das immer wieder eine spannende Auseinandersetzung. Lieber Kurt Gennaro, du weißt das ja ganz genau. Ihr habt ja jahrelang, jahrzehntelang immer nur auf die Verstaatlichte Industrie hingewiesen und die ist ja dann mit vielen Milliarden Schilling den Bach hinuntergegangen und mit 50.000 Arbeitslosen aus der Verstaatlichten Industrie. Leider hat das so geendet. Und wer hat das kompensieren müssen? Die Klein- und Mittelbetriebe auch in der Steiermark. Gott sei Dank, und ich glaube, dass man die KMU's nicht gegenüber dem Autocluster ausspielen kann, sondern dass wir beide brauchen. Ich wünsche mir nicht, dass wir so etwas erleben wie in Deutschland mit Opel und in anderen Bereichen. Ich hoffe nicht, da müssen wir alles dazu beitragen, nur, wir alleine können das nicht machen. Aber die Initiative des Landes Steiermark mit unserer Frau Landeshauptmann und mit Gerald Schöpfer geht in diese Richtung Initiativen zu setzen, damit die Wirtschaft Rahmenbedingungen bekommt, damit sie Leute anstellen und beschäftigen kann. Das ist der entscheidende Punkt, meine Damen und Herren.

Der zweite wesentliche Teil ist die Jugendarbeitslosigkeit. Ein ganz wichtiger Bereich, bitte schön, auch da weiß ich, wovon ich rede, weil es natürlich ein Riesenproblem ist, wenn die Jugend aus der Schule heraus kommt, einen Arbeitsplatz braucht und keinen kriegt. Und das ist schwierig. Ich sage, jeder Schilling, den wir dahin gehend investieren, ist gut und bestens angelegt. Danke, noch einmal, dass auch da was gelingt, dass wir gemeinsam hier im Landtag mit der Regierung in diese Richtung was tun können, damit unsere Jugend eine Chance bekommt. Weil was ist denn das Wichtigste wenn ich mit der Schule fertig bin? Ich möchte ein bisschen ein „Gerstl“ verdienen, damit ich mir was leisten kann. Und das setzt voraus, dass es die Betriebe gibt, die mich aufnehmen. Das setzt wiederum voraus, dass es den Betrieben ermöglicht wird, überhaupt Jugendliche aufzunehmen, Lehrlinge auszubilden, damit ich ihnen eine Chance gebe. Tu ich das in der Phase nicht, habe ich sie als Sozialfälle in kürzester Zeit beim AMS und anderen Institutionen hängen. Daher ist es wichtig und ich sage noch einmal, einer der größten Herausforderung ist auch die Beschäftigung unserer Jugend. Und hier gelingt Gott sei Dank einiges in der Steiermark. Wenn man sich auch diese Zahlen anschaut gegenüber dem Vorjahr, konnte im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit, nämlich von 15 bis 24 Jahren, 7,7 Prozent weniger an Arbeitslosen verzeichnet werden gegenüber dem Jahr 2003. Eine hervorragende Entwicklung, Gott sei Dank. (Beifall bei der ÖVP.) Wir haben, seit Waltraud Klasnic in der Regierung ist und als Landeshauptfrau dieser Regierung vorsteht, 50.000 Beschäftigte mehr in diesem Land. Das ist ja eine sensationelle Entwicklung, muss man in Wahrheit sagen, weil das nicht selbstverständlich ist. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Kennst du die letzte Statistik?“) Diese Zahl, Kurt Gennaro, ist genau die, die wir im Bereich der Verstaatlichten in den letzten Jahren verloren haben, trotzdem wir dort 4,3 Milliarden Euro hineininvestiert haben. Das ist der Punkt. Gott sei Dank, dass es Wirtschaftspolitik à la Marke Waltraud Klasnic, Herbert Paierl und Gerald Schöpfer gibt. In diesem Sinne ein steirisches Glückauf! (Beifall bei der ÖVP. – 11.55 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, wir haben Gäste aus Irland unter uns im Auditorium. Ich begrüße die Damen und Herren aus Tipperary aus Irland. Sie sind Partner unserer steirischen Gemeinde von Mautern. Best quick links to you. (Allgemeiner Beifall.)

Des Weiteren habe ich die Ehre, die Vizepräsidentin Huang Qingyi, Vicepresident and the First Member of Secretariat of the All-China Women's Federation zu begrüßen. Ihnen einen herzlichen Gruß. The best quick links to you. Thank you for your coming. (Allgemeiner Beifall.)

Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bittmann.

Abg. Bittmann (11.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren und vor allem auch sehr geehrte internationale Zuhörer! (Abg. Straßberger: „Sprich Englisch!“)

Wir freuen uns sehr, dass Sie da sind und ich weiß ja nicht, wie es bei Ihnen im Parlament zugeht. Wir haben hier im steirischen Landtag 56 Abgeordnete, davon sind 27 von der konservativen Partei, drei Grüne, sieben Freiheitliche und 19 von der Sozialistischen Partei. In der Landesregierung hat die steirische Volkspartei eine Mehrheit von fünf Sitzen, nicht aber hier im Landtag. Naturgemäß sollte der steirische Landtag ein Spiegelbild der Bevölkerung sein. Alle Berufsschichten sind hier vertreten. Es gibt Männer, Frauen, Junge, Alte, aus allen Regionen gibt es Abgeordnete. Und es gibt natürlich auch verschiedene Ansichten, das wird bei Ihnen auch so sein und möchte diese verschiedenen Ansichten ein bisschen näher erläutern. Ich nenne es Theorie und Praxis. In der Theorie redet der Kurt Gennaro über Lehrlingsplätze. Die Praxis schaut so aus, dass der Sozialhilfverband Liezen einen Kochlehrling hätte aufnehmen sollen und der SPÖ-Bürgermeister Kopf aus Rottenmann hat das abgelehnt mit dem Hinweis: „Nein, zu teuer. Der ist eh viel in der Schule. Den müssen wir anlernen, da machen wir eine Tür auf, die wir nicht mehr zubekommen.“ So viel zur gelebten Praxis. Ich darf dir sagen, dass ich in meiner Firma 40 Mitarbeiter beschäftige und mit heutigem Tage drei Lehrlinge beschäftige. So weit zur Praxis. Du hast theoretisch kritisiert den Lehrabschlussball von der Jugendländerrätin, auch Jugendländerrätin Krista Edlinger-Ploder. Ich weiß nicht, was du da schon wieder zu kritisieren hast. Es ist eine gute Idee. Wir reden doch ständig und du bist bei diesen Sitzungen auch dabei, wie wir den Beruf, wie wir die Lehre aufwerten und das ist ein Schritt, um die Lehre aufzuwerten. Ein richtiger Schritt. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn du sagst, dass die Lehrlinge, die mit Auszeichnung die Lehrabschlussprüfung absolviert haben, eingeladen werden, ja Gott sei Dank werden Eliten gefördert. Es ist ja nichts Schlechtes, wenn man Lehrlinge, die eine gute Leistung, eine ausgezeichnete Leistung geboten haben, auszeichnet mit einer Einladung zu einem Ball. Das ist bestimmt nichts Schlechtes, Leistung auszuzeichnen. (Beifall bei der ÖVP.) Theorie und Praxis. In der Theorie hast du kritisiert „Förderungen“. Klein- und Mittelbetriebe bekämen zu wenig davon. Dann darf ich dir mitteilen, dass 85 Prozent der Förderungen, an der Anzahl gemessen, an Klein- und Mittelbetriebe gehen, nur 15 Prozent an Förderungen, aber auch mehr als 50 Prozent der Geldsumme gehen an Klein- und Mittelbetriebe. Das auch für die Frau Sonnek zur Klarstellung. Mehr als 50 Prozent der Geldmenge gehen an Klein- und Mittelbetriebe. Frau Sonnek, Theorie und Praxis. Ich weiß nicht, wie sehr Sie sich eingelesen haben in das von Bundesminister Grasser präsentierte Budget. Forschung und Entwicklung wurde von Ihnen kritisiert. Also, ich kenne die Industriellenvereinigung nicht als den großen Lober von irgendwelchen Entwicklungen, die sie nicht für richtig halten, aber den Budgetansatz von Bundesminister Grasser, was Forschung und Entwicklung im Bundesbudget betrifft, damit ist die Industriellenvereinigung zufrieden, denn sie sieht das als Schritt in die richtige Richtung. So wie wir auch in der Steiermark die INNOREGIO gegründet haben. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, was das ist, aber ich werde es Ihnen gerne erklären. Forschung und Entwicklung, ein ganz wichtiger Punkt, denn Forschung und

Entwicklung sichern Arbeitsplätze in der Steiermark, hochwertige Arbeitsplätze. Und der steirische Arbeitsmarkt hat sich positiv entwickelt. Wir sind heuer Monat für Monat seit Jänner das beste Bundesland, was den Rückgang an Arbeitslosigkeit betrifft und das ist eine Leistung der steirischen Volkspartei. Das ist keine Leistung der Krankjammerer, sondern das ist ganz bestimmt eine Leistung der Wirtschaftspolitik, die die steirische Volkspartei seit Klasnic, seit Paieryl und jetzt mit Schöpfer betreibt. Das ist nicht die Leistung einer Krankjammerei, wie sie von Nichtunternehmern betrieben wird, wie Sonnek, Gross.

Ihr könnt alle Unternehmer werden. Es steht euch ja frei. Werdet Unternehmer und schafft Arbeitsplätze. Es lässt sich ja so leicht reden, kritisieren. Das ist schlecht und das ist schlecht und das ist schlecht. Es hindert dich niemand und Sie niemand und auch sonst niemand, dass man sich selbstständig macht, dass man eine Idee hat und dass man sagt, ich werde Unternehmer und ich sichere Arbeitsplätze, aber in Eigenverantwortung, Barbara, in Eigenverantwortung. Das wäre ein Ansatz, den würde ich begrüßen. Da wärest du auch Mitglied dann in der Wirtschaftskammer, könntest auch dort dich einbringen. Das wäre sicher interessant und wertvoll. Ich werde aber auch – und das ist heute auch angesprochen worden – sicher keine Gelegenheit auslassen, um auf die Wichtigkeit der steirischen Industrie hinzuweisen. Ich habe es schon oft gesagt und wiederhole es aber jedes Mal gerne, dass mehr als die Hälfte der steirischen Arbeitnehmer direkt und indirekt durch die Industrie beschäftigt sind, dass knapp 40 Prozent vom BIP von der Industrie, von der steirischen Industrie erwirtschaftet werden. Wir haben einen Produktionswert von 16 Milliarden Euro und 75 Prozent davon – und das ist sehr wichtig – gehen in den Export. Und noch etwas ist wichtig, wo wir gerade gehört haben von den Problemen, die General Motors und Opel in Deutschland haben. Natürlich gibt es einen Automobilcluster, der sehr wichtig ist, der richtig ist, um den uns viele andere Regionen beneiden. Die steirische Industrie ist aber keineswegs nur auf Autoindustrie ausgerichtet. Wir haben Elektronikindustrie, chemische Industrie, Stahlindustrie, medizinisch-technische Industrie, Leder- und Textilindustrie, Holzindustrie, Glasindustrie. Das ist also breit gefächert und das ist wichtig, weil man sieht ja, was passiert, wenn ein Konzern eine Entscheidung treffen muss und dann auf einmal Arbeitsplätze in großer Anzahl in einer Region verloren gehen. Und um Ihnen aber ein praktisches Beispiel zu geben, was die steirische Industrie leisten kann, darf ich Ihnen sagen, dass die Firma Sappi in Gratkorn beispielsweise die leistungsstärkste Papiermaschine der Welt hat und über 114 Milliarden A4-Blätter holzfrei/Druckpapier produziert werden. Damit könnte jeder Grazer 1300 Jahre lang täglich einen Brief schreiben. Oder die Firma Sattler produziert jährlich 20 Millionen Quadratmeter Textilien. Mit dieser Menge könnte man beispielsweise den Wörther See überdachen. Oder die VOEST-Alpine produziert Schienen mit einer Länge von bis zu 120 Metern im Stück. Die jährliche Versandmenge an Schienen entspricht mit 6500 Kilometern der Länge der chinesischen Mauer. Und so gäbe es noch viele Beispiele, wie erfolgreich die steirische Industrie ist. Sie sichert Arbeitsplätze, sie ist innovativ, sie setzt auf Forschung und Entwicklung, sie setzt aber auch auf Umweltschutz und sie braucht selbstverständlich als Voraussetzung – und dafür sind wir Politiker ja da, die richtigen Voraussetzungen zu schaffen – eine funktionierende Infrastruktur, die Straße, Schiene, Telekommunikation und natürlich auch Energie mit einschließt. In diesem Sinne freue ich mich sehr, dass Herr Landesrat Gerald Schöpfer die erfolgreiche Politik von Landesrat Paieryl und von Frau Landeshauptmann Klasnic fortsetzt. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 12.06 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Koller, bitte. Zehn Minuten Redezeit bitte einhalten.

Abg. Mag. Koller (12.06 Uhr): Ja, meine Damen und Herren, meine Klubkollegen haben ja schon sehr viel gesagt. Ich darf eigentlich das ganze Gesagte in einen Satz zusammenfassen: Wir arbeiten und handeln und Sie, Sie reden und machen eigentlich alles nur schlecht.

Wir haben sehr viel über Zusammenhang Frauenförderung, Frauenbeschäftigung gehört. Ich widerspreche Ihnen sicher nicht in allem, wie zum Teil bei der Einkommensschere. Aber es passiert am laufenden Band sehr viel. Und wenn die Kollegin Bachmaier-Geltewa sagt, 90 Prozent der Frauen in Teilzeitbeschäftigungen, Sie geben mir sicher Recht, dass nicht alle 90 Prozent – und ich gehe davon aus, dass bei weitem sehr, sehr viel weniger Frauen freiwillig die Teilzeitbeschäftigung angenommen haben und nicht zu einer Teilzeitbeschäftigung gezwungen werden, aber Sie wollen natürlich das wieder nur darstellen, Teilzeitbeschäftigung, weil nichts anderes am Markt ist. Die Kollegin Zierler hat heute schon angesprochen, wie lange eine sozialistische Regierung es nicht geschafft hat, auch nur irgendetwas für Frauenförderung durchzuziehen. Ich gehe sogar noch einen Schritt weiter. Es gibt Kollektivverträge. Ich gehe davon aus, auch Sie wissen was das ist. Und bei den Kollektivverträgen gibt es immer Lohnverhandlungen. Wo sind dann Ihre Gewerkschaftsvertreter, wo meines Wissens sehr wenig Frauen drinnen sind, die die Rechte der Frauen sichern und diese Einkommensunterschiede auch vermindern – beziehungsweise versuchen zu verringern? (Beifall bei der ÖVP.)

Aber ich darf jetzt ein bisschen näher auf Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme eingehen. Ich weiß, es ist nicht explizit im Budget ausgewiesen, aber auch hier gilt mein Motto, wir handeln und wir schreiben nichts nieder, was da nicht ausgeführt wird. Im Landesvoranschlag 2004 ist ein Rahmen von insgesamt 1,5 Millionen Euro festgelegt. Und ich darf nur die aktuelle Zahl sagen: Mit Stand vom 12. Oktober wurden bereits Mittel in Höhe von 1,326.497 Euro für verschiedenste Frauenprojekte durchgeführt. Es kam auch das Thema auf, dass zwar Projekte gefördert werden, aber keine Kontrolle da ist. Das stimmt natürlich auch nicht. Und dem müssen Sie auch zustimmen, weil sonst wäre es nicht in der Lage, dass in der Steiermark sehr viel mehr Frauen beschäftigt werden können. Ich möchte nur ein paar Beispiele nennen im Zusammenhang mit Frauenprojekten. So sei zum Beispiel in Nestelbach bei Graz „Taten statt Worte“ genannt

oder Wirtschafts- und Beschäftigungsoffensive in Murau oder Berufsförderungsinstitut Steiermark, um nur einige Dinge aus einer Fülle von Bemühungen zu nennen, die wir setzen. Aber Bemühungen für Frauenbeschäftigung, Frauenqualifizierung, geben Sie mir sicher Recht, wenn man das auch globaler sieht. Wir bemühen uns, dass eine Vereinbarkeit von Beruf und Familie gegeben ist, wir unterstützen die Frauen beim Wiedereinstieg, sei es jetzt das Kinderbetreuungsgeld für alle, Anrechnung auch für Kindererziehungszeiten und vieles mehr. Auch in der EU ist im Beirat ein Punkt fixiert. (Abg. Gross: „So viel zum Thema Reden, die wir schon herausgezogen haben!“) Ich rede genauso zum Thema wie Sie zum Thema. Ich mache es sachlicher und nicht polemisch, das ist der einzige Unterschied.

Als EU-Thema wird es genauso behandelt. Und was bei uns auch noch dazukommt, wir geben auch zum Beispiel einen Wettbewerb für den frauenfreundlichsten Betrieb, dass auch da wieder ein Anreiz gegeben ist, um diesbezüglich Frauen zu fördern, Frauen gleichzustellen.

Daneben hat auch die Frau Landeshauptmann zum Beispiel das Frauenleben in der Steiermark initiiert, wo es jeder Frau gegeben ist, so zu leben, wie sie will. Sie zwingen alle in ein Schema, sie müssen teilzeitbeschäftigt sein, weil es nichts anderes gibt. Sie sind in der Armutsfalle und so weiter, und so fort. Wir handeln global, wir fördern in den Betrieben, wir fördern in Form von Frauenleben, wir fördern Kinderbetreuungsplätze, wir handeln, wir machen Dinge, wo Sie nur gerne alles schlecht machen.

Noch ganz, ganz kurz zu den Anträgen der Grünen. Der eine Entschließungsantrag beschäftigt sich mit einem eigenen Budgetposten bezüglich Frauenbeschäftigungsprogramm. Ich habe es bereits gesagt, wir arbeiten, wir handeln auch hier. Und es wird genug gemacht, ich muss es nicht explizit, extra niederschreiben, um etwas zu tun.

Zum zweiten Antrag der Grünen ist ja die Stellungnahme sehr umfangreich erfolgt, die Kinderbetreuungsplätze mit über 92 Prozent abgesichert, leider für uns alle, dass weniger Kinder auf die Welt kommen. Aber auch da ist Landesrätin Edlinger-Ploder mit vielen Aktionen dran, auch diesbezüglich für Frauen die Möglichkeit zu schaffen, Kinder zu bekommen. Die Wirtschaftsförderung richtet sich natürlich auf den Standort, aber natürlich mit dem Standort auch wiederum auf Arbeitsplätze und in weiterer Folge doch auch wiederum, dass Frauen beschäftigt sind. Auch das brauche ich nicht extra noch einmal niederschreiben, erwähnen. Meine Damen und Herren, ich darf Sie auffordern, oder ich will Sie auffordern, arbeiten Sie doch mit uns zusammen, machen Sie nicht in so einem wichtigen Thema, wie Frauen, Wahlkampfpolitik. Gehen wir es gemeinsam an, und nicht nur schlecht machen. (Beifall bei der ÖVP. – 12.12 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Köberl bitte.

Abg. Köberl (12.13 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, meine Herren aus der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer!

Ich bin eigentlich sehr froh, dass die Debatte über das Thema Arbeit hier in diesem Haus einen sehr hohen Stellenwert hat und auch auf Grund der fortgeschrittenen Zeit trotzdem es immer wieder wichtige Beiträge dazu gibt. Ich darf mich in meiner Wortmeldung dem Tagesordnungspunkt 5 zuwenden und dem dazu eingebrachten Unselbstständigen Entschließungsantrag der Kollegen Detlef Gruber, Halper, Kröpfl, der von Kollegen Gruber eingebracht wurde. Worum geht es? Es geht eigentlich um die sofortige Änderung der Richtlinie für die Bildungsförderung mittels Bildungsscheck. Ich darf zurückblenden – und da waren wir gemeinsam – am 22. Juni wurde mehrheitlich ein Entschließungsantrag auch der SPÖ beschlossen und eine Stellungnahme von Landesrat Schöpfer verlangt dazu. Diese Stellungnahme liegt nun vor und aus ihr geht ganz klar hervor und das wurde auch im Ausschuss einstimmig zur Kenntnis genommen, dass eine Berücksichtigung der Erhöhung der Altersgrenze von 25 auf 30 Jahren beziehungsweise die Erweiterung der Zugangsberechtigungen auch auf nicht LehrabsolventInnen beziehungsweise Lehrlinge ins Auge gefasst werden sollte. Worum geht es denn eigentlich bei dieser Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogrammaktion im Jahre 2004? Es geht um Aktionsprogramme für Jugendliche. Wir haben uns gemeinsam dazu bekannt. Es ist erstens der Bildungsscheck für die Berufsreifeprüfung, es ist bekannt, Lehrlinge bis 25 und LehrabsolventInnen bis 25. Hier sei auch noch angemerkt, aber das wissen Sie ja hoffentlich, dass die Erhöhung der Altersgrenze um jeweils zwei Jahre pro Betreuungspflichtigen, sprich Kind, ermöglicht ist und auch, dass die volle Anrechnung der Präsenz- beziehungsweise der Zivildienstzeit gegeben ist. Es werden, und das war neu, seit 2004 100 Prozent der Kosten für die Vorbereitungskurse zur Berufsreifeprüfung und die Prüfungsgebühren gefördert. Wie viele haben das im Jahre 2004 in Anspruch genommen? Ich glaube, auch das sollte man sagen. Es waren bisher rund 150 Personen, wofür ein Förderungsvolumen von 100.000 Euro ausgeschüttet wurde. Es geht zweitens um den Bildungsscheck für Lehrlinge und Lehrabsolventen. Hier waren es rund 200 Personen im Jahr 2004, ebenfalls mit 100.000 Euro. Hier werden 50 Prozent der Kosten für berufsbezogene Höherqualifizierungen und persönlichkeitsbezogene Qualifizierungen vom Land gefördert. Und drittens, ein sehr, sehr wesentlicher Bestandteil dieses Förderungsprogrammes ist die Lehrlingsförderung an und für sich.

Dieser Entschließungsantrag der SPÖ, der heute eingebracht worden ist, sieht nun eine Vorziehung dieser Aufhebung der Altersbeschränkung beziehungsweise eine Erweiterung der Zugangsberechtigung für auch nicht Lehrlinge vor und hier muss man eigentlich eines auch sagen. Wir, und das gilt nicht nur für das Ressort Schöpfer, sondern es sollte auch für andere Ressorts gelten, sind gebunden auch an Budgetvorgaben. Dieser Beschluss des Landtages erfolgte am 22. Juni dieses Jahres. Wir schreiben den Oktober dieses Jahres und es ist ganz einfach so, dass für 2004 die budgetierten Mittel dafür nicht vorhanden sind für zusätzliche Zugangs-

berechtigte. Das heißt, und da stellt sich jetzt die grundsätzliche Frage. Ist es ein fairer Weg, heute und hier zu beschließen, dass wir bei den Betroffenen zwischen 25 und 30 Jahren und Zusätzlichen aus dem anderen Bereich heute Hoffnungen wecken, dass sie diese Förderung bekommen können, wenn wir wissen, dass die budgetären Mittel dafür nicht vorhanden sind? Das geht eindeutig aus der Stellungnahme hervor, dass die Bemühungen da sind, 2005 diese Änderung, die wir gemeinsam beschlossen haben, auch umzusetzen, nach Maßgabe der budgetären Mittel. Ich lade die Damen und Herren der Sozialdemokratie heute schon ein, entgegen taktischen Überlegungen, dem Budget 2005 zuzustimmen. Helfen wir in diesem Aspekt gemeinsam diese Umsetzung in diesem entscheidenden Bereich zu ermöglichen. Ich bedanke mich. (Beifall bei der ÖVP. – 12.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Wiedner bitte.

Abg. Wiedner (12.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Mitglieder der steirischen Landesregierung!

Das Thema Wirtschaft, Wirtschaftsbericht gibt uns die Gelegenheit zu einer langen, jetzt schon über zwei Stunden dauernden Wirtschaftsdebatte, wo bei manchen schon ein bisschen die Luft heraußen ist, wie ich merke. (Abg. Kasic: „Wir sind da!“) Das freut mich, Herr Kollege, dass du da bist. Wir waren auch immer da, wir haben auch immer zugehört. Einige haben zwar nur ihre Beiträge abgeliefert und sind dann wieder gegangen, aber inzwischen sind ja viele wieder zurückgekommen. Vielleicht ein ganz wichtiger Satz zum Eingang. Die Kraft der Wirtschaft, liebe Damen und Herren, sichert Einnahmen und Wohlstand. Nur in der Wirtschaft wird das Geld verdient, das wir in vielen anderen Bereichen locker ausgeben. Es schaut leider so aus und es ist so und darum ist das Thema mir sehr wichtig und es muss uns allen wichtig sein. Als einer der wenigen hier im Hause, ohne das kritisieren zu wollen, der selbst in der Privatwirtschaft steht und tagtäglich die Herausforderungen annehmen muss, ist es mir ein Anliegen über diesen Bericht zu diskutieren. Es sind die positiven Zahlen, die hier drinnen stehen, auch erwähnt worden. Zwar sehr gering, aber doch. Man muss auch, glaube ich, am Beginn über die positiven Dinge reden, die hier in diesem Lande Steiermark passieren. Der Wirtschaftsbericht hat halt das Problem, wie alle diese Berichte, wir haben ja heute ein paar Berichte, dass sie halt leider davon leben, dass sie im Jahre 2003 geschrieben wurden. Geschrieben zwar 2004, aber über das Thema 2003 sprechen und der daher nicht unbedingt den aktuellen Bezug hat, wie wir ihn uns wünschen würden. Aber der aktuelle Bezug ist durch Daten und Fakten belegt, die heute gesagt werden. Die Steiermark ist das einzige Bundesland in Österreich, das eine positive Entwicklung am Beschäftigungs- und Arbeitsmarkt hat. Das einzige Bundesland in Österreich, das eine positive Entwicklung hat. Um 3,1 Prozent ist die Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Ein historischer Wert, ein historischer Hochstand. (Beifall bei der FPÖ.) Gott sei Dank haben wir das in der Steiermark geschafft. Wir können auch über diese Zahlen stolz sein. Speziell stolz, wenn wir andere Bundesländer anschauen und ganz speziell stolz, meine Damen und Herren, wenn wir über die Grenzen unseres Bundeslandes und wenn wir über die Grenzen Österreichs hinweg schauen. Der Kollege Bacher hat mir da sehr viel vorweggenommen. Er hat schon über die Zahlen berichtet. Wenn wir uns das in Deutschland anschauen. Rot/Grün, die ja heute hier so groß von Wirtschaft gesprochen haben und die Kompetenz von Wirtschaft hier bewiesen haben. In Deutschland, wo Rot/Grün regiert, 5 Millionen Arbeitslose. Das sind prozentuell, das ist noch nicht gesagt worden, 9,9 Prozent. 9,9 Prozent, also nahezu eine zweistellige Arbeitslosigkeit in Deutschland. Damit sind wir fast auf dem Level der neuen Länder, die zur EU gekommen sind. In Österreich haben wir eine Arbeitslosigkeit nach EU-Berechnung von 4,5 Prozent. Also, weniger als die Hälfte von Deutschland. Ich glaube, das ist eine Entwicklung, die gut ist und die zeigt, dass diese so oft gescholtene schwarz-blaue Regierung in Wien doch einiges zusammenbringt. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.) Es ist mir egal, ob ihr das hören wollt. So ist es, so schaut es aus und dabei bleiben wir. Ich schätze das Engagement des Kurt Gennaro, ich schätze das Engagement der Barbara Gross in ihren Bereichen, nur, ich würde um eines bitten bei all diesen Wirtschaftsdiskussionen, gehen wir nicht nur her und tun wir nicht nur Zahlen hier zitieren, sondern gehen wir her und schauen wir wirklich hinter die Kulissen. Wie schaut es wirklich draußen aus? Wie sind die Realitäten? Wie stellt es sich draußen dar? Wir gehen immer alle nur her oder viele verfallen dem, weil das ist so locker und so leicht, da nehmen wir die AMS-Studie, die können wir aus dem Internet herunterladen, das ist kein Problem, und zitieren alle Prozentzahlen, die da drinnen stehen. (Abg. Gross: „Man darf sich aber das schon anschauen!“)

Ja, Barbara! (Abg. Gross: „Jeder holt sich das nicht vom Internet!“)

Ja, okay. Ich sage nur, ja, Barbara, bitte verstehe mich nicht falsch. Es ist relativ einfach, sich diese vier Seiten herunterzuladen, anzumerken, welche Prozentzahlen, welche Zahlen ich zitiere und alles schaut so furchtbar aus. Es ist heute schon gesagt worden, es schaut nicht so furchtbar aus, auch die Frauenarbeitslosigkeit, liebe Barbara Gross und liebe Kollegin Bachmaier, die unterhält sich gerade mit dem Herrn Klubobmann. (Abg. Böhmer: „Auch wichtig ist, wir reden miteinander!“)

Ist wichtig, freut mich, aber die Frau Kollegin Bachmaier hat hier auch eine wichtige Rede gehalten, ich habe ihr zugehört, obwohl ich es schon ein paar Mal gehört habe, das, was Sie gesagt haben heute. Ich habe das schon ein paar Mal gehört. Aber es ist auch gesagt worden, es schaut ja nicht so aus, dass es ein großes Missverhältnis zwischen der Männer- und der Frauenarbeitslosigkeit ist. So ist es ja nicht, bitte. Und wir haben ja das Jahr 2003 – wer den Bericht genau gelesen hat – haben wir sogar eine höhere Männerarbeitslosigkeit gehabt als eine Frauenarbeitslosigkeit. Wir hatten – okay – und jetzt gehen wir zu den Jobs. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Was sind das für Jobs, Herr Kollege?“)

Jetzt sind wir genau dort. Danke für das Stichwort. Und jetzt kommen wir zu dem, was ich früher gesagt habe, bleiben wir bitte in der Realität. Wie schaut es draußen in der Arbeitswelt wirklich aus? Ich hatte diese Woche ein interessantes Gespräch mit einer – ich anonymisiere das komplett – mit einer sehr hochrangigen steirischen Politikerin, die mir selbst gesagt hat, sie sucht eine Reinigungskraft für zu Hause oder er, ich anonymisiere das komplett. Ja, da kommen meist die Frauen. Und wissen Sie, was die Frauen sagen, Frau Kollegin Sonnek? Wissen Sie, was die sagen? Ja, ich mache den Job, aber anmelden tun wir nicht! Anmelden tun wir nicht! (Abg. Gross: „Das dürfen wir nicht generalisierend in den Raum stellen!“)

Ja, ich generalisiere auch nicht. Ich sage auch die anderen Beispiele, liebe Barbara. Aber ich erlebe das auch persönlich. Darf ich dir was sagen? Ich erlebe das auch persönlich. Wenn man jemand sucht, wenn man jemand braucht, ich höre es von vielen aus der Kollegenschaft aus der Wirtschaft. Wenn es darum geht, jemand aufzunehmen, dann kommen sehr oft aus guten Gründen – sage ich auch – Frauen, die sagen, okay, ich mache den Job, aber am liebsten wäre mir gar nicht anmelden, dann maximal geringfügig und wenn es nicht anders geht, dann machen wir Teilzeit. Bitte, man muss die Realitäten sehen wie sie sind, liebe Freunde. Ihr seid ja auch draußen unterwegs und ihr sprecht ja auch mit den Leuten. So ist es. Und die Gründe sind ja auch auf der Hand, bitte. Weil wenn die Frau angemeldet ist, aber auch der Mann, das kann man ja auf beiden Seiten sehen, wie schaut es aus? Dann ist der Alleinverdiener weg, da gibt es einen Antrag das nächste Mal von uns, das kann es auch nicht sein, bitte. (Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa: „Das ist das lohnsteuerpflichtige Einkommen. Da muss ich so viel verdienen, dass ich lohnsteuerpflichtig bin. Das ist ab 1000 Euro!“)

Ja, das ist richtig. Und das ist aber der Fall bei Teilzeit. Liebe Frau Kollegin, das ist bei Teilzeit der Fall, dass der Mann in dem Fall – ich habe so ein Beispiel gehabt – den Alleinverdiener verliert. Ja natürlich wird dann der Partner sagen, ich lasse mich doch nicht Teilzeit anmelden, wenn ich dadurch nur Nachteile habe. Dann geht es um die Wohnbeihilfe, dann geht es um viele soziale Bereiche, die hier betroffen sind. Und dann ist schon klar, wenn hier dieser Weg gewählt wird, eigentlich nicht angemeldet zu werden. Wobei ich das nicht generalisieren möchte, aber es ist in vielen Bereichen so. (Abg. Detlef Gruber: „Glaubst du, dass es wahr ist?“)

Auch die Arbeitslosigkeit bitte ich anzusprechen. Sagen wir es auch, wie es realistisch wirklich aussieht. Ich glaube, bei allen guten Daten, die wir in der Steiermark haben, müssen wir damit leben, dass es einen gewissen Prozentsatz von der Arbeitslosigkeit immer gibt und auch immer geben wird. Da spielen viele Faktoren mit. Ich will gar nicht davon anziehen, dass es auch viele selbst gewollte Faktoren gibt. Auch das bitte klar und deutlich anzusprechen, dass es auch selbst gewollte Faktoren gibt, dass es zur Arbeitslosigkeit kommt. Und sprechen Sie draußen mit den Menschen, wenn Sie ehrlich mit ihnen reden, dass man sagt, dass teilweise Nichtarbeit mehr bringt als Arbeit. Das muss man auch einmal deutlich ansprechen, wie es wirklich dann draußen gesehen wird. Viele Punkte, die heute hier gekommen sind, auch die Pensionsdiskussion, die heute geführt wurde. Die Frau Kollegin Zierler hat hier eindeutig gesagt, was hier besser gemacht wurde. Aber zu einem, bitte, bekenne ich mich auch hier, dass jene – ich bekenne mich dazu, ob es wahr ist, kannst du auch nicht entscheiden – ich bekenne mich auch dazu, dass jene, die das ganze Leben über fleißig gearbeitet haben, fest eingezahlt haben, auch in der Pension – bitte – ihren Lohn dafür bekommen sollen. Das sollte bitte auch sein, dass es hier differenziert wird. Ich halte nichts, Frau Kollegin Zitz, von der Grundsicherung, es fällt ja sowieso bitte bei uns in Österreich keiner durchs soziale Netz, sofern er sich ein bisschen auskennt.

Aber ich halte nichts von dieser Grundsicherung – nein, bitte – wo wir alle wieder gleichmachen, egal ob sie was gemacht haben oder nicht. (Abg. Mag. Zitz: „Stimmt ja gar nicht!“)

So ist es aber!

Herr Kollege Gennaro, wo ist er? Der Autocluster und die ganze Beschäftigungssituation. (Abg. Gennaro: „Da bin ich bei der Arbeit!“) Auch hier habe ich es schon ein paar Mal gesagt. Mir ist es auch nicht wohl, wenn wir speziell von einem Bereich irrsinnig abhängig sind. Der große Mix wäre genau dasjenige, was wir in der Steiermark auch brauchen. Aber Gott sei Dank haben wir den Autocluster jetzt, der funktioniert noch, auch wenn Chrysler schon hier einige Ankündigungen macht. Mir wäre es auch lieber, einen größeren Mix zu haben. Mir wäre es auch lieber, noch mehr KMUs zu haben, mir wäre es auch lieber, noch mehr Breite zu haben, weil wenn in dieser großen Breite irgendwas passiert, dann passiert es sehr begrenzt nur, nur wenn dieser Autocluster einmal in die Hose geht, dann Mahlzeit Steiermark. Das sicherlich zu dem Thema. Da kann ich dich vollkommen unterstützen.

Qualifizierungsprogramme, was heute gekommen ist, Frau Kollegin Sonnek, die jetzt gerade rausgeht. (Abg. Lechner-Sonnek: „Hier bin ich!“)

Da sind wir uns einig in vielen Bereichen, aber nur in dem einen Bereich in der Wirtschaft. Ich habe auch schon des Öfteren gesagt, es geht so viel Geld in diese Qualifizierungsprogramme hinein. Herr Landesrat, das habe ich Ihrem Vorgänger auch schon immer gesagt. Wenn man die Regierungstücke anschaut, wie viel zigtausende da jedes Mal beschlossen werden für Qualifizierungsprogramme und es ist noch nie möglich gewesen herauszubekommen, was ist wirklich damit an Beschäftigung geschaffen worden. Vielleicht schaffen wir es einmal, Herr Landesrat, dass wir das zusammenbringen, dass man für das Geld, das hier hineinsteckt wird, auch wirklich Beschäftigung schafft, nachhaltige Beschäftigung schafft, und nicht nur Beschäftigung für jene schafft, die sich mit diesen Programmen beschäftigen. Das ist zu wenig, bitte. Es kann nur diese Qualifizierung etwas bringen, wenn wir nachher Leute für den Arbeitsmarkt qualifizieren, für die Herausforderung eines sicherlich schwierigen Arbeitsmarktes qualifizieren, weil so einfach ist es sicherlich

heutzutage nicht mehr. Qualifizieren für den Arbeitsmarkt bringt mich dann wieder auf das Stichwort Lehrlinge, wo ja – das habe ich auch das letzte Mal schon gesagt – Gott sei Dank in Verhandlungen einiges passiert. Wir haben aber viele Probleme, die wir einfach nicht so loswerden. Das ist eben das Problem der Ausbildung, das Problem der Schule.

Wir sagen immer wieder Lehrherren potenzielle, Freunde, ich bin nicht bereit in meinem Betrieb Aufgaben der Schule zu übernehmen. Dass ich dem Lehrling Lesen, Schreiben und Rechnen beibringen muss. Vielleicht auch überzeichnet in manchen Bereichen, aber das ist eines der Probleme, das man sehr oft, lieber Herr Kollege Kröpf, präsentiert bekommt. (Abg. Kröpf: „Schwere Übertreibung, schwere Übertreibung. Maturieren tun sie erst ein paar Jahre später!“)

Nein. Die Beratung ist in vielen Bereichen ein Problem, dass man da vielleicht auch zu falschen Ausbildungswegen und zur falschen Berufswahl rät. Auch in diesem Fall, aus der Realität, wenn Sie zu einem Betrieb gehen, es kann fast jeder Lehrlinge brauchen, nur, er muss qualifiziert sein und er muss wollen. Ich will gar nichts näher sagen, aber ich habe wieder eine irrsinnige negative Sache gesehen, aber auch hier in dem Bereich, wir haben Möglichkeiten und ich hoffe, dass die Lehrlingsdiskussion so qualifiziert weitergeführt wird wie sie bis dato läuft. Fondsgeschichte haben wir schon gesprochen. Ist nicht einfach. Ist, glaube ich, ein Bereich, der uns sicherlich weiterbringen kann. Weiterbringen kann uns sicherlich nicht die Diskussion um die Landesholding, das ist heute schon gesagt worden. Es ist für mich immer noch der Privatunternehmer jener, der gefördert gehört. (Beifall bei der FPÖ.) Im Endeffekt, das zeigt uns alle Beispiele, alle geschichtlichen Aufarbeitungen, im Endeffekt ist es der innovative Privatunternehmer, meistens kleinerer Struktur, der schafft Arbeitsplätze, der sichert Arbeitsplätze, und nicht eine große Verstaatlichung des Arbeitsmarktes. Das ist der falsche Weg, den gehen wir sicherlich nicht mit. Danke. (Beifall bei der FPÖ. – 12.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordneter Bittmann bitte.

Abg. Bittmann (12.34 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, Mitglieder der Landesregierung!

Ich habe in meiner Rede behauptet, dass die Barbara Gross nicht Mitglied in der Wirtschaftskammer (Abg. Gross: „Nicht wahr!“) ist, das ist aber falsch, denn sie ist Chefin der Volkshilfe. Die Volkshilfe ist eine GesmbH. und ist somit Mitglied der Wirtschaftskammer. Und somit war meine Aussage falsch und dafür entschuldige ich mich und stelle es hiermit richtig. (Beifall bei der ÖVP. – 12.34 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Gennaro bitte.

Abg. Gennaro (12.35 Uhr): Frau Präsidentin!

Man kann das nicht unwidersprochen da im Raum stehen lassen, was da teilweise wiedergegeben wurde. Liebe Frau Kollegin Koller, ist es schlecht machen, wenn man die Schattenseiten aufzeigt? Keiner will nur schlecht machen, sondern ich habe eingangs gesagt, da habt ihr mir nicht zugehört, der Bericht ist aus 2003, wir schreiben bereits Oktober 2004. Es hat ein Professor einmal gemeint, nichts ist so schön zu manipulieren wie Statistiken und sie lügen. Ich habe nur die Statistik und wenn ich mir die Statistik aus dem AMS herunterlade oder hole, wie immer, meine Damen und Herren, so kann man feststellen, und das ist kein Schlechtmachen, dass sich die Situation nachweislich für die Frauen verschlechtert. Schauen Sie sich den Monatsüberblick September an. Bei den Frauen ist die Arbeitslosigkeit gestiegen auf 4611 Personen, also, 4611 Frauen. Jetzt sage ich, das macht ja niemandem eine Freude, wenn jemand arbeitslos ist. Gerade mir kann man das nicht unterstellen. Ich sage immer, jeder einzelne Arbeitslose im Land ist zu viel und deswegen haben wir zu sorgen, dass es Beschäftigung gibt. (Beifall bei der SPÖ.) Redet euch nicht aus, ihr versprecht euch ja selber. (Abg. Mag. Drexler: „Jeder Arbeitslose, der bei uns zu viel ist, den gibt es in Wien dreifach!“)

Wart ein bisschen. Auf der einen Seite sagt ihr, mit Zahlen und Statistiken soll man nicht herumtun, auf der anderen Seite, habe ich den Eindruck, ihr freut euch über diese Situation, dass es in der Bundesrepublik so viele Millionen Arbeitslose gibt. Mir geht es kalt über den Rücken, meine Damen und Herren. Mir ist das völlig wurscht, welche Regierung, ob das rot, grün oder wer immer es ist. Es ist in Wahrheit ein Problem und ein Skandal, dass es zu den Geschichten kommt. Verhindern wir in Österreich und in der Steiermark, dass wir hoffentlich ja nie diese Auswirkung auf den Arbeitsmarkt haben, denn alles geht bei den Grenzen nicht vorbei. Und da bin ich beim Karl Wiedner. Ich fürchte mich davor, das ist nicht schlecht machen. Wir haben alle Voraussetzungen zu schaffen. Hoffentlich tritt das nicht ein, weil sonst schauen wir uns an, was dieser so genannte Autocluster für uns dann bringt. Jetzt zurzeit geht es noch gut, aber selbst da haben wir schon Einbrüche, denn wenn bei Steyr Magna was passiert, meine Damen und Herren – Johnson Control, vielleicht ist das ein Begriff, der macht die Autositze. Wisst ihr, was dem passiert ist, weil die die Produktion gestoppt haben, hat er drei Monate seine ganzen Leute, 200 ArbeitnehmerInnen heimschicken müssen. Er hat sie gar nicht mehr beschäftigt, er hat gesagt, ihr könnt jetzt gehen und nach drei Monaten kommt ihr wieder. Das ist ein Schneeballsystem, diese so genannten Zulieferfirmen kommen in große Schwierigkeiten. Weiters, meine Damen und Herren, ist das schlecht machen, wenn man darauf aufmerksam macht, dass die Arbeitslosigkeit, die Verweildauer der Arbeitslosigkeit ansteigt? Dass es zurzeit schon im Durchschnitt wieder nur 128 Tage sind, wo die Leute arbeitslos sind und dass die Arbeitslosigkeit bei den älteren Menschen, die keinen Job mehr finden, steigt und höher wird, meine Damen und Herren. Das muss man ein-

mal anschauen. Für die Pension sind sie noch zu jung, zum Arbeiten zu alt. Frauen oder Männer, wenn sie einmal 50 sind, haben ja fast keine Chance mehr, dass sie unterkommen. Das soll man aufzeigen. Das ist nicht schlecht machen, das ist eine Tatsachengeschichte. Ich bin falsch verstanden worden, ich habe nicht kritisiert den Lehrlingsball. Ich habe nur gemeint, es ist nicht gut, wenn man von einer Imagekampagne redet, und zu dem stehe ich, dass wir dort wieder nur eine Clique einladen, jetzt sage ich, die, die das Glück haben mit Auszeichnung abzuschließen. Ja, meine Damen und Herren, wir können nicht ein Land sein mit lauter Studierenden. Ich habe kein Problem mit Akademikern, aber wir brauchen auch Leute die schöpfen gehen, auf steirisch gesagt, die im Betrieb was leisten für die Wirtschaft, die wir auch brauchen. Es kann nicht so sein wie in Schweden, das will ich nicht haben, dass einer sich gar nicht sagen traut, dass er Akademiker ist, weil sonst bekommt er keinen Job als Taxifahrer, meine Damen und Herren. So soll es einmal nicht gehen. Daher habe ich gemeint, Imagekampagne. Bedankt euch bei allen, die einen Beruf ergreifen, bei allen Lehrlingen. Macht ihnen eine Freude und ladet sie ein zu dem Ball. Nicht nur eine Klasse herausgreifen, das habe ich kritisiert, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.)

Lieber Benni Bittmann, ich sage immer, das „Geimpfte“ geht mir auf, das ist so ein Spruch von mir, wenn ich dir zuhöre, wie du die Leistungen der ÖVP in der Situation herausstreichst. Darf ich euch was sagen, es gibt viele, viele Unternehmen, die unternehmen und nicht unterlassen und es gibt viele, viele 1000 ArbeitnehmerInnen, die unter schwierigen Bedingungen ihren Beitrag leisten und dazu beitragen, dass die Wirtschaft, dass das Land in Österreich so dasteht wie heute. Nicht eine ÖVP-Leistung, sondern der vielen, vielen 1000 Kräfte im Land, bitte. Das ist die Leistung. (Beifall bei der SPÖ.)

Da wird immer geredet, die holen die alten Reden heraus. Wenn ich einmal in Pension gehe, dann schreibe ich das heraus, was ihr immer wiederholt habt. Lieber Freund Bacher, wir zwei sind gute Freunde, das stehe ich nicht an zu sagen. Ich kann das Lied, das ist schon beschämend, von der Verstaatlichung nicht mehr hören. Darf ich dir eines sagen, nur ein Beispiel, diese Woche war eine Aussage, wo die Frau Landeshauptmann dabei war, wo man 1946 das Werk SGP Siemens, ehemalige Weizer Waggonfabrik, nur damit retten konnte, weil es verstaatlicht worden ist. Und darf ich euch eines sagen, dass die Wirtschaft den Aufschwung, Österreich den Aufschwung, die Steiermark den Aufschwung erlebt hat, ist mit ein Teil, dass die Betriebe verstaatlicht wurden in der Grundstoffindustrie. Und mir hat das Herz sehr weh getan und wir haben es müssen überwinden, die Grundstoffproblematik zu bereinigen in der Steiermark. Ihr, die ÖVP und die Blauen hättet die so genannten Museumsbetriebe schon lange zugesperrt. Die gäbe es heute nicht mehr, wenn nicht Sozialdemokraten, wenn nicht Menschen, die beschäftigen, nicht dazu beigetragen hätten, dass diese Betriebe gut gestellt werden und dass sie Gewinne abwerfen. Nur, eines habt ihr gemacht, ich habe immer gesagt, warum muss man diese Betriebe verkaufen, wenn sie auch verstaatlicht sind? Wenn sie Gewinne abwerfen, soll man sie behalten, weil der Staat hat Steuerschilling hineingegeben und warum soll er nicht die Steuergelder für sich lukrieren, aber da wart ihr schon wieder schneller, weil es ein klassen Geschäft war. Ihr habt sie verscherbelt. Jetzt passt es auf einmal und ihr kreidet das an. Habt ihr schon einmal gesagt, wie die Privaten versagt haben? Das tut eh weh, wenn das so war, aber nicht auf Grund der Manager, sondern da waren Weltwirtschaftsbedingungen und die Grundstoffindustrie hat Probleme und es hat nie in Wahrheit eine Stahlkrise gegeben, sondern es ist nur zu wenig gebraucht worden in der Form. Aber eine Krise in dem Sinn hat es nie gegeben, denn es hat immer Steigerungsraten gegeben. Daher bitte ich euch, hört mit der Platte auf, besinnt euch selber. Wie ich dem Schüssel im Stahlwerk oben gesagt habe: „Herr Bundeskanzler, ist schon klass, dass man den Betrieb behalten hat, denn dann könnte er heute nicht raufsteigen und sagen, super, klass, jetzt haben wir was zum Herzeigen.“ Da ist ihm das Gesicht eingeschlafen, auf steirisch gesagt. So schau wir aus, meine Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ.) Und realistische Zahlen anschauen, das habe ich versucht jetzt mit meinem Beitrag zu leisten. Wisst ihr, was mich am meisten stört? Statistiken lesen. Ich bin nur VHB-Absolvent, ich habe es schon gesagt, Volks-, Hauptschule und Berufsschule, falls einer das nicht kennt. Aber eines kann ich, so gescheit hat mich meine Mutter erzogen und in der Schule habe ich ein bisschen aufgepasst, Bilderln anschauen und lesen kann ich. Also ich glaube, das kann mir keiner abstreiten. Und wenn da geredet wird von den Förderungen, weil ich früher gesagt habe, im überwiegenden Fall, natürlich kriegen die Klein- und Mittelbetriebe an den Prozentsätzen eine höhere Beteiligung, weil wir haben ja viele in Österreich. Und wenn ich mir die Förderungsvolumen anschau in Prozentsätzen, dann musst du dir das anschauen. (Abg. Wiedner: „Ist ja logisch!“)

Logisch, dann dürft ihr nicht sagen, es kriegen die Kleinen das meiste Geld. Nichts bekommen die Kleinen, die Großen bekommen das große Geld. Das beweist die Statistik. Ich sage dir das nur, sogar die Zeitungen veröffentlichen diese Statistik, das habe ich beim Herunterkopieren weggelassen. Du kannst es aber noch anschauen, das ist dann die Belehrung.

Und das Letzte, was ich noch sage: Lieber Benni Bittmann! Ich habe früher nicht alles gesagt, weil ich mir gedacht habe, ich war ja wirklich interessiert, was du da alles von dir gibst. Und heute hast du wieder nichts gesagt. Warum hast du denn nicht gesagt, dass du die Zukunft gemeint hast, und zu dem stehe ich und da bin ich bei dir. Die Industrie und die Politik müssen die Voraussetzungen schaffen zur Unterstützung für die Wirtschaft. Und die Industrie, hast du gesagt, hat viele Wünsche und du verlangst von der Politik mehr Kreativität. Bitte, sage das dem Wirtschaftslandesrat und du nicht da doppelzünisch herumdiskutieren. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (12.44 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuhörer !

Ich möchte nur zu einem einzigen Punkt mich melden, der immer wieder strapaziert wird, so auch heute. Das ist die überragende Performance unseres schönen Österreichs im Vergleich zum benachbarten Deutschland. Wissen Sie, wir sollten der Versuchung widerstehen, da hier Bundestag zu spielen. Wir sollten auch, Herr Kollege Tasch, vorsichtig sein in Tagen wie diesen, Vergleiche mit unserem Nachbarn heranzuziehen, weil sonst könnte ich auf die Performance der CDU/CSU zu sprechen kommen, das will ich aber nicht. Aber worauf ich hinweisen möchte, ist eines. Es gibt eine Untersuchung, die hat aus der österreichischen Wirtschaftsentwicklung herausgerechnet jenen Effekt, den wir der EU-Erweiterung zu verdanken haben, ist dann im nächsten Tagesordnungsblock der Vierteljahresbericht auf der Agenda. Und wissen Sie, was bei dieser Herausrechnung herausgekommen ist? Dass Österreich – und wenn Sie jetzt so wollen – auch die Bundesregierung, die amtierende, ganz hinten am Schlusslicht der europäischen Volkswirtschaften landet, wenn man das herausrechnet theoretisch, und das gilt wahrscheinlich, wenn wir uns die EU-Erweiterung anschauen, umso mehr für die Steiermark. Wir sollten uns also in Bescheidenheit üben, wenn wir unsere eigenen Leistungen allzu sehr beim Fenster raushängen. Wir tun ja, wenn wir eine Delegation aus Slowenien haben, ohnehin immer uns leicht, wenn wir darauf hinweisen, dass wir nach Slowenien doppelt so viel exportieren als Slowenien von uns zum Beispiel importiert. Das heißt, die Slowenen schaffen bei uns seit Jahren im großen Stil Arbeitsplätze. Es sind nicht nur unsere eigenen Betriebe, es ist nicht nur unsere glorreiche Regierung in Graz und in Wien, sondern es ist nicht zuletzt auch Slowenien und Kroatien und Ungarn, das unsere Arbeitsplätze schafft. Und umgekehrt, wenn Sie Deutschland anschauen, wenn Sie aus der deutschen Volkswirtschaft jene 1,5 Billionen Mark herausrechnen, die Westdeutschland in seine neuen Bundesländer gebuttert hat, wenn Sie sich gedanklich vorstellen, wir hätten nicht das Glück gehabt, das wir nach 1945 hatten und gesagt haben, wir Opfer, wir doch nicht, die Österreicher, bitte, keine Täter, lauter Opfer, schaut uns an, uns Armutskerln. Und deswegen sind wir jetzt neutral und die russische Besatzungsmacht ist abgezogen. Wenn wir das nicht geschafft hätten und die wären geblieben und wir hätten heute von Jennersdorf bis rauf nach Freistadt unsere Ostzone durchzufüttern in einem Ausmaß, wie es die Westdeutschen hatten, Gnade uns Gott.

Und zum Abschluss noch etwas. Es war Oskar Lafontaine, es war Joschka Fischer, die seinerzeit der populistischen Versuchung widerstanden haben und sich nicht hingestellt haben und gesagt haben, ab morgen nur mehr ein Deutschland, sondern die gesagt haben, wir müssen diese beiden Teile Schritt für Schritt zusammenführen. Hat nicht sollen sein, ja! Es war Helmut Kohl, es war „ihre“ CDU, wenn Sie schon solche Vergleiche hier einbringen und Naheverhältnisse. (Abg. Majcen: „Gott sei Dank!“) Es war die CDU allen voran, die diese Übernachtszusammenlegung der beiden Volkswirtschaften durchgezogen hat. Der Preis ist ein gewaltiger. Der Preis war der, dass die ostdeutsche Volkswirtschaft zusammengebrochen ist. Der Preis war der, dass unendliche Transferzahlungen fällig waren, weil man drüben dieselben Pensionen, Gehälter im öffentlichen Dienst, alles auf Westniveau gezahlt hat. Und heute ist in der Tat die westdeutsche Volkswirtschaft in einer sehr ernsten Lage, weil das Geld, das sie selber bräuchten, um ihre Strukturreformen, ihre Entwicklungen, ihre Modernisierungen in ihrer eigenen Wirtschaft zu finanzieren, natürlich nicht zweimal hat, sondern nur einmal, und das ist in den Osten geflossen. Aber die Verantwortung dafür, die sollten Sie zumindest teilen. Ich erlaube mir zu sagen, dass die bei der CDU, wie mir gerade der Kollege Majcen freundlich bestätigt hat, eigentlich überwiegend liegt.

Und zum Abschluss noch ein Satz: Wenn wir uns kindisch freuen, dass wir bei Fußballspielen unsere großen deutschen Brüder in die Erde reinhauen, dann kann ich das nachvollziehen, mir geht es nicht anders. Aber wir sollten uns doch bewusst sein und anerkennen, dass wir, wenn es um so ernste Sachen geht, auch im eigenen Interesse, dass wir uns nämlich nicht zu gut vorkommen, wo wir keinen Grund haben dazu. Ich habe versucht das auszuführen. Wir sollten auf der wirtschaftspolitischen Ebene dieser Versuchung, unsere eigene Zahlweise, Anfälle von Minderwertigkeit jetzt an deutschen Kennzahlen auf die Seite zu schieben, dieser Versuchung sollten wir widerstehen im eigenen Interesse. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 12.50 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Anschließend am Wort ist Herr Abgeordneter Böhmer bitte.

Abg. Böhmer (12.50 Uhr): Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Landtages! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich kann den Worten vom Kollegen Hagenauer nur etwas beifügen und hätte genau das Gleiche oder Ähnliches ausgedrückt. Ich kann nur sagen, und das richte ich einmal auch an die ÖVP und an die FPÖ, meine Herren Kollegen, man braucht nicht den Nobelpreisträger Stiglitz lesen, sondern man braucht nur Wirtschaftsdaten anschauen und dann kann man sagen, kein anderes Land in Europa hätte eine derartige Wiedervereinigung überstanden. Damit bin ich schon am Ende mit dieser Ausführung.

Zum Zweiten: Es wird immer wieder die Verstaatlichte hergenommen. Es gibt gute Bücher über die verstaatlichte Industrie. Der Kollege Straßberger wird sie kennen als Mürtzaler, und da wissen wir ganz genau, warum es der Verstaatlichten in den siebziger Jahren und achtziger Jahren nicht so gut gegangen ist. Ich sage nur ein Stichwort, Kollege Straßberger, eingeschränkte Finalproduktionen in Kooperation zwischen ÖVP und SPÖ mit dem Wirtschaftsflügel der ÖVP.

Und dann zum Dritten (Abg. Tasch: „Da habt ihr eine Alleinregierung gehabt!“):

Herr Bürgermeister und Abgeordneter Tasch Kurt! Es hat damals noch unter einer SPÖ-Alleinregierung etwas gegeben, dieses Gremium hat „Sozialpartnerschaft“ geheißen und die hat funktioniert. Und dort wurde alles beschlossen, wenn Einstimmigkeit vorgeherrscht hat.

Damit bin ich schon am Ende. Zum anderen, ein kleiner Blick in die Oststeiermark und Kollege Riebenbauer wird das schon wissen und ich möchte das einigen von hier auch sagen. Bei uns in der Oststeiermark steigt die Teilzeitarbeit der Frauen enorm und es steigt nicht nur die Teilzeitarbeit, sondern es steigen auch die McJobs. Das heißt, wenn du heute im Bezirk Hartberg, wir haben im Schnitt sage ich jetzt nur zirka 1000 arbeitslose Frauen, aber wenn du weißt, was diese Frauen auf sich nehmen, dann redet man auch, Herr Kollege Wiedner, hier am Rednerpult ein bisschen anders. (Abg. Wiedner: „Im Gegensatz zu dir!“)

Das kannst du zurücknehmen. Wir haben in Hartberg schon im Bezirk den General-Motors-Bus, wir haben den Billa-Bus, wir haben den Philips-Bus. Jetzt sage ich Ihnen etwas. Wenn eine Frau aus dem Joglland oder wenn eine Frau von Rabenwald herüber Richtung Stubenberg mit so einem Bus fahren will, dann muss sie um halbdrei, dreivierteldrei aufstehen und darf Montag in dieser von Ihnen immer wieder so schlechten Stadt Wien arbeiten. Sie ist froh, beim Billa oder irgendwo an einer Kassa zu sitzen oder Regale nachzufüllen. Was das natürlich familien- und partnerpolitisch heißt, das wissen wir auch alle. Und ein zweites Beispiel vom letzten Sprechtag vom Freitag. Da kommt eine Frau zu mir herein, Tränen in den Augen und sagt: „Herr Böhmer, schauen Sie sich das an.“ Hat beste Zeugnisse, hat 23 Jahre in einem Betrieb in Hartberg gearbeitet in der Nähe des Bahnhofes und man gibt ihr halt so als kleines Austrittszeugnis eine gute Referenz. Dann geht diese Frau in einen benachbarten Betrieb in die andere Gemeinde, nachdem sie schon wochenlang gesucht hat, sie hat nachweislich 38 Bewerbungen geschrieben, geht hin in diesen Betrieb, der jeweilige Prokurist schaut sich das an, sagt: „Ja, ich verstehe nicht, dass Sie keine Arbeit haben. Das schaut ganz toll aus.“ Und dann schaut er, 1953, jetzt ist mir alles klar. Das waren die letzten Worte, die Frau hat fluchtartig diesen Raum verlassen. Der Mann hat hinzugefügt: „Tut mir Leid, mit 1953 stellen wir in Hartberg keine mehr an!“ Und jetzt frage ich Sie, meine Damen und Herren, 1953, das sind 51 Jahre, was machen wir denn in den nächsten Jahren? Was machen wir in zehn Jahren, wenn wir die 60- und 65-Jährigen anstellen, wo tun wir denn die hin? Und da frage ich Sie auch, Herr Landesrat, wie schaut es hier mit der Prävention aus? Was machen wir denn mit diesen Leuten? Der Kollege Wiedner hat all diese Umschulungen und Förderungen so gelobt. (Abg. Wiedner: „Nein!“) Da kommt aber auch unter anderem die Möglichkeit, wie groß ist die Chance dieser Frauen, dass sie auch mobil sind? Diese Familie muss sich dann vielleicht ein zweites Auto kaufen. Diese Familie muss sich dann um eine neue Kinderfrau, um eine neue Tagesmutter umschauen oder muss das Kind woanders hingeben. Meine Herrschaften, ich habe manchenmal hier, weil der Herr Kollege Wiedner sagt, ich habe keinen Einblick in die Wirtschaft, das würde ich dir gerne beweisen, aber wir haben keine Zeit da, aber ich würde mir wünschen, so mancher, der oft so großspurig redet, er würde sich die Wirtschaftswelt in den östlichen Bezirken der Steiermark anschauen. Und da wird mir Kollege Riebenbauer Franz Recht geben, wir haben fleißige Hände, wir haben fleißige Männer und Frauen, nur, wir übersehen manchenmal, dass wir sie auch psychisch überstrapazieren. Und auf das, bitte, dürfen wir nicht stolz sein. Und das zeigt auch bei uns im Bezirk Hartberg die Selbstmordrate zum Beispiel. Das zeigt auch der eklatante Anstieg von psychischen Krankheiten und ich ersuche Sie hier, Herr Landesrat, schauen wir, dass wir gerade den Frauen in diesen strukturschwachen Gebieten einfach mehr Chance geben. Und wenn einer gar nicht das glauben will, Tasch Kurtl, wie du zuerst gesagt hast, dann schaut in eure Gemeinde und schaut hinein, wie viele Firmen ihr habt, macht einen Fünfjahresvergleich, ich habe das getätigt und schaut bei den Kommunalsteuern nach. Mehr Betriebe, Kollege Straßberger, und die Kommunalsteuer sinkt trotzdem permanent. Ist ja eh klar, weil ja die Arbeitszeit oder die Arbeitsstunden zurückgehen. Sehr wohl aber steigt die Zahl der Beschäftigten. Und wenn man den großen Kuchen, der immer kleiner wird, auf noch mehr Leute aufteilt, bleibt für den Einzelnen weniger über. Ich glaube, das ist eine ganz einfache Rechnung, die man in einer dritten und vierten Klasse Volksschule den Kindern auch beibringen kann. In diesem Sinne erwarte ich mir mehr Toleranz von der ÖVP und FPÖ und in diesem Sinne erwarte ich mir verstärkte Förderprogramme für unsere Frauen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 12.57 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist Herr Abgeordneter Wiedner.

Abg. Wiedner (12.58 Uhr): Frau Präsident, sehr verehrte Damen und Herren der Landesregierung, liebe Kollegen!

Herr Kollege Böhmer, ich muss jetzt zwei Sätze sagen. Es hilft nichts. Erstens einmal zur Berichtigung, ich habe das Beschäftigungsprogramm nicht gelobt. Ich habe gesagt, da geht viel Geld hinein und man weiß nicht was rauskommt. (Abg. Böhmer: „Tut ja keiner!“)

Nein, Beschäftigung habe ich verstanden. Okay, du hast das falsch verstanden. Ich habe das nicht gelobt, sondern gesagt, es geht viel Geld hinein und man weiß nicht was rauskommt. Aber sich immer hier herzustellen und zu sagen wie schlecht es in der Steiermark ist, lieber Freund, du hast das gemacht. Ich komme auch aus keinem reichen Bezirk, aber bitte, und es sei schon gestattet, lieber Herr Kollege Böhmer, dir zwei Fragen zu stellen. Erstens, was hat die von dir so gelobte Sozialpartnerschaft in den Zeiten der siebziger und achtziger Jahre für die Frauenbeschäftigung gebracht? (Abg. Mag. Kröpfl: „Völlig andere Gesellschaftsstruktur!“) Wir arbeiten jetzt noch die Probleme davon auf, die ihr geschaffen habt. Was, liebe Barbara, stell dich her und sag bitte, was in den siebziger Jahren für die Frauenbeschäftigung besser war. Erklär mir das bitte und

sag mir, was ihr besser machen würdet. Völlig anders, das ist ein einfacher Ausdruck. Sagt was ihr besser machen würdet, sagt mir, was ihr besser könnt. Zweite Frage, in Wien habt ihr die Verantwortung dafür. Was ist dort besser in der Frauenbeschäftigung? Was ist dort besser am Arbeitsplatz? Es ist viel schlechter als bei uns in der Steiermark. Geht nicht her und tuts hier kritisieren, machts die Augen zu, wo ihr selber die Verantwortung trägt. (Beifall bei der FPÖ. – 13.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Das Rednerpult ist frei, aber sprechen wird der Herr Landesrat Schöpfer.

Landesrat DDr. Schöpfer (13.00 Uhr): Liebe Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf zunächst einmal auf einige konkrete Punkte eingehen, bevor ich zum Prinzipiellen komme. Zunächst einmal zum Abgeordneten Gennaro. In seiner Rede war eine Mischung von sehr objektiven Feststellungen und offenbar unvermeidlicher Polemik. Wenn gesagt wurde, ich hätte irgendwann in der Obersteiermark zu spät kommend natürlich gesagt, die Wirtschaft und der Wirtschaftslandesrat versteht nichts von Wirtschaft, dann gibt es da einen leichten Hörfehler, würde ich sagen und ich darf das klarstellen. Erstens einmal, ich bin nicht zu spät gekommen, sondern am selben Tag war die Eröffnung des internationalen Immobilienkongresses im Congresszentrum und es war vereinbart mit ATB, dass ich um 11.00 Uhr raufkomme und ich war pünktlich oben. Das Zweite: was habe ich da wirklich gesagt? Es war die Rede davon, was leistet das Unternehmertum, was leistet der Staat, was leistet die Politik? Und die Aufgabe der Politik ist es meiner Meinung nach Rahmenbedingungen für die Wirtschaft zu schaffen, aber, und das war dann ein konkreter Punkt, es ist nicht Aufgabe des Staates selbst die Betriebe zu führen. Wir wollen nicht zur alten Verstaatlichung zurück. In diesem Punkt war ich dort mit Herrn Dr. Mirko Kovats und den übrigen Rednern eigentlich einer Meinung. Ich darf noch einmal klarstellen, wenn es wirklich einen Hörfehler gegeben hat, aber ich glaube, ich bin ganz richtig verstanden worden, aber für die Polemik ist es schön, wenn man irgendeinen Satz erfindet, den jemand gesagt habe, um sich dann darüber künstlich aufzuregen. Noch einmal, ich habe gesagt, es ist nicht Aufgabe des Staates Betriebe selbst zu führen.

Das habe ich gesagt: Die verstaatlichte Industrie würde es nicht zustande bringen, so schnell auf Änderungen im Wirtschaftsleben zu reagieren, wie das private Unternehmen mit Innovation tun. (Abg. Gennaro: „Die Politik würde das nicht zusammenbringen, was Sie zusammenbringen!“) Und noch etwas: Ich habe dem Herrn Dr. Mirko Kovats, der sehr oft in einem schiefen Licht in verschiedenen Kommentaren dargestellt wird, dort öffentlich meinen Dank dafür ausgesprochen, dass er mit vielen Ideen, mit viel privatem Geld sowohl die ATB als auch die AUSTRIAN ENERGY AND ENVIRONMENT, beide Betriebe eigentlich auf einen sehr, sehr guten Weg gebracht hat und der Steiermark tausende von Arbeitsplätzen sichert. Diese Ehrlichkeit muss man haben und dieses Kompliment habe ich eben dort ausgesprochen und dazu stehe ich.

Also, das, was ich von Ihnen als Nachhilfelektion bekommen habe, war also nicht Wirtschaftswissen, sondern das war eine flache Polemik. Aber, lieber Herr Abgeordneter, es gibt viele Punkte, wo ich Ihnen zustimme und ich freue mich sehr, dass Sie die Lehrlingsinitiative durchaus positiv begleitet haben. Dass Sie zu dem, was wir dort besprochen haben, auch öffentlich stehen. Das ist honorig und das freut mich. Gut, dann darf ich weitergehen zu Frau Lechner-Sonnek. Ich darf sagen, liebe Frau Abgeordnete, Sie haben eine Wirkungskontrolle gefordert. Da sind wir vollkommen einer Meinung. Ich darf sagen, das gesamte RIST-Programm ist evaluiert worden. Das Evaluierungskonzept beziehungsweise die Ergebnisse liegen vor, es ist kein Staats- oder Landesgeheimnis. Ich darf Ihnen das zur Verfügung stellen, damit Sie auch sehen, was da auch drinnen steht. Ich darf auch sagen, dass wir aus diesen Evaluierungen bereits Konsequenzen ziehen. Wir sind da bereit, alle Internationalisierungsstrategien des Landes bei einer Stelle zu bündeln. Es soll eine Anlaufstelle geben. Wir sind mitten in den Verhandlungen. Ich glaube, wir stehen kurz vor einem sehr guten Abschluss. Frau Gruber, Sie haben gebeten zu erfahren, wie es aussieht mit diesen etwa 1,3 bis 1,4 Millionen, die bereits ausgegeben worden sind für Fraueninitiativen, beziehungsweise 1,5 werden es also werden. Ich darf sagen, es gibt eine vollständige Liste, einiges ist schon erwähnt worden. Ich darf Ihnen diese Liste – auch das ist kein Geheimnis – gerne zur Verfügung stellen, damit Sie sich selber überzeugen können. Auch die Frau Abgeordnete Bachmaier-Geltewa hat das angefordert. Ich darf auch jedem Abgeordneten, der das sehen will, gerne die entsprechenden Kopien zur Verfügung stellen. Vielleicht gibt es auch die Möglichkeit, das auch im Protokoll unterzubringen. Also dürfen wir es transparent machen und offen legen. Herr Abgeordneter Schleich, Sie haben Auersbach angesprochen. Ich darf dazu ganz klar sagen, dass das Innovationszentrum dort keine Förderung vom Land bekommt. Keine Förderung, sondern das Land wird sich daran beteiligen. Das ist ein feiner Unterschied. Und es gibt ein sehr gutes Konzept. (Abg. Schleich: „Politisch freikaufen, das hat nichts mit Wirtschaft zu tun!“) Nein, nein, es ist nicht berücksichtigt, dieses „Freikaufen“. Sondern die Wahl war, was macht man wirklich? Übernimmt man das, wird das Land dort verantwortlich einsteigen? Ich darf sagen, es gibt von Dezember 2002 einen einstimmigen Regierungsbeschluss, also einen alten Beschluss Auersbach sozusagen, wo eine sehr dünne Kapitaldecke war, mit einer Million zu helfen. Wir haben eigentlich jetzt diesen alten Beschluss, der einstimmig war, realisiert und ich darf sagen, dieses Signal, dass das Land hier einsteigen wird, dass das Land verantwortlich mitgestalten wird, hat bereits den positiven Aspekt gehabt, dass gestern ein Spatenstich war und dass gestern ein privater Investor quasi realisiert hat, dass er 1,8 Millionen selbst dort investieren wird. Das ist etwas sehr Positives. Und das zweite Positive ist, ich kann davon ausgehen, dass wir bis Ende des nächsten Jahres die Zahl der Beschäftigten dort in etwa verdoppeln werden.

Nein, es sind nicht eine Handvoll. Ich weiß nicht, wie viele Finger Sie haben, aber es sind 28, wenn ich das sagen darf. Also 28 Leute, die dort derzeit beschäftigt sind und werden mit Sicherheit auf rund 60 bis nächstes Jahr verdoppelt. (Abg. Schleich: „Größtes Showprogramm, das ich je in der Steiermark gesehen habe!“)

Nein, ich würde etwas sagen. Wir können gerne drüber weiterdiskutieren, aber ich glaube, dass sehr Positives dort gelaufen ist. Ich denke an das ganze Kulinarikkonzept, ich denke an den Vulkanoschinken, an Gölles und so weiter. Ich glaube, das sind Aushängeschilder für die Oststeiermark geworden, die auch außerhalb der Steiermark durchaus bekannt sind. Lassen Sie mich zum Prinzipiellen kommen. Es ist schon darüber gesprochen worden, dass die Arbeitslosenziffern deutlich zurückgegangen sind. Ich darf vielleicht in Erinnerung rufen, dass wir derzeit 449.743 Beschäftigte in der Steiermark haben. Bitte, das ist ein historischer Höchststand. (Beifall bei der ÖVP.)

Mir ist vollkommen klar, dass auch österreichweit wie in ganz Europa oder wie weltweit die Teilzeitbeschäftigung zunimmt.

Lieber Herr Abgeordneter, aber ich glaube, etwas würde Sie schon überzeugen, dass sich die Arbeitslosenquote in der Steiermark deutlicher gesenkt hat als in Gesamtösterreich. Das heißt, dass wir die gleichen Voraussetzungen haben und dass wir eigentlich europaweit – möchte ich sagen – wirklich Meister geworden sind. Ich glaube, es ist schon gelungen – (Allgemeine Unruhe. – Präsidentin Dr. Rieder: „Der Herr Landesrat ist am Wort!“) Ich glaube, was unbestritten ist, es ist wirklich in den letzten Jahrzehnten ein großartiger Umstrukturierungsprozess in der Steiermark gelungen. Die Steiermark war lange Zeit von der Grundstofflastigkeit geprägt und wir sehen, dass die wirtschaftspolitische Zielsetzung vor allem in Innovationen, Forschung und Entwicklung zu fördern, neue Technologien zu implementieren, clusterorientierte Netzwerke zu entwickeln und die traditionellen Stärkfelder der Steiermark weiter zu stärken, dass das durchaus erfolgreich war. Ich glaube, es ist schon ein Highlight, es ist schon etwas sehr Positives, wenn wir sagen können, jedes dritte Hightechprodukt, das heute in Österreich produziert wird, hat mit der Steiermark zu tun. Und wir werden diese Entwicklung sicherlich weiter fördern. Ich glaube, dass Forschung, Entwicklung und Innovation der wichtigste Schlüssel für die Zukunft sind und ich freue mich, dass wir erst vor kurzer Zeit mit Graz-West das 22. steirische Impulszentrum eröffnen konnten. Immerhin werden in den Impulszentren 2400 zum Teil sehr hoch qualifizierte Arbeitsplätze gesichert. Ich glaube, dass die steirischen Kompetenzzentren in den Stärkfeldern Automobil, Holz, Werkstoff, Ökotechnik, Humantechnologie und Telekommunikation Wirtschaft und Wissenschaft sehr gut verbinden und die Standortattraktivität im Bereich Forschung und Technologie durchaus erhöhen. Wir haben bereits 15 derartige Zentren und ich darf sagen, dass wir insgesamt, was Impulszentren und Kompetenzzentren betrifft, in Österreich einen sehr hohen, einen überproportionalen Anteil haben. Es ist auch sehr schön, dass die Forschungs- und Entwicklungsquote in der Steiermark höher ist als im gesamtösterreichischen Schnitt oder sonst im EU-Durchschnitt.

Nun, dass sich diese konsequente Förderung von Innovation und Forschung lohnt, ist uns erst gerade in der letzten Woche wieder bewusst geworden, wie die Vergabe der Projekte für Nanowissenschaften war. Es sind 10 Millionen in Wien vergeben worden, davon gingen 6,7 Millionen in die Steiermark. Also ein Zeichen, dass wir hier die Nase vorn haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf auch sagen, weil hier sehr viel geunkelt wurde, wie geht es weiter? Wie wird es mit dem Automobilcluster weitergehen und so weiter? Ich darf sagen, gerade was Automobilcluster betrifft, gibt es langfristige Verträge. Wir wissen, dass über die Folgeaufträge inzwischen verhandelt wird. Und es ist ein Teil des Spiels, dass man versucht, natürlich Kostensenkungsprogramme zu initiieren, aber der Hinweis, dass Dinge nach Amerika abgezogen werden, vielleicht 2007, 2009, weil dort der Dollar schwächer wäre, ist ja nicht rational, weil heute kein Mensch sagen kann, wo der Dollarkurs tatsächlich in den nächsten drei, vier, fünf Jahren liegen wird. Ich darf sagen, die Wirtschaftsprognosen für unser Land sind äußerst günstig. Wir können davon ausgehen, dass auch 2005 in unserem Bundesland ein Beschäftigungszuwachs in sämtlichen Sektoren zu verzeichnen sein wird, der über dem gesamtösterreichischen Durchschnitt liegen wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein wichtiger Standortfaktor sind sicherlich hoch qualifizierte Fachkräfte. Und aus diesem Grund unterstützt das Wirtschaftsressort im Rahmen des steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramms mit einem Umfang von über 10 Millionen Euro Maßnahmen und Projekte zur zukunfts- und bedarfsorientierten Höherqualifizierung. Und natürlich ist es ein vorrangiges Ziel, vor allem auch arbeitslosen Jugendlichen, Wiedereinsteigerinnen, älteren Personen, Personen mit Beeinträchtigungen neue Chancen zu geben, es ist aber auch das Ziel, Unternehmungen zu helfen im großen Strukturwandel.

Und ein Schwerpunkt im steirischen Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramm ist eben die spezifische Frauenförderung. Hier gibt es eine Reihe von Frauenprojekten, die die Frauen in die Lage versetzen, wieder ins Berufsleben nach einer Pause einzusteigen oder ihre Chancen auf eine höhere Qualifikation zu erhöhen. Es gibt aber auch das Ziel, Frauen bei Unternehmensgründungen zu unterstützen sowie Mädchen zu einem Einstieg in nicht traditionelle Berufe zu ermutigen. Wir sehen, dass auch die Quote von Gründerinnen in der Steiermark signifikant zugenommen hat. Nun, in der Regierungsvereinbarung zum Landesvoranschlag 2004 ist gerade für dieses Frauenförderungsprogramm – wobei ich davon ausgehen kann, dass auch in einem normalen Qualifizierungsprogramm die Frauen ohnedies gefördert werden, also, das ist ein Additivum – ein Betrag von 1,5 Millionen veranschlagt. Ich darf davon ausgehen, dass wir bis Ende dieses Jahres diese Quote sogar übererfüllen werden, das heißt, wir haben hier die Regierungsvereinbarung, möchte ich sagen, wortgetreu erfüllt.

Im Bereich der Jugend- und Lehrlingsförderung können wir auf eine breite Palette an Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen verweisen. Es gibt eine Reihe von alternativen qualitätssteigernden Formen in der dualen Lehrlingsausbildung. Sowohl für so genannte High Potentials, also etwa das Projekt TRIALITY, das sehr gut angenommen wird im Ziel-2-Gebiet, aber auch für Jugendliche, die auf Grund von Beeinträchtigungen eine ganz besondere Unterstützung benötigen. Ich erwähnte hier die Programme „Quick“ und „ABBA“. Ich darf sagen, dass es für Lehrlinge einen Bildungsscheck gibt für die Berufsreifeprüfung, mit dem wir seit März des heurigen Jahres 100 Prozent der Kosten der Vorbereitungskurse übernehmen, bitte, das ist ein österreichisches Unikum. Hier ist die Steiermark weit voraus. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf sagen, dass wir uns auch heuer wieder an JASG-Lehrgängen und am bundesweiten „Job for youth“-Programm 2004 mit 3 Millionen Euro beteiligen. Ich darf noch sagen, dass wir gemeinsam mit den Sozialpartnern, wo es ja ein gutes Klima gegeben hat, ein konstruktives, in den letzten Monaten die Lehrlingsinitiative 2004/2005 ins Leben gerufen haben, die einen Ausbildungsbonus und den Qualifizierungsverbund beinhaltet. Und da ist mit drinnen einerseits die Absicht weitere Lehrplätze zu schaffen, aber vor allem auch die Qualität der dualen Ausbildung zu steigern, den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Ich darf vielleicht ein Wort noch zum Abgeordneten Böhmer sagen: Auch hier sind wir unterwegs. Uns ist vollkommen bewusst, dass auf Grund der demografischen Entwicklung und der Pensionsreform auch dem Projekt einer „altersgerechten Arbeitswelt“ in der Steiermark große Bedeutung zukommt und hier ist es schon Aufgabe der Politik, der Sozialpartner, aber auch der arbeitsmarktpolitischen Einrichtungen oder der Betroffenen selbst, etwas zur Sicherung der Arbeitsfähigkeit und der Arbeitsbereitschaft älterer Menschen zu tun. Das Wirtschaftsressort unterstützt in dem Zusammenhang neben der Stiftung für Ältere, die seit 1999 bereits gefördert wird, das Pilotprojekt „Keep or holding“, mit dem wir vor allem versuchen, Unternehmungen mit großem Erfolg dafür zu sensibilisieren, dass ältere Arbeitskräfte sehr wichtige und wertvolle Arbeitskräfte sind. In einer globalisierten Welt wird sich die steirische Wirtschaft auch in Zukunft großen Herausforderungen stellen müssen. Wir wollen nicht den Wettbewerb über Dumpingpreise oder Lohnkosten gewinnen, sondern das geht nur über Innovation, über Qualifizierung sowie über Investition in die Forschung und Entwicklung. Das heißt, wir werden einerseits das sehr erfolgreiche Clusterkonzept durchaus fortsetzen. Wir werden aber auch ganz spezifisch jenen Betrieben eine Hilfe zuteil werden lassen, die das Rückgrat der steirischen Wirtschaft sind, nämlich den Klein- und Mittelbetrieben. (Beifall bei der ÖVP.) Diese zu stärken wird ein Hauptanliegen der steirischen Wirtschaftspolitik sein, denn Klein- und Mittelbetriebe, und das ist ja mehrfach auch erwähnt worden, sind durchaus konjunkturresistent und legen den Grundstein für weiteres Wachstum und Beschäftigung.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen und ich darf sagen, das Wirtschaftsklima wird natürlich auch von der Politik gemacht und es ist gut, alles, was es an wirtschaftsfördernden Maßnahmen gibt, zu evaluieren. Es ist gut Kritik zu üben und sich die Sachen genau anzuschauen, aber wir dürfen uns sozusagen nicht hinreißen lassen, alles zu Tode zu jammern. Haben wir einmal den Mut, uns über die rechten Erfolge tatsächlich zu freuen. (Beifall bei der ÖVP. – 13.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1964/1 (Tagesordnungspunkt 2) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1711/1 (Tagesordnungspunkt 3) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung (zu Tagesordnungspunkt 3), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Frauenbeschäftigungsprogramm (zu Tagesordnungspunkt 3), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1689/2 (Tagesordnungspunkt 4) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1919/2 (Tagesordnungspunkt 5) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit des Antrages fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die sofortige Änderung der Richtlinien für die Bildungsförderung mittels Bildungsscheck (zu Tagesordnungspunkt 5), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Bei den Tagesordnungspunkten 6 und 7 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

6. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1974/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2004 über den Stand der Europäischen Integration.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Franz Majcen. Es geht bitte los.

Abg. Majcen (13.19 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wie die Frau Präsidentin schon gesagt hat, berichte ich über den Ausschuss für Europäische Integration, über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1974/1, betreffend den zweiten Vierteljahresbericht 2004 über den Stand der Europäischen Integration, und stelle den Antrag auf Annahme. (13.19 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke.

7. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 1678/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Verankerung des Tourismus im Aufgabenkatalog der EU.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Franz Lafer. Sie sind am Wort bitte.

Abg. Lafer (13.20 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Europäische Integration über den Antrag, Einl.-Zahl 1678/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Verankerung des Tourismus im Aufgabenkatalog der EU. Sie haben den Schriftlichen Bericht vor sich liegen, deshalb stelle ich gleich den Antrag. Der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Europäische Integration zum Antrag, Einl.-Zahl 1678/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Verankerung des Tourismus im Aufgabenkatalog der EU, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (13.21 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke. Als Erstes am Wort ist der Herr Abgeordneter Grabner bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (13.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg, wir werden sowohl den Bericht gerne positiv kommentieren und selbstverständlich zustimmen, wobei ich eingangs die Gelegenheit gleich wahrnehme, mich bei den Verfassern, angeführt bei Herrn Hofrat Rader, den ich hier sehe unter uns, recht herzlich dafür zu bedanken, dass die Berichte wirklich immer aktueller werden und in einem Maße komprimiert sind, dass sie auch tatsächlich gelesen werden. Herzlichen Dank. Ich habe heute auch schon den nächsten Quartalsbericht bekommen, der also vom Layout her noch moderner geworden ist und aktualisiert. Ich freue mich auch schon darauf, ihn durchzustudieren. Den Bericht des Kollegen Lafer zu dem von ihm eingebrachten Antrag können wir ebenfalls zur Kenntnis nehmen, weil er, wie es ja auch im Ausschuss klargelegt wurde, ohnedies eine bereits erledigte Tatsache anspricht. Also wir werden auch hier selbstverständlich dabei sein. Und auch den Entschließungsantrag, der mir vorliegt vom Kollegen Hagenauer über den von ihm geforderten Bericht über die Abwicklung von EU-Kofinanzierungsprojekten würde ich sehr gerne im Konkreten sehen und wir werden natürlich dem Entschließungsantrag sehr gerne beitreten. Umso mehr, als in der Begründung ja auch darauf hingewiesen wird, dass wir bei der Beurteilung der steirischen Aktivitäten im Zusammenhang mit EU-Förderungsmitteln und EU-Förderungsmöglichkeiten durchaus eine nicht nur erfreuliche Seite haben, sondern auch die unerfreuliche Tatsache, dass es erstens einmal zu Fehlförderungen gekommen ist im nicht unbeträchtlichen Ausmaß, wodurch das Land Steiermark sich veranlasst sehen könnte zurückzuzahlen, wenn es nicht noch Möglichkeiten gibt der Gegenverrechnung von noch nicht ausgenützten Förderungen, wird man sehen. Wobei ich da nicht so starke Hoffnungen habe, wenn ich den Zahlen entnehmen muss, dass wir hier ohnedies nicht zu den Aktivsten gehören, sondern im Gegenteil, im Vergleich mit allen österreichischen Bundesländern jenes sind, das den geringsten Ausnutzungsgrad hat, was die dem Land Steiermark zugesprochenen und zugeordneten Förderungsmittel anlangt. Und dies, das macht mich besonders betroffen, obwohl wir von dieser Stelle aus jeweils in den letzten Jahren schon zur Jahresmitte auf Grund der jeweiligen Zwischenberichte den jeweils zuständigen Regierenden, das war einmal die Frau Landeshauptmann Klasnic, dann der Herr Landesrat Paieryl, sehr dringlich gebeten haben und aufgefordert haben, doch dafür zu sorgen, dass die Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Steiermark mehr Mittel ansprechen kann, als es bis zur Jahresmitte jeweils erschienen war. Voriges Jahr hatten wir bei der Jahresmitte erst 38 Prozent der möglichen Fördermittel ausgeschöpft und da hat uns der Herr Landesrat Paieryl noch gesagt, ja, Leitln, selbstverständlich werden wir bis zum Jahresende alles dransetzen! Na, selbstverständlich ist es nicht passiert, weil der jetzt aktuelle Bericht sagt immer noch, dass von den 25 Millionen Euro, die Gesamtösterreich nicht ausgenutzt hat, allein 12 Millionen von der Steiermark nicht ausgenutzt waren. Beinahe die Hälfte des gesamtösterreichischen Maluskuchens, das nicht ausgenutzte EU-Fördergeld, ist von der Steiermark nicht ausgenutzt worden. Ich frage mich, können wir uns das so einfach

achselzuckend leisten? Wie ist denn das? Und das ist keine Kritik an jenen Unternehmen oder an jenen Gemeinden, die die Möglichkeiten nicht angesprochen haben. Wir wissen alle miteinander, dass das im hohen Maße auch damit zusammenhängt, wie denn die Grundkonstruktion der Fördermechanismen aussieht. Und wir wissen auch, dass wir hier auf Probleme stoßen, viele, viele Beispiele sind jedem von uns bekannt von Leuten, die einfach an den Mechanismen verzweifelt sind und die gesagt haben, das ist mir jetzt eigentlich zu blöd, da lasse ich es lieber. Durchaus Leute, die also Hintergrund haben, wo sie sich informieren konnten, wie zum Beispiel einer der Unternehmer, der der Obmann der Wirtschaftskammer in meinem Bezirk ist, der durchaus den ganzen Apparat hinter sich haben müsste, würde man meinen. Der dann unlängst gesagt hat, das lasse ich jetzt bleiben, das ist mir einfach zu kompliziert, das haut nicht hin.

Wir haben auch allen Anlass, jetzt gerade, wo wir bei der Debatte und späteren Beschlussfassung des kommenden Budgets sind, auch anzusprechen, wie immer wird es auch diesmal so sein, dass das Budget die in Zahlen gegossene Politik darstellt und die wirkliche Absichtserklärung dessen ist, was man sonst immer einfach so sagt. Na ja, natürlich sind wir für die Ausweitung der Instrumentarien, für die Beibehaltung der europäischen Instrumentarien, bis hin zu den EU-Regionalmanagements und, und, und bis zur Straffung der Förderinstrumente. Wir haben ja schließlich und endlich selbst hier im Hause, und die Regierung auch, Beschlüsse diesbezüglich gefasst. Ich erinnere daran, dass wir in jenem Papier gesagt haben, das hier beschlossen wurde, eine Stärkung der regionalen Betreuungsstruktur heißt es in Punkt sechs. Oder in Punkt zehn, Klare Festlegung der Zuständigkeiten auf regionaler Ebene heißt es hier. Und wieder heißt es Stärkung der regionalen Strukturen. Ich sehe mit großer Spannung jenen Zahlen entgegen, die es uns ermöglichen werden, in Zukunft die EU-Regionalmanagements gestärkt und gut ausgestattet und gut dotiert weiterzuführen, weil dann und nur dann ist das glaubwürdig, was ich sonst gerne höre, dass wir auch wirklich das ernst meinen, was wir hier zuerst in der Regierung und dann hier im Landhaus beschlossen haben, nämlich das eben zitierte Stärken der regionalen Strukturen. Wie wichtig das ist, sehen wir aus allen Berichten, auch aus dem, der heute vorliegt und dem wir gerne zustimmen werden. Ich hoffe, dass das, was im Budget zu lesen sein wird diesbezüglich, nämlich die Ernsthaftigkeit der Bemühungen des zuständigen Regierenden in dieser Frage, auch tatsächlich das belegt, was wir sonst so gerne hören. Ich wünsche dem zuständigen Regierenden, dass er bei den Budgetverhandlungen diesbezüglich erfolgreich sein möge. Das kann für das Land und für die Umsetzung der EU-Strukturförderungsmöglichkeiten nur gut sein. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 13.29 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Anschließend am Wort ist der Herr Abgeordnete Majcen.

Abg. Majcen (13.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Irgendwie ist es immer dasselbe, ein breites Thema, die meisten ergreifen insbesondere nach einem so anstrengenden ersten Block die Flucht. Ich habe gesagt, die meisten, ich habe nicht qualifiziert. Und ich möchte mich gleich am Anfang anschließen bei vielem von dem, was Kollege Grabner gesagt hat und gleich am Anfang einmal sagen, dass ich mich sehr dafür bedanke, dass wir insgesamt das Gefühl haben, dass wir die Punkte, die im Zusammenhang mit der EU, mit der Europäischen Integration, mit unserer Mitgliedschaft stehen, eigentlich im Großen und Ganzen sehr sachlich abhandeln, wenn auch da oder dort irgendwelche Aufreger vorkommen.

Zweitens möchte ich natürlich einen kleinen Widerspruch einlegen zur Ausschöpfungsquote. Alles das, was mit Ausschöpfungsquoten und Zahlen zu tun hat, ist immer mit Vorsicht zu genießen, weil sich die Abrechnungsmechanismen auch über verschiedene Zeiträume erstrecken, also es ist nicht ganz leicht sozusagen innerhalb der österreichischen Ausschöpfungsquote die steirische Ausschöpfungsquote immer genau zu definieren. Man kann sie immer nur zu einem bestimmten Stichtag definieren. Aber du hast Recht, die Bemühungen könnten größer sein.

Der Vorwurf an die Landesregierung, sie müsste mehr tun, ist nur in einem gewissen kleineren Umfang angebracht, weil die Regierung kann nur animieren und sie kann weitergeben die Bemühungen an diejenigen, die die Förderungen erlangen können. Und ich bin mit dir einer Meinung, dass die Regionalmanagementstellen hier einen guten Beitrag dazu leisten, dass wir uns manchmal erwarten, dass sie noch mehr eingebunden werden in diese Verbreiterung zur Erreichung der Ausschöpfungsquoten. Und es wäre durchaus ein Ansatz, über den man reden kann. Ich glaube, der Herr Landesrat Schöpfer steht dem auch nicht negativ gegenüber. Vielleicht muss es einmal thematisiert werden.

Der zweite Vierteljahresbericht, den wir haben, ist, wie gesagt, wie auch in der Vorrede schon gesagt, ein sehr guter Bericht, sehr komprimiert. Er hat eine Reihe von Punkten, die durchaus auch auf das Bezug nehmen könnten, was wir heute schon in den ersten fünf Tagesordnungspunkten besprochen haben, wenn ich nur hernehme die soziale Integration von Jugendlichen und Ähnliches, die in diesem Bericht angeführt wird. Ich möchte auch für die folgenden Diskussionspunkte erneuerbare Energie einen Aspekt herausgreifen. Soeben hat die europäische Investitionsbank einen neuen Aktionsplan zugunsten der Förderung von erneuerbarer Energie durch gute und billige Kredite beschlossen. Derzeit wird diskutiert und das überschattet viele sachliche Diskussionen die Frage Türkei. Gilt auch für unser Land. Auch in unserem Land sind unterschiedlichste Positionen dazu bezogen worden. Da oder dort, öffentlich da oder dort nicht, nicht hier im Landtag, weil das eine Frage ist, die vielleicht wirklich mit mehr Ruhe und mehr sachlichem Zugang zur Thematik behandelt werden sollte. Was in diesem Bericht noch nicht steht, aber es gab die Anhörungen der neuen EU-Kommissare. Es ist im neuen Bericht schon angeführt, dass die österreichische Außenministerin, bis gestern

Außenministerin, eine sehr gute Vorstellung abgeliefert hat, was allgemein anerkannt wurde. Ich möchte der Frau Außenminister und dem Land Österreich, dem Staat Österreich sehr gratulieren, weil das ja, wie ich gesehen habe, von allen so gesehen wird. Und ich hoffe, dass das auch so bleibt. Das wird ja dann die weitere Entwicklung zeigen. Im letzten Ausschuss wurde von uns diskutiert, meine sehr geehrten Damen und Herren, und ich glaube, das war ein guter Ansatz auch, dass im nächsten Vierteljahresbericht und in den folgenden Vierteljahresberichten wiederum der Passus Rechtsanpassung aufgenommen werden sollte. Er ist in dem heute ausgegebenen oder Ihnen vorliegenden dritten Vierteljahresbericht schon wieder sehr aktuell, und ich danke dafür den Verfassern dieses Berichts sehr. Wenn ich auch in dem Zusammenhang zu einer gewissen Vorsicht mahne in der Benutzung dieser Rechtsanpassungsübersicht, weil dort – wie soll man sagen – ein Verfahren oder ein Klageverfahren hat man schnell, das heißt noch nicht, dass man schuld ist, da gibt es mehrere Stufen. Ich bitte das sehr vorsichtig zu diskutieren und sehr vorsichtig umzugehen mit diesem Bericht über den Stand der Rechtsanpassung, weil die Rechtsakte eine unterschiedliche Gewichtung haben und erst dann, wenn tatsächlich Vorwürfe erhoben werden, das etwas ist, was öffentlich politisch hier diskutiert werden könnte und sollte. Ich weise auch noch einmal darauf hin, dass ich dem Herrn Landesrat Schöpfer, ich glaube, hier eines Sinnes mit allen anderen sehr dankbar bin, dass er unmittelbar nach seinem Amtsantritt die Frage Steiermarkhaus in Brüssel in sehr offensiver Weise in Angriff genommen hat und dass dort eigentlich alles darauf hinläuft, dass wir nicht mehr so wie bisher, was auch gut war, ein Steiermarkhaus haben, wo wir Untermieter sind, sondern dass die Steiermark dann ein eigenes Haus besitzt und dass es Bemühungen gibt, auch andere neue Mitgliedsländer dort hinein zu bekommen als Mitmieter, als Untermieter wie immer man das sieht, vielleicht auch als Teileigentümer, ich weiß nicht, welche Konstruktionen hier gewählt sind, weil das unserer Rolle als Zukunftsregion auch sehr gut weiterhelfen könnte. Es wird im dritten Vierteljahresbericht, der heute Ihnen vorgelegen ist, auch eine sehr umfassende Übersicht, die es durchaus lohnt, genau gelesen zu werden über die bilateralen und multilateralen Verbindungen der Steiermark. Angeführt ist, wohin wir überall gute Kontakte haben, wie die Zukunftsregion arbeitet, wie Alpen-Adria arbeitet, wie andere Beitrittsverhandlungen, die für uns zwar nur am Rande, weil wir nicht dabei sind, aber doch insgesamt als Land und als Staat wichtig sind, wie das funktioniert. Ich glaube, es ist auch in dem dritten Vierteljahresbericht der Bericht über den Stand in Bezug auf das Steiermarkhaus. Insgesamt meine ich also, dass wir wieder einen sehr guten Bericht vorliegen haben und möchte zum Tagesordnungspunkt 7 sagen, dass ja in der konsolidierten Fassung des Vertrages über eine Verfassung in Europa im Teil III, Kapitel fünf, Abschnitt vier der Tourismus aufgenommen wurde und daher eigentlich dieser Antrag sozusagen letztendlich erfüllt ist und damit obsolet wurde. Ich empfehle also die Annahme der diesbezüglichen Regierungsvorlage. Zu dem in weiter Folge vorliegenden Entschließungsantrag bezüglich Rückzahlung von EU-Kofinanzierungsmitteln ist heute bei den Unterlagen eine schriftliche Anfragebeantwortung der Frau Landeshauptmann enthalten, wo drinnen steht, dass im März und im April 2002, also vor eineinhalb Jahren das Bundeskanzleramt für das Bundesland Steiermark erstmalig eine Systemprüfung der EU-Förderungsprogramme Ziel 2 und 5 b für die Programmplanungsperiode 95 bis 99 durchgeführt hat, also eine Periode, die schon sehr lange zurückliegt, jetzt sind es doch schon vier Jahre. Dabei wurden Beanstandungen vorgenommen, die einerseits aus der rückwirkenden Abänderung der Förderungsrichtlinien der EU und andererseits durch die späte Maßnahme der Prüfung resultieren. Auf Grund österreichweit fehlender Erfahrungswerte konnte in der laufenden Programmplanungsperiode daher nicht unmittelbar verbessernd eingegriffen werden. Aus dem laufenden Kulturbudget müssen für die Strukturfondsperiode 95 bis 99 im EFRE-Bereich der Ziel-2- und 5 b-Programme 569.000 Euro zurückgezahlt werden. Das ist nicht wenig, aber es ist bei weitem nicht, wie in diversen Aussendungen behauptet, wo drinnen gestanden ist, dass die Steiermark 3 Millionen zurückzahlen müsste. Aber trotzdem ist es genug. Das wird aus dem laufenden Kulturbudget zurückgezahlt werden. Die exakten Zahlen aus anderen betroffenen Ressorts, wie Tourismus und Wissenschaft, werden von den dort zuständigen Referenten ermittelt und uns zur Verfügung gestellt werden. Für die laufende Ziel-2-Programmperiode 2000 bis 2006 wurde allerdings als Konsequenz aus Überprüfungsergebnissen seitens der Kulturabteilung in Abstimmung mit den Richtlinien der EU eine maßnahmenkonforme Förderungsrichtlinie erarbeitet und diese durch angepasste Antragsformulare und Erläuterungen ergänzt. Weiters wurde die Projektberatung und Projektbegleitung erweitert. So viel aus dieser schriftlichen Anfragebeantwortung. Und noch einmal, das Land Steiermark ist ja in vielen Fällen nicht Antragsteller, sondern nimmt Anträge nur entgegen und bearbeitet sie. Auch damit ist ein Lernprozess verbunden. Wenn heute hier am Beginn vor einer halben Stunde eine irische Delegation anwesend war, dann ist das die Delegation aus Tipperary, die im Zuge eines Besuches von Landtagsabgeordneten und Fachexperten vor zwei Wochen besucht werden konnte. Diese Delegation, wo wir uns einzelne Projekte angeschaut haben, diese Stadt Tipperary ist eine Partnerstadt von Mautern in der Obersteiermark, die sind jetzt in der Steiermark und wir haben dort gesehen, dass auch das Land Irland, das viel gerühmte EU-Hauptausschöpfungs- und Hauptnutznießerland Irland in vielen Bereichen auch nur mit Wasser kocht. Also auch abhängig ist von Richtlinien, von Fristen, von Abläufen, von komplizierten Entscheidungsstrukturen. Also, wenn es eines Tages möglich sein könnte, diese Dinge zu verbessern, dann glaube ich, dass der Ausnutzungsgrad von zur Verfügung stehenden Förderungen ganz schnell ein anderer sein würde. Auf der anderen Seite wiederum ist immer festzustellen, es ist halt ein kompliziertes Gefüge, in das wir hier eingebunden sind und wir werden uns immer wieder neu um diese Vereinfachung bemühen müssen. Dazu, und ich sage das jetzt noch einmal, dazu sind Strukturen auch auf regionaler Ebene notwendig. Und dazu wird sich das Land Steiermark bekennen müssen. Ich glaube, das Land Steiermark wird das auch tun. Wenn im zweiten Vierteljahresbericht, und damit komme ich schon zum Ende, ganz am Schluss angeführt wird, dass die Steiermark in Brüssel bei einem europäischen Wettbewerb für regionale Innovation mit dem Projekt TANNO trifft GEMINI

aus der Steiermark, eine hervorragende große Auszeichnung bekommen hat, für die ich im Rahmen der Tätigkeit im Regionalmanagement auch mit verantwortlich sein durfte, dann freuen wir uns darüber und sehen, dass Bemühungen zwar manchmal lange brauchen, aber doch oft auch dann gut funktionieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 13.42 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Anschließend am Wort ist der Herr Abgeordnete Hagenauer bitte.

Abg. Hagenauer (13.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landesrat! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte nur kurz auf den bereits vom Kollegen Majcen angekündigten Entschließungsantrag der Grünen eingehen. Herr Kollege Majcen, am Ende des Tages ist es so, dass ein Schaden entstanden ist, da sind wir uns einig. Es ist auch so, dass augenscheinlich in einigen Ressorts das Problem nicht aufgetaucht ist, etwa im Ressort Pörtl oder Ressort Paierl. Wenn also der Modus der Förderungen so unklar war, warum haben es die zusammengebracht, warum hat es dort funktioniert? (Abg. Majcen: „Weil die Kultur anders zu messen ist!“)

Es ist hier um denselben Fragenkreis gegangen, nämlich müssen die Eigenleistungen nachgewiesen werden, ja oder nein? Das war die Frage. Das ist eine sehr einfache Fragestellung, die hat man in den Ressorts Tourismus, Kultur und zum Teil Wissenschaft einfach vom Tisch gewischt und negiert. Und die Warnungen vom Bundeskanzleramt waren durchaus da und man hat es ja nicht wahrhaben wollen und jetzt ist der Schaden eingetreten. (Abg. Majcen: „Ist ja kein Schaden entstanden!“)

Etwas zurückzahlen müssen heißt zurückzahlen müssen, ob man das jetzt als Schaden bezeichnet oder nicht, das ist für mich keine Geschmacksfrage, für Sie vielleicht. Ich gehöre zu den Menschen auf dieser Welt, die nicht gerne Dinge zurückzahlen.

Ich möchte daher folgenden Antrag stellen:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag einen Bericht über die Abwicklung von EU-Kofinanzierungsprojekten zu erstatten und dabei insbesondere auf folgende Gesichtspunkte einzugehen: erstens Gesamtschaden für das Land Steiermark durch nicht ordnungsgemäß abgewickelte EU-Kofinanzierungsprojekte, zweitens strukturelle Konsequenzen in der Landesregierung und Landesverwaltung auf Grund der festgestellten Mängel in der Förderabwicklung.

Ich möchte zum Abschluss noch einmal auf den Punkt „strukturelle Konsequenzen“ hinweisen. Wissen Sie, das war – wenn Sie sich erinnern – schon am Beginn der Regierungsperiode ein Punkt, der auch dann von einem Landesrechnungshofbericht aufgegriffen wurde, dass man nämlich gesagt hat, es ist nicht klug, die ganzen Förderungsagenden, die ganzen EU-Agenden im Lande derartig weit aufzusplintern, sondern der Landesrechnungshof – es waren nicht die Grünen, da tue ich mir leicht – hat angeregt, diese Agenden zusammenzufassen, insbesondere die Abwicklung von Förderungen. Und ich sage es so gerade heraus wie es ist, hätte man das getan, wäre die Frau Landeshauptfrau als Regierungschefin dieser ihrer Aufgabe nachgekommen zu erkennen, dass ein derartig wichtiges Ressort, ein derartig wichtiger Bereich entsprechend organisiert werden muss, dass man die Abwicklung einfach nicht so laufen lassen kann und aufteilen auf drei, vier, fünf verschiedene Regierungsbüros, dann wäre eben dieser Schaden nicht entstanden. Daher auch der Antrag hier in Punkt zwei, die Konsequenzen dem Landtag zu berichten.

Ich bitte um Annahme und danke für die Aufmerksamkeit! (13.46 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lafer. Ich erteile es ihm.

Abg. Lafer (13.37 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrten Landesräte! Meine Damen und Herren!

Ich werde mich nur kurz zu Wort melden, und zwar auf Grund des Antrages, den wir selbst gestellt haben „Verankerung des Tourismus im Aufgabenbereich der EU“. Lieber Heinz Grabner, wenn ich deinen Worten folgen darf, bist du mit diesem Antrag einverstanden. Es ist mir vollkommen bewusst, dass wir hier nicht alles schaffen können von Seiten des steirischen Landtages. Aber als wir im vorvorigen Jahr beziehungsweise Anfang des vorigen Jahres erfahren haben, dass es hier im Bereich der EU zu Maßnahmen kommen soll, wo auch der Tourismus nicht mehr seinen Platz hätte, haben wir uns veranlasst gefühlt, auch hier etwas zu unternehmen. Wir wissen, dass wir hier nicht alles bewegen können, trotzdem bin ich überzeugt davon, dass es ein Stein des Ganzen oder ein Teil des Ganzen ist und dass man da auch dahin gehend beitragen kann, dass es genau in dieser Form wieder erledigt worden ist, wie es ist, und zwar dass dann genau am 6. August 2004, also sprich acht Monate später, in einer Konferenz der Artikel oder zumindest der Abschnitt des Tourismus aufgenommen worden ist. In dieser Form bin ich als Freiheitlicher froh, dass wir hier heute diesen Antrag erledigen können, und zwar positiv erledigen, denn wir wissen alle, Steiermarktourismus ist etwas Hervorragendes und sehr Gutes, was in der Steiermark passiert. Und wenn man sich dann anschaut,

dass in der EU der Tourismus 5 Prozent des Bruttoinlandproduktes ausmacht, dann wissen wir, welches gewaltige Gewicht hier dahinter liegt und dass man das auch in der entsprechenden Form unterstützen muss, ohne dass man jetzt näher darauf eingeht, welche Arbeitsplätze geschaffen werden und, und, und.

Aber das ist mir wichtig, auch das hier zu sagen. Zum anderen, den Vierteljahresbericht werden wir zur Kenntnis nehmen. Für uns ist es natürlich immer so, dass er etwas zu spät kommt. Und über Dinge zu diskutieren, die in der Vergangenheit liegen, ist natürlich mühselig. Man nimmt es ja auch wahr an den zuhörenden Kolleginnen und Kollegen. Ich bedanke mich. (Beifall bei der SPÖ. – 13.49 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1974/1, Tagesordnungspunkt 6, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Rückzahlung von EU-Kofinanzierungsmitteln, zu Tagesordnungspunkt 6 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist in der Minderheit geblieben.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zu Einl.-Zahl 1678/1, Tagesordnungspunkt 7, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 bis 11 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese vier Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1961/1, betreffend den Umweltschutzbericht 2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Anton Gangl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gangl (13.51 Uhr): Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz, betreffend Umweltschutzbericht 2003.

Mit dem Beschluss Nr. 344 vom 15. Mai 1984 hat der Steiermärkische Landtag die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, jährlich einen Umweltschutzbericht zu erstellen und dem Steiermärkischen Landtag zur Beratung vorzulegen.

Der Umweltbericht hat Auskunft über den Stand und die Zielsetzungen auf den Gebieten der Raumordnung, des Gewässerschutzes, der Abfallwirtschaft, des Lärms, des Bodens, der Nahrung, der Luft, des Natur- und Landschaftsschutzes, der Strahlen- und Umweltforschung sowie der Gentechnologie zu geben.

In Vollziehung der zitierten Landtagsbeschlüsse beziehungsweise des Landesgesetzes Nr. 78/1988 liegt nunmehr der 19. Umweltschutzbericht des Landes Steiermark für den Berichtszeitraum 2003 vor.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Landtag wolle beschließen: Der vorstehende Bericht zum Umweltschutzbericht 2003 des Landes Steiermark wird zur Kenntnis genommen. (13.52 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung.

9. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1853/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Klimaschutz und Wohnbauförderung.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (13.53 Uhr): Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag, Einl.-Zahl 1853/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Klimaschutz und Wohnbauförderung. Der Ausschuss für Wohnbau hat in seinen Sitzungen vom 29. Juni und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Der Ausschuss für Wohnbau stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag, Einl.-Zahl 1853/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Klimaschutz und Wohnbauförderung, wird zur Kenntnis genommen. (13.53 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht und darf die Berichterstatterin bitten gleich Platz zu behalten zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1799/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Förderung der Umstellung von Kohleheizungen.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (13.54 Uhr): Ich bringe den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag, Einl.-Zahl 1799/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Förderung der Umstellung von Kohleheizungen, ein. Der Ausschuss für Wohnbau hat in seinen Sitzungen am 5. Juni und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Wohnbau stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag, Einl.-Zahl 1799/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Förderung der Umstellung von Kohleheizungen, wird zur Kenntnis genommen. (13.55 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke auch für diesen Bericht.

11. Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz über den Antrag, Einl.-Zahl 1760/1, der Abgeordneten Prattes und Halper, betreffend Maßnahmen gegen Umweltbeeinträchtigungen durch Oster- und andere Brauchtumsfeuer.

Berichterstatterin ist Frau Abgeordnete Michaela Halper. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Halper (13.55 Uhr): Danke schön. Ich darf berichten über zum Antrag mit der Einl.-Zahl 1760/1 der Abgeordneten Prattes und Halper, betreffend Maßnahmen gegen Umweltbeeinträchtigungen durch Oster- und andere Brauchtumsfeuer.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz hat in seinen Sitzungen am 11. Mai und am 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Die Fachabteilung 13A hat mit Schreiben vom 26. Juli 2004 einen Erlass, betreffend das Verbrennen biogener Materialien außerhalb von Anlagen, Brauchtumsfeuer, erarbeitet sowie versendet und dieser ist auch im Internet jederzeit aufrufbar. Diesem Erlass ist klar zu entnehmen, an welchen Tagen und unter welchen Voraussetzungen biogene Materialien gesetzlich zulässig im Freien einer Verbrennung zugeführt werden dürfen. Hinsichtlich der Erstattung von Vorschlägen für die Schaffung einer rechtlichen Handhabe, damit Osterfeuer und andere Brauchtumsfeuer bei Gefahr einer erhöhten Umweltbelastung in Bezug auf ihre Größe begrenzt werden können, wird festgehalten, dass die Fachabteilung 13A bereits mit Schreiben vom 28. April 2004, gerichtet an das Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft im Rahmen der Diskussion betreffend eine Novellierung des Immissionsschutzgesetzes – Luft entsprechende Anregungen und Vorschläge zur Reduktion der Luftverschmutzung hinsichtlich des Abbrennens biogener Materialien im Rahmen von Brauchtumsveranstaltungen übermittelt hat.

Der Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz zum Antrag, Einl.-Zahl 1760/1, der Abgeordneten Prattes und Halper, betreffend Maßnahmen gegen Umweltbeeinträchtigungen durch Oster- und andere Brauchtumsfeuer, wird zur Kenntnis genommen. (13.56 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich als Erster Herr Kollege Petinger und ich erteile ihm das Wort.

Abg. Petinger (13.57 Uhr): Werte Präsidentin, werte Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Damen und Herren!

Die beiden Anträge zum Steiermärkischen Wohnbau oder Wohnbauförderungsgesetz oder den dazugehörigen Verordnungen scheinen mir symptomatisch dafür, dass man wichtige Themen wie die Ökologisierung, die Energie und hier meine ich Strom und Wärme, versucht über den Wohnbau zu regeln und ich erkenne immer mehr eine Systematik auch dahinter, dass das in anderen Bereichen ebenso ist. Ich bin auf der Seite des Grünenklubs, wenn wir die verfehlte Energiepolitik der Steiermark zukünftig neu regeln wollen. Wir können das aber sicher nicht über die Wohnbauförderung machen. Wir sollten hier eine offene Energie-debatte führen. Ich glaube, dass das ein ganz wichtiger Bestandteil ist, dass Strom in einem hohen Ausmaß auch ökologisch erzeugt werden muss. Man muss dann auch ehrlich und offen dazusagen, dass am Beginn oder in der Erstphase dieser Ökologisierung klarerweise dieser Strom auch mehr kostet. Wir müssen auch in dieser Debatte klar und deutlich sagen, dass wir die eingesetzten Fördermittel in Ökostrom und auch in der dazugehörigen Wärme effizienter gestalten müssen. Es kann nicht sein oder es sollte nicht sein, wenn wir ein gemeinsames Ziel erreichen wollen, dass jede Kleinanlage, die in ihrer Effizienz bei weitem nicht diesen Ausstoß an Energie oder Wärme hat, auch in Zukunft fördern können. Eines geht aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, sicherlich nicht, dass wir die Wohnbaufördermittel dafür verwenden, um ökologischen Strom zu erzeugen. Ist auch nicht möglich. Wir können, und da bin ich bei Ihnen, darüber reden, dass wir im Wohnbau die Mittel so einsetzen müssen oder sollen, dass wir Strom sparen. Das ist sicherlich der richtige Ansatz und das wird in den Wohnbauförderungsmitteln und den dazugehörigen Verordnungen auch dement-

sprechend oder ist dementsprechend verankert. Wir werden aber nicht die große ökologische Stromerzeugung über den Wohnbau regeln können. Hier müssten wir eine klare und aufrichtige Debatte im Energiewesen führen. Dazu vielleicht zu den beiden Anträgen noch eine klare Bemerkung. Wenn Sie fordern, dass Geschosßbau und privater Wohnbau, also die Einfamilienwohnhausbauer keine Förderung mehr bekommen sollen, wenn sie nicht ökologisch Strom oder Wärme erzeugen oder irgendwo anschließen, wo diese Fernwärmenetze vorhanden sind, so geht das weit an der Praxis vorbei. Es gibt leider Gottes noch nicht überall Gebiete in der Steiermark, wo diese Möglichkeit besteht. Es ist auch eine Logistik notwendig, wenn man Holzheizung, also Pelletsheizungen einbaut, die leider Gottes auch nicht in allen Regionen noch erfüllt werden kann. Zusätzlich möchte ich Ihnen sagen, dass sehr wohl heute schon sämtliche Förderanträge geprüft werden vom Energiebeauftragten von Steiermark auf Förderungswürdigkeit und hier im Speziellen auf die Art der Heizung. Es wird sehr wohl geprüft, welche Heizung in Frage kommen könnte oder welche Heizung in Frage kommt und hier werden, so viel ich weiß, sehr strenge Kriterien auch angelegt. Also, wenn man diese Mittel wirklich auf nur diese Gebiete beschränkt, so müssen wir oder laufen wir Gefahr, dass die Wohnbauförderungsmittel sicherlich nicht im Interesse der Regionen, auch nicht im Interesse von Besiedelung oder von Bevölkerungen, die in den Regionen wohnen wollen, eingesetzt werden. Die Ansätze einer Ökologisierung des Stromes müssen in der Energiepolitik gesucht werden, und nicht im Rahmen der Wohnbauförderungsmittel. Ebenfalls werden wir durch eine Stützung des Umbaues oder Veränderung der kleinen Sanierung nicht das erreichen was wir wollen. Ich bin auf Ihrer Seite bei der Ökologisierung des Stromes. Wir werden aber nicht erreichen eine höhere Qualität und eine höhere Umbaumaßnahme in der kleinen Sanierung für Umbauten oder Veränderung der Heizungsart, wenn wir die kleine Sanierung der großen Sanierung angleichen, sondern es wird sich hier nichts ändern. Es wird niemand eine kleine Sanierung in Anspruch nehmen für den Umbau einer Heizung, wenn sie den Förderrichtlinien der großen Sanierung angeglichen wird. Wie gesagt, die Wohnbauförderung wird, meiner Meinung nach, immer mehr dafür verwendet und es gibt ja heute noch einmal die Gelegenheit dazu eine Meinung zu äußern, um Fehler, die auch woanders passiert sind, wie in der Steiermark in der Energiepolitik in den letzten Jahren zu reparieren oder vielleicht zu korrigieren. Dies ist sicherlich nicht möglich. Also ich bitte wirklich darum, dass wir diese Debatte in einer Energiedebatte möglichst schnell auch führen, um zu einer Ökologisierung des Stroms und der Energie zu kommen und dass wir nicht die Fördertöpfe der Wohnbauförderung ausleeren. Das hat den Effekt, dass klarerweise weniger Wohnungen gebaut werden können, weil weniger Geld vorhanden ist. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 14.02 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (14.03 Uhr): Frau Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Zu Tagesordnungspunkt 11, Einl.-Zahl 1760: Gemäß Artikel 10 Absatz 1 BVG ist festgelegt, dass sowohl die Gesetzgebung als auch die Vollziehung für den Bereich Luftreinhaltung unbeschadet der Zuständigkeit der Länder für Heizungsanlagen in den Kompetenzbereich des Bundes fallen. Auf Grund dieser kompetenzrechtlichen Festlegung wurde im Jahre 2002 das Bundesgesetz bereinigt und das Verbrennen von nicht biogenen Materialien außerhalb von Anlagen verboten. Oster- und Brauchtumsfeuer sind aber nicht wegzudenken, meine Damen und Herren. Es ist alte Volkskultur und jahrhundertlange religiöse Tradition, es muss erhalten bleiben. Es darf jedoch darauf hingewiesen werden, dass hinsichtlich Feuer im Rahmen von Brauchtumsveranstaltungen das Bundesgesetz über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen insbesondere diese Bestimmung als Gesetz anzuwenden ist. Die Fachabteilung 13A, die in den Wochen vor Ostern sowie in der Zeit um den 21. Juni wiederholt mit der Problematik der Zulässigkeit von Brauchtumsfeuern konfrontiert war und das Gesetz über das Verbot des Verbrennens biogener Materialien sowohl in systematischer als auch in sprachlicher Hinsicht nur schwer verständlich ist, hat die Fachabteilung 13A mit Schreiben vom 16. Juli 2004 einen Erlass betreffend das Verbrennen biogener Materialien außerhalb von Anlagen erarbeitet, der an alle Gemeinden des Landes Steiermark, an alle Bezirkshauptmannschaften, politischen Exposituren, an alle Abfallwirtschaftsverbände des Landes Steiermark, an den Dachverband der steirischen Abfallwirtschaftsverbände, den Städtebund, den Steirischen Gemeindebund, an das Landesgendarmierkommando, an die Polizeidirektionen Graz und Leoben sowie an alle im Amt der Steiermärkischen Landesregierung befassten Abteilungen einschließlich an den Umweltanwalt des Landes Steiermark versendet wurde und auch im Intranet jederzeit abrufbar ist. Darüber hinaus werden von den Bezirkshauptmannschaften, Gemeinden und Städte, die freiwilligen Feuerwehren und auch die Berufsfeuerwehr selbstverständlich verständigt und über die natürlich angemeldeten jeweiligen Veranstaltungen informiert. Außerhalb dieser Brauchtums- und Osterfeuer sind natürlich die größte Gefahr die Weihnachtsbäume. Hier besteht tatsächlich große Bedenklichkeit, weil die Feuerwehren zu diesem Zeitpunkt des Öfteren in den Einsatz gerufen werden. Nicht aber bei den Brauchtums- und Osterfeuern, diese werden stets entweder von den Feuerwehren selbst mit veranstaltet oder von den Feuerwehren beobachtet. Dazu gibt es zu sagen, dass die Veranstalter jener Brauchtums- und Osterfeuer sehr bewusst und verantwortungsvoll mit ihrer Aufgabe umgehen. Es gab und gibt in den letzten Jahren kaum Einsätze der Feuerwehren, außer bei Missbrauch. Also es ist nicht nötig, Einschränkungen vorzunehmen, bei wem auch, und wer darf und wer darf nicht. Und es ist auch nicht nötig, strengere Maßstäbe zu treffen als jene, die gesetzlich und gebräuchlich sind. Ich bitte um Annahme des schriftlichen Berichtes. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 14.06 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gangl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gangl (14.07 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident! Herr Landesrat! Geschätzte Kollegen!

Ich möchte mich auch ein wenig dem Thema „Erneuerbare Energie“ widmen. Wir führen ja hier zum Teil auch eine sehr emotionale Diskussion, wo in einem Bereich extrem die Ökologie im Vordergrund steht und beim anderen Bereich der Diskutanten die angeblichen Kosten oder die Kosten, die so ein Weg verursacht. Ich glaube, man sollte mit einer gewissen Sachlichkeit an beide Dinge herangehen. Ein gewisser sachlicher Mix in der Diskussion würde uns in einigen Bereichen weiterbringen. Vielleicht vorab aus dem Umweltschutzbericht 2003 ersichtlich gibt es schon einige Szenarien, die wir hier festhalten sollen, zum Beispiel, dass das US-Verteidigungsministerium die Gefahren durch den Klimawandel als bedeutend größer einschätzt als die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Und wer heute die „Kronenzeitung“ gelesen hat, da steht drinnen, dass die Allianz der internationalen Organisationen für das Jahr 2003 festgestellt hat, dass 75 Prozent der Gebiete unserer Erde von Naturkatastrophen betroffen waren. Das hat zirka 254 Millionen Menschen direkt berührt. Das ist doppelt soviel wie 1990 und der dadurch entstandene Schaden von 53 Milliarden Euro ist – glaube ich – eine beträchtliche Summe, der man durchaus auch eine wirtschaftliche Bedeutung beimessen kann. Die Tendenz der CO₂-Emission ist weiterhin weltweit steigend. Jährlich werden zirka 7 Millionen Tonnen fossile Energie verbraucht. Die Hälfte des davon entstehenden Kohlendioxids geht in die Atmosphäre und der restliche Teil in die natürlichen Kreisläufe. Die EU hat sich auch verpflichtet, im Rahmen des Kyoto-Abkommens zirka 8 Prozent der Treibhausgase mit dem Basisjahr 1990 bis 2012 zu verringern. In der Steiermark ist schon einiges passiert. In vielen Bereichen wird versucht, erneuerbare Energie zu erzeugen, ob das die Solarenergie ist, die Biomasse ist, das Biogas und auch die Wohnbauförderung wurde heute schon angesprochen. Aber ich glaube, dass man hier durchaus auch einen politischen Mut zum Gestalten zeigen soll, wenn Voraussetzungen geschaffen worden sind oder erfüllt sind, dass die Energiezufuhr auch im Bereich der nachhaltigen Energie gesichert ist. Die Steiermark hat vergleichsweise gegenüber der EU einen sehr hohen Anteil an erneuerbaren Energieträgern, die sozusagen in das Netz eingeführt werden. Es ist gegenüber dem EU-Durchschnitt viermal so hoch. Aber dennoch, und das darf man auch nicht vergessen, gibt es eine sehr hohe Abhängigkeit des gesamten Energieeinsatzes und des Bedarfes, rund drei Viertel der in Österreich gebrauchten Energie wird sozusagen importiert. Der EU-Durchschnitt beträgt zirka um die 50 Prozent. Das heißt, wir haben hier eine hohe Abhängigkeit in der Versorgungssicherheit und es ist daher nicht nur hinsichtlich der Umwelt- und Klimaschutzziele, sondern auch vor allem im Hinblick des Wirtschaftsstandortes Österreich oder Steiermark zu überdenken, ob das die richtige Strategie ist. Und vor allem muss man auch berücksichtigen, wenn die Preise für fossile Energieträger tendenziell oben bleiben beziehungsweise nach oben sich bewegen, dann haben wir hier auch als Wirtschaftsstandort einen Nachteil zu tragen. In der Steiermark – und das hat schon bei Landesrat Pötl und jetzt mit Landesrat Seitinger wird das fortgesetzt – aber auch in der EU setzt sich sehr stark die Meinung durch, dass die Erweiterung der erneuerbaren Energieträger am Energiemarkt insgesamt eine Überlebensstrategie darstellt. Und Kollege Majcen hat in seinem Bericht schon darauf hingewiesen, dass auch diesbezüglich in der EU Fördergelder freigegeben werden. Dieser Prozess hat sicher Nachhaltigkeit, weil ich überzeugt bin, dass die Bedürfnisse der Menschen, aber auch die Bedürfnisse einer gewissen Unabhängigkeit und Sicherheit in Energiefragen sich längerfristig durchsetzen werden. Auch der Bund hat mit einer Gesetzesänderung reagiert. Der Anteil der erneuerbaren Energie außer der Wasserkraft an der gesamten jährlichen Stromabgabe bis 2010 wird auf 7 Prozent angehoben, geplant waren 5,4 Prozent. Die erneuerbare Energie und somit der Umweltschutz stehen daher nicht im Widerspruch zu einer dynamischen wirtschaftlichen Entwicklung einer Region, wie oft behauptet wird.

In der Steiermark haben wir zu diesem Thema Kompetenz erarbeitet. Es gilt jetzt, diese Kompetenz in Wirtschaftskraft umzuwandeln. Vielleicht ein Beispiel aus meinem Bezirk. Im Bezirk Radkersburg werden derzeit einige Biogasanlagen errichtet. Das ist ein Investitionsvolumen von 10 bis 12 Millionen Euro, die allein in die Region gehen und die zum Großteil von der heimischen Wirtschaft getätigt wird. Ob das der Zimmerer ist, ob das der Maurer ist, ob das der Elektriker ist, ob das andere sind, die Wirtschaft profitiert von diesen nachhaltigen Investitionen. Und wenn ich die Stadt Mureck hernehme, die fast zur Gänze, man kann sagen zur Gänze, nahversorgt wird, mit Nahwärme versorgt wird, so bedeutet das alleine für die Stadtgemeinde Mureck eine Einsparung von 10.900 Tonnen Öl, die eingespart werden. Das sind rund 7 Millionen Euro, die in der Region bleiben. Die CO₂-Einsparung, haben die Berechnungen ergeben, beträgt 30.520 Tonnen pro Jahr und nach den derzeitigen Energiepreisen bedeutet das, dass ein Haushalt derzeit 350 Euro pro Jahr sich erspart, die Stadtgemeinde, man höre, 150.000 Euro mit den derzeitigen Energiepreisen pro Jahr. Das ist, glaube ich, ein schönes Körbergeld für die Stadtgemeinde Mureck. Das heißt, es liegt jetzt an uns, wie wir mit diesen Begriffen Nachhaltigkeit und erneuerbare Energie umgehen, ob wir den Mantel einer verstaubten und rückständigen Entwicklung diesem Thema umhängen oder ob wir den Mantel einer ökologischen dynamischen Wertschöpfung der Regionen mit einer besonderen Kompetenz im Bereich des technischen Fortschrittes der Forschung zum Thema neue wirtschaftliche und ökologische Energiegewinnung geben wollen. Der Umweltschutzbericht 2003 gibt Auskunft, dass die Steiermark die Weichen in diese Richtung gestellt hat und gestellt sind. Ich danke Herrn Landesrat Seitinger im Besonderen für seine Bemühungen. Ich wünsche uns den Mut, uns, der Politik, aber auch der Wirtschaft, diesen Weg weiterzugehen im Sinne einer gewissen Unabhängigkeit für den Energiebedarf für die Steiermark, aber auch im Sinne einer ökologischen und wirtschaftlichen Entwicklung der Steiermark, von dem ich glaube, dass dieses Kompetenzfeld ein wichtiges Kompetenzfeld für die Zukunft darstellt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.14 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek und ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (14.15 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren im Zuschauerraum!

Zum Thema Feinstaub. Das ist ein Thema, das die Grünen seit Jahren beschäftigt. Wir haben hier vor drei Jahren einen Antrag eingebracht, der damals mit den ÖVP-Stimmen abgelehnt worden ist. Es ist um einen Maßnahmenkatalog des Landtages gegangen. Umso erfreulicher, dass mittlerweile die Landesregierung einen Maßnahmenkatalog beschlossen hat. Was mich aber schon stört ist, dass der Herr Landesrat oder dass Sie, Herr Landesrat, wenn ich Sie direkt anspreche, es ist relativ schwierig, wenn die Person, die man anspricht, hinter einem sitzt. (Abg. Majcen: „Gehört ein Rückspiegel her!“ – Abg. Wiedner: „Rückspiegel!“) Rückspiegel, genau. Was mich schon gestört hat ist, dass Sie Ihr Feinstaubpaket präsentiert haben und in einer Presseinformation einige Details angeführt waren, dass es aber nicht möglich war und bis heute nicht möglich ist, dass wir von Ihnen Ihr Maßnahmenpaket zur Gänze bekommen. Ich kann es einfach nicht verstehen, denn ich denke, das Thema Feinstaub und Atemluft besonders für unsere Kinder und Jugendlichen, deren Entwicklung ja geschädigt wird durch diese schlechte Luft, das ist ein öffentliches Thema. Das ist nicht nur für uns Grüne ein Thema hier herinnen, für den ganzen Landtag, aber eben auch für die Öffentlichkeit. Ich kann das ganz bestimmt auch deswegen sagen, weil ich sehr viele Kontakte mit engagierten BürgerInnen habe, die sich selbst auf die Hinterbeine stellen. (Abg. Gödl: „Liegt abholbereit!“) Herr Kollege Gödl hat mir es gerade überreicht. Es gibt zum Beispiel eine neue Initiative Feinstaub, die sich selbst auch überlegt, wie kann sie die Politikerinnen und Politiker dazu bewegen sich etwas mehr zu bewegen in Richtung gesunde Luft. Und all jene, die aktiv sind, aber grundsätzlich die ganze Bevölkerung hat eben einen Anspruch darauf, diese Maßnahmen zur Kenntnis gebracht zu bekommen und auch ihre eigenen Eindrücke und Wünsche dazu zu nennen. Ich freue mich, wenn mir der Herr Kollege Gödl das jetzt überreicht, sehe das aber schon als Armutszeichen an der Politik unserer Landesregierung, dass es drei Wochen braucht, bis man so etwas bekommt von einem Abgeordneten. Freue mich, dass ich es von Ihnen bekommen habe, aber eigentlich erwarte ich mir das auch vom zuständigen Regierungsmitglied. Was wir an Ihrem, am so genannten Seitinger-Paket positiv finden ist, dass es eine exakte Bestandsaufnahme als Grundlage hat, wo nicht nur über das Reduktionspotenzial im jeweiligen Bereich Auskunft gegeben wird, sondern auch über die Zuständigkeiten zum Beispiel und die jährlichen Kosten. Was ein Manko ist, es ist immer wieder angeführt worden, kurzfristig, mittelfristig, langfristig. Nirgends wird aber festgelegt, was das ist, was die Dauer genau ist, was die Jahre sind, was gemeint ist, wenn es kurzfristig und mittelfristig heißt. Denn das ist in Bezug auf verschiedene Materien durchaus eine verschiedene Größenordnung. Was uns fehlt, ist auch die politische Entschlossenheit. Wir sehen nicht wirklich wie die behauptete Trendwende bewerkstelligt werden soll. (Abg. Mag. Drexler: „Das behaupte ich schon lang!“) Das ist auch etwas, was ich immer wieder erlebe. Es wird etwas behauptet, in den Raum gestellt. Es wird gesagt, wir haben das heute schon gehabt, eben bei der Ökologisierung der Wohnbauförderung, wir haben das bei der Frauenförderung gehabt, immer wird gesagt: „Wir tun es ja eh!“ In Klammer, damit müsst ihr euch bescheiden, fragt nicht weiter, es passiert eh, Klammer geschlossen. Hier, bei Ihrem Paket, Herr Landesrat, vermisse ich ein Bild davon, wie diese Trendwende, von der Sie sprechen, wirklich bewerkstelligt werden soll und was ich auch in dem, was der Herr Landesrat der Öffentlichkeit bisher mitgeteilt hat über die Medien, wir haben auch seine Presseunterlage, vermisse ich das. Was ich auch vermisse ist die Bedeckung, die Klärung der Bedeckung. Wir haben den Vorschlag gemacht, dass ressortübergreifend zum Thema Feinstaub ein Budgetposten gebildet werden soll. Es ist zur Bedeckung in Ihren Unterlagen, die ich bisher hatte, Herr Landesrat, keinerlei Aussage zum Landeshaushalt 2005. Und was es auch braucht, das ist ganz klar, das hatten wir heute im Wirtschaftsbereich auch schon, es braucht eine Evaluierung, die diesen Begriff verdient. Es muss genau definiert werden, wo sich etwas ändert und es muss genau versucht werden zu analysieren, welche Maßnahme sinnvoll war und etwas gebracht hat und welche nicht. Nur so kann man die eigene politische Arbeit auch verbessern.

Nächstes Thema Gentechnik. Sie wissen, wir haben eine völlig neue Situation seit das EU Kuratorium gefallen ist. Ich mache es kurz. In der Steiermark hat im Jahr 1997 jede fünfte Person das Gentechnik-Volksbegehren unterschrieben. Das ist auch sehr wichtig, denn die Steiermark hat einen überdurchschnittlich hohen Mais- und Kürbisflächenanteil und ist dadurch von allen Bestrebungen in diesem Bereich besonders betroffen. Im Moment oder derzeit ist ein Gentechnikvorsorgegesetz in Ausarbeitung. Leider enthält dieser Entwurf nicht die Zielbestimmung einer gentechnikfreien Steiermark. Ich kann es mir eigentlich nicht erklären, warum das nicht drinnen steht. (Landesrat Seitinger: „EU-Gesetzgeber, Frau Kollegin!“) Und ich kann mir nicht erklären, sollte es nur ein Fehler sein, Herr Landesrat, Sie werden mir dann eh Ihre Stellungnahme sagen, aber ich kann mir nicht erklären, warum man es nicht jetzt reinschreibt, wenn man es vielleicht bis jetzt einfach vergessen hat. Worauf wir stolz sind, worüber wir uns freuen ist, dass es durch die Bemühungen meiner Kollegin Edith Zitz gelungen ist, dass im Steiermärkischen Landwirtschaftskammergesetz das Ziel des Gentechnikverzichtes explizit enthalten ist. Das finde ich sehr gut. Es gibt auch noch einen unbehandelten grünen Antrag aus November 2003. Die Steiermark möge einem EU-Bündnis der gentechnikfreien Regionen beitreten. Wir hoffen, dass es zu diesem Entschluss kommt. Man kann nur Vorteil darin erblicken.

Ich komme jetzt zum Thema Wohnbauförderung. Es haben sich einige meiner Vorredner schon darüber geäußert, was sich die Grünen da wünschen, nämlich, dass die Mittel der Wohnbauförderung so eingesetzt werden, dass sie unserem Klima nicht schaden. Dass sie der Umwelt nicht schaden und dass sie uns Menschen nicht schaden.

Der Herr Kollege Petinger hat gesagt, wir sollen die Mittel der Wohnbauförderung nicht für Stromerzeugung einsetzen. So haben Sie es gesagt, ich habe es mir aufgeschrieben. Davon ist ja auch überhaupt nicht die Rede. Überhaupt nicht. Wir haben nicht gesagt, es sollen überall Fotovoltaikanlagen hinauf und deswegen brauchen wir dann die 380-kV-Leitung nicht. Wäre ein spannender Ansatz gewesen, haben wir aber da überhaupt nicht drinnen. Sie haben auch gesagt, der Energiebeauftragte prüft alle Projekte. Das stimmt. Aber der kann auch nur handeln nach dem, was Gesetzesmaterie ist. Und alle guten Wünsche an Christkind, Weihnachtsmann, Osterhasen und sonst irgendwen helfen nicht. Und alle Zusicherungen, die wir uns da wechselseitig geben, dass wir das eh alle wollen und dass wir eh alle am gleichen Strang ziehen, helfen nicht, wenn wir nicht hergehen und Nägel mit Köpfen machen und das in Richtlinien, Verordnungen, Gesetze gießen. Und wenn Sie sagen, das ist nicht im Interesse der Regionen, was da passiert beziehungsweise passieren soll, nämlich dass wir eindeutig sagen, der Weg zu den erneuerbaren Energien soll gegangen werden und unterstützt werden über die Wohnbauförderung, das dient nicht den Regionen, dann verstehe ich das überhaupt nicht. Denn in der Steiermark wächst uns – das wissen wir – das Holz bei den Fenstern herein. (Abg. Gennaro: „Keines, das habe ich abgeschnitten!“) Wir wissen, dass viele, viele kleine Nebenerwerbslandwirte, viele kleine Betriebe davon profitieren könnten, wenn wir hier mutige Schritte setzen, nämlich politisch mutige Schritte und dass Wertschöpfung in den Regionen bleiben würde und wir auch unabhängiger werden von Energieversorgung beziehungsweise Zukauf von Energie, fossiler Energie im Übrigen aus dem Ausland. (Abg. Petinger: „Wie müssen wir diese Debatte führen?“) Diese Debatte ist hier zu führen, denn der Wohnbau und die Wohnbauförderung, Herr Kollege Petinger, wird hier entschieden, und nicht in der ESTAG zum Beispiel und nicht bei den Feistritzwerken, sondern hier. Wir schaffen hier die gesetzlichen Rahmenbedingungen. Wir haben gefordert, dass die Wohnbauförderung für Öl- und Gasheizungen nicht mehr zuerkannt werden soll, und zwar für Einfamilien-, Zweifamilienhäuser und Geschoßwohnbau. Wir haben gefordert, dass Sanierungen einen Brennstoffwechsel zum Ziel haben sollen, und nicht Verbesserungen, die weiterhin das Beibehalten des Verbrauchs von fossiler Energie fördern sollen und wir haben gefordert, dass ein Punktesystem eingeführt werden soll, das nach einer klimaverträglichen und möglichst emissionsfreien Energieversorgung ausgerichtet ist. Ich habe mir die Stellungnahme der Landesregierung daraufhin angeschaut und einige sehr eigenartige Dinge festgestellt.

Erstens einmal, wenn man sich die Zahlen genau anschaut, über 50 Prozent der Heizungen der geförderten Eigenheime haben noch immer fossile Energie als Brennstoff. In der Geschoßwohnbauauförderung ist deutlich sichtbar – sind die Zahlen der Landesregierung –, dass von 2002 auf 2003 weniger Fernwärme aus Biomasse geworden ist, und zwar deutlich und deutlich mehr Gasheizungen und Ölheizungen. 93 Prozent der Neubauten sind mit einer Energieversorgung versehen, die mit fossilen Brennstoffen arbeitet, das ist Tatbestand. Das sind Zahlen der Landesregierung. Wenn es um die Förderung der umfassenden Sanierung geht, waren 98 Prozent Fossilenergie. Und wenn ich das weiterhin anschau, es heißt da, sollte in den angeführten Fällen tatsächlich die Beheizung mit Öl und Gas ausnahmslos gestrichen werden, würde dies die Eigenheimförderung substanziell einschränken und auch nachhaltige Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation in der Bauwirtschaft haben. Warum – das Argument ist für mich fragwürdig, es ist nicht erklärbar, warum ich keine Möglichkeit darin sehe, andere Energieformen, Beheizungsformen zu errichten, diese Branchen zu fördern, wo es im Übrigen, wir sagen es hier regelmäßig von dieser Stelle aus, in der Steiermark nicht nur die „hellen Köpfe“ gibt, von denen Paierl immer gesprochen hat, nämlich die Pionierinnen und Pioniere im Alternativbereich, sondern auch produzierende Firmen. Was ist mit denen, sind die nicht existent? Die könnten auch gut verdienen und die könnten ihre Produktion ausweiten. Es wird hier auch angeführt, dass Fernwärme auf Biobasis nur in wenigen Gemeinden zur Verfügung steht und dass der Betrieb von Hackschnitzelheizungen mit wesentlich mehr Aufwand als der Betrieb bei anderen Heizungsformen verbunden wäre und auf Grund des hohen Wartungsaufwandes in vielen Fällen die Bewohner von Geschoßbauten überfordert wären. Eigentlich würde das bedeuten, dass es neuer Anstrengungen bedarf, weitere Biomassefernwärmeanlagen zu errichten. Es ist eine einfache Entscheidung: Will ich das oder will ich das nicht.

Ich schau Sie zufällig an, ich weiß, dass wir da gleicher Meinung sind. Im Übrigen hat uns Niederösterreich da schon ganz elegant überholt. Landeshauptmann Pröll, der ja in der Steiermark mit Recht gern kritisiert wird, Stichwort Semmeringtunnel, ist in dieser Hinsicht zu belobigen und als Vorbild anzusehen. Es braucht auch weiterhin eine Unterstützung von Wärmelieferungsgenossenschaften. Und nachdem das aber offensichtlich nicht ausreicht, sind auch legislative Maßnahmen erforderlich. Wenn zum Beispiel Öl und Gas im Bereich der Einfamilienhäuser in besonders begründeten Ausnahmefällen unter Anführungszeichen oder Geschoßwohnbau umgesetzt werden, dann muss zumindest die Warmwasserbereitung auf Solarenergie umgestellt werden. Kein Mensch kann mir sagen, warum das nicht möglich ist. Und da ist es ziemlich wurscht, in welcher Region man sich in der Steiermark befindet. Der vorzeitige Kesseltausch noch abgerundet, da wird in der Stellungnahme festgestellt, ein modernes und deutlich umweltfreundlicheres Gerät kann bereits nach 15 Jahren installiert werden, bei der Streichung dieser Förderungsmöglichkeit würde der alte Ölkessel noch mindestens zehn Jahre die Umwelt unnötig belasten. Tatsache ist aber auch, dass man den Verbrauch der fossilen Energie mit einem neuen Kessel, der auf den gleichen Brennstoff aufsetzt, um etliche Jährchen verlängert. Ich denke, da sind wir uns einig, weil ich nicht erwarte, dass jemand so einen neuen Kessel nach zwei Jahren zugunsten einer Pelletsheizung weggibt. Ich denke, das ist klar. Auch hier wieder Warmwasserbereitung durch erneuerbare Energien. Warum sollte das nicht gehen? Das ist ein einfaches politisches Wollen und das ist hier zu entscheiden, meine Damen und Herren!

Aus diesem Grund und ich könnte noch weiter zitieren aus dieser Stellungnahme, die sehr interessant ist, werden wir an unseren Anträgen auch festhalten. Eines ist mir noch ein Anliegen. Es heißt immer und es ist noch immer so in der Gewohnheit drinnen, was für ein Musterland die Steiermark da nicht wäre in diesem Bereich. Ich sage jetzt nichts über die Steiermark, ich sage jetzt was über Salzburg, Kollege Majcen. Ich kann Ihnen ein echtes Musterland vorstellen, thermische Solaranlagen hat es im Jahr 1994 neun gegeben, in Prozenten 9, in Salzburg, im Jahr 2002 waren 66,9. Und die Biomasse hat sich in Prozenten von 94, 10 auf 61 Prozent im Jahr 2002 entwickelt. Ich möchte das gerne, diese wunderschönen Grafiken, dem Herrn Landesrat überreichen in der Hoffnung, dass die Steiermark auch solche Wachstumskurven vorweisen kann. Wir werden die Ersten sein, die ganz laut auch einem ÖVP-Landesrat zuapplaudieren, wenn er entscheidende Schritte in diese Richtung setzt, die auch glaubhaft sind, und nicht nur Etiketten. Herr Landesrat!

Zum Abschluss möchte ich noch Entschließungsanträge der Grünen einbringen.

Erster Entschließungsantrag: Finanzierung des Maßnahmenpaketes Feinstaub.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Landesvoranschlag 2005 eine ressortübergreifende Dotierung (Verkehr, Umwelt, Wirtschaft, Gesundheit) für Maßnahmen gegen die Feinstaubbelastung vorzunehmen.

Zweiter Antrag, betreffend gentechnikfreie Steiermark.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit diese ÖPUL-Mittel an die Verwendung von gentechnikfreiem Saatgut knüpft.

Dritter Antrag, Klimaschutz und Wohnbauförderung.

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Wohnbauförderung (Ein- und Zweifamilienhäuser, Geschosswohnbau) für Öl- und Gasheizungen ohne Ausnahmen auszuschließen, zweitens bei Sanierungen ausschließlich den Brennstoffwechsel hin zu erneuerbaren Energieträgern zu fördern und nicht Verbesserungen von Heizungen, die auf fossilen Energieträgern beruhen (zum Beispiel keine Tauschaktion für Heizkessel) und drittens ein Punktesystem in der Wohnbauförderung einzuführen, das nach einer klimaverträglichen und möglichst emissionsfreien Energieversorgung ausgerichtet ist.

Und mein letzter Entschließungsantrag, Förderung der Umstellung von Kohleheizungen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die derzeit geltenden landeswohnbauförderungsrechtlichen Bestimmungen dahin gehend zu ändern, dass kleine Sanierungsmaßnahmen, die der CO₂-Verminderung, der Verminderung der Belastung mit Feinstaub und anderen Schadstoffen in den Belastungsgebieten gemäß der IG-L-VO dienen, förderungsrechtlich den Bestimmungen der umfassenden Sanierung gleichgestellt werden.

Meine Damen und Herren, zum Abschluss eine Erinnerung und eine Hoffnung: Ich weiß, dass nicht alle Umweltprobleme in der Steiermark über die Wohnbauförderung zu regeln sind. Wir haben das letzte Mal beschlossen, dass der Landtag sich einen Entwurf für ein Klimaschutzgesetz wünscht, wo ein Teil dieser Dinge sehr seriös enthalten wäre. Ich oder wir können nicht darauf warten, dass das in dieser Bandbreite kommt. Ich hoffe trotzdem, dass es zu so einem Klimaschutzgesetz kommt und es ist uns unbenommen, noch viel ehrgeizigere Ziele anzustreben und noch umfassender auf Klimaänderung im positiven Sinn hinzuwirken. Ich kann Ihnen versichern, da haben Sie uns an Ihrer Seite. Danke! (14.33 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Bevor ich dem nächsten Redner, dem Herrn Abgeordneten Majcen, das Wort erteile, darf ich liebe Gäste begrüßen, und zwar die Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Klasse der Volksschule Wagendorf unter der Leitung von Frau Direktor Gertraude Zsifkovics, Volksschullehrer Krautgartner, Bürgermeister Hans Hammer sowie Eltern und ein Großvater ist gekommen. Herzlich Willkommen! (Allgemeiner Beifall.)

Ich erteile dem Herrn Kollegen Majcen das Wort.

Abg. Majcen (14.33 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren auf der Regierungsbank, geschätzte Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich möchte zu einigen Punkten, die jetzt gemeinsam diskutiert werden, Stellung nehmen und möchte gleich am Anfang sagen, das, was noch niemand jetzt, heute in dieser Debatte gesagt hat. Es ist erstens einmal der Frau Landeshauptmann und dem Ressortzuständigen sehr herzlich zu danken, dass es die Wohnbauförderung für uns weiterhin gibt. (Beifall bei der ÖVP.) Das haben jetzt jahrelang alle hier gesagt. Kaum ist sie sichergestellt, ist das verstummt, aber es wird nicht einmal anerkannt, dass das erreicht werden konnte. Ich möchte mich sehr herzlich dafür bedanken, weil das für die Steiermark sehr viel bedeutet und allen Vorrednern, die hier gesprochen haben, mit denen ich in vielen Bereichen weitgehend übereinstimme, kann nur gesagt werden, nur mit der Wohnbauförderung, die wir vom Bund erhalten, das sind mehrere Milliarden Schilling pro Jahr, können wir die Aufgaben der Wohnbauförderung in dem Umfang weiter erfüllen. Und damit alle Damen und Herren, die im Hause sind, es wieder einmal hören. Sie wissen es alle. 1700 Geschosswohnungen pro Jahr werden gefördert. 1700 umfassende Sanierung, Schaffung neuer Wohnraum, 2000 bis 2200 Einfamilienhäuser pro Jahr. Das sind in Summe über 5000 neue Wohnmöglichkeiten, die pro Jahr mit

der Wohnbauförderung gefördert werden und das ist ein ganz wesentlicher und wichtiger Impuls. Ich stimme mit dem Herrn Kollegen Petinger sehr überein und ich freue mich direkt immer wieder in verschiedenen Ausschüssen in dem Bereich mit ihm zu tun zu haben, weil er die Sache sehr pragmatisch und realitätsbezogen angeht. Ich hoffe, ich schade dir damit nicht. Er hat Recht. Wir alle unterliegen immer wieder der Versuchung, in die Wohnbauförderung alles hineinzupacken. Und wenn es geheißen hat, die Energiepolitik verlagert sich in vielen Bereichen auf die Wohnbauförderung, dann muss ich dazusagen, auch die Sozialpolitik verlagert sich in vielen Bereichen auf die Wohnbauförderung. Denn Wohnbauförderung heißt für mich Förderung des Wohnbaus, und nicht durch immer höher werdende Förderungen für das Wohnen, also eine Wohnbeihilfe, die im Jahr 60 Millionen Euro, es sind immerhin knapp eine Milliarde Schilling, dafür zu zahlen, damit Leute sich die Wohnungen leisten können. Aber man müsste das überlegen, ob man nicht andere Systeme findet.

Zu diesem Antrag der Abgeordneten der FPÖ betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der Steiermark, nämlich der Behauptung, die durch nichts bewiesen ist. Ich möchte nur eine Stellungnahme. (Abg. Wiedner: „Von welchem Top sprichst du?“)

Es gibt einen Antrag von euch, wo es geheißen hat, dass es Gleichstellung der gewerblichen Bauträger mit den genossenschaftlichen Bauträgern ist. Zum ganzen Bereich Wohnbau, den ich jetzt habe und das passt da gut hinein, ist zu sagen, es ist durch nichts bewiesen, dass der Wohnbau leistbarer oder billiger werden würde, wenn auch der öffentlich geförderte Geschößbau in gleicher Weise von gewerblichen Bauträgern geleistet würde. (Abg. Wiedner: „Ist durch nichts widerlegt!“) Ist auch durch nichts widerlegt, aber wir haben in der Steiermark in den letzten Jahren und wenn sich viele erinnern vor 15, 20 Jahren hat es viele da oder dort Probleme im Geschößwohnbau gegeben, keine gravierenden Probleme gegeben, das ist beseitigt. Die Qualität im Geschößbau ist in Ordnung und es ist ganz eindeutig so, dass dies so bleiben soll, auch als Förderung der Beschäftigungssituation. Die Beschäftigten würden in einem Fall nicht anders sein als im anderen Fall. Weil Bauen ist Bauen und Bauen ist dort gleich wie da, weil auch die Genossenschaften bauen ja mit privaten Bauträgern. Eine Genossenschaft ist ja keine Baufirma. Sie bedient sich ja der privaten Bauträger zum Bau der Geschößbauwohnungen. Übrigens, im August 2004, letzte Arbeitslosenzahl der Bauarbeiter, 1900 Arbeitssuchende im Bauwesen. Viele von denen aus Gründen Arbeit suchend, weil sie sozusagen in dem Beruf tätig sind, aber in dieser Branche keine Arbeit mehr annehmen können. Zur Förderung für den Einbau von Alarmanlagen und Hausalarmanlagen nur eine Stellungnahme unsererseits, dass es grundsätzlich in keinerlei Bedingung drinnen steht, dass Hausalarmanlagen nicht gefördert werden sollen. Nur, die Wohnbauförderung wird es als generelle Förderung nicht schaffen, sehr wohl ist es aber möglich mit einer kleinen Sanierung den Einbau einer Alarmanlage als Verbesserungsmaßnahme zu fördern.

Kann man mit einer kleinen Sanierung. Eine Stellungnahme der zuständigen Abteilung ist möglich in der kleinen Sanierung, weil eine Hausalarmanlage ja kein so ein rieses Unterfangen ist. Aber eine eigene Förderung dafür gibt es nicht. Der nächste Punkt ist dieser Punkt der Abgeordneten Lechner-Sonnek und so weiter, betreffend Förderung zur Umstellung auf Kohleheizungen. Meine Damen und Herren, im Rahmen der Wohnbauförderung werden ökologische Maßnahmen insbesondere im Bereich des Eigenheimes, also des Einfamilienhauses mit der Forcierung der erneuerbaren Energie sowie im Bereich der kleinen Sanierungsförderung mit Ökopunkten gefördert. Darüber hinaus gibt es Zuschläge im Bereich des Geschößwohnbau für Solaranlagen und so weiter. Eine generelle Umstellung der Förderung auf maastrichtwirksame Beträge, das heißt Zuschüsse, ist aus budgetären Erwägungen leider nicht möglich. Es ist allerdings eine Initiative von Landesrat Seitinger, eine Sonderförderung des Anschlusses von Fernwärme beziehungsweise brennwert-technisch wirksamer Gasanlagen mit Förderungsbeiträgen einzuführen, also die teilweise Finanzierung der Anschlusskosten in ausgewiesenen Feinstaubsanierungsgebieten im Jahr 2005. Das ist eine der Maßnahmen, für die dem Landesrat Seitinger sehr zu danken ist. Er beabsichtigt das im Budget des nächsten Jahres einzubauen.

Meine Damen und Herren, es gibt sehr viele Vorsprechende bei der Energieberatung. Und die Energieberatung des Landes Steiermark bemüht sich sehr, alle dort Vorsprechenden sehr stark in die Richtung erneuerbare Energie zu beraten und es wurden in diesem Zusammenhang auch schon sehr viele Contractingmodelle abgeschlossen, wo sich also Heizungsbauer mit jemandem verbünden und sich mit Wärme versorgen lassen. Das ist auf dem Land durch Landwirte sehr häufig eine gute Systematik und funktioniert wunderbar. Es gibt dann auch den Antrag, betreffend Klimaschutz und Wohnbauförderung, der Abgeordneten Lechner-Sonnek noch einmal und hier muss man sagen, dass hinsichtlich der Forderung, dass Heizanlagen mit Öl und Gas ausnahmslos ausgeschlossen werden sollen, also für alle Bauten, nicht eine Sache der Wohnbauförderung ist, weil es gibt ja einen Wohnbau auch außerhalb der Wohnbauförderung. Wenn man das haben möchte, müsste man das im Baugesetz machen und müsste im Baugesetz sagen, man will das nicht. Und jetzt sage ich ganz offen, die Grundintention ist wahrscheinlich richtig. Wir müssen nur verträgliche Wege gehen und wir dürfen niemand überfordern. Und diese Heizkesselaustauschaktion, die im Rahmen der Wohnhaussanierung gefördert wird, wenn Anlagen saniert werden, die nicht älter als 20 Jahre sind, hier würde ein generelles Förderungsverbot dazu führen, dass rund 247.000 steirische Haushalte, so viele sind es nämlich, mit der alten Heizanlage bis zu deren technischen Gebrechen vielleicht weitergeheizt würden und der Ausstoß von CO₂-Emissionen zu keiner Verringerung führen würde. Das heißt, die Bemühungen sind gut, vielleicht müssen sie noch mehr gebündelt werden, vielleicht müssen da oder dort noch radikalere Wege eingeschlagen werden. Aber ich kann mich erinnern, welcher Sturm der Empörung durch viele hier anwesende Damen und Herren sozusagen in Wortmeldungen dann gelaufen ist, wie der Landesrat Schützenhöfer bei der

Eigenheimförderung gesagt hat, keine Eigenheimförderung mehr für Ölheizungen, für Gasheizungen und dann hat es sofort geheißen, aber die Ausnahme und die Ausnahme und die Ausnahme. Wir sind, wie gesagt, wahrscheinlich auf demselben Weg und es ist gar kein schlechter Weg. Und vielleicht ist aus der Summe der vielen Vorschläge irgendwo einer herauszukristallisieren, der uns langsam und verträglich dort hinbringt. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 14.44 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Bevor ich die nächste Hauptrednerin, die Frau Abgeordnete Halper, zum Wort bitte, darf ich noch Gäste begrüßen, und zwar die Schülerinnen und Schüler der Oberstufe des BRG Korösi, die im Rahmen der unverbindlichen Übung „Politische Bildung“ mit ihrer Lehrerin Barbara Hollomai den Landtag besuchen. Herzlich willkommen.

Ich darf nun die Frau Kollegin Halper um ihr Wort bitten.

Abg. Halper (14.45 Uhr): Sehr geehrte Frau Landeshauptmann! Geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Landräte! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Hohen Hauses!

Ich mache jetzt ein bisschen einen Sprung zum ersten Antrag quasi dieses ganzen Kapitels zurück, nämlich zum Umweltschutzbericht. Uns liegt ja heuer wieder ein sehr umfangreicher vor und es ist bereits der 19. Er enthält wieder zahlreiche interessante Kapitel sowohl mit positiven Initiativen darin als auch mit kritischen Anregungen und ich denke mir, dass er gerade in unserer politischen Arbeit immer wieder unabkömmlich ist. Ich möchte mich daher gleich von dieser Stelle aus recht herzlich bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Fachabteilung 13A sowie allen anderen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen aus anderen Abteilungen und Institutionen bedanken für diesen umfangreichen, qualitativ hochwertigen Bericht, der uns Politiker und Politikerinnen dieses Hohen Hauses wieder ein Jahr lang mit Zahlen und Fakten begleiten wird. Ein besonderes Dankeschön geht auch an den Herrn Dr. Alfred Langer, der die Leitung und Gesamtkoordination dieses Berichtes übergehabt hat. Ich denke mir, es ist nicht so einfach, so ein umfassendes Material, vor allem in so kurzen Zeiträumen so komprimiert darzustellen, wie Sie es immer wieder mit Ihrem Team tun. Danke dafür!

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, beim Durchlesen dieses Berichtes habe ich immer versucht, weg von den gängigen Themen zu gehen, und zwar hin zu jenen Bereichen und Kapiteln, die eigentlich weniger in diesem Haus diskutiert werden. Auf Grund der Redezeit kann ich ja nur das eine oder andere streifen beziehungsweise kurze Anmerkungen machen. Ich denk mir, in den Debatten, die heute noch folgen werden, können wir dann intensiver über das eine oder andere noch sprechen. Der erste Punkt, der mir aufgefallen ist, ist im Kapitel Nachhaltigkeit und Landentwicklung, und zwar auf der Seite 6 ganz vorne, dann stößt man auf die Überschrift „Nachhaltige Umweltbildung im Verein Rosalie“. Ich habe diesen Bereich sehr positiv empfunden, weil hier einfach geschildert wird, dass wir in der Steiermark schon seit 14 Jahren mit Kindern und Jugendlichen zum Thema Umwelt arbeiten. Es ist schade, dass die Schulklassen jetzt schon gegangen sind, dass hier einfach versucht wird, Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren auf den Umweltbereich, aber auch Themen wie Abfall, Wasser, Ernährung, Energie, Natur sowie der eigene Ort bearbeitet werden. Ich denke, dass das sehr wichtig ist in diesen jungen Jahren damit zu beginnen, immerhin sind Kinder und Jugendliche einfach Multiplikatoren und Multiplikatorinnen für die Zukunft. Ich würde mir einfach wünschen, wenn es noch zahlreichere Projekte in den nächsten Jahren geben könnte. Ich denke, an den Mitarbeitern, die diese Projekte durchführen, wird es nicht scheitern, eher wahrscheinlich an einer Finanzierung. Ich habe gesehen, dass es hier drei Kindergärten gegeben hat, die betreut worden sind mit einem Seuchenprojekt. Ich denke, auch hier könnten wir die Kindergärten auffordern, einfach verstärkt daran teilzunehmen. Aber genauso Volksschulen und Hauptschulen haben sich an diversen umweltpolitischen Projekten beteiligt. Ich finde es großartig, was hier geleistet wurde auch mit der Kinder- und Umweltwoche, die angeboten wird. Dass man hier wirklich versucht, ein sehr umfangreiches Thema wie Umweltpolitik einfach auf sensible Art und Weise und spielerisch Kindern und Jugendlichen beizubringen.

Das Weitere, was mir hier in diesem Bereich bereits aufgefallen ist zum Thema Nachhaltigkeit und Landentwicklung, was ich auch gerne hervorheben möchte heute, ist der Wien-Reparaturführer. Ich muss ehrlich gestehen, dass ich ihn selbst nicht gekannt habe und habe das ein bisschen bedauert, dass ich das im Vorfeld mir nicht ins Bewusstsein gerufen habe, dass es diesen Reparaturführer gibt. Ich denke mir, dass es wichtig ist, hier stärkere Initiativen zu setzen. Denn gerade was in diesem Bereich von Seiten der Wirtschaftsinitiative mit der steirischen Wirtschaftsförderungs-GesmbH. geleistet wird, denke ich mir, ist schon beachtlich und sollte auch einmal in diesem Haus gelobt werden, dass man hier einfach Gegenstände, die reparaturfähig geworden sind, über diesen Reparaturführer zurückgeben kann, die repariert werden, kostengünstig und man sich eigentlich damit schon als Verbraucher und Verbraucherin überlegen sollte, ob wir alles so leichtfertig wegwerfen oder ob wir nicht in diesen Führer einmal reinschauen um zu überlegen, kann man es noch reparieren und damit auch nachhaltig nochmals zu nutzen.

Im nächsten Kapitel zum Thema „Wasser“, ja, kurz mal eine Anregung an die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP. Ich würde ersuchen, in dieser Periode bitte noch den Unterausschuss zum Thema „Enquete Wasser“ einzuberufen. Wir warten doch schon recht lange darauf, dass wir uns diesem Thema intensiv widmen können. Vor einigen Jahren war es sehr brisant, momentan ist es ruhig. Wir von Seiten der Sozialdemokratie würden sehr gerne über dieses brisante Thema reden, zudem es einfach wichtig ist. Insofern wichtig ist, die Kolleginnen und Kollegen, die letzte Woche mit bei der Delegation des Landtages auf Einladung des Land-

tagspräsidenten von Baden-Württemberg waren, werden sicherlich noch die Worte des Geschäftsführers der Wasserwerke in Sipplingen am Bodensee in den Ohren haben, als der Kollege Straßberger die Frage stellte, wie schaut es denn mit der Liberalisierung von Wasser aus, was meinen Sie, Herr Geschäftsführer, dazu? Der hat etwas gesagt, was wir uns wirklich sehr stark zu Herzen nehmen sollten: „Wasser ist eine Lebensgrundlage, und nicht Wirtschaftsgut. Und eine Liberalisierung einer Lebensgrundlage ist eine fahrlässige Handlung.“ Ich denke, diesen Punkt sollte man immer wieder berücksichtigen und diese deutlichen Worte, die der Herr Geschäftsführer dort gefunden hat, auch wenn es um zukünftige Debatten zu diesem Bereich gehen wird, Ausverkauf des steirischen Wassers oder nicht. Positionierung von Seiten der Sozialdemokratie ist klar. Und wie gesagt, ich wünsche mir, dass wir noch in dieser Periode zu einem Unterausschuss zum Thema Enquete Wasser kommen.

Im nächsten Bereich, Kapitel Boden und Nahrung. Eine Überschrift hat mich dort ein bisschen entsetzt, nämlich die Tatsache, häufige Befunde der Paratuberkulose. Und das Thema macht schon sehr nachdenklich, vor allem wenn man so die eine oder andere Krise im Veterinärbereich noch in den Augen hat und vor allem insofern, weil hier in diesem Bericht sehr klar ausgeführt wird, dass es eigentlich schon seit längerer Zeit bekannt ist, dass die Paratuberkulose bei Hauswiederkäuern und bei Gatterwild in den letzten Jahren sehr rasant im Steigen ist. Der Übertragungsweg findet ja durch Kot, aber auch durch Milch statt wie aber auch durch Sperma gerade in der Mutterkuhhaltung und Paratuberkulose ist eine weltverbreitete chronische, ansteckende Darmerkrankung, besonders eben bei Wiederkäuern. Ich war insofern entsetzt darüber, dass hier in diesem Bereich von Seiten des zuständigen Landesrates noch keine Initiative gesetzt wurde. Ich denke, das ist ein sehr ernsthaftes Thema, dessen wir uns widmen sollten. Ich darf daher an dieser Stelle gleich einen Unselbstständigen Entschließungsantrag, betreffend Maßnahmen gegen Paratuberkulose, einbringen der Abgeordneten Halper und Kaufmann.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie möge ein nationales Bekämpfungsprogramm gegen Paratuberkulose schaffen und so schnell wie möglich die gesetzliche Verankerung einer Anzeigepflicht für an Paratuberkulose erkrankte Tiere initiieren.

Geschätzte Damen und Herren, ich ersuche um Annahme unseres Entschließungsantrages dahin gehend auch, dass die Herrschaften, die diesen Bericht verfasst haben und die Zeilen über den Paratuberkulosebericht geschrieben haben, ist das auch Anregung, an uns weiterempfehlen und wir sollten dieses Thema sehr ernst nehmen und uns damit auseinander setzen. Immerhin sind bis dato eben keine Bekämpfungsprogramme initiiert worden und auch Anzeigepflichten liegen derzeit nicht vor.

Ich darf nun wieder einen Sprung zu einem weiteren Thema machen. Das ist der Bereich Gentechnik, ganz kurz angesprochen. Der steirische Entwurf für ein Gentechnikgesetz, den wir von Seiten der Sozialdemokratie eingebracht haben, ist darin noch nicht enthalten. Ich denke mir, dass es im 20. Bericht nächstes Jahr vorkommen wird. Die Kollegin Lechner-Sonnek hat schon angesprochen und auch der Antrag der Grünen, der heute eingebracht wird, die Novelle zum Gentechnikgesetz des Bundes lässt sehr zu wünschen übrig. Wir haben versucht hier gemeinsam in der Steiermark eine Lösung zu finden und ich hoffe auch, dass wir diese ehest baldig finden. Mir wäre am liebsten noch im heurigen Jahr, aber dich denke mir, die Beratungen über die Gesetzesvorlage verlaufen sehr gut, so dass wir auch hier zu einer Beschlussfassung kommen werden.

Im Kapitel Luft, da haben wir den Dauerbrenner Feinstaub. Wir stehen kurz vor der Feinstaubsaison. Wieder mit Maßnahmen, die zu wünschen übrig lassen. Maßnahmen, die sich im Bereich der Geschwindigkeitsbeschränkungen befinden. Wir ändern mal wieder. Ich weiß nicht, ob es nicht schon mittlerweile ein Schildbürgerstreich ist, wie mit diesem Thema verfahren wird. Obwohl mir schon klar ist, dass es sehr viel Mut braucht hier restriktiv durchzugreifen. Sich dem Feinstaubproblem zu stellen. Ich denke mir schon, dass es nicht immer einfach ist damit umzugehen, nur Faktum ist, dass wir einen Unterausschuss auf der einen Seite haben, der längst auch wieder tagen sollte bevor es los geht mit der so genannten Feinstaubsaison und andererseits – (Abg. Dietrich: „27.!“) Aha, diesen Termin habe ich noch nicht bekommen. Das heißt, es gibt einen Termin, wunderbar. Dann sage ich danke. (Abg. Dietrich: „Seit zwei Monaten!“) Ich habe ihn leider noch nicht, dafür sage ich danke jetzt, dafür, dass wir diesen Termin haben. Wird sicherlich in den nächsten Tagen bei mir eingehen. (Abg. Dietrich: „Der ist schon längst ausgeschrieben!“) Ich sage, ich habe ihn aber nicht, tut mir Leid. Faktum ist trotzdem, dass wir hier zu Maßnahmen kommen werden müssen, die endlich effizient sind. Ich denke, es wird uns einfach nichts bringen, so wie in den letzten Jahren weiter zu verfahren. Mit einem Hickhackspiel Maßnahmen hin, Maßnahmen her, Maßnahmen initiiert, Maßnahmen umgeändert, Maßnahmen beschlossen, doch nicht umgesetzt. Ich denke, das ist einfach ein Faktor, wie gesagt, der nicht einfach ist, aber wir werden uns damit auseinander setzen müssen wie auch mit einem anderen Thema. Nämlich der Tatsache, dass es ja nicht nur die Richtlinie Feinstaub gibt im Rahmen der EU-Richtlinien, sondern auch andere Tochterrichtlinien, mit denen wir uns beschäftigen müssen. Neben Benzol und Kohlenmonoxyd ist es ja auch Ozon. Das Thema Ozon, das auch in diesem Umweltschutzbericht enthalten ist. Die VerfasserInnen dieses Kapitels haben es eh sehr klar ausgedrückt. Die Grenzwerte, die die EU hierbei festgesetzt hat, sind sehr ambitioniert und erfordern drastische Emissionsreduktionen bei Stickstoffen und flüchtigen Kohlenwasserstoffen. Herr Landesrat Seitinger, es würde mich somit an dieser Stelle einfach interessieren, welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang bereits gesetzt wurden auf Grund der massiven Erhöhung, auf Grund der Änderung der Werte ist es ja im Sommer 2003 vor allem im Ballungsraum Graz zu einer massiven Erhö-

hung der Ozonwerte gekommen. Graz war immer schon Ozonthema und Ozonstadt, aber Faktum ist, dass wir auch hier eine Zeitvorgabe von Seiten der EU haben und uns mit diesem Thema beschäftigen müssen und es würde mich einfach interessieren, was bis jetzt getan wurde.

Es gäbe jetzt noch einiges zu diesem Umweltschutzbericht zu sagen, nur leider läuft meine Redezeit bald ab. Deshalb sage ich nochmals an dieser Stelle herzlichen Dank den Verfassern und Verfasserinnen dazu. Wir werden dieses Konvolut sicherlich im nächsten Jahr wieder gut gebrauchen können, wenn es um die eine oder andere Debatte geht und ich hoffe, dass auch der 20. wieder so umfangreich und so gut gestaltet ist – wovon ich ausgehe – wie die der letzten Jahre. Danke an dieser Stelle noch mal. (Beifall bei der SPÖ. – 14.57 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist der Herr Abgeordnete Rieser.

Abg. Rieser (14.58 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Keine Unruhe, ich beschäftige mich nur ganz kurz mit dem Brauchtumsfeuer und bin der Auffassung, dass es auch sehr wichtig ist, dass man hier dieses Thema diskutiert. Der Kollege Ferstl hat es auch bereits ausführlich hier im Hause dargestellt. In der Stellungnahme der Regierung ist ja auch ersichtlich, dass hier eigentlich der Landesgesetzgeber dafür keine Zuständigkeit hat, weil das Verbrennen von biogenen Materialien im Freien generell verboten ist und dass das Bundesluftreinhaltegesetz eigentlich diesen Bereich im Besonderen regelt. Der Kollege Ferstl hat auch angesprochen und in der Berichterstattung haben wir das auch gehört, dass an bestimmten Tagen natürlich im Freien das Verbrennen von biogenen Materialien möglich ist. Ich möchte dazu nur sagen und festhalten, dass Brauchtumsfeuer generell zu bejahen sind. Es ist angesprochen worden, dass es eine Volkskultur ist. Ob das in den ländlichen Regionen ist oder auch in städtischen Bereichen, wo immer wieder die Menschen die Möglichkeit haben miteinander zu kommunizieren, soziale Kontakte zu pflegen und wir wissen es, wir kennen es, es gibt viele Regionen, wo mit dem Brauchtumsfeuer auch touristische Attraktionen in Verbindung zu bringen sind. Das Verbrennen von Abfall ist generell zu benehmen. Die gesetzlichen Grundlagen sind vorhanden und man muss, das glaube ich ist sehr wichtig, mit gezielter Information Aufklärung geben, damit es zu keiner Schädigung der Umwelt kommt. Die nach dem Volksmund, und ich möchte das bewusst auch sagen, bezeichneten schwarzen Schafe gibt es in diesem Zusammenhang natürlich, das wissen wir. Wir müssen aber auch in diesem Zusammenhang den Behörden, den Gemeinden, den Feuerwehren und der Exekutive dankbar sein, dass Kontrollen stattfinden und wenn es einen Übeltäter gibt, wird das natürlich geahndet. In diesem Zusammenhang glaube ich, dass es wichtig ist, dass diese Vielfalt des Brauchtums in der Steiermark auch erhalten bleibt. (Beifall bei der ÖVP. – 15.00 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist die Frau Abgeordnete Zitz.

Abg. Mag. Zitz (15.00 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landeshauptfraustellvertreter, Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und sehr geehrte Gäste!

Wir haben vorher ein bisschen über die schwarzen Schafe geschmunzelt, über den Kollegen Rieser (Abg. Rieser: „Wie bitte?“) und haben dann gesagt, es gibt auch rote Schafe, blaue Schafe, grüne Schafe. Wir haben es dann sehr ausgeglichen. (Abg. Rieser: „Ich hoffe, Frau Kollegin, du hast es schon richtig verstanden!“) Zurück zu dieser Umweltdebatte, die jetzt im Moment gar nicht so schlecht besucht ist. Ich möchte von Seiten der Grünen noch zwei Anträge einbringen und auf aktuelle politische Anliegen aufmerksam machen. Das eine ist, es hat vor einigen Wochen große Berichterstattung gegeben bezogen auf Natura 2000, Gebietsausweisungen im Ennstal. Und die waren so gestaltet, dass ich glaube, dass jede Person, die da in den Medien gestanden ist, sich dabei unwohl gefühlt hat. Das ist jetzt keine Kritik an den Medien, sondern ein Stück Kritik, Herr Landesrat Seitinger, an der Art und Weise, wie Sie als Umwelt- und Naturschutzzuständiger strategische Entwicklungen in der Steiermark herantreiben. Sie haben es leider geschafft, dass im Ennstal große Aufregung entstanden ist auf Grund von Planungsgrundlagen, die veröffentlicht worden sind bezüglich potenzielle Europaschutzgebiete. Und diese Aufregung hat sich dann natürlich weitergesponnen in die ÖVP-nahen Interessenverbände, sprich Landwirtschaftskammer und Wirtschaftskammer und weitergesponnen zu den Grundeigentümern und -eigentümerinnen. Ich finde es sehr bedauerlich, dass man Naturschutz in Teilen der Steiermark als Bedrohung empfindet und ich denke, dass eine teilweise nicht sehr gut überlegte Naturschutzpolitik von Seiten der Regierungsbank dazu leider Gottes ein Stück beigetragen hat zu dieser Verunsicherung. Aus meiner Sicht ist der Naturschutz prädestiniert, da in Richtung Vertragsnaturschutz zu gehen, also weniger hoheitlich zu oktroyieren, sondern mehr in Kooperation mit Grundeigentümern und -eigentümerinnen und aus Interessenvertretungen von Naturschutzorganisationen zu machen. Ich glaube, es gibt sehr gute strategische Partnerschaften etwa mit dem Bereich Tourismus, mit dem Bereich Wirtschaft, mit dem Bereich Landwirtschaft. Und Fakt ist, dass Europaschutzgebiete teilweise als etwas Oktroyiertes wahrgenommen werden, wo man Angst hat vor Totalverboten, wo man Angst hat vor einer Enteignung und wo man letztendlich Naturschutzpolitik des Landes nicht als Ergänzung oder Stützung, sondern als Bedrohung erlebt. Ich glaube, es ist ziemlich wichtig, dass man jetzt eine klug angelegte breite Informationsinitiative macht, um dieser Panik strukturiert entgegenzutreten. Ich bringe deswegen den Antrag ein von Seiten der Grünen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, erstens umgehend eine breite und tief gehende Informationsinitiative zum Thema Natura 2000 im Ennstal zu starten, zweitens die betroffenen Grundeigentümer und -eigentümerinnen ab sofort in die Planung von Europaschutzgebieten aktiv mit einzubeziehen, das ist ein demokratiepolitischer Aspekt, den ich sehr wichtig finde. Herr Landesrat, Sie sagen jetzt, längst im Laufen, ist aber offenbar für die betroffenen Personen nicht ausreichend, und Sie hätten eine gute Möglichkeit gehabt, da medienmäßig das preiszugeben, was Sie mir jetzt sagen und haben das aber offenbar nicht in einer entsprechenden Form gemacht, drittens alle bisher getätigten Maßnahmen und Aktivitäten betreffend Europaschutzgebiete im Ennstal umgehend offen zu legen.

Das ist der Bereich Umwelt und Demokratie. Das Zweite ist ein Dauerbrenner von unserer Seite im Landtag, Nationalpark Gesäuse, eine der schönsten Urlaubsregionen in der Steiermark. Es ist interessant, dass im „steirischen herbst“ ein Stück, wo der Nationalpark und das Gesäuse eine Hauptrolle spielen, aktuell uraufgeführt worden ist. Also auch eine kreative Kombination von Kunst- und Kulturpolitik und dem Nationalpark Gesäuse.

Gipsabbau am Dörfelstein. Seit Jahren versucht bekanntlich die Firma Knauf in der Gesäuserregion einen Gipstaggabbau zu realisieren. Betroffen wäre dadurch ein großes Wohngebiet ganz in der Nähe dieses Abbaugebietes. Es gibt bereits ganz klare Preissenkungen bei den Immobilien in dieser Region. Und dieses Abbaugebiet, das ist einfach Fakt, man hat vom Nationalpark aus freien Blick auf dieses offene Abbaugebiet, weil man da im Tagbau arbeitet. Es gibt von der Tourismuskommission in der Region Ende des Jahres 2002 bereits eine sehr klare Positionierung gegen die Errichtung dieses Gipsabbaugebietes. Sie können sich vorstellen, dass die Tourismuskommissionen in den Regionen normalerweise nicht unbedingt grün dominiert sind, sondern sich aus anderen Farben zusammensetzen. Es gibt da eine Position, die sagt, es wird empfohlen, alle denkbaren rechtlichen Möglichkeiten gegen dieses Projekt auszusetzen. Und ganz aktuell, vor wenigen Wochen hat es im Gemeinderat in der Gemeinde Weng ebenfalls eine klare Ablehnung gegeben gegen diesen Rohstoffabbau, und zwar in der Gemeinde Weng mit Unterstützung der Mandatare und Mandatarinnen von ÖVP und SPÖ und der Projektwerber und die Landesregierung werden aufgefordert, dieses Projekt umgehend zu stoppen. Ich möchte dazusagen, dass von Seiten der Grünen wir ein ganzes Maßnahmenpaket und ein Bündel an Alternativvorschlägen haben, weil wir sehr wohl dieses Zusammenspiel zwischen Umweltwirtschaft und Tourismus für relevant halten, aber auf die Art und Weise, wie dieser Gipsabbau in der Region vorangetrieben wird, das ist einfach aus unserer Sicht absolut nicht zielführend. Ich bringe deshalb wie immer einen ziemlich umfangreichen Entschließungsantrag ein mit der Möglichkeit einer punktuellen Abstimmung, wenn das jemand von den anderen Parteien sich wünscht.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens das Gipsabbauprojekt am Dörfelstein umgehend zu stoppen und geeignete Maßnahmen zu setzen, um der ablehnenden Haltung der Bevölkerung in der Gesäuserregion Rechnung zu tragen, zweitens eine nachhaltige tourismuswirtschaftliche Entwicklung der Gesäuserregion ohne „Gipsabbau“ sicherzustellen und das Prädikat „Nationalparkregion“ in seiner Qualität zu erhalten, drittens im Besonderen auf die Rechtsgrundlagen des REPRO – Liezen und der örtlichen Raumplanung der Gesäusegemeinden Bedacht zu nehmen, die auf Grund der fehlenden Kategorie „Rohstoffvorrangzone“ im begehrten Bereich keine Festgesteinsförderung zulassen, viertens im Falle eines naturschutzrechtlichen Bewilligungsverfahrens den Interessen des Naturschutzes, der Anrainer und Anrainerinnen und der Tourismuswirtschaft Priorität einzuräumen sowie die fehlende Kompatibilität mit internationalen Rechtsnormen, konkret Europäisches Naturschutzrecht und Alpenschutzkonvention zu berücksichtigen und fünftens den Projektwerbern – und das ist ein ganz wichtiger Punkt und da ersuche ich Sie auch herzlich um Ihre Unterstützung bei der Abstimmung – bei der Erarbeitung von Alternativkonzepten zur Sicherung des Produktionsstandortes in Weißenbach bei Liezen zu unterstützen und insbesondere in Zusammenarbeit mit den zuständigen Bundesbehörden, das ist das Wirtschaftsministerium und Geologische Bundesanstalt und andere, weitere Standortvarianten und langfristig stofftechnische Produktionsalternativen zu überlegen.

Ich ersuche um Annahme dieser beiden Anträge. (15.09 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist der Herr Abgeordnete Gödl.

Abg. Gödl (15.09 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Herr Landesrat! Frau Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen im Abgeordnetenhaus und verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Der Umweltschutzbericht ist ja bei dieser Debatte, bei diesen vier Tagesordnungspunkten, ja fast ein bisschen zu kurz gekommen und ich möchte mich den Dankesworten anschließen, die die Mischa Halper schon hier dargebracht hat, an die, die diesen Umweltschutzbericht verfasst haben. Ich muss sagen, Herr Landesrat, gute Arbeit! Sehr gute Arbeit, denn dieser Bericht trägt bereits deine Handschrift. Und da gefällt mir auch sehr gut schon ein Satz, mir gefallen alle Sätze in deinem Vorwort, aber einer sticht besonders heraus, nämlich da schreibst du: „Erfolgreicher Umweltschutz verlangt die ständige Reflexion der Balance zwischen bewahrenden und verändernden Maßnahmen.“ Und das ist genau der richtige Befund, der für eine kluge Umweltpolitik gilt. In der Tat ist natürlich dieses Kompendium einige 100 Seiten dick, eine Wiedergabe der Erfolgsgeschichte der Umweltpolitik in der Steiermark. Die Erfolge, wir haben sie immer wieder hier auch schon genannt, denken wir an die Deponieverordnung, denken wir an die lokalen Agenda-Prozesse, an das

jetzt auch neue steirische Abfallwirtschaftsgesetz zum Beispiel oder an die lange Forderung, einen Strahlentubus anzuschaffen, um eben radioaktive Kontaminationen lokalisieren und messen zu können, ebenso passiert. Oder denken wir auch an die Frage der Handystrahlungen, wo sehr viele Messungen durchgeführt wurden, an die 300, und ich glaube, nur eine einzige über den sehr bekannten Salzburger Vorsorgewert war, nämlich ein Milliwatt pro Quadratmeter. Also sehr gute Erfolge, die im Umweltschutzbericht dargestellt werden. Und trotzdem gilt es – und auch das ist definitiv angeführt – sich gewissen Herausforderungen zu stellen. Ich möchte sie nur exemplarisch auflisten, denke da an den Bereich der Abwasserentsorgung, super Erfolg, 89 Prozent aller Haushalte verfügen über eine dem Stand der Technik gerechte Abwasserentsorgung. Aber trotzdem, wir müssen an diese 11 Prozent herangehen und auch diese Haushalte erlösen. Und da ist der Weg, den wir schon seit längerem beschreiten, mit dem Gemeindeabwasserplan der richtige und es ist auch ein Zeichen von Weitsichtigkeit, dass gerade die vielen exponierten Lagen auch besonders berücksichtigt werden. Und der Herr Landesrat hat es sich zur Mühe gemacht, hier zu versuchen, ein paar neue Wege einzuschlagen. Ein paar neue Wege, um Abwasserentsorgung, Abwasserreinigung in sehr entlegenen Gegenden oft auch mit Einzelhöfen, auch etwas differenzierter zu betrachten und etwas moderner zu lösen. Dazu wirklich eine herzliche Gratulation. Ich denke auch, die gar nicht unwesentliche Entwicklung in der Frage des Klärschlammes, denn der Klärschlamm ist ja ein durchaus lästiges Endprodukt bei den Kläranlagen und in vielen Gemeinden lange Zeit ungelöst gewesen. Auch hier haben sich sehr innovative Projekte entwickelt. Ich denke da an die solare Trocknung, die von einigen Gemeinden forciert wird. Ich denke an die wachsenden Vererdungsanlagen in verschiedenen Gemeinden, Gemeinde Wies, Gemeinde Sankt Nikolai im Sausal, Gemeinde Zwaring-Pöls natürlich immer vorne dabei – muss ich gleich Werbung machen für die Gemeinde. Also, eine sehr innovative Entwicklung, die eben unser Landesrat hier auch sehr stark mitprägt und mitträgt.

Eine große Herausforderung ist natürlich der Feinstaub. Ich kann die Worte der Frau Klubobfrau Lechner-Sonnek nicht ganz nachvollziehen. Das hat ja einen Grund gehabt, warum wir damals vor drei Jahren gesagt haben, wir machen keine Schnellschüsse, sondern wir warten Statuserhebungen ab, wir warten ab, was alle Ermessungen ergeben und dann reden wir über die Maßnahme. Ich glaube, so ist das politisch korrekt. Zuerst zu wissen wo es genau langgeht und dann die Handlungen zu setzen. Daher waren auch die Beschlüsse – (Abg. Lechner-Sonnek: „Teilweise ist es ja immer schlechter geworden!“)

Da irren Sie wieder, da irren Sie komplett. Die Feinstaubbelastung ist in den letzten drei Jahren nicht schlechter geworden. Sie ist sukzessive, zwar nur leicht, aber sukzessive zurückgegangen. Das Problem, das sich ergeben hat, war natürlich, dass sich der Grenzwert verändert hat und dadurch sind die vielen Überschreitungen. Sie können da gerne nachschauen. Alles gemessen in Graz. Sie sind zwar nur leicht, aber sie sind zurückgegangen in den letzten drei Jahren. Der Feinstaub bleibt natürlich wie gesagt eine große Herausforderung. Es wird ja einiges versucht. Es hat eine Projektgruppe gegeben. Der Bericht liegt vor mit den 61 oder 62 Maßnahmen. Wundert mich auch, Frau Lechner-Sonnek, wenn es darum geht um irgendwelche Daten, oft sehr skurrile Daten über Bedarfszuweisungen zu erheben, da haben Sie gleich alles parat, aber wenn es darum geht in den zweiten Stock zum Herrn Landesrat Seitinger zu gehen, plötzlich ist der Bericht nicht in Ihre Händen gekommen. Ich stelle nur das etwas in Frage, wie ich ebenso in Frage stelle, es gibt immer wieder Maßnahmen, die gerade auch im Bereich der Grazer Stadtpolitik überlegt werden und ich muss schon sagen, da bin ich immer wieder überrascht über die Bestimmung, denn das Reden ist dann das Eine, das machen wir da vor allem, das Handeln draußen ist das Andere. Und wenn ich da denke zum Beispiel, Park-and-ride, das ist immer so ein Schlagwort, das müssen wir forcieren, das müssen wir machen. Dann machen wir ein Park-and-ride oder wollen einen machen, ich spreche da über Mariatrost zum Beispiel, natürlich Anrainer sind über solche Maßnahmen nie erfreut, wenn sich was ändert. Das ist ein Problem, das wir überall haben. Das habe ich euch schon ein paar Mal gesagt oder in diesem Haus schon ein paar Mal erwähnt. Es ist nicht lustig eine Eisenbahn zu bauen. Es gibt Anrainer, die haben keine Freude damit. Es ist nicht lustig eine Stromversorgung für die Eisenbahn zu bauen, weil es gibt da Anrainer, die haben keine Freude damit. Und es ist auch nicht lustig einen Park-and-ride-Parkplatz zu bauen, weil es gibt dort Anrainer, die haben halt keine Freude damit. Nur, wenn man davon da redet, dann muss man auch draußen dazu stehen, wenn es nicht populär ist in der unmittelbaren Umgebung. Und da bin ich dann schon ein bisschen überrascht, wenn dann die Grazer Grünen hergehen und dann plötzlich gegen einen Park-and-ride-Parkplatz draußen in Mariatrost sind. Anrainerbeschwerden, ich weiß schon, trotzdem glaube ich, Reden und Handeln, und das sollte zumindest im Großteil schon übereinstimmen. So stehen wir eben in vielen anderen Bereichen auch vor wirklich großen Herausforderungen. Mischa Halper hat gesagt, sie hat den Reparaturführer jetzt erblickt, den gibt es seit zwei Jahren. Da hat es eine super tolle Präsentation gegeben in der Wirtschaftskammer draußen. Ich glaube auch, der Reparaturführer ist auch gut angekommen, ist an alle Gemeinden gegangen und wie ich höre so von den lokalen Agendaprozessen sind gerade auf Grund dessen Tauschbörsen eingerichtet worden, um eben den Produktnutzen von eben Produkten, die eigentlich keinen Wert mehr hätten, etwas zu verlängern und vielleicht wieder einen neuen Benutzer dazu zu finden.

Das mit dem Wasser, mit der Wasserenquête, übrigens habe ich da angefragt. Ich bin da beauftragt diesen Ausschuss einzuladen, diesen Unterausschuss einzuladen. Es war bisher leider nicht möglich Termine in dem letzten halben Jahr zusammenzubringen, ist anscheinend nicht für alle so wichtig. Ich muss auch ehrlich sagen, ich kann mit der Enquete insofern wenig anfangen, denn entstanden ist dieser Gedanke der Enquete damals, wie das Thema GATS über alles drübergespannt war und da gerade auf linker Seite eine große Hysterie ausgebrochen ist und inzwischen aber klipp und klar gestellt ist, gerade vom Bundeskanzler Schüssel, beim Wasser gibt es nur das Einstimmigkeitsprinzip und das ist gut so und das ist richtig so, und daher ist die

Wasserversorgung überhaupt nicht gefährdet. Und eine Liberalisierung im Sinne, dass jeder verkaufen kann was er will, nämlich Wasser, überhaupt kein Thema. Gut, aber wir werden uns dann sicher im Unterausschuss damit beschäftigen, ob wir eben oder wie wir diese Enquete dann auch durchführen werden.

Ja, zu den anderen Themen Gentechnik und dergleichen wird sich dann der Kollege Odo Wöhry noch melden. Insgesamt glaube ich, Herr Landesrat, kann ich dir herzlich gratulieren für diesen Bericht aus dem Jahr 2003. Er ist ein gelungener Bericht. Es gilt der Dank allen, die ihn verfasst haben und du kannst stolz sein auf die Umweltpolitik, die in unserem Land passiert und wir unterstützen dich weiterhin mit aller Kraft dabei. Ich lade ein, dabei mitzutun. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes am Wort ist Herr Abgeordneter Wöhry.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (15.18 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung!

Uns liegt ein umfassender Umweltschutzbericht 2003 vor und es muss von dieser Stelle allen gedankt werden, die an der Verfassung dieses Berichtes mitgewirkt haben. Es ist jedoch auch aus meiner Sicht notwendig jenen zu danken, die dafür gesorgt haben, dass derartige Maßnahmen umgesetzt worden sind beziehungsweise, dass die Projekte, die zu diesem positiven Ergebnis geführt haben, entwickelt worden sind. Es wurden schon weite Bereiche dieses Berichtes näher beleuchtet. Ich möchte mich drei wesentlichen Dingen zuwenden. Zum Einen der Gentechnik, zum Zweiten der Problematik Natura 2000 und dann auch noch zum Dauerbrenner der Grünen Fraktion, zum Gipsabbau in Dörfelstein.

Wir sind zurzeit in Verhandlungen hinsichtlich eines Gentechnikvorsorgegesetzes und ich bin immer wieder verwundert, wenn man in den Medien hört, dass wir alle für eine gentechnikfreie Steiermark eintreten. No na, nur, wir befinden uns in einem internationalen Rechtssystem und wenn wir uns die Vorgaben von Seiten der EU und des Verfassungsdienstes anschauen, so ist es eigentlich eine Wähler- und Bürgertäuscherei, wenn jemand jetzt noch hinausgeht, dass es eine gentechnikfreie Zone innerhalb der EU geben kann. Die EU geht nämlich davon aus, dass alle zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen keine Gefährdung darstellen und so ist es einzig und allein unsere Aufgabe, durch geeignete Maßnahmen dafür zu sorgen, dass wir einerseits die Produktion der Biolandwirte entsprechend schützen beziehungsweise auch wenn es um Schutzgebiete geht, die Artenvielfalt in diesem Land erhalten. Zu diesem Zweck sind bei diesen Verhandlungen auch der Verfassungsdienst und die Europaabteilung beigezogen worden, um jenen, die behaupten, wir können das auf rechtlicher Basis, entsprechend entgegnet werden zu können. Leider Gottes hat es bis heute nicht gewirkt, dennoch glaube ich, dass wir einen Grundkonsens bei der Erarbeitung dieses Gentechnikvorsorgegesetzes haben, so dass wir in diesem Jahr noch eine Beschlussfassung in diesem Haus erreichen könnten. Für mich ist wichtig und das ist der Appell an die grüne Fraktion, weil man immer so tut als ob man mehr könnte als tatsächlich geschieht, es wäre wesentlich von eurer Seite, wenn ihr das Machbare unterstützen würdet und nicht ständig das Unmögliche fordern würdet, dann würden die Verhandlungen nicht so lange dauern und das Ergebnis das gleiche bleiben, als es dann am Schluss ist. Wenn ihr der Meinung seid es geht nicht, dann bitte ist es eure Sache. Aber angestrebt wird von uns natürlich eine Allparteieneinigung in dieser Frage.

Zum Thema Natura 2000 im Ennstal ein Dauerbrenner. Die Frau Kollegin Zitz hat zu Recht gesagt, dass Naturschutz im Ennstal als Bedrohung empfunden wird. Wenn sie das sagt, dann tut sie das im Bewusstsein, selbst an dieser Bedrohung mitgewirkt zu haben. Wie ist es dazu gekommen, dass der Naturschutz im Ennstal als Bedrohung und nicht als Chance gesehen wird? Das ist deshalb passiert, weil es gerade die Grüngruppierungen von Lieb bis Nett immer wieder versucht haben, den Naturschutz als Verhinderungsinstrument für wichtige Projekte in unserem Bezirk darzustellen und zu missbrauchen. Und wenn die Aussage getroffen wird, dass es Herr Landesrat Seitinger geschafft hat, Unruhe im Bezirk hervorzurufen, so muss ich das auf das Schärfste zurückweisen. Die Unruhe und die Bedrohung wird einzig und allein dadurch hervorgerufen, dass ihr als Grüne – und das ist ja geradezu paradox – den Naturschutz für diese Zwecke missbraucht. (Abg. Mag. Zitz: „Du musst mit deinen Leuten von der Wirtschaftskammer reden!“) Zu dem kommen wir später. Faktum ist jedenfalls und das habe ich schon gesagt, es ist paradox, nur leider Gottes müssen wir mit diesem Zustand leben. Und wenn wir jetzt vor der Situation stehen, dass das gesamte Ennstal als Vogelschutzgebiet ausgewiesen werden soll, so ist das natürlich für viele, die in diesem Tal leben und die Wirtschaftspolitik, Wirtschaft, Landwirtschaft betreiben und Tourismus natürlich eine Bedrohung. Wir wissen auch über die rechtlichen Hintergründe dieser Natura 2000 und dass wir faktisch dieses Gebiet auszuweisen haben. Nur, die Frage ist, in welcher Form und wie ist die Vorgangsweise. Und da sind wir jetzt auf einem sehr, sehr guten Weg. Dank Landesrat Seitinger sind verschiedene Plattformen eingerichtet worden, wo Landwirte, Wirtschaftstreibende, Touristiker und Naturschützer gemeinsam versuchen, die entsprechenden Abgrenzungen vorzunehmen, und zwar so vorzunehmen, dass in der Zukunft auch eine Entwicklung im wirtschaftlichen, touristischen und landwirtschaftlichen Sinn im Ennstal möglich sein wird. Der Dauerbrenner der Kollegin Zitz, der Dörfelstein und nicht der Nationalpark, weil der Dörfelstein liegt außerhalb des Nationalparks zum 37. Mal, das Thema scheint uns zu verbinden, ich darf dazu nur drei Sätze sagen, nachdem wir das Thema wirklich schon umfassend in diesem Hause abgehandelt haben. Mich wundert es, dass ihr euch traut, in die Begründung hineinzuschreiben, dass 15.000 Lkws jährlich, die Zahl ist zu überhöht, nur damit wir uns verstehen, 15.000 Lkws jährlich auf einer Bundesstraße unzumutbar sind, und 22.000 durch das Ennstal täglich sind zumutbar. Da verstehe ich euch wirklich nimmer, wie ihr da die Dinge zurecht biegt, gerade wie man es braucht.

Übrigens, eine Bundesstraße ist dazu da, dass Güter transportiert werden. Das dürfte für euch nichts Neues sein. Aber letztendlich haben wir sie dazu gebaut, um auch den Wirtschaftsstandort abzusichern. Die Gesäusebundesstraße ist genauso wie die Buchauer Bundesstraße eine wichtige Lebensader in unserem Bezirk und wir werden auch uns von diesem Argument, dass 15.000 Lkws, wahrscheinlich sind es nur 10.000, jährlich fahren, nicht abhalten lassen, weil dann müssten wir einen Schranken bei jeder Bundesstraße aufstellen.

Wesentlich ist für mich noch, weil ihr immer den touristischen Aspekt hineinbringt, natürlich ist es ein Eingriff in die Natur. Das wissen wir, aber wir leben in einem Land, wo wir rechtsstaatlich alle Fassetten, die so ein Bergbau mit sich bringt, entsprechend berücksichtigen. Ich würde mich dagegen wehren, gelänge es durch eine Regierung, durch politische Willkür wirtschaftliche Projekte zu stoppen. In einem Rechtsstaat gibt es glasklare Vorgaben, gibt es klare Spielregeln, wenn ein Projekt umsetzbar ist, ist es zu machen und wenn es nicht umsetzbar ist, dann ist es nicht zu machen. Aber es kann nicht sein, dass politische Willkür entscheidet, ob irgendetwas in der Region geschehen kann oder nicht.

Zu unserem Abstimmungsverhalten darf ich nur kurz sagen, wir werden in Hinblick auf die Natura 2000 dem Entschließungsantrag der Grünen zustimmen, weil alle darin geforderten Punkte längst von uns erfüllt worden sind. Da wird aber der Herr Landesrat später noch etwas sagen dazu. Was den Gipsabbau betrifft, werden wir uns dagegen aussprechen, weil es nicht sein kann, dass politische Willkür über ein Projekt entscheidet. (Beifall bei der ÖVP und FPÖ. – 15.26 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Abschließend am Wort ist der Herr Landesrat Seitinger.

Landesrat Seitinger (15.26 Uhr): Geschätzte Frau Präsidentin! Frau Landeshauptmann! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kollegen!

Erstens sage ich einmal danke für die vielen Lobesworte zum Umweltschutzbericht Nummer 19 des Jahres 2003. Er liegt also zum 19. Mal hier vor und dieser erstellte Bericht, meine Damen und Herren – und das ist heute schon mehrmals hier gesagt worden –, umfasst natürlich viele Inhaltsbereiche vom Umweltschutz bis zum Wasser und von der Nachhaltigkeit bis zum Naturschutz und vieles, vieles mehr. Die Politik, meine Damen und Herren, kann im Bereich der Umweltfragen immer nur die Rahmenbedingungen vorgeben. Der Erfolg dieser Umweltpolitik hängt aber im Wesentlichen von den Bürgern ab und von allen, die hier daran beteiligt sind, diese vielen Maßnahmen, die vielen Verordnungen, die vielen Gesetzmäßigkeiten auch einzuhalten und umzusetzen. Ich freue mich auch, dass es wieder gelungen ist, mit diesem Bericht eine Vielzahl von Informationen, eine Vielzahl auch von aktuellen Aussagen zur Umweltpolitik, aber auch so etwas wie einen Appell an Sie zu richten, die Umweltpolitik auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ernst zu nehmen.

Ich möchte ein paar Punkte hier exemplarisch ansprechen, die mir sehr am Herzen liegen und möchte mit dem Thema Wasser beginnen. Ich bin sehr stolz darauf, dass wir über 90 Prozent unserer Gewässer in der Steiermark mit der Güteklasse eins und eins bis zwei beziehungsweise zwei ausgezeichnet haben. Das ist ein Zeichen dafür, dass trotz der Dürre im Jahr 2003 hier die Schutzmaßnahmen zum Thema Wasser bestens funktionieren – zum Ersten.

Zum Zweiten haben wir natürlich – und da war auch die Dürre im vergangenen Jahr der wesentliche Auslöser dafür – die Investitionsvolumina zum Wasserausbau, zum Ausbau unserer Trinkwasser- aber auch Abwassereinrichtungen enorm erhöht. Wir haben nahezu 40 Millionen Euro allein im vergangenen Jahr, also 2003, für diese Maßnahmen ausgegeben. Und es ist noch lange nicht die letzte Investition. In den nächsten vier Jahren gibt es ein Investitionsprogramm allein nur für den Trinkwasserausbau von etwa 100 Millionen Euro nur im Raume des Südens, Ostens und Westens unseres Landes, um jedem Steirer und jeder Steirerin hier auch eine gesicherte Wasserversorgung zu gewährleisten. Ich bin sehr froh, dass die umfassenden Planarbeiten, aber auch vieles mehr hier schon eingeleitet wurde und auch schon tief in der Umsetzung ist.

Ich freue mich auch, dass wir auch den Wiener Kolleginnen und Kollegen und den Wienerinnen und Wienern – wenn wir es so sagen wollen – auch 250 Millionen Liter pro Tag aus unseren steirischen Quellen entsenden und ich würde mich natürlich auch freuen, wenn das eine oder andere, das wir aus den Wiener Munden so gerne erfahren würden, Sprichwort Semmeringtunnel und vieles mehr, aber auch Ausbau des Steirertaktes sozusagen hier als Gegengewicht, als kleines Dankeschön auch erkennbar wäre.

Ich möchte aber auch ein paar Worte zum Abwasser sagen, weil das Abwasser eben die Grundlage ist für ein gesundes Wasser und für eine hohe Wasserqualität im Trinkwasserbereich. Wir haben in der Steiermark 89 Prozent unseres Abwassers ordnungsgemäß entsorgt. Und wenn ich Ihnen sage, dass unsere Europahauptstadt Brüssel, wenn wir sie so nennen wollen, nur etwa 25 Prozent ordnungsgemäß entsorgt haben, dann sehen Sie, welcher hoher Grad an Umweltleistung hier in diesem Land schon umgesetzt worden ist. Natürlich ist es unser Ziel und das hat Ernst Gödl völlig richtig angeschnitten, dass wir in den nächsten fünf Jahren diese 89 Prozent auf 100 Prozent aufbessern, das heißt, dass wir mit vielen Maßnahmen hier die restlichen Randgebiete, die vielen schwierigen Gebiete unseres Landes auch aufschließen und einer ordnungsgemäßen Entsorgung auch zuführen. Das ist ein großes ambitioniertes Ziel, aber wir gehen sehr, sehr große Schritte in diese Zielrichtung. Ich bin sehr, sehr froh, dass auch die Bürgermeister in den Regionen draußen diese wichtige Verantwortung auch mittragen.

Ich möchte auch ein Wort zur Abfallwirtschaft, oder noch besser gesagt, zur Stoffflusswirtschaft, wie wir sie jetzt nennen, auch sagen. Meine Damen und Herren, die Steiererinnen und Steierer produzieren pro Jahr eine halbe Milliarde Kilogramm Abfall. Das ist eine enorme Menge, die ordnungsgemäß sortiert, die ordnungsgemäß deponiert, aber auch – und seit dem 1. Jänner 2004 ist das ja gang und gäbe in der Steiermark – auch ordnungsgemäß zu Energie umgewandelt wird. Wir deponieren durch diese neue Deponieverordnung nur mehr ein Drittel jener Müllmenge, jener Abfallmenge, die wir bisher deponiert haben. Das ist für mich eine der großen Jahrhundertleistungen in der Umweltpolitik überhaupt, nämlich unseren nächsten Generationen keine Hypotheken zu hinterlassen. Ich glaube, das ist eine unserer wichtigsten Verantwortlichkeiten auch in der Politik, diese Aufgabe ernst zu nehmen und auch dementsprechend umzusetzen. Ich bin auch sehr froh, dass die Steiererinnen und Steierer weiter so gute Trenner geblieben sind, denn das war ja mit der neuen Deponieverordnung ein bisschen umstritten. Müssen wir jetzt überhaupt unseren Müll noch trennen? Es werden ja ohnehin zwei Drittel verbrannt. Aber wir wissen, dass nur mit dieser Trennung hier eine günstige Müllwirtschaft, Abfallwirtschaft möglich ist und eine günstige Wiederaufbereitung zur Energieversorgung möglich ist. Und wenn ich Ihnen hier auch noch ein Vergleichsbeispiel nennen darf. In London haben sie ein großes ambitioniertes Ziel, ehrgeiziges Ziel ausgerufen, die Trennmoral, die in der Steiermark zu 70 Prozent gegeben ist, 70 Prozent des Abfalls werden ordnungsgemäß getrennt. In London haben sie das große ambitionierte Ziel ausgerufen, von 10 auf 25 Prozent zu trennen. Sie sehen also, wie weit wir hier schon sind und ich schaffe es auch hier ein großes Lob auszusprechen an die vielen Bürgermeister, an die Verantwortlichen, auch der Abfallwirtschaftsverbände, an die Abfallberater, die sind eigentlich die Verantwortlichen draußen, dass das so gut funktioniert. Wir wissen, die Abfallwirtschaft wird zunehmend schwieriger, wird zunehmend komplexer. Denken wir nur an den Elektroschrott, denken wir an die Tierkadaver, die auch in den Bereich der Abfallwirtschaft hineingehen, aber denken wir auch an die umfassenden Chemikalien und vieles mehr, das uns also in den nächsten Jahren beschäftigt.

Ich möchte aber auch einen Satz verlieren zum Thema Bioenergie, weil das also heute ein sehr umfassend diskutiertes Thema war in Verbindung mit dem Klimaschutz. Wir haben also hier in der Steiermark mit 25 Prozent des gesamten Energieverbrauches einen sehr hohen Prozentsatz an erneuerbarer Energie im Einsatz. Im Durchschnitt liegen wir in der EU bei ungefähr 6 Prozent, das heißt, wir sind auch hier weit, weit voran. Natürlich ist auch im Ausbau der Biowärmeszene insgesamt noch vieles zu machen. Ob das jetzt also im Ausbau der Biogasanlagen ist oder im Ausbau der Kleinanlagen, ob das im Ausbau der vielen Fernwärmenetze ist, hier ist noch viel Arbeit vor uns, aber diese Arbeit wird auch zielorientiert weitergeführt. Wir gehen also auch mit dem neuen Ökostromgesetz, wenngleich es auch da und dort ein bisschen umstritten war, aber letztlich gibt es uns wieder eine Vision, letztlich gibt es uns wieder eine Möglichkeit zielorientiert im Bereich der Bioenergie, speziell an der Stromerzeugung hier wieder weiterzuarbeiten und auch ambitionierte Schritte einzuleiten. Ich bin auch sehr froh, dass wir in der Steiermark schon weit über 100 Contractingmodelle, also Modelle, wo sich Bauernorganisationen zusammengeschlossen haben, um nicht mehr Hackschnitzel zu liefern, sondern, um als Energielieferant, als Wärmelieferant aufzutreten, dass also auch dieser große Schritt gelungen ist und dass wir also die Contractingmodelle weiter auch ausbauen können. Wir werden diese Maßnahmen in Zukunft besonders stark auch finalisieren beziehungsweise forcieren.

Meine Damen und Herren, zum Naturschutz darf ich schon auch ein Wort sagen. Der ist also jetzt gerade von der Frau Abgeordneten Zitz auch ein bisschen kritisiert worden. (Abg. Zitz: „Heftig!“) Frau Abgeordnete, wir sind bitte das Naturschutzland eins in Europa. 1300 ausgewiesene Naturschutzgebiete, Schutzgüter, Schutzarten, Tiere, Pflanzen, die also in der Steiermark auf diese Fläche hin geschützt sind, gibt es sonst nirgends, in ganz Europa nirgends und auf das sind wir alle miteinander auch stolz. (Beifall bei der ÖVP.)

Natürlich haben wir auch zum Thema Natura 2000 die eine oder andere Sorge, das wissen wir. Nicht nur im Bereich des Ausbaues unserer Managementpläne, auch in der Ausweisung der Gebiete. Aber wenn Sie also mir unterstellen hier, Unruhe in die Regionen hineinzubringen, dann darf ich also das, was Odo Wöhry gesagt hat, nur dreimal unterstreichen. Ich war es, der hinaufgefahren ist, um mit den Leuten da zu reden und es waren nicht wenige. Es waren einmal 800 und einmal 300. Meine Beamten fahren hinauf und richten Naturschutzsprechtage ein. Wir nehmen Kontakte auf mit Interessenvertretungen und tauschen also auch mit den Bürgermeistern und allen Interessengruppen, die zum Thema Naturschutz etwas zu sagen haben, unsere Meinungen aus und wir wollen basierend auf dieser gesamten breiten Dialogebene hier auch das Programm weitergeben und das Programm auch aufbauen. Das heißt, Naturschutz muss mit einem breiten Dialog diskutiert und auch umgesetzt werden. Ich stehe auch hier nicht an klar aufzuzeigen, dass wir im Bereich der Naturparke, auch im Bereich des Nationalparks hier eine großartige Arbeit leisten. Diese sechs Naturparke, die sich also dieses Thema Naturschutz, das Thema Erholung, Bildung, aber auch im Besonderen Regionalentwicklung zum Ziel gesetzt haben, ich glaube, hier ist nicht vieles dazuzusagen. Natürlich müssen wir das eine oder andere noch im Paket verbessern. Es gibt ja auch hier diese neue Zusammenarbeit mit den Tourismusorganisationen unter der Arge der Naturparke und wir werden auch die Arbeit Nationalpark und Naturpark in Hinkunft unter einem Dach, unter einem verbesserten Dach sehen können.

Lassen Sie mich zum Schluss auch noch ein paar Worte zum Feinstaub sagen, meine Damen und Herren und im Besonderen Frau Klubobmann Lechner-Sonnek. Selbstverständlich haben wir ein umfassendes Feinstaubpaket nicht nur angekündigt, sondern wir sind mitten in der Umsetzung. Ich denke also, beginnend, was deinen Partikelfilter anbelangt, die Maßnahmen, die wir bis jetzt gesetzt haben. Wir werden also beginnend mit 1. November den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes und im Besonderen jenen in den besorgten Gebieten die Möglichkeit geben, den Nachrüstfilter zu bestellen und diesen auch umgehend einbauen zu

lassen. Wir haben also dafür die entsprechenden Maßnahmen auch hinsichtlich der Finanzierung gelöst. Wir haben auch einen großen Schritt gewagt, nämlich die Bundesregierung aufzufordern im Bereich der NOVA einen Schritt in Richtung Feinstaubpartikelfilter zu setzen und auch dieser Schritt, wie Sie ja sicher schon gelesen haben, ist in Umsetzung beziehungsweise schon weit geraten. Wir haben gemeinsam mit der Steirischen Fernwärme die Fernwärmeförderung eingeführt und wir starten dieses Projekt ab 1. November wie eben auch das gesamte Feinstaubprogramm mit 1. November gestartet wird. Wir haben die Kesseltausaktion im Laufen, die wir jetzt noch einmal besonders bewerben. Wir sind voll im Rennen auch in der Umsetzung der Nullstreuung. Eine der wichtigsten Varianten und eine der wichtigsten Maßnahmen im Bereich des Feinstaubes. Ich habe also zweimal schon mit dem Herrn Vizekanzler Gorbach hier Kontakt aufgenommen, um diese noch offenen und rechtlichen Haftungsfragen noch zu klären. Ich hoffe, dass also wir noch rechtzeitig auch zur Umsetzung die Antwort bekommen und ich möchte also auch noch eines sagen. Auch die Mobilitätsberatung in den Betrieben und letztlich auch die Betriebsanlagenchecks, die also ausgehend von unserer Abteilung für Nachhaltigkeit hier besonders forciert werden, sind voll im Laufen. Und letztlich werden auch die Geschwindigkeitsbeschränkungen, um nur jetzt zehn dieser 61 Punkte anzusprechen, heuer mit Sicherheit rechtzeitig positioniert sein, das heißt, ich habe hier keine Angst, dass dieses großartige Programm der Steiermark nicht heuer auch ordnungsgemäß umgesetzt wird. Wir haben alle Vorbereitungen dafür getroffen und alle Verantwortlichen wissen auch um ihre Verantwortung hier auch zu diesem Thema Bescheid. Ich glaube, dass wir mit diesem neuen Feinstaubmaßnahmenprogramm nicht nur ein EU-weit anerkanntes Programm festgeschrieben haben, sondern dass wir auch in der Umsetzung hier ein absolutes Vorbildland in Europa sind.

Geschätzte Frau Klubobfrau, zum Thema Gentechnik möchte ich noch ein Wort hier anfügen. Sie wissen, welche Vorgaben wir haben zum Thema Gentechnikschutzverordnung. Diese EU-Vorgaben sind nicht im Österreichischen Interesse, auch unser Bundesminister hat dagegen sehr, sehr klar seine Meinung vertreten, aber wir müssen immerhin in einer Demokratie Mehrheiten akzeptieren und so ist es leider auch im Bereich der Gentechnikvorsorge. Aber wir werden in der Steiermark, dieses Modell und dieses Vorsorgegesetz ist ja weitgehend schon vor dem Abschluss, wir werden hier ein Gesetz, hoffentlich gemeinsam mit allen vier im Hause Steiermark vertretenen Parteien, gemeinsam beschließen und hier den Gentechnikausbau außerordentlich erschweren. Das ist also unsere einzige Möglichkeit, die wir haben, mit dem Hauptziel selbstverständlich, die Steiermark als gentechnikfreies Land auszuweisen. Ich hoffe, es gelingt uns, dass wir also hier diese wichtige Maßnahme auch in Hinblick auf die Schutzmaßnahmen unserer Biobauern und unserer konventionellen Bauern, die mit diesem Thema nichts zu tun haben wollen, auch umzusetzen.

Ich möchte auch noch ein Wort sagen zum Ausbau der erneuerbaren Energie. Natürlich strengen wir uns alle an hier, auch im Bereich der Wohnbauförderung, weil das heute hier so ambitioniert auch diskutiert worden ist. Die Ökologie, nicht nur im Bau, sondern auch in der Energieversorgung, auch im nächsten Wohnbauförderungsprogramm sehr, sehr klar zu positionieren. Nur, es ist leider so, dass wir hier auch nur einen Schritt nach dem anderen machen können, weil eben die finanziellen Mittel nicht in dem Maße vorhanden sind wie wir sie bräuchten, um diese vielen wichtigen Maßnahmen auch ausbauen zu können.

Meine Damen und Herren, abschließend möchte ich hier zum Umweltbericht und zu diesen vielen angesprochenen Fakten zum Thema Umwelt auch danke sagen. Ich möchte noch einmal beginnen, ein Danke an die Bürgermeister, an die Verantwortlichen der Wasserverbände, der Abwasserverbände, der Abfallwirtschaftsverbände für die Umsetzung der vielen Maßnahmen. Ich danke aber auch meiner Abteilung, aber auch meinen Abteilungen. Ich möchte sie hier ansprechen, Herr Hofrat Langer, Herr Hofrat Rupprecht war auch noch mit dabei, Herr Hofrat Puntigam, auch Herr Hofrat Dipl.-Ing. Zöhrer. Ich möchte es auch nicht verabsäumen, hier dem Kollegen Leopold Schögggl mit seinem Team zu danken, die an der Erstellung dieses Umweltberichtes mitgewirkt haben.

Ich möchte aber auch Ihnen danken, meine sehr geehrten Damen und Herren im Landtag, für Ihren Beitrag, für den Umweltschutz in diesem Lande, für die Umweltschutzpolitik in diesem Lande und ich möchte Ihnen auch sehr, sehr herzlich danken, dass Sie auch immer wieder diese wichtigen Maßnahmen mit tragen, die zur Sicherung unserer hohen Lebensqualität in der Steiermark notwendig sind und oft auch ein bisschen schmerzhaft sind für die Wirtschaft, aber auch möglicherweise für den einen oder anderen. Aber letztlich geht es um die große Zielsetzung dieser Lebensqualität, diese hohe Lebensqualität dieses Landes weiterhin zu behalten und in dem einen oder anderem Maße noch auszubauen. Ich danke Ihnen allen! (15.44 Uhr.)

Präsident Purr: Meine Damen und Herren, ich komme nunmehr zur Abstimmung über die Tagespunkte 8, 9, 10 und 11. Ich ersuche um Aufmerksamkeit.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zum Tagesordnungspunkt 8, das ist die Einl.-Zahl 1961/1, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand und stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Maßnahmen gegen Paratuberkulose, zu Tagesordnungspunkt 8, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand und stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Natura-2000-Gebietsausweisungen im Ennstal (zu Tagesordnungspunkt 8), ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand und stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Finanzierung des Maßnahmenpakets Feinstaub (zu Tagesordnungspunkt 8), ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand und stelle die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend Gentechnikfreie Steiermark (zu Tagesordnungspunkt 8), ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Gipsabbau am Dörfelstein (zu Tagesordnungspunkt 8), ihre Zustimmung geben, ersuche ich nun um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1853/1, das ist der Tagesordnungspunkt 9, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Klimaschutz und Wohnbauförderung (zu Tagesordnungspunkt 9), ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1799/1, Tagesordnungspunkt 10, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Förderung der Umstellung von Kohleheizungen (Tagesordnungspunkt 10), ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1760/1 (Tagesordnungspunkt 11) ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand und stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zu Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 763/1, der Abgeordneten Wiedner und Ferstl, betreffend Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in der steirischen Bauwirtschaft.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (15.47 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptmann! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kollegen!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 763/6. Es geht um den Ausschuss für Wohnbau, Verbesserung der Beschäftigungssituation in der steirischen Bauwirtschaft, Antrag der Abgeordneten Wiedner und Ferstl.

Der Ausschuss für Wohnbau hat in seinen Sitzungen am 5. März, 10. September 2002, 16. September 2003, 20. April 2004, 15. Juni sowie 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt und Sie sind über den Inhalt des Antrages informiert und ich ersuche um Annahme. (15.48 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und habe eine Wortmeldung. Herr Abgeordneter Petinger, Sie sind am Wort.

Abg. Petinger (15.48 Uhr): Werter Herr Präsident! Sehr verehrte Landesregierung! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Der Antrag 763/1 der Abgeordneten Wiedner und Ferstl zielt in den Hauptargumenten darauf ab, dass durch eine Gleichstellung bei den Wohnbauförderungsmitteln für gewerbliche Bauträger gegenüber Gemeinden und gemeinnützigen Genossenschaften zwei Effekte erzielt und eintreten sollten. Die Beschäftigung am Hochbau soll steigen und es werde zu kostengünstigeren Wohnungen kommen. Die zuständige Wohnbauförderungsabteilung hat in ihrer Stellungnahme sehr genau aufgelistet, wie die Fördermittel verteilt werden und wer welche Fördermittel bekommt. Weiters auch sehr deutlich ausgeführt, warum Geschoßbaumittel nur an gemeinnützige Wohnbauträger vergeben werden. Dazu möchte ich noch einige Details zufügen und anfügen. Wenn Sie glauben, meine Herren Abgeordneten Wiedner und Ferstl, dass der Großteil der Wohnbauförderungsmittel an gemeinnützige Genossenschaften vergeben wird, sind Sie im Irrtum. In Österreich – und das zeigt eine Statistik sehr genau – werden nur ein Drittel der gesamten Wohnbauförderungsmittel an gemeinnützige Wohnbauträger vergeben, der Rest geht an private Personen und an private Bauträger, also zwei Drittel des gesamten Förderkuchens. Der Ansatz, dass durch die Vergabe dieser ein Drittel auch an private Bauträger plötzlich eine höhere Bautätigkeit entstehen könnte und ein Beschäftigungseffekt damit

erzielt werden kann, ist völlig irrational und überhaupt nicht nachvollziehbar. Die Fördermittel werden dadurch nicht mehr, also warum soll deswegen mehr gebaut werden und damit auch ein positiver Beschäftigungseffekt entstehen?

Es geht mir überhaupt nicht um die Erhaltung eines vielleicht geschützten Bereiches. Die Vorteile der Kontrolle vom Einsatz dieser Fördermittel ist richtig und ausführlich in der Stellungnahme der Wohnbauförderungsabteilung beschrieben und kann nur doppelt unterstrichen werden. Wenn Freigabe, dann müssen sich die privaten Bauträger auch dieser Kontrolle durch den Rechnungshof unterziehen. Wenn Freigabe, dann muss das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz auf private Bauträger anwendbar sein, damit gewährleistet ist, dass nur gesetzlich festgelegte Bauverwaltungsbeiträge eingehoben werden dürfen und die erzielten gesetzlichen möglichen Gewinne wiederum dem Wohnbau zufließen, und nicht entnommen werden dürfen. Wenn Sie dem zustimmen, sehr verehrte Kollegen von der FPÖ, dann gerne und dann sofort auch eine Verteilung dieser Wohnbauförderungsmittel an private Bauträger.

Zum Argument, dass kostengünstiger gebaut werden kann, wenn auch private Bauträger diese Förderungsmittel bekommen, finde ich überhaupt keinen Ansatz. Es gibt genug Statistiken, die diese Behauptung widerlegen. In dieser Frage wären andere Maßnahmen erforderlich, welche zweifelsohne auch diskutiert und geregelt gehören. Zu einem solchen Thema kommen wir heute noch nicht. Es wird sicherlich eine Wohnbau-debatte in Zukunft stattfinden.

Meine Damen und Herren, Ihre Forderung, Sie mögen mir verzeihen, gehen völlig ins Leere und haben absolut keine Wirkung in der Frage einer zusätzlichen Beschäftigung im öffentlichen Wohnbau. Danke sehr! (Beifall bei der SPÖ. – 15.52 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest. Damit komme ich zum Tagesordnungspunkt

13. Bericht des Ausschusses für Wohnbau über den Antrag, Einl.-Zahl 1675/1, der Abgeordneten Lafer und List, betreffend Förderung für den Einbau von Hausalarmanlagen.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Karl Wiedner. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Wiedner (15.53 Uhr): Herr Präsident, verehrte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kollegen!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1675/3. Es geht um einen Bericht des Ausschusses für Wohnbau zum Antrag der Kollegen Lafer und List, betreffend Förderung des Einbaues von Hausalarmanlagen.

Der Ausschuss für Wohnbau hat in seinen Sitzungen am 9. März und 5. Oktober über diesen Antrag beraten und es wird ausgeführt, dass eine Förderung des Einbaus von Alarmanlagen das Wohnbauförderungsbudget belasten würde, so dass sich die Frage der Gegenfinanzierung stellt. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (15.53 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Eine Wortmeldung von Herrn Abgeordneten Petinger. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Petinger (15.33 Uhr): Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich habe heute in einer anderen Diskussion schon einmal über die Auswirkungen solcher zusätzlichen Förderungsanträge an den Wohnbau diskutiert. Wenn ich mich erinnere an die Sicherheitsdebatte in diesem Haus am Anfang des Jahres, so wundert mich eigentlich dieser Antrag im Besonderen. Wenn auch begründet wird, dass sowohl Erwachsene als auch Kinder sich unsicher und bedroht fühlen. Kinder haben Angst alleine abends Räume ohne die Eltern zu betreten und auch Senioren berichten von diesen Ängsten. Das ist am Anfang dieses Jahres sehr wohl sehr intensiv bestritten worden und hier findet es sich wieder in einem Antrag zum Wohnbauförderungsgesetz. Wenn Sie glauben, sehr geehrte Abgeordnete von der FPÖ, dass, wenn man Hausüberwachungsanlagen und Hausalarmanlagen einbaut, die Einbrüche zurückgehen, dann unterliegen Sie einem gewaltigen Irrtum. Dazu möchte ich eigentlich nicht viel mehr sagen. Wenn man die Probleme nicht an der Wurzel packt, so kann man nicht hier über Ausreden versuchen, ein sicherheitspolitisches Thema im Land Steiermark zu bewältigen. Ich hätte hier vielleicht noch einen Vorschlag für den Herrn Landesrat Seitinger und Sie verzeihen mir, die Feinstaubdebatte oder das Problem des Feinstaubes wäre sicherlich leicht zu lösen, indem Sie aus den Wohnbauförderungsmitteln für alle Menschen in der Steiermark Masken kaufen, damit sie das nicht einatmen müssen. So ähnlich kommt mir dieser Antrag vor. Er ist wieder irrational und man kann solche Themen nicht mit solchen fadenscheinigen Anträgen wirklich bewältigen. Danke sehr! (Beifall bei der SPÖ. – 15.55 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor, doch. Herr Abgeordneter Wiedner hat sich zu Wort gemeldet. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Wiedner (15.56 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich melde mich zu Wort, um einen Unselbstständigen Entschließungsantrag einzubringen der Abgeordneten Lafer und List. Ich glaube, Sie kennen die Begründungen. Aus Zeitökonomie darf ich darauf verzichten und darf Ihnen den Antrag vorlesen.

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Wohnbauförderung ein Fördermodell für die Installierung von Hausalarmanlagen zu erarbeiten. Ich ersuche um Annahme. (15.56 Uhr.)

Präsident: Damit schließe ich die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt 8. Meine Damen und Herren, ich komme zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen bitte. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Antrages fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Förderung für den Einbau von Hausalarmanlagen, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Meine Damen und Herren, somit komme ich zur Behandlung der Dringlichen Anfrage.

Eingebracht wurde am Freitag, dem 15. Oktober 2004 eine Dringliche Anfrage von Abgeordneten der SPÖ, betreffend Herberstein-Förderungen, an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic.

Ich erteile Herrn Klubobmann Abgeordneten Walter Kröpfl das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage und verweise darauf, Herr Abgeordneter, dass die Redezeitbegrenzung von 20 Minuten gilt. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Kröpfl (15.57 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank, liebe Zuschauerinnen und Zuschauer, liebe Medienvertreter!

Die Förderpolitik des Landes ist in den letzten Wochen leider etwas in die Kritik der Öffentlichkeit geraten, und zwar durch einen Bericht, den der Landesrechnungshof vorgelegt hat und der öffentlich geworden ist. In diesem Bericht des Landesrechnungshofes sind sehr, sehr viele Projekte sehr, sehr kritisch durchleuchtet worden, wobei wir nicht mit allen Kritikpunkten des Rechnungshofes mitgehen, wobei wir aber sagen müssen, einige davon sind wirklich zu hinterfragen. Und zu diesen Projekten, die zu hinterfragen sind, gehören auch die Förderungen rund um Herberstein.

Meine Damen und Herren wir bekennen uns als Sozialdemokraten zur Regionalförderung. Das stellen wir außer Zweifel. Wir werden jedes Projekt unterstützen, das für eine Region von Bedeutung ist und das eine bestimmte Nachhaltigkeit hat. Wenn aber, sehr verehrte Damen und Herren, Steuermittel verwendet werden der Steirerinnen und Steirer, wenn solche Steuermittel fließen, dann muss dem Land auch eine dementsprechende Mitsprache eingeräumt werden. Das verlangen wir nicht nur bei dem Projekt in Herberstein, sondern das verlangen wir auch bei all den anderen Projekten. Seit der Landesausstellung im Jahre 1986 unter dem Titel „Brücke und Bollwerk“, es wird uns noch allen in Erinnerung sein, sind in den Tierpark Herberstein und seine Nebenbetriebe sehr, sehr viele Millionen an Fördermitteln geflossen. Die Frau Landeshauptmann sprach gestern von 6,3 Millionen Euro bisher. Wir vermuten, dass es weitaus mehr sind. Mit diesen Mitteln wurden das gesamte Schloss und auch die Nebenbetriebe saniert. Der Tierpark Herberstein gehört ohne Zweifel, und das möchte ich hier auch betonen, zu den touristischen Attraktionen der Oststeiermark, wo es jährlich viele 1000 Besucherinnen und Besucher gibt. Und gegen den Tierpark haben wir auch nichts, dazu stehen wir. Was uns aber sauer aufstößt, das ist die Verschleierung rund um die Förderungen. Das ist das fehlende Zukunftsprojekt und das ist vor allem die gesellschaftliche Konstruktion. In dem Fall muss ich sagen Nichtkonstruktion. Das Land darf zwar zahlen, hat aber keine Möglichkeit dort mitzureden. Sehr verehrte Damen und Herren, das kann und darf in diesem Land nicht sein. (Beifall bei der SPÖ.)

Lassen Sie mich aber auch auf die jüngsten Vorgänge eingehen. Da gibt es eine Ferialverfügung von der Frau Landeshauptmann in der Höhe von einer Million Euro. Ich zitiere aus dieser Ferialverfügung, darin heißt es: „Schwere Unwetter in der letzten Zeit haben den Tierpark massiv beschädigt und Reparaturinvestitionen notwendig gemacht. Zusätzlich haben hohe Investitionskosten in den Jahren 1986 bis 2003 sowie der im Jahr 2003 witterungsbedingte Zurückgang der Besucherzahlen zu Liquiditätsengpässen geführt.“ Zitat Ende.

Meine Damen und Herren, ich frage mich, was jetzt? Sind das die Unwetterschäden? Sind das die Investitionen von 1986 bis 2003 oder ist das der Besucherrückgang? Ich kann mir durchaus vorstellen, dass es in diesem Land sehr viele Unternehmerinnen und Unternehmer gibt, die froh wären, wenn sie zu einer so raschen Soforthilfe kommen, wenn ihr Betrieb in Bedrängnis kommt. Aber leider sind das wahrscheinlich keine Grafen und keine Gräfinnen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein weiterer wichtiger Punkt, verehrte Damen und Herren, durch einen Fehler der Bürokratie im Büro der Frau Landeshauptmann, wie man uns und den Medien versichert, kam ein weiterer Antrag ans Tageslicht. In diesem Antrag geht es nicht mehr um eine Million, verehrte Damen und Herren. In diesem Antrag geht es plötzlich um 5,8 Millionen. (Abg. Mag. Drexler: „Genau!“) Obwohl bereits im Juli 2002 2,9 Millionen Euro geflossen sind, sollen jetzt noch einmal 5,8 Millionen nach Herberstein rinnen. Und das ganze Karussell, behaupte ich jetzt einmal, würde sich noch weiter drehen, wenn es nach den Wünschen der Antragstellerin, der

Frau Landeshauptmann Klasnic, gegangen wäre. Denn wie aus dem Antrag zu entnehmen ist, sollten – und hören Sie gut zu – im Jahre 2004 noch weitere 2,8 Millionen Euro, im Jahre 2005 noch einmal 3 Millionen Euro als stilles Beteiligungskapital in die Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG. eingebracht werden. Erst dieser zweite Antrag, der anscheinend nicht für die Öffentlichkeit bestimmt war und der vielleicht auch hätte unseren Regierungsmitgliedern untergejubelt werden sollen, was ich nicht unterstellen möchte, aber erst aus diesem zweiten Antrag, meine verehrten Damen und Herren, ist die gesamte Dramatik dieser Causa Herberstein zu ersehen. Da kann man jetzt schon sagen, da ist halt einmal ein Fehler passiert und da haben wir einen Fehler gemacht. Aber da stellen sich trotzdem sehr viele Fragen. Erstens einmal, es ist aufklärungswürdig, verehrte Damen und Herren, dass beide Anträge, der, der bei der ersten Regierungssitzung vorgelegt wurde und der, der dann später uns zugespielt wurde oder durch ein Missgeschick zu uns gekommen ist, beide Anträge wurden am 16. Juli 2004 von der Frau Landeshauptmann Klasnic unterzeichnet.

Eine zweite Frage: Außerdem ist im zweiten Antrag, diesem so genannten Irrläufer, kein Wort, kein einziges Wort von Unwetterschäden die Rede. Da frage ich mich, werden da Anträge vorbereitet und dann wird der herausgenommen, den man gerade braucht oder der uns gerade passt?

Noch eine Frage knüpft sich für mich daran. Es ist zu hinterfragen, ob es üblich ist, dass man immer zwei oder mehrerer solcher Anträge parat hat. Diese Frage hätten wir auch ganz gerne geklärt, verehrte Damen und Herren.

In beiden Anträgen ist aber – und das ist ganz genau festzustellen, verehrter Herr Kollege –, in beiden Anträgen ist die Rede von einem Abschluss eines Gesellschaftervertrages. Ich zitiere wieder aus der Ferialverfügung: „Es ist beabsichtigt, diesen Gesellschaftervertrag über die Errichtung einer typisch stillen Gesellschaft zwischen der Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG. und dem Land Steiermark“ – und jetzt passen Sie auf – „im September 2004 abzuschließen.“ Zitat Ende. Wir haben den September 2004 schon hinter uns und noch immer gibt es keinen gültigen Vertrag. Und trotzdem, obwohl es diesen gültigen Vertrag nicht gibt, ist bereits eine Million Euro an Herberstein geflossen. Und zu dieser Ferialverfügung gibt es sogar noch eine entsprechende Stellungnahme aus dem Finanzressort, die pikanterweise auch noch von der Frau Landeshauptmann Klasnic unterschrieben wurde. In dieser Stellungnahme wird nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Geld erst nach Unterzeichnung des Vertrages fließen darf. Aber wie ich schon festgestellt habe, diesen Vertrag gibt es bis heute noch immer nicht. Das sind, meine verehrten Damen und Herren, die wesentlichen Gründe gewesen, warum wir gesagt haben, wir werden diese Dringliche Anfrage einbringen. Und weil das gerade früher gekommen ist, dass es Klassenkampf ist und das sind klassenkämpferische Hetzkampagnen, das ist Wahltaktik und so weiter, ja, das ist schon alles sehr nett von euch. Aber, verehrte Damen und Herren, das hat mit dem überhaupt nichts zu tun (Abg. Kasic: „Die Taktik hast du gemacht!“), dass sich für uns der Verdacht erhärtet. Und da hören Sie jetzt einmal genau zu. Aus all diesen Vorgangsweisen vermuten wir, dass hier fürstliche Beträge und fürstliche Förderungen für gräfliche Besitzungen getätigt werden. Und das wollen wir genau hinterfragen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir wollen, verehrte Damen und Herren, klare Formen von Beteiligungen bei diesen und auch bei ähnlich gelagerten Projekten. Wir wollen, dass die Mittel des Landes nur dann eingesetzt werden, wenn das Land auch eine dementsprechende Mitbestimmung hat. Wenn das Land schon so große Summen investiert, dann muss es eine saubere Gesellschaft mit transparenten Beteiligungsverhältnissen, ein schlüssiges Zukunftskonzept samt Businessplan und vor allem ein Mitspracherecht des Großinvestors, in diesem Fall des Landes Steiermark geben. Es kann ja wirklich nicht sein, dass, wenn hier der schlimmste Fall eintreten würde, dass die Firma in Konkurs geht, dass das Land dann durch die Finger schaut. Wir wollen und wir verlangen eine klare Trennung zwischen dem Privaten, was ist gräfliches Eigentum, und dem Öffentlichen, in dem Fall, was sind die Anteile des Landes. Und davon werden wir nicht abgehen. (Beifall bei der SPÖ.)

Dass Sie, Frau Landeshauptmann, erst dann wieder reagiert haben und dieses Problem angeschnitten haben beziehungsweise auch in der Regierungssitzung eine Auskunft gegeben haben, als die politischen Mitbewerberinnen und Mitbewerber Sie unter Druck gesetzt haben, als Sie durch die Öffentlichkeit auch unter Druck gekommen sind, ist für uns ja nicht ganz neu, denn das haben wir schon bei der „Grapschaffäre“ erlebt und das haben wir auch bei den Vorgängen in der ESTAG erlebt. (Abg. Kasic: „Tiefstes Niveau!“)

Sie haben uns außerdem eine Auflistung von Subventionen bereits im September versprochen. Der September ist vorbei und jetzt haben wir, gestern, diese Aufstellung, diese lückenhafte Aufstellung, erst erhalten. Wir fordern, dass es eine genaue Aufstellung gibt, von 1986 beginnend bis zum heutigen Tag, was nach Herberstein geflossen ist.

Zum Abschluss noch etwas, was uns auffällt. Wenn es hier um Millionen geht, ob es um eine Million geht oder um 6,3 Millionen geht, verehrte Damen und Herren, da ist plötzlich das Tor offen und die Frau Landeshauptmann sagt diese Förderungen zu. Wenn es aber darum geht, für 100.000 Steirerinnen und Steirer, die sich bei den Heizkostenbeschaffungen sehr, sehr schwer tun und bei der Finanzierung sehr, sehr schwer tun, dann hat diese Frau Landeshauptmann kein offenes Ohr dafür, verehrte Damen und Herren. Da muss dann unser Soziallandesrat Kurt Flecker einspringen, der es sehr gerne macht und der das sehr gerne übernommen hat. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist ein übles Spiel!“)

Verehrte Damen und Herren, ich weiß schon, das tut euch sehr weh, verehrte Damen und Herren von der ÖVP-Seite, es tut euch sehr weh. Ja, diese ganze Geschichte, das weiß ich, tut euch weh, gerade der Heizkostenzuschuss, weil da das wahre Herz dieser christlich-sozialen Partei der ÖVP ans Tageslicht kommt. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Das ist ja unglaublich!“)

Verehrte Damen und Herren! Ich kann das ganz kurz zusammenfassen, das Letzte: Heizkostenzuschuss – nein, Förderungen für gräfliche Besitzungen – ja, verehrte Damen und Herren!

Und jetzt zu den Fragen. Wir haben uns 15 Fragen überlegt und diese wie folgt formuliert. Die Dringliche Anfrage:

Erstens: Welche Zuwendungen hat das Land Steiermark seit Beginn der Landesausstellung an die Firma beziehungsweise Familie Herberstein geleistet, aufgelistet nach Datum und Verwendungszweck?

Zweitens: Auf Basis welcher Unterlagen beziehungsweise Rechtsgrundlagen erfolgten die bisherigen Auszahlungen?

Drittens: Die Auszahlung der Förderung für den Tierpark auf Grund der Ferialverordnung vom 16. Juli 2004 erfolgte offensichtlich ohne gültige Rechtsgrundlage. Haben Sie – entgegen den Rechtsvorschriften – eine Weisung zur Auszahlung gegeben oder in anderer Weise auf die unverzügliche Auszahlung der Fördergelder Einfluss genommen?

Viertens: Welche Konsequenzen werden Sie aus der Tatsache ziehen, dass die Landesbuchhaltung entgegen den Rechtsvorschriften eine Auszahlung getätigt hat?

Fünftens: Welche Fördersummen sollen nun insgesamt an die Firma beziehungsweise Familie Herberstein fließen? a) eine Million Euro?, b) 5,8 Millionen Euro?, c) 8 Millionen Euro, wie aus einem internen Papier der Landesmuseum Joanneum GmbH. hervorgeht?, d) oder handelt es sich um einen anderen mehrstelligen Millionenbetrag und wenn ja, um welchen?

Sechstens: Welche touristischen beziehungsweise betriebswirtschaftlichen Konzepte liegen den derzeit laufenden beziehungsweise künftig geplanten Förderungen zugrunde?

Siebtens: Kennen Sie die Jahresabschlüsse der Firma Herberstein OEG. aus den letzten fünf Jahren und wie beurteilen Sie die finanzielle Situation der Firma?

Achtens: Auf welche Weise glauben Sie, im Zusammenhang mit den bereits beschlossenen Förderungen den Einfluss des Landes Steiermark auf die Verwendung der Fördergelder sicherstellen zu können?

Neuntens: Halten Sie in diesem Fall die Beteiligung des Landes Steiermark als stiller Gesellschafter für die geeignete Beteiligungsform? Wenn ja, aus welchen Gründen?

Zehntens: Wie stellen Sie sicher, dass die im öffentlichen Interesse gewährten Fördermittel des Landes von der Verwaltung des Privatvermögens der Familie Herberstein getrennt bleiben?

Elftens: Welche der an die Firma beziehungsweise Familie Herberstein gewährten Förderungen wurden bereits abgerechnet?

Zwölftens: Stimmt es, dass bei Abrechnungen von Förderungen an die Firma beziehungsweise Familie Herberstein häufiger Probleme in Zusammenhang mit dem belegmäßigen Nachweis der Verwendung der Mittel bestanden haben?

13.: Wenn ja, was haben Sie in diesen Fällen veranlasst?

14.: Halten Sie es für zweckmäßig, dass unter Einbringung der Vermögenswerte der Firma Herberstein eine neue Gesellschaftskonstruktion gefunden wird, in der auf Grund des umfangreichen finanziellen Engagements des Landes Steiermark auch eine wesentliche Einflussnahme des Landes sichergestellt ist?

15.: Halten Sie es für gerechtfertigt, dass an die Firma Herberstein über mehrere Jahre hinweg derart hohe Förderungen ausbezahlt werden, während gleichzeitig viele andere Förderungswerber in der Steiermark auf Fördergelder verzichten müssen?

Die unterzeichneten Abgeordneten nach Paragraph 68 Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages beantragen die Abhaltung einer Wechselrede. (Beifall bei der SPÖ. – 16.14 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich erteile nun der Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic das Wort zur Beantwortung der Dringlichen Anfrage. Frau Landeshauptmann, bitte.

Landeshauptmann Klasnic (16.14 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Klubobmann, es fällt mir schwer, wenn Sie in der Wortwahl zwischen sozialer Verantwortung, gegen Kultur und Tourismus, einzelne Darstellungen wie bekannterweise ans Tageslicht vermuten, fürstlich, gräflich, dies nicht zu beantworten. Ich mache es nicht, weil ich mich verantwortlich fühle für die Region der Oststeiermark, für die Menschen dieses Landes und für Kultur und Tourismus. (Beifall bei der ÖVP.)

Zum Zweiten, sage ich ganz ehrlich, dass ich Ihnen und Ihrer Fraktion dankbar bin, dass ich die Möglichkeit habe, diese Fragestellungen vor aller Öffentlichkeit zu beantworten, weil wir haben nichts zu verbergen, weder die Landesregierung noch hier im Landtag, noch die Förderstellen, noch das Haus Herberstein. Das kann angesprochen werden, dazu bekenne ich mich. Bei den Förderungen für den größten oststeirischen Leitbetrieb, dem Tier- und Naturpark Schloss Herberstein, gibt es eben nichts zu verbergen oder zu verstecken. Diese Mittel sind für notwendige Investitionen in die besucherstärkste private touristische Attraktion unseres Landes geflossen, um weiterhin Anziehungspunkt für tausende Besucher jeder Altersstufe aus allen Teilen der Steiermark und darüber hinaus zu sein. Ich frage Sie, wo gibt es im erreichbaren Umkreis eine

vergleichbare Einrichtung, die umfassend und wissenschaftlich eine Begegnung mit Mensch und Natur, insbesondere mit Tieren aus fünf Kontinenten artgerecht ermöglicht? Seit kurzem ist es auch die Verbindung zur Kultur, zum neu errichteten Gironcoli-Museum, das diesen Standort so einzigartig macht.

Wie wichtig ist es für ganz kleine und schon sehr erwachsene Menschen, den direkten Kontakt mit Tieren zu pflegen und damit ein natürliches Verständnis für das Miteinander von Mensch und Natur in einem sehr umfassenden Sinn zu entwickeln? Ich glaube, es ist eine unserer Aufgaben, dieses natürliche Miteinander zu vermitteln, zu erhalten und weiterzuentwickeln. (Beifall bei der ÖVP.)

Vieles wurde im Zusammenhang mit der Förderung des Tier- und Naturparks Schloss Herberstein, vielleicht sogar im Wissen, dass es nicht stimmt oder stimmen kann, behauptet, das heute möglich ist richtigzustellen. Denn für mich ist der Tierpark, der schon jahrzehntelang besteht, nicht politisches Kalkül, sondern eine steirische Institution! Und ich ersuche Sie, trotz aller Schwierigkeit einer sachlichen Behandlung, dieses Thema ernst zu nehmen und auch mitzubedenken, dass man mit der Sprache Schaden anrichten kann und die Entwicklung und die Existenz einer gesamten Region nicht zu verunsichern.

Herberstein verbindet Tier und Natur, Wissenschaft und Kultur in besonderer Weise und hat somit eine enorme Bedeutung für die Region im Bezirk Hartberg und weit darüber hinaus und lockt jährlich 150.000 bis 200.000 Personen an, natürlich auch abhängig von der Wetterlage. Dies ist immer ein Thema, darum auch diese Breite. So bietet der Tierpark Dauerbeschäftigung für über 60 Personen und in Spitzenzeiten sogar bis zu 100 Personen.

Im Vorjahr wurde der Betrieb mit dem „Job-Oscar“ für die gelungene Integration von behinderten Mitarbeitern ausgezeichnet. Das wurde in der ganzen Diskussion bisher von keiner Seite erwähnt, weil es vielleicht in dieses konstruierte Bild nicht gepasst hätte. „Job-Oscar“ für Behindertenintegration am Arbeitsplatz. Danke für diese Leistung! (Beifall bei der ÖVP.)

Im rund 40 Hektar großen Tierpark leben etwa 500 aus allen Kontinenten stammende Wild- und Haustiere, deren Betreuung und Fütterung große Kosten verursacht. Das gesamte Futter wird von den heimischen Bauern bezogen, das sichert für viele auch die Existenz. Jährlich wird zumindest mehr als eine Million Euro für diverse Anschaffungen und Futtermittel direkt in der Region ausgegeben. Dazu kommt die zentrale Bedeutung für die touristische Wertschöpfung, die gar nicht hoch genug einzuschätzen ist. Darüber hinaus beteiligt sich Herberstein an internationalen Erhaltungszuchtprogrammen, durch die das Überleben zahlreicher Tierarten bis heute gesichert werden kann. Alle öffentlichen Zoos oder Tiergärten bekommen Förderungen aus der öffentlichen Hand, ob der Innsbrucker Alpenzoo mit jährlichen Förderungen von über 400.000 Euro und hohen Investitionszuschüssen oder Salzburg-Hellbrunn mit jährlichen rund 650.000 Euro oder der Tiergarten Schönbrunn, der sich diesbezüglich überhaupt in anderen Dimensionen bewegt, wenn man zum Beispiel an die 51,8 Millionen Euro denkt, die allein von 1992 bis 2003 für bauwirksame Aufwendungen in Schönbrunn zugeführt wurden. Davon unberührt sind die Gesellschafterzuschüsse, die von 1992 bis 2003 16,6 Millionen Euro betragen.

Wenn wir zu einem öffentlich zugänglichen Tiergarten uns bekennen wollen, haben wir auch für eine notwendige Förderung und Unterstützung zu sorgen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage eins: Die Zuwendungen des Landes Steiermark fließen seit Ende 2000 der Tier- und Naturpark Schloss Herberstein OEG. zu, welche vorher ein Einzelunternehmen war, und nicht der Familie Herberstein privat. Andrea Herberstein übernimmt unentgeltlich die Repräsentation nach außen und ist durch ihren unermüdlichen Einsatz der Motor für viele positive Entwicklungen in Herberstein und in unserem Land.

Ich habe gestern bereits im außerordentlichen Teil der Regierungssitzung über die Förderungen seit 1986 schriftlich berichtet und stelle diese Detailinformation gerne den Fraktionen des Landtages zur Verfügung.

Zusammengefasst wurden aus dem Titel Revitalisierung, Tourismusförderung, Wirtschaftsförderung, Ortserneuerung und stilles Beteiligungskapital in den Jahren 1986 bis 2004 folgende Summen aufgebracht und gefördert:

1986: 72.672 Euro
1991: 58.138 Euro
1995: 84.572 Euro
1996: 141.281 Euro
1997: 304.493 Euro
1998: 290.691 Euro
1999: 98.357 Euro
2000: 212.058 Euro
2001: 52.452 Euro
2002: 2.960.000 Euro
2003: 58.541 Euro
2004: 2.019.000 Euro

Insgesamt kann von einer Gesamtfördersumme in den Jahren 1986 bis 2004, somit in 18 Jahren, von rund 6,353 Millionen Euro ausgegangen werden. Damit ergibt sich eine durchschnittliche jährliche Fördersumme von 352.944 Euro.

Im Vergleich dazu hat der bestehende Wildpark Elfenberg Mautern seit 1997 Förderungen aus Tourismus und Ortserneuerung in der Höhe von insgesamt 3,73 Millionen Euro bekommen, somit in acht Jahren durchschnittlich 466.250 Euro. Wenn Sie den Schnitt nehmen, ist das mehr. (Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Am Wort ist die Frau Landeshauptmann, bitte!“)

Berücksichtigt man noch die bereits oben dargestellten jährlichen Förderungsbeträge für den Innsbrucker Alpenzoo und den Tiergarten Salzburg-Hellbrunn mit jährlichen 400.000 beziehungsweise 650.000 Euro, erkennt man, dass es sich um übliche und notwendige Förderungen im Tiergartenbereich handelt. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Frage zwei: Alle gewährten Auszahlungen erfolgten auf der Basis der verschiedenen Ressorts, aber größtenteils einstimmige Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung.

Zu den Fragen drei und vier: nein. Wie in der gestrigen Sitzung der Landesregierung erläutert, basierte die gegenständliche Auszahlung der Soforthilfe für den Weiterbetrieb des Tier- und Naturparks Herberstein auf einer von mir unterschriebenen Ferialverfügung, die die gültige Rechtsgrundlage für die Auszahlung durch die Landesbuchhaltung darstellt.

Würde die Auszahlung den geltenden Vorschriften widersprechen, hätte die Landesbuchhaltung die Durchführung verweigern und die Kulturabteilung als bewirtschaftende Stelle auf die Vorschriftswidrigkeit der Anordnung aufmerksam machen müssen. Dies war nicht der Fall, da die Auszahlung ordnungsgemäß war.

Gerne helfe ich auch diesen Irrtum Ihrerseits aufzuklären, der sich auch in der Begründung dieser Anfrage wiederfindet. Es gab immer nur einen Beschlussantrag auf Förderung von einer Million Euro. Wenn Sie zwei verschiedene Summen nennen, dass sie als Beschlussantrag anders dargestellt war, dann stimmt das nicht. Dieser Betrag wird in den noch abzuschließenden Gesellschaftsvertrag eingerechnet. Geändert hat sich im Vergleich zum Erstentwurf dieser Ferialverfügung nur die Begründung, da ich vor der Anknüpfung weiterer notwendiger Mittel das Ergebnis der von mir in Auftrag gegebenen Studie an Zolles et Edinger zur Optimierung des operativen Betriebes und der Zukunftsstrategie für den Tierpark abwarten möchte. Das war meine Aussage, und darum hat sich es geändert, in der Geschichte, aber nicht im Beschlussantrag. Es war immer eine Million, und die Unterschriften haben sich immer nur auf eine Million bezogen.

Wo gearbeitet wird, passieren aber auch Fehler, und so kam es dazu, dass neben dem gültigen Exemplar, welches ich dann auch in die Ferialregierungsunterlage eingebracht habe, auch der Erstentwurf, der mir zur Unterschrift vorgelegt wurde und verschiedentlich zur Versendung kam, da lag. Da der Beschlusstext in beiden Varianten aber der gleiche war, fiel dieses Missgeschick nicht sofort auf. Der Landesbuchhaltung wurde die gültige Ferialverfügung übermittelt. Ein Anruf von Büro zu Büro hätte genügt, um dieses Versehen aufzuklären. Ich weiß nicht, ob diese Aufklärung gesucht wurde. Aber ich habe schon öfter Anträge gesehen, die drei verschiedene Blätter hatten, nur haben wir es nicht in dieser Form dargestellt. (Beifall bei der ÖVP.)

Zu den Fragen fünf und sechs: Diese Fragen führen uns für die Beantwortung in das Jahr 1999, wo es zahlreiche Gespräche von Andrea Herberstein mit Landesrat Ing. Ressel, Landesrat Dr. Gerhard Hirschmann und mir über Förderungen für den Tierpark gegeben hat. Auf Grund des beiden Landesräten vorgelegten „Masterplans“ von Herberstein war klar, dass für anstehende Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen rund 120 Millionen Schilling erforderlich wären, die vom Tierpark allein nicht aufbringbar waren.

Zuvor, nämlich im Jahr 1998, waren beide Landesräte samt MitarbeiterInnen und mit Vertretern des Tierparks gemeinsam in Orlando, USA, um touristische Attraktionen zu besichtigen und um uns dann zu berichten, wie froh man ist, Herberstein in der Oststeiermark zu haben.

Nach weiteren Verhandlungen im Jänner und März 1999 kam es am Rande des Landtagsbeschlusses zum Thema Herberstein am 15. Juni 1999 zu Gesprächen, in denen klar wurde, dass es als erste Maßnahme zu den erforderlichen 120 Millionen Schilling 40 Millionen Schilling geben soll, die auch bereitgestellt werden sollten. Nach einem weiteren Beschluss des Landtages vom 18. Jänner 2000 wurden mittels einstimmigem Regierungsbeschluss vom 8. Juli 2002 2,906 Millionen Euro oder 40 Millionen Schilling als stilles Beteiligungskapital an die Herberstein OEG. ausgeschüttet.

Von der Firma Herberstein wurden im Sinne des Masterplans für den Ausbau des Tierparks, aber auch für Instandhaltung in den Jahren 1996 bis 2003 Investitionen in der Höhe von 6,8 Millionen Euro getätigt, die insbesondere nach dem Jahre 1999 im Vertrauen auf die angesprochene Gesamtförderung von 8,7 Millionen Euro oder 120 Millionen Schilling durchgeführt wurden.

Da ich grundsätzlich davon ausgehe, dass Vereinbarungen einzuhalten sind, die angesuchten Förderungssummen aber sehr beträchtlich sind, habe ich vor der weiteren Auszahlung von Förderungen an den Tierpark die erfahrene Tourismusberatungsfirma Zolles et Edinger GmbH., die auch ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der Zoos und Tierparke sind, beauftragt, eine Studie über die Optimierung des Betriebes und die Zukunftsstrategie zu erstellen. Auf Basis dieser Studie werde ich der Landesregierung die weitere Vorgangsweise vorschlagen, die in der Ferialverfügung vom Juli 2004 mit der Errichtung eines Gesellschaftsvertrages skizziert wurde.

Beabsichtigt ist weiters, dass in dieses Konzept die Errichtung eines naturwissenschaftlichen Museums durch das Landesmuseum Joanneum integriert ist.

Auf einen Punkt möchte ich aber ganz besonders hinweisen: Für die stille Beteiligung des Landes in der Höhe von 2,9 Millionen Euro bekommt das Land auch eine Gegenleistung von jährlich 10.000 Eintrittskarten, die einen Gegenwert von derzeit rund 150.000 Euro darstellen. Damit wird diese Beteiligung still zurückgezahlt oder auch „abgeschichtet“. Die Karten werden von der Fachabteilung 12A – Tourismus verwaltet und gemeinnützigen Vereinen und Einrichtungen, wie Caritas, Volkshilfe, Lebenshilfe, Landesjugendheim, Pro Juventute, Odilien-Institut, SOS-Kinderdorf, zur Verfügung gestellt. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur Frage sieben: Die Jahresabschlüsse der Firma Herberstein OEG. kenne ich nicht, sehr wohl ist mir die Liquiditätslage bekannt, die auf Grund der in Aussicht gestellten Förderungen durch in Millionenhöhe getätigte Investitionen sowie der wegen der schweren Unwetter erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen angespannt ist. Der Wirtschaftsprüfer der Firma Herberstein, Dr. Herbert Wolff-Plottegg, hat mir vor Unterzeichnung der Ferialverfügung mitgeteilt, dass ohne Aufbringung zusätzlicher Liquidität in wenigen Wochen Zahlungsunfähigkeit eintreten kann und die beteiligten Banken weitere Finanzierungshilfen ausschließen. Zahlungsunfähigkeit bedeutet das Zusperrn dieses Leitbetriebes und das Ende dieser touristischen Attraktion. Was das für die Region bedeutet, brauche ich Ihnen nicht zu erläutern. Aus diesem Grund war es mir ein Auftrag und ein Anliegen und nötig, rasch zu helfen.

Zu den Fragen acht, neun und zehn: Die Vergabe von Förderungsmitteln des Landes Steiermark ist an einen Verwendungszweck gebunden. Das bedeutet, dass für die vom Land Steiermark gewährten Förderungen Verwendungsnachweise vom Förderungsempfänger, der Herberstein OEG., zu erbringen sind. Bei nicht zweckgemäßer Verwendung ist die Förderung zurückzuzahlen.

Die Landesregierung hat bei der einstimmigen Beschlussfassung der stillen Beteiligung am 9. Juli 2002 die alleinige Geschäftsführung der Herberstein OEG. eingeräumt.

Bei weiteren Beteiligungen werden Gesellschafterrechte und deren Ausgestaltung eine wichtige Rolle spielen. Diesbezüglich sollen auch die Ergebnisse der Studie Zolles et Edinger einfließen.

Zur Frage elf: Mit Ausnahme der im Jahre 2004 gewährten Förderungen sind alle unter Frage eins dargelegten Förderungsfälle abgerechnet.

Zu den Fragen zwölf und 13:

Meinen Informationen nach hat es bei der Abrechnung von Förderungen oder dem belegsweisen Nachweis keine Probleme gegeben. In einem Fall, nämlich bei der Bauinitiative II, mussten Förderungen in der Höhe von 55.623 Euro zunächst zurückgezahlt werden, wurden allerdings in der Folge bei der Ortserneuerungsförderung für die Renovierung des Herberstein-Kunsthouses wieder an die Firma Herberstein OEG. ausbezahlt.

Zur Frage 14:

Wenn Sie die Möglichkeit einer mehrheitlichen Übernahme des Tierparks durch das Land in Form eines „Landestiergartens“ meinen, so wird dies für die konkrete Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrages beziehungsweise der Beteiligung ernsthaft zu prüfen sein.

Zur Frage 15:

Ich halte die Auszahlung der Förderungen an Herberstein nicht nur für gerechtfertigt, sondern auch für eine wichtige Investition in die Zukunft dieser Region. Die Familie Herberstein hat sich für die Stärkung dieser Region durch die Sanierung der Schlossanlage, der Errichtung des Schlossgartens und der Erhaltung des Tierparkes besonders verdient gemacht, und dafür nenne ich stellvertretend den Namen Frau Andrea Herberstein. Niemand hat angenommen, dass ein Tiergarten eine besondere Verdienstmöglichkeit darstellt, das ist nirgendwo der Fall. Es ist eigentlich ein Verlustgeschäft, das zum Nutzen der vielen tausenden Besucher und zum Wohle der Tiere eingerichtet ist. Die öffentliche Hand hat hier eine andere Verpflichtung, durch Sonderförderungen den Erhalt zu sichern.

Zahlreiche wichtige Projekte im Tourismus, Sport- und Infrastrukturbereich können nur durch Sonderförderungen realisiert werden. Ich denke zum Beispiel an die Freizeitarena Piberstein in Maria Lankowitz, an das Sportzentrum in Bad Aussee, den Naturerlebnispark Großsteinbach, die Veranstaltungshalle in Pöllau oder die Errichtung eines Wellnesszentrums in Wenigzell. Und ein Gastwirt hat mir gesagt, er ist so froh, wenn man einen Ausflugsort hat wie Herberstein, dann macht er im Umfeld auch noch ein Geschäft. Das ist der Unterschied, wenn man nur eine Veranstaltungshalle baut, dort wird angeboten.

Alle diese Projekte zeichnen sich durch den Konsens in der Landesregierung aus, im Wissen, dass etwas Gutes und Sinnvolles entsteht und die Steirerinnen und Steirer merken, dass Steuergeld auch richtig eingesetzt wird. Ich fürchte daher auch keine Prüfung, weder die eine noch die andere, die hinsichtlich der Tagesordnung des Landtages am Programm steht. Die Steirerinnen und Steirer sollen wissen, wer sich für ihre Leit- und Zukunftprojekte einsetzt! (Beifall bei der ÖVP.)

Ein besonders gut gelungenes Beispiel einer sinnvollen Investition mit Strahlkraft bis in die Zukunftsregion ist der Neubau des Gironcoli-Museums in Herberstein. Ein außerordentlicher österreichischer Künstler hat in Herberstein seine Heimat gefunden. Viele Kunstinteressierte werden kommen, um sich zuerst von den Werken und später von der Region, aber auch vom Tierpark begeistern zu lassen. Es ist dies auch in Zusammenarbeit mit dem Bund gelungen. Eine Million der Bund, eine Million das Land, eine Million das Haus Herberstein.

In zahlreich erschienenen Pressemeldungen wurde unlängst dieses Kunstereignis positiv vermerkt. Es sind neue Wege, von denen wir sprechen, in der Verbindung zwischen Mensch und Tier, Natur und Kultur, Tradition und Moderne, die hier gegangen werden. Gemeinsam mit dem Landesmuseum Joanneum versuchen wir, diese Schiene mit neuen Ideen und Konzepten weiter zu verstärken und Herberstein als Anziehungspunkt zu positionieren. Diese so wichtige Marke unserer Steiermark gilt es daher – gerade auch für künftige Generationen – zu erhalten und für eine erfolgreiche Zukunft der Region weiter zu sichern.

Das Angebot in der Kultur muss in der Steiermark und in der Landeshauptstadt erlebbar sein. Wir sind der Steiermärkische Landtag und ich bin Kulturreferentin des Landes Steiermark und möchte haben, dass es im ganzen Land einen Aufbruch gibt und eine gute Zukunft, und in diesem Sinne bitte ich Sie um Ihre Hilfe und Ihre Unterstützung! (Beifall bei der ÖVP. – 16.36 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage gemäß unserer Geschäftsordnung, wonach ein Redner die maximale Redezeit von 20 Minuten nicht überschreiten darf. Zu Wort gemeldet hat sich Klubobfrau Lechner-Sonnek.

Frau Abgeordnete, Sie sind am Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (16.37 Uhr): Herr Präsident, werte Mitglieder der Landesregierung, sehr geehrte Damen und Herren des Hohen Hauses, sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, sehr geehrte Frau Herberstein, die hier in der ersten Reihe sitzt!

Frau Landeshauptfrau, einige Aussagen aus Ihrer Anfragebeantwortung haben mich jetzt eigenartig berührt. Ich habe zwischenzeitlich sogar das Gefühl gehabt, dass das Haus Herberstein der Steiermark so viel schenkt, wie man sich nur überhaupt vorstellen kann und dass wir alle nur dankbar sein müssen. Sie haben auch gesagt, die Frau Herberstein, die heute anwesend ist, übernimmt unentgeltlich Repräsentationsmaßnahmen nach außen. Ich würde dazu aufrufen, die Kirche schon im Dorf zu lassen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich glaube, dass Frau Herberstein jene Anerkennung gebührt, die einer tüchtigen Geschäftsfrau zusteht, sie vertritt sozusagen den Betrieb so, dass es ihr auch möglich ist, öffentliche Gelder dafür in Form von Förderungen zu bekommen, sie hat sicherlich einiges auf die Beine gestellt, aber man muss sich auch schon klar machen, wenn sie den Betrieb repräsentiert, dann tut sie das auch im eigenen Interesse (Abg. Gennaro: „So ist es!“), im Interesse dieses Betriebes, und das ist legitim. Aber so zu tun, als ob das Land Steiermark in Wirklichkeit schon fast Schulden aufbauen würde in moralischer Art und Weise, das halte ich für überhöht und vollkommen unangebracht. Das verfälscht nämlich die Situation, denn es geht um öffentliches Geld und in Wahrheit richtet sich die Anfrage ja an die Landeshauptfrau, und ich möchte ergänzen, richtet sich für mich die Anfrage an die ganze Landesregierung, wie sie es denn hält mit dem öffentlichen Geld, wie sie es denn hält mit der Vergabe des öffentlichen Geldes und wie sie es hält mit Entscheidungen über das Geld, das die Steiererinnen und Steierer über Steuern leisten und zahlen und wo sie sich erwarten können, dass das Land Steiermark Entscheidungen trifft, die für das ganze Lande von Bedeutung und wichtig sind. (Beifall bei den Grünen.)

Und weil ich gerade ein bisschen in der Aufarbeitung der Anfragebeantwortung bin, immer wieder heißt es, die öffentliche Diskussion richtet Schaden an. Meine Damen und Herren, ich bin vor ein paar Tagen aus dem Tierpark Herberstein angerufen worden von einem Mitarbeiter, der mich gebeten hat um Unterstützung, der mich gefragt hat, was ich dazu beitragen könnte, den Ruf, den angekratzen, den angeschlagenen Ruf des Tierparks wieder herzustellen, wo der Herr mir gesagt hat, dass die Besucherinnen und Besucher jetzt verstärkt kritisieren, dass der Eintrittspreis sehr hoch ist, 15 Euro. Ich war durch Zufall vor eineinhalb Wochen selber dort, um mir das neue Museum anzuschauen, deswegen weiß ich es auch aktuell. Ich habe ihm gesagt, der Schaden, der entstanden ist, ist durch die Vorgänge, durch die intransparenten Vorgänge entstanden. Dadurch hat man Mutmaßungen, Negativmutmaßungen, Tür und Tor geöffnet. In meinen Augen ist die Landeshauptfrau dafür verantwortlich, und nur sie ist in der Lage, dem auch entgegenzutreten, und zwar durch lückenlose Aufklärung und nicht erst dann, wenn sie unter Druck gesetzt wird. Ich finde, dass die SPÖ Recht damit hat, Planung einzufordern und zu sagen, auf welchen Grundlagen sind diese Förderungen eigentlich ausgeschüttet worden oder werden Förderungen ausgeschüttet. Ich möchte fragen, Frau Landeshauptfrau, haben Sie eine kulturpolitisch weitreichende und finanziell wirklich hochdotierte Entscheidung jemals mit dem Landeskulturrat diskutiert? Oder haben Sie jemals in einem Gespräch, sei es auch in einem informellen Gespräch mit den Kultursprecherinnen des Landtages, sich ausgetauscht? Was steht für ein Ziel dahinter und wie können Sie, wenn kein Ziel dahinter steht, Entscheidungen treffen, die so weitreichend sind, wie entscheiden Sie, welche Maßnahme die richtige ist, wenn das Ziel nicht eindeutig definiert ist? In dieser Hinsicht gebe ich der SPÖ grundlegend Recht, ich gebe ihr aber absolut überhaupt nicht Recht, wenn sie jetzt versucht darzustellen, dass sie es eigentlich immer anders macht und gemacht hat. Das kann ich ja überhaupt nicht erblicken, meine Damen und Herren von der SPÖ. Diese Praxis der Mittelvergabe der öffentlichen Mittel ist Ihnen genauso vertraut und geht Ihnen genauso locker von der Hand wie der ÖVP.

Ich erinnere daran, dass Sie alle, alle Initiativen, zum Beispiel Geldvergaben in Richtung Bedarfszuweisungen, Geldverwendung in Bezug auf Öffentlichkeitsarbeit, Geldvergaben in Bezug auf Ortserneuerungsmittel, nicht transparent durchleuchtet haben wollen und auch nicht auf seriöse Beine gestellt haben wollen. Sei es,

dass Ziele zu entwickeln sind, sei es, dass Regelwerke zu entwickeln sind. Für die Ortserneuerung hat es ja überhaupt keine gegeben. Und trotzdem sind permanent Mittel ausgeschüttet worden, unter anderem zum Teil für Herberstein. Das war für Sie alles okay, das war für Sie alles okay.

Und da kann ich mich nur fragen: Warum geht jetzt plötzlich die Polstertür auf, sonst ist die Polstertür geschlossen. Wenn man in der Regierung sitzt, findet man das alles leiwand. Wenn man in der Regierung sitzt, hat man offensichtlich keinen Transparenzbedarf. Wenn man in der Regierung sitzt, findet man diese Praxis ganz in Ordnung. Manchmal geht die Polstertür auf – in der letzten Zeit öfter – und dann schaut jemand von der SPÖ heraus, in der Hoffnung, sich vor der Landtagswahl gut in Pose bringen zu können.

Das kann ich darin erblicken, meine Damen und Herren, und keine seriöse Vorgangsweise in Sachen mehr Transparenz und mehr Regeln, außer, außer, meine Damen und Herren, Sie nützen heute die Chance, die die Tagesordnung Ihnen noch bietet, und zeigen, dass Sie es ernst meinen mit mehr Transparenz, dass Sie es ernst meinen damit, dass öffentliches Geld auch öffentlich einsehbar sein muss in seiner Verwendung und in der Entscheidung, nämlich dann, wenn es darum geht, ob wir die Ortserneuerungsmittel genauer untersuchen, die genau hier auch ausgegeben worden sind, meine Damen und Herren. Aber die ersten Signale, die ich so empfangen habe, sagen, tun wir schon, bitte schön, aufklären, Herberstein, aber bitte nicht bei der Ortserneuerung und natürlich auch nicht bei den Bedarfszuweisungen und so weiter und so fort. Kurz, dort, wo Sie auch gerne am Drücker sitzen, dort, wo Sie auch gerne Ihre Projekte untergebracht haben, dort, wo Sie auch gerne auf Gemeinde- und Regionalebene gut dastehen und sagen, das haben wir euch gebracht, das haben wir dem Herrn Abgeordneten XY zu verdanken oder der Frau Bürgermeister, dort arbeiten Sie ganz gleich. Und ab und zu, wenn es passt und wenn Wahlkampf ist, wenn Wahlkampf ausgerufen ist, dann rückt die SPÖ aus und sagt, es ist alles ganz anders.

Der Lackmusest kommt heute noch, meine Damen und Herren, und da brauchen Sie in Wirklichkeit gar nichts mehr zu argumentieren, gar nichts mehr zu schildern, gar nichts mehr zu behaupten. Wir werden heute am Ende der Tagesordnung sehen, wie Sie selbst es mit Transparenz halten und wie Sie selbst – wie ehrenwert, aufrecht und zielstrebig – auf eine Verbesserung der politischen Bedingungen hier in diesem Land hin arbeiten.

Das, was wir in Sachen Herberstein sehen, das, was wir in Sachen Ortserneuerung sehen, ist der steirische Brauch, der hier in Fortsetzung gespielt wird seit Jahren. In fast jeder Sitzung kann man sich anschauen, wie der steirische Brauch in der Landespolitik ausschaut, meine Damen und Herren.

Von der ÖVP erwartet man sich in dieser Zusammensetzung nichts anderes. Die SPÖ gibt derzeit vor, es anders zu wollen und anders zu können. Der Wahrheitsbeweis steht aus. Sie haben jede Möglichkeit zu zeigen, dass öffentliches Geld nicht Geld ist, das man wie ein Privatvermögen behandelt, dass man wie aus der Privatschatulle etwas herausnimmt und jemandem hilft. Das ist ein sehr obrigkeitsorientiertes Bild, der Große hilft dem Kleinen, helfen so spontan aus dem Gefühl heraus. Das ist öffentliches Geld, meine Damen und Herren, das ist kein privates Geld, es ist keine Privatschatulle. Und ich möchte wirklich wissen, ich möchte heute noch sehen, wie die SPÖ es damit hält, ob sie hier wirklich einen Schritt machen will oder nicht. Von der ÖVP – ehrlich gestanden – erwarte ich mir in dieser Hinsicht in dieser Zusammensetzung, wie wir sie jetzt haben, keine großen Veränderungen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 16.46 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung, Herr Abgeordneter Prattes. Bitte.

Herr Abgeordneter Prattes ist am Wort.

Abg. Prattes (16.46 Uhr): Herr Präsident, verehrte Vertreter der Landesregierung!

Ich habe heute schon etwas vermisst. Wenn wir auf legitime Fragen sofort reflexartig von der ÖVP zurückbekommen, ihr macht das Land schlecht. (Abg. Tasch: „Stimmt ja auch!“) Das ist ja euer Stehsatz.

Heute gibt es eine andere Redewendung. Der Kollege Straßberger hat mir schon zugerufen, pass auf, jetzt werden wir in Leoben zudrehen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muss euch sagen, zu Tode gefürchtet ist auch gestorben. Das möchte ich darauf antworten. Und eines werdet ihr öfter noch hören, wo Kritik und wo Aufklärung angezeigt ist, da werden wir uns zu Wort melden, das sind wir den Steirerinnen und Steirern schuldig. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist doch unbestritten, dass wir Sozialdemokraten alle – ich betone alle – regionalen Leitprojekte nicht nur begrüßen, sondern besonders fördern. Sie schaffen nämlich Arbeitsplätze, sie sorgen für wichtige wirtschaftliche Impulse. (Abg. Kasic: „Sag das deinem Klubobmann!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, aufpassen, die Steiermark der Regionen ist für uns Sozialdemokraten daher kein Schlagwort, sondern wird unter Führung von unserem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Mag. Franz Voves ambitioniert entwickelt, offensiv umgesetzt werden.

Ich darf nur als Beispiel das Jugend- und Familiengästehaus Pöllau erwähnen. Einige von euch waren ja in der ersten Reihe dabei, wie es eröffnet wurde. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren – muss man auch sagen –, unterstützt unser Landeshauptmannstellvertreter mit einem Drittel der Gesamtbaukosten. Soweit zum Bekenntnis „Förderung der Regionen“, meine sehr verehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Drexler: „Das ist genau das, was die Frau Kollegin Lechner-Sonnek früher gemein hat!“)

Wissen Sie, wir haben überhaupt keine Probleme mit Leitprojekten, die sind ja wichtig und die sind gut. Genauso habe ich kein Problem damit zu sagen, Herberstein ist ein solches Leitprojekt – wichtig für die Oststeiermark, wichtig für die Menschen dort, wichtig für die Wirtschaft.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wissen Sie, womit wir Probleme haben? Probleme haben wir dann, wenn das Land jahrelang an einzelne Einrichtungen Millionenbeträge gibt, ohne dass man sich Ansprüche sichert. Was hat denn das Land davon? Ausnahme – Frau Landeshauptmann, man hat es gehört – Gratiseintrittskarten. (Abg. Kasic: „Auch für Mautern!“) Ja, das stimmt, das gibt es auch für Mautern. Ich werde auf Mautern noch zu sprechen kommen.

Ich habe auch zweimal eine schriftliche Anfrage an den Herrn Landesrat Schützenhöfer gerichtet, die er beantwortet hat. Aber, das möchte ich da bitte schön auch sagen, ich habe gefragt, wie kommt man denn zu Karten? Da hat es geheißen, in der Fachabteilung 12A, glaube ich, gelt? Jetzt habe ich mich erkundigt bei Einrichtungen, zum Beispiel in Leoben einerseits Jugend am Werk, andererseits Lebenshilfe. Aber Wunder über Wunder, die haben überhaupt nichts gewusst davon, dass man diese Karten ansprechen kann. Jetzt wissen sie es, und die werden sich auch in Zukunft darum bemühen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was aber ganz wichtig ist, die Firma Herberstein OEG. hat es in den vergangenen Jahren prächtig verstanden, die übervollen, von der ÖVP verwalteten Fördertöpfe anzuzapfen. Ist ja legitim, und ich freue mich, dass sie so viel kriegt. Wie Sie wissen, waren es in den letzten Jahren – die Frau Landeshauptmann hat es gesagt – 6,4 Millionen Euro.

Jetzt frage ich aber noch, ist das bewusst nicht gesagt worden oder verschweigt man das, es hat ja bekanntlich auch 1986 die Landesausstellung gegeben und da sind auch einmal 25 Millionen, glaube ich, geflossen, wovon auch wieder die Hälfte davon – das muss man der Wahrheit gerecht sagen – in die Renovierung des Schlosses geflossen ist. Oder ist das nicht richtig, meine sehr verehrten Damen und Herren? (Landeshauptmann Klasnic: „Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Die Fragestellung war 1986 bis 2004. Das habe ich korrekt beantwortet. Hätten Sie mich um andere Jahre gefragt, hätten Sie vielleicht eine andere Antwort erhalten!“)

Wir können das sogar in einer Aussendung der APA, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, lesen, dass im Jahr 1986 diese Millionen geflossen sind, und wenn ich jetzt dazuzähle, 5,8 Millionen wären geplant, dann sind das 12 Millionen, wenn ich die Landesausstellung weglasse, oder, in Schilling gesagt, über 160 Millionen.

Ich möchte aber auch sagen – das wurde schon erwähnt –, dass es ein Bestreben des damaligen Landesfinanzreferenten Landesrat Ressel war, eine geeignete Eigentümerkonstruktion zu schaffen, um die Fördertätigkeit der öffentlichen Hand entsprechend abzusichern.

Und da muss man auch dazusagen, Landesrat Ressel hat damals – und es sitzen ja Leute da, die damals dabei waren – gesagt: „Okay, ich kann für 40 Millionen Schilling befruchten.“ Das war damals so, weil Sie gesagt haben, zu Zusagen muss man auch stehen. Und es ist auch bekannt, dass von den Eigentümern diese Konstruktion abgelehnt wurde, wie sie Landesrat Ressel gefordert hat zu erstellen. Frau Landeshauptmann, Sie haben in Ihrem Bericht den Elfenberg Mautern angezeigt, ein Vorzeigeprojekt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind stolz darauf für die Obersteiermark. Über 100.000 Besucher waren es im Vorjahr und trotz des schlechten Wetters heuer waren es noch mehr. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, Frau Landeshauptmann, Sie haben gesagt, Mautern hat ja um weitaus mehr bekommen als Herberstein. Ich bin niemandem etwas zu neidig, wenn er mehr oder weniger kriegt, nur Sie haben aber vergessen zu sagen, dass Herberstein alleine in den letzten drei Jahren über 5 Millionen Euro bekommen hat. Sie haben sich schön bemüht, den Zeitraum darzustellen. Und was auch noch wichtig ist, und um das reden wir ja, wir verwalten alle miteinander öffentliches Geld und haben sorgfältig umzugehen. In Mautern gibt es diese Konstruktion 51 Prozent Forstverwaltung beziehungsweise 49 Prozent ist das die Freizeit-Betriebs-GmbH. Mautern, eine 100-prozentige Tochter der Gemeinde Mautern. Sehen Sie, das ist der große Unterschied. Wir sagen eben, wir wollen keinen sorglosen Umgang mit öffentlichen Mitteln, sondern wir wollen einen sorgsamen.

Jetzt sage ich noch etwas, meine Damen und Herren, Sie machen im wahrsten Sinne des Wortes die Klientelpolitik, und das werde ich Ihnen sofort beweisen, nämlich anhand der diesjährigen Landesausstellung „Die Römer“. Eine schöne Ausstellung, viele von Ihnen werden sie gesehen haben, und da muss ich jetzt Folgendes dazusagen: Jeder, der sich mit der Geschichte von Wagner beziehungsweise Flavia Solva beschäftigt, weiß, dass Wagner der Hauptort ist. Da gibt es ja auch diese großen Ausgrabungen und dort war ja Flavia Solva, der ursprüngliche Ausgangspunkt der Römerbesiedelung. Ja wer jetzt geglaubt hat, dass der Hauptpunkt in Wagner sein wird, der irrt gewaltig. Es wurde dort ein Rumpfmuseum errichtet, welches die Stadtgemeinde Wagner jetzt nicht nur in den Betriebskosten erhalten darf, sondern auch für das Personal zuständig ist, obwohl es heißt, das Joanneum führt das. So schaut es aus, meine sehr verehrten Damen und Herren. Aber – und jetzt komme ich zur Klientelpolitik – in Leibnitz hat eine viel beachtete schöne Eröffnung stattgefunden. Das war aber schon alles, da gibt es kein Museum und gar nichts, und der Herr Bürgermeister

Kindermann, wie man gehört hat, hat sich bei der Frau Landeshauptmann artig für 7 Millionen Euro bedankt. Das muss man also erwähnen. Wagna, wenn man geglaubt hätte, das Gleiche, Null haben die gekriegt. Die hoffen, dass sie vielleicht von den Eintrittsgeldern etwas kriegen. Sie haben noch nichts gekriegt. Wir wissen aber auch, dass das Römerdorf der größte Magnet bei dieser ganzen Landesausstellung ist.

Ich frage jetzt noch etwas, Frau Landeshauptmann. Ich habe das so gehört, wenn es nicht stimmt, bitte mir das zu sagen, wie war denn das in Seggau oben, wie eine Straße gebaut worden ist, wie Parkplätze gebaut worden sind, kann das sein, dass diese aus Kulturbudgetgeldern bezahlt worden sind? So etwas Ähnliches habe ich nämlich gehört.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt viele Projekte in der Steiermark. Wissen Sie und das ist etwas, warum wir uns so ärgern, diese ungleiche Förderung. Dort, wo es passt, fließt das Geld hin, da wird das Füllhorn ausgeschüttet. Sind wir stolz, das Gironcoli-Museum okay, da ist sofort eine Million geflossen – es gibt ja eine Drittelfinanzierung, habe ich gehört, eine Million Bund, eine Million Land und eine Million Herberstein. So und jetzt gibt es aber viele andere Museen. Ich darf nur – ich wäre ein schlechter regionaler Abgeordneter, würde ich das nicht sagen – den neuen Regionalmuseumsverbund, das neue Regionalmuseum zum Beispiel in Leoben erwähnen, da gibt es sehr viel Geld, nämlich null. Da hat man kein Geld, da gibt es nichts. Die ganzen Ausstellungen seit 1997, seit der Landesausstellung 800.000 Besucher. Seit wir den Landeskulturreferenten nicht mehr stellen, da kann man diese Beträge anschauen, die Frau Landeshauptmann war zwar bei allen Ausstellungen da, aber über die Beträge, die wir da einkassieren, da können wir nämlich schauen, in keinem Verhältnis, für das Museum nichts, für die Ausstellungen nichts. Wir vergönnen allen anderen, dass sie etwas kriegen, aber bitte schön, wenn, dann eine gerechte Aufteilung aller dieser Sachen. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich komme schon gleich zum Schluss. Sie haben uns sehr beredt gesagt, was der Alpenzoo in Innsbruck für Zuwendungen bekommt, was der Tierpark Hellbrunn für Zuwendungen kriegt, jetzt frage ich, wer sind denn dort die Besitzer? Ich weiß nicht, ob das Private sind. Ich glaube, in Innsbruck ist sogar die Stadt Innsbruck als Besitzer dabei. Sehen Sie und das ist der Unterschied, bin ich Besitzer in der öffentlichen Hand, habe ich eine Verpflichtung oder unterstütze ich etwas, was durchaus sein kann, aber das kann man nicht vergleichen, das ist ein Vergleich zwischen Äpfeln und Birnen, Frau Landeshauptmann.

Zum Schluss sage ich noch einmal, ich kann es Ihnen nicht ersparen, ich habe von der Klientelpolitik gesprochen und da bringe ich es auf den Punkt. Eine Stromerhöhung ist sofort möglich gewesen, da hat die Frau Landeshauptmann gesagt, ich kann nichts machen. Wie es darum gegangen ist, 100.000 Steirern zu helfen, weil ein kalter Winter droht und sie nichts zum Heizen haben, musste unser Soziallandesrat alles zusammenkratzen, was er im Sozialbudget hat, da war von der ÖVP kein einziger Euro zu bekommen. Aber wenn die Frau Gräfin gesagt hat, ich brauche eine Million, weil ich Liquiditätsprobleme habe, da war die Million auf einmal da. So kann man es nicht machen. Das ist keine Politik für die Steirerinnen und Steirer! (Beifall bei der SPÖ. – 16.58 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Riebenbauer.

Abg. Riebenbauer (16.59 Uhr): Sehr geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer!

Wenn es eine Goldmedaille für den Slalom geben würde, den der Kollege Prattes jetzt gefahren ist, dann könnten wir die ihm wirklich geben. Weil das war ein Slalom zwischen Ja und Nein. Aber eingangs ein paar allgemeine Bemerkungen. (Abg. Gennaro: „Aber eine klare Aussprache!“) Das glaubst aber nur du, weil du nichts anderes kennst.

Klubobmann Kröpfl hat in einem ORF-Interview gesagt, aus taktischen Gründen werden wir das Budget ablehnen. (Abg. Kröpfl: „Genau zitieren. Konjunktiv, wenn du weißt, was das ist!“) Aus taktischen Gründen, anscheinend vergisst man bei der SPÖ, dass im Jahr 1999, im Jahr 2000 die SPÖ gemeinsam mit uns in zwei Entschließungsanträgen diese Sonderförderung für Herberstein gefordert und mitbeschlossen hat, meine geschätzten Damen und Herren, einmal zur Klarheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine geschätzten Damen und Herren, wenn man einen Erfolg haben will in der Politik, spielt die Taktik eine Rolle, aber wesentliche Voraussetzung für den Erfolg ist der persönliche Einsatz des Einzelnen in der Politik. Hier, meine geschätzten Damen und Herren, sind Höchstleistungen gefordert. Und unsere Steirerinnen und Steirer unterscheiden sehr wohl zwischen Taktik und menschlichem persönlichem Einsatz unserer Politiker. Die klare Bestätigung dafür ist das Ergebnis der letzten Umfrage im Hinblick auf die Vertrauensfrage unserer steirischen Politikerinnen und Politiker. Das Ergebnis ist bekannt. Ich zitiere die „Kleine Zeitung“: „Klasnic weit vor Voves“. Im Detail Gold für Waltraud Klasnic, Silber für Landesrat Schützenhöfer, Bronze für Landesrätin Kristina Edlinger und der vierte Platz für Voves. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Der Krainer hat auch so eine Umfrage gehabt. Er ist abgestürzt!“)

Neun Dringliche Anfragen wurden in der Zeit, seit Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves in der Regierung ist, von der SPÖ eingebracht oder mit unterstützt. Das ist, so scheint es, Taktik. Meine geschätzten Damen und Herren, die Steirerinnen und Steirer wollen, dass wir arbeiten, und nicht taktieren, die Steirerinnen und Steirer wollen nicht, dass wir streiten, sie wollen nicht, dass wir vorzeitig wählen, sie fordern unseren persönlichen Einsatz. Der ist gefragt! Und, geschätzte Frau Landeshauptmann, ich danke dir für deinen unerermüdeten persönlichen Einsatz für unser Land!

Die Umfrage bestätigt, du bist auf dem richtigen Weg, bitte mach so weiter. (Beifall bei der ÖVP.)

Nächstes Jahr wird entschieden, ob taktieren gefragt oder ob menschlicher, persönlicher Einsatz für die Steirerinnen und Steirer gefragt ist.

Nun zur Dringlichen Anfrage: Ich befasse mich in erster Linie nur mit der Frage 15, die hat mich schwerst betroffen, denn das ist eine Formulierung, wo wir in unserem Land sehr vieles auseinander spielen könnten. Ist das gerechtfertigt, dass dieser Betrieb das bekommt?

Meine geschätzten Damen und Herren, ich frage mich nochmals, ist die Familie Herberstein als privater Betrieb das erste Unternehmen, das eine Förderung bekommt? Ihr tut wirklich so. Und ist das wirklich ein Verbrechen, wenn man privat investiert, wenn man privat mithält und privat Risiko macht? Ich bedanke mich, dass ihr das macht. Wir sind froh in der Oststeiermark, wir sind froh in unserem Hartberger Land, dass es diese Investitionen gibt. Das ist Sicherung der Arbeitsplätze. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Herr Kollege Böhmer hat in der „Kleinen Zeitung“, Regionalausgabe Hartberg, gesagt, das Problem ist nicht, dass Herberstein Geld bekommt, sondern wie es es bekommt. (Abg. Gennaro: „Ja, genau!“)

Ja, lieber Kollege, wie kannst du dann die Frage 15 mit unterschreiben? Das musst du mir da und im Bezirk draußen noch erklären. (Abg. Gennaro: „Da haben wir kein Problem. Da hast eher du eines!“)

Ein Zweites: Es ist schon angeschnitten worden, Herr Landeshauptmannstellvertreter Voves war ja am Samstag in Pöllau dabei, wie das Jugend- und Familiengästehaus – (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Mit einer Million dabei!“)

Du warst anwesend, soweit ich gehört und gesehen habe, wie das eröffnet wurde. (Landeshauptmannstellvertreter Mag. Voves: „Mit einer Million Euro dabei!“)

Ich habe die Million nicht gesehen. Ich weiß nicht, hast du sie verteilt dort oder wie immer.

Du hast jedenfalls gesagt, du freust dich – und ich möchte das positiv erwähnen –, dass wir im Pöllauer Tal wieder ein Leitprojekt bekommen. Das ist ein wichtiger Vorteil für diese wirtschaftlich benachteiligte Region. Und auch ich bin überzeugt davon, dass die Leute, die in dem Gästehaus wohnen – die 131 Betten, die zur Verfügung stehen, werden natürlich in die Region ausstrahlen – Besuche machen werden im Tierpark, im Naturpark Pöllauer Tal, am Stubenbergsee und so weiter.

Und warum ist dann eigentlich dieses starke Leitprojekt Herberstein so ein Problem für euch?

Dann frage ich mich nochmals, auch der Wildpark Mautern hat eine Förderung gekriegt und darüber wird eigentlich nicht gesprochen.

Noch etwas ist mir in den letzten Tagen durch den Kopf gedungen: Gänserndorf hat zugesperrt. Und wenn die Frau Landeshauptmann nicht eingeschritten wäre und geschaut hätte, dass Herberstein mit dem Tierpark, der von vielen geschätzt wird, weitergeht, bin ich überzeugt davon, dann hätten wir jetzt die Dringliche Anfrage da, ja, Frau Landeshauptmann, warum sind Sie nicht eingeschritten? Eine Katastrophe, dass der Tierpark geschlossen wird. Das wäre natürlich die andere Seite gewesen. (Beifall bei der ÖVP.)

Das Leitprojekt Herberstein mit dem Tierpark, mit dem Gironcoli-Museum ist eine tolle Geschichte. Und immer wieder haben wir auch hier diskutiert, Kunsthaus in Graz, Förderung. Ja, wir haben uns dazu bekannt, weil wir haben gesagt, Förderungen muss es überall geben. Wir sind glücklich und dankbar, dass jetzt auch die Kunst auf dem Lande ist, weil wieder in unsere Region mehr Besucher kommen, mehr Menschen, die Geld ausgeben, die was essen, die was trinken und damit auch natürlich unsere Landwirtschaft fördern. Das ist das!

Meine geschätzten Damen und Herren, zwischen 50 und 100 Arbeitsplätze sichert Herberstein und zwischen 10 und 12 Millionen Euro wurden in den letzten Jahren investiert. Davon spricht niemand, davon spricht ihr nicht.

Was ist denn diese Investition? Diese Investition ist eine Förderung der Wirtschaft und diese Investition fördert die Arbeitsplätze in unserem Pendlerbezirk, die wir so notwendig brauchen. Danke für die Investition! (Abg. Gennaro: „Entschuldigen müssen wir uns nicht, weil wir gefragt haben!“)

Braucht euch überhaupt nicht entschuldigen. Nur, dieser schöne, wunderbare Slalom, Riesenslalom, den ihr da fährt, „Heizkosten ja, aber Gräfin nein“, das geht mir auf den Wecker, weil das gehört nicht da herein. Das ist das Ganze. (Beifall bei der ÖVP.)

Eines noch, wenn durch diese ganzen Diskussionen, die jetzt durchgeführt werden und die eigentlich – die Frau Kollegin Lechner-Sonnek hat es auch erwähnt – bedingen, dass das Image von Herberstein angeschlagen ist, was könnte man tun, dass das Image besser wird? Wenn dies Arbeitsplätze kostet, meine geschätzten Damen und Herren, dann habt ihr diese Verantwortung zu tragen, das ist ganz klar.

Ich bedanke mich nochmals bei dir, Frau Landeshauptmann, und allen, die das Leitprojekt Herberstein mit allem, was dort passiert, unterstützen.

Und habt keine Angst, auch wir als Verantwortliche in der Region schauen selbstverständlich, was mit dem Geld passiert. Wir sind aber überzeugt davon, dass es bestens angelegt ist. Und ich frage mich schon, ob ihr auch bei anderen Projekten die gleichen Fragen stellt. Wir werden sehr aufmerksam beobachten, ob ihr, wenn ihr Projekte einbringt, wenn Projekte aus euren Gemeinden gefördert werden, ob ihr dann wirklich auch diese gleichen Fragen stellt, das ist mir besonders wichtig. (Abg. Prattes: „Ich habe die Drohung verstanden!“)

Es gibt ja Stellungnahmen zu diesem Tierpark, wo der Herr Prof. Pechlaner ausdrücklich uns Steirerinnen und Steirern zu diesem Tierpark in Herberstein gratuliert und sagt, dass wir dankbar sein können, dass es diesen Tierpark in unserer Region gibt. Und der ist ein anerkannter Fachmann und braucht niemandem schmeicheln. Er weiß genau zu schätzen, was wir mit diesem Tierpark haben.

Eines noch dazu: Diese Tiere, die in diesem Tierpark beherbergt werden, die den Menschen zur Besichtigung gestellt werden, damit viele unserer Kinder einmal wissen und auch wir Erwachsene, welche Tiere es gibt, brauchen natürlich auch sehr viel Futter, und das ist gleichzeitig auch Förderung für die Landwirtschaft.

Abschließend nochmals, meine geschätzten Damen und Herren – Kurtl, ich weiß schon, dass du heute einmal nervös bist –, ich möchte euch nochmals ersuchen, vergesst nicht, was wir gemeinsam beantragt und beschlossen haben. Der Kollege Siegfried Herrmann, der auch hier im Landtag war, hat mit aller Entschiedenheit die Sonderförderung dieses Tierparks unterstützt. Der Kollege Schinnerl von den Freiheitlichen, ganz das Gleiche, mit aller Entschiedenheit, bitte unterstützen und fördern wir diesen Tierpark und Herberstein mit einer Sonderförderung. Anscheinend ist das wirklich alles vergessen.

Wir brauchen diesen Tierpark, wir brauchen Leitprojekte in dieser Region, wir brauchen das Museum. Wir haben den Stubenbergsee, wir haben den Naturpark Pöllauer Tal, wir haben eine tolle Region. Wir freuen uns, wenn Menschen in unsere Region kommen und sich wohl fühlen. Und wir freuen uns, wenn es Investoren gibt, selbstverständlich auch private, die bereit sind, in unsere Region zu investieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.10 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Zierler.

Abg. Zierler (17.10 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Herren auf der Regierungsbank, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Herr Kollege Riebenbauer, ich war eigentlich schon sehr sanft gestimmt zu dieser heutigen Debatte, aber die Lobhudelei war jetzt wirklich ein bisschen zu viel, ein bisschen zu viel des Guten. (Abg. Riebenbauer: „Ehre wem Ehre gebührt!“)

Ja, schon, aber lassen wir die Kirche im Dorf, Herr Kollege.

Was mir irgendwie bei Ihrer Debatte auch abgegangen ist: Sie haben immer wieder angesprochen den Tierpark, wie wichtig ist der Tierpark, wie wichtig ist es für unsere Kinder, dass wir die Tiere sehen können, wie wichtig ist die Erhaltung des Tierparks. Keine Frage, nur, wir diskutieren hier ja nicht nur über den Tierpark, sondern wir diskutieren hier ja über die letzten Jahrzehnte, über Förderungen, die einerseits ins Schloss gegangen sind, in die Renovierung. Wir diskutieren über den Tierpark, wir diskutieren über das Museum und vielleicht in Zukunft auch über die Museen. Also versuchen wir, das wirklich ein bisschen objektiv zu betrachten.

Objektiv ist sicher auch nicht, wenn man einen Klassenkampf daraus macht und Heizkosten und Herberstein gegeneinander auf- oder abwägt. Das kann es, glaube ich, auch nicht ganz sein.

Ich habe die Diskussion der letzten Zeit sehr intensiv mit verfolgt und auch die Diskussion vor der Eröffnung des Gironcoli-Museums.

Mir war es dann auch wichtig, mir ein eigenes Bild zu machen, einfach selbst zu sehen, was ist in Herberstein geschaffen worden. Ich habe vermisst, dass die Kollegen und Kolleginnen der SPÖ das auch so handhaben und vielleicht auch selber hingehen, um sich ein eigenes Bild zu machen. Ich denke, dass mit diesem Museum etwas ganz, ganz Tolles entstanden ist in Herberstein und ich finde es auch ganz schön, wenn es einmal einen österreichischen Künstler gibt, der noch zu Lebzeiten geehrt wird und auch zu Lebzeiten ein Museum bekommt. Die Arbeiten von Gironcoli, die können nicht irgendwo ausgestellt sein, wenn man sich einfach die Dimensionen anschaut, die da vorhanden sind. Aber – und da bin ich jetzt inhaltlich ganz bei Ihnen – es geht natürlich um die Vergabe der öffentlichen Gelder und es geht – was ganz entscheidend ist – um eine fehlende Transparenz und die Transparenz, die haben wir wirklich in letzter Zeit vermissen müssen. Es war eine freihändige Vergabe der Mittel, eine sehr weit gehende Auslegung der Kriterien für die Mittelzuteilung, was ja auch der Rechnungshof bestätigt hat. Also das sind mit Sicherheit Fakten, die auf dem Tisch liegen. Aber tun wir nicht einfach jetzt alles in Bausch und Bogen verurteilen, sondern ich glaube, das Entscheidende ist einfach, dass wir hier in Zukunft eine Transparenz, und zwar von vornherein einfordern und dass vielleicht Diskussionen im Vorfeld im Landtag mit den Zuständigen stattfinden und nicht erst im Nachhinein. Es gibt überhaupt einige Rechenfehler offensichtlich. Frau Landeshauptmann, vielleicht war es ein Versprecher, aber ich habe mir da aufgeschrieben, Sie haben gesagt, das Land Steiermark bekommt von Herberstein 10.000 Eintrittskarten im Gegenwert von 550.000 Euro. (Landeshauptmann Klasnic: „150.000 Euro!“) Nach Adam Riese würde damit eine Eintrittskarte 55 Euro kosten. (Landeshauptmann Klasnic: „150.000 Euro!“) 150.000 Euro, gut, dann war das ein Hörfehler oder ein Versprecher, jedenfalls ich habe mir das so aufgeschrieben und habe mir gedacht, da haben wir irgendwie wieder einen Rechenfehler oder wieder irgend etwas, das sich dann nicht ganz ausgeht, wenn man es durchrechnet.

Ich denke, das Leitprojekt Herberstein, was ja auch von Sozialdemokraten so gesagt wurde, ja, das ist sicher ein ganz wichtiges Projekt, aber was ich vermisse ist auch hier ein Gesamtprogramm und ich vermisse eigentlich auch eine Erfolgsbilanz von Herberstein. Damit meine ich jetzt nicht die Besucherzahlen, sondern ich meine auch eine wirtschaftliche Erfolgsbilanz und auch eine eigene Rentabilität, die mir eigentlich schon

abgeht Vor allem wenn man sich die Zahlen anschaut, dann geht das eigentlich immer am Limit dahin. Vielleicht wäre das auch eine Zielvorstellung für Herberstein, dann kämen wir aus den Schlagzeilen heraus, dass es da heißt, Land schenkt Herberstein wieder Millionen, Geldregen für Herberstein hält weiter an und so weiter und so fort. Es gibt ungleiche Förderungen, hier auf der einen Seite sehr viele Förderungen, da wird das Füllhorn auch ausgeschüttet, auf anderen Seiten keine Förderungen, ganz wenig Förderungen, Museen, die jährlich um ihre Existenz kämpfen, die jährlich bangen und sich ihr Überleben dann letztendlich doch wieder selbst sichern müssen.

Auf den Punkt gebracht, seit Jahrzehnten gibt es einen großen Fluss öffentlicher Gelder nach Herberstein und ich denke mir, Frau Landeshauptmann, Sie haben gesagt, das ist Aufbruch in eine gute Zukunft im ganzen Land. Da bin ich inhaltlich ganz bei Ihnen, würde Sie aber bitten, dass wir, wenn wir von einer guten Zukunft für das ganze Land sprechen, auch andere mit einbeziehen und auch wirklich das ganze Land mit einbeziehen, auch jene, die sich vielleicht nicht so gut artikulieren können, die vielleicht nicht so gute Kontakte haben und die vielleicht nicht so gute Netzwerke haben und sich vielleicht auch nicht so gut verkaufen können. Ich denke, gerade jene sollten von uns besonders gefördert werden. (Beifall bei der FPÖ. – 17.16 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Böhmer. Herr Abgeordneter, Ihre Wortmeldung.

Abg. Böhmer (17.16 Uhr): Sehr geehrte Regierungsmitglieder, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Frau Andrea Herberstein mit Begleitung!

Bewusst jetzt zum Schluss gesagt, weil ich vorausschicke, dass ich mit Frau Herberstein ein sehr interessantes und für mich auch sehr aufschlussreiches Gespräch geführt habe. Ich werde natürlich jetzt nicht dieses Gespräch wiedergeben, sondern habe mir daraus meinen Reim gemacht. Wenn du, Kollege Franz Riebenbauer, wie du so emphatisch, so von dir heraus gesagt hast, ein Siegi Hermann und ein Schinnerl haben das mitgetragen, dann sage ich zum einen, es wird auch, so lange der Wolfgang Böhmer Abgeordneter im Bezirk Hartberg ist, es mittragen. Denn sein Denken ist nicht nur auf den Tierpark fokussiert, sondern sein Denken geht über das Gebiet und über den Besitz von Herberstein bis herüber zum Stubenbergsee und hat da vielleicht drinnen auch in einem weit blickenden Projekt die eine oder andere Beherbergungsstätte. (Abg. Bittmann: „Ihr habe die Dringliche Anfrage gestellt“)

Das ist zum Beispiel ein Punkt, Kollege Bittmann, dass ich zum Beispiel bei diesem Gespräch unter anderem das Gefühl bekommen habe, Frau Landeshauptmann, dass in den Jahren vor 1999 und bis 2002 oder 2004 gerade die Herberstein OEG. etwas vernachlässigt wurde. Warum wurde sie vernachlässigt? Sie wurde nicht nur finanziell vernachlässigt. Sie wurde auch – und Sie haben heute etwas anderes gesagt – sie wurde auch von mir gesehen auch moralisch vernachlässigt, weil gerade die Herberstein OEG. oder in dem Fall Frau Andrea Herberstein gesagt hat, sie hat dem Land einiges angeboten. Und jetzt 2004 zu sagen, jetzt schicken wir dieses Beraterteam hin und jetzt probieren wir eine Optimierung dieses Betriebes, da muss ich sagen, hier ist man etwas spät, wenn nicht sogar sehr spät dran. Das heißt, diesen Masterplan hat es ja schon lange gegeben. Das heißt, anhand dieses Masterplanes – und da kommen wir zu dem so genannten Punkt 15, lieber Franz – und das vermute ich vielleicht auch, weil eben die Fördergelder, die die Frau Landeshauptmann als Kulturreferentin 2000 bis 2003 zur Verfügung gehabt hat, die woanders eben verstärkt geflossen sind. Das ist auch ein Angriffspunkt der SPÖ. Die SPÖ – und das war schon Joachim Ressel 1999 – war für eine verstärkte Beteiligung des Landes. Das heißt, wenn ich eine verstärkte Beteiligung des Landes anstrebe, wenn ich eine ordentliche Geschichte mache in etwa wie oben, im Ansatz wie im Wildpark Mautern, dann habe ich kein Problem. Frau Landeshauptmann, dann fließt auch für die Familie oder für die Herberstein'schen Betriebe mit Landesbeteiligung jährlich ein Geld, womit dieser Betrieb rechnen kann.

Das Zweite, eine stille Beteiligung wurde damals ausgesucht. Eine stille Beteiligung ist nicht sehr viel. Es ist eine atypische stille Beteiligung und man hat als stiller Beteiligter das Recht wie ein Kommanditist, dass man einmal im Jahr Einblick in den Jahresabschluss gewährt bekommt. Man hat aber nie im Laufe des Jahres die Möglichkeit in diesen ganzen Betrieb sich mit einzubringen, in diesem Betrieb mitzuwirken in irgend einer Weise, egal wie ich das sehe. Das heißt, man hat auch hier einige Fehler gemacht und das haben auch die Kollegin Lechner-Sonnek und auch die Kollegin Zierler gemeint, das ist fehlende Transparenz. Da müssen Sie dann auch verstehen, dass wir sagen, wenn diese ganze Ferialverfügungsgeschichte passiert, dass wir sehr hellhörig werden.

Aber was passiert dann bei uns? Es passiert, wie auch heute schon und ich habe mir es aufgeschrieben, wir haben im Wirtschaftsteil heute einige Sachen kritisiert und, Kollege Kasic, wir haben kritisiert, weil es uns bitte betrifft und nicht, weil die SPÖ schlecht machen will. Das sagt nur ihr immer. Keiner will schlecht machen. Der Kollege Kasic hat heute gesagt und ich habe es mir wortwörtlich aufgeschrieben, die SPÖ hat die Wirtschaft des Landes schlecht gemacht. Ein typischer Satz, den die ÖVP seit ich hier in diesem Landtag bin, eigentlich prägt.

Die ÖVP prägt immer derartige Sätze, wenn wir ein Fehlverhalten von der Frau Landeshauptmann ankreiden. Dann werden alle Steirerinnen und Steirer mit ins Boot hinein genommen und dann ist Herberstein schlecht, dann ist der Herr Landeshauptmannstellvertreter, der Herberstein skandalisiert, wenn was passiert.

Lest das, bitte, liebe Kollegen und Kolleginnen, lest euch die Zeitungsmeldungen durch. Kaum kritisiert die Frau Landeshauptmann, es werden die schwarzen Patrizier ausgeschickt und reiten durch das Land, von den Medien unterstützt. Das kann es ja nicht sein!

Da gibt es Sachen, wo ein junger Nationalratsabgeordneter unseren Landeshauptmannstellvertreter vernadert, dass er in dem Fall skandalisiert. Das Wort hat er nie in den Mund genommen. Und dann missbraucht sogar ein Bezirkshauptmann – Frau Landeshauptmann, ich glaube, es war auch Ihnen sehr peinlich – eine Geburtstagsfeier eines Prälaten zu derartigen politisch polemischen tiefen Untergriffen.

Und wenn ich mir heute die Presseaussendung des Kollegen Drexler in Bezug auf unseren Landesrat Wolfgang Erlitz anschau, dann muss ich sagen, das ist genau diese Fasson. Das heißt, ihr reitet immer das gleiche Pferd. Ihr glaubt wirklich, die Steiermark gehört euch. Nur mehr bis 2005! Nur mehr bis 2005! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Hammerl: „Wer den Wind sät, wird den Sturm ernten!“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Böhmer!“ – Abg. Hammerl: „Wir haben in der Steiermark genug Adelige, die eine Landwirtschaft betreiben!“ – Präsident: „Herr Abgeordneter Hammerl, Wortmeldungen nehme ich entgegen. Jetzt ist der Herr Abgeordnete Böhmer am Wort!“)

Rein aus medizinischen Gründen würde ich sagen, etwas ruhiger, Kollege Hammerl, das schadet in deinem Alter deinem Blutkreislauf.

Ich muss ganz ehrlich sagen, Kollege Hammerl, es hat kein einziger SPÖ-Abgeordneter in der Öffentlichkeit im Bezirk Hartberg die Familie Herberstein oder die Herberstein OEG. nur irgendwie skandalisiert. Nimm das bitte zurück! Nimm das zurück! (Abg. Hammerl: „Das ist von euch gekommen!“ – Präsident: „Herr Abgeordneter Böhmer, bitte fortzusetzen!“)

Ich schließe, oder besser gesagt, Kollege Hammerl, ich fasse zusammen. Ich sage es ganz einfach. Es ist, wenn ich mir so diese ganzen Dinge anschau und die ganzen Wortmeldungen durchschaue, es ist, was den Betrieb Herberstein anlangt, für mich, bitte, vieles auf die lange Bank geschoben worden. Sie, Frau Landeshauptmann, waren in dieser Weise nicht so transparent zu den Regierungsmitgliedern. Ich will nur eines sagen, so kann Herberstein auch zum Stolperstein für die Kulturreferentin und Landeshauptfrau werden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.26 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kasic. Bitte.

Abg. Kasic (17.26 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Also eines ist mir mittlerweile klar geworden, seit Abgeordneter Kröpfl Klubobmann ist, hat er nur ein einziges Hobby, nämlich mit Schmutz um sich zu werfen und zu verunglimpfen. Ich sage das ganz deutlich und möchte auch gleich beim Herrn Abgeordneten Böhmer anschließen, wenn er bitte sagt, wir machen immer nur alles schlecht. Ich zitiere die letzte Sitzung, Sonderlandtag, wo uns genau das der Herr Abgeordnete Gennaro vorgeworfen und gesagt hat, jawohl, ich stehe dazu zu diesem Schlechtmachen, denn es ist einfach so. Ihr bekennt euch also auch zu dieser Politik, und das ist eine Schande für dieses Haus.

Meine Damen und Herren, offensichtlich ist es wirklich nur Taktik, was die Sozialisten und Sozialdemokraten in diesem Haus versuchen – Unterstellungen, die einfach in den Raum gestellt werden, wie, „wir vermuten, dass es mehr ist“, „wir haben nur lückenhafte Aufstellungen von Frau Landeshauptmann erhalten“, bis zur Aussage vom Herrn Abgeordneten Böhmer in der „Kleinen Zeitung“, man wollte Landeshauptmannstellvertreter Voves 5,8 Millionen zur Unterschrift unterjubeln oder zur Aussendung des Klubobmannes Kröpfl, wo er sagt, und zwar die Tatsache – ich zitiere wörtlich –, „dass Klasnic im Zuge der jüngsten Herberstein-Förderung hart an die Grenze zur Illegalität agiert habe“.

Meine Damen und Herren, diese Angriffe und Vorwürfe von Rechtsbruch und Ähnliches sind einmal auf das Schärfste zurückzuweisen. Das lassen wir uns einfach nicht gefallen! (Beifall bei der ÖVP.)

Angesprochen wurde auch schon dieses Ausspielen, dieser Klassenkampf. Wenn dieser Heizkostenzuschuss gefallen ist – jetzt hat er ja wieder Platz genommen, der Herr Landesrat Flecker –, er war es, bitte, der die Ausgleichszulagenbezieher, also sozusagen die Ärmsten dieses Landes, die Mindestrentner nicht einbezogen hat in diesen Heizkostenzuschuss. Und erst auf Drängen unserer Frau Landeshauptmann musste seine Vorlage wieder repariert werden. So schaut es nämlich wirklich aus! (Beifall bei der ÖVP.)

Aber da gibt es noch einige Beispiele, wie es die SPÖ mit dem Geld hat. Lieber Wolfgang Erlitz, wenn etwa im letzten Kontroll-Ausschuss von Mitgliedern der KAGES und Mitarbeitern gesagt wird, rund 750.000 Euro sind eine vernachlässigbare Größe, Gelder, die jetzt in der KAGES fehlen, weil die Kostenersätze entgangen sind, und du gemeint hast (Landesrat Mag. Erlitz: „Aber nicht ich habe das gesagt!“) und du gemeint hast, naja, es ist zwar weniger gebaut worden, das hat man nicht alles realisiert, was ausgeschrieben war, aber wir haben eine Punktlandung beim Budget gehabt, wir haben die Kosten gehalten.

Na, noch schlimmer, weniger bauen und das Geld noch verbraten. Das kann nur in deinem Ressort passieren. (Landesrat Mag. Erlitz: „Hast du kein sicheres Mandat? Erkämpfst du heute dein Mandat?“)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich aber noch zwei Sätze sagen. Ist etwa den Sozialdemokraten und auch vielleicht einigen anderen in diesem Haus einer anderen Fraktion Herberstein weit weniger wert als die vielen guten anderen Projekte, die in diesem Land Jahr für Jahr umgesetzt werden und wo Gelder fließen? Wenn ich mir allein anschau, wie viele Millionen im Jahr 2003 geflossen sind: für die Freizeitarena

Maria Lankowitz 1,45 Millionen Euro, also 20 Millionen Schilling, nur im heurigen Jahr. Für den Wildpark Mautern 20 Millionen Schilling, 1,45 Millionen Euro, nur im heurigen Jahr. Und wir haben ja schon gehört, dass es durchschnittlich in den vergangenen acht Jahren 466.000 Euro waren.

Ja, lieber Kurt Gennaro, du lachst darüber. Für uns ist diese Sache nicht zum Lachen, wenn man nur Leute verunglimpfen will.

Oder wenn ich die Veranstaltungshalle Pöllau hernehme, 7 Millionen Schilling, das Sportzentrum Bad Aussee 18 Millionen.

Aber es kommt noch dicker, meine Damen und Herren, wenn ich mir anschau, dass Landeshauptmannstellvertreter Voves etwa für dieses Sport- und Freizeitzentrum, wo unter ganz eigenartigen Auswirkungen und ganz eigenartigen Voraussetzungen überhaupt der Auftrag an einen Planer erteilt wurde, 60 Millionen Schilling, 4,36 Millionen Euro, an Bedarfszuweisung gibt, dass man etwa für die Ausstellung auf Burg Rabenstein in einem Jahr 30 Millionen Schilling ausgegeben hat, dann wird das, meine Damen und Herren, Herberstein in 18 Jahren mit durchschnittlich 353.000 Euro wohl wert sein für all das, was dort geleistet wird.

Aber auch noch ein weiteres Schmankerl. Denken wir etwa an den Kulturbahnhof Mürzzuschlag, wo 280.000 Euro aus Bedarfszuweisungsmitteln hingeflossen sind und wo die Frau Landeshauptmann intensivst ersucht wurde, diesen Betrag zu verdoppeln, damit man dieses Projekt realisieren kann. Und selbstverständlich hat das die Frau Landeshauptmann gemacht, egal welcher Partei der dortige Bürgermeister angehört, weil sie für gute Projekte ist und weil sie all das, was gut ist für dieses Land, auch tatsächlich umsetzt. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Aber den Tunnel hat sie nicht umgesetzt!“)

Meine Damen und Herren, Herberstein ist die besucherstärkste private touristische Attraktion in diesem Land. Wir haben es gehört – 150.000 bis 200.000 Besucher pro Jahr. Ich frage Sie, wie viele Besucher hat etwa das Sportzentrum Frohnleiten, die Veranstaltungshalle in Pöllau oder eben diese Freizeitarena? Und wenn, wie schon angesprochen, einer der wohl international anerkanntesten Fachleute auf dem Gebiet, der Herberstein seit 1972, damals noch als Tierarzt, kennt, nämlich Prof. Dr. Pechlaner, sagt, das Land Steiermark kann sich glücklich schätzen, eine derart wichtige Institution zu beherbergen, bei einem solchen Gesamtkunstwerk aus Natur und Kultur mit edukativer wissenschaftlicher und wissenschaftlich-touristischer Bedeutung ist aber auch ein gewaltiges Entwicklungspotenzial vorhanden.

Meine Damen und Herren, wir von der ÖVP bekennen uns zu diesem Entwicklungspotenzial und zu dem, was dort in Herberstein geschaffen wurde. Wir leben in einem wunderschönen Land, es wurde schon angesprochen, vieles passiert. Wir lassen uns einfach das, was Gutes passiert, nicht von euch und vor allem von dir, Herr Klubobmann Kröpfl – und ich habe dir das schon einmal persönlich gesagt – nicht dauernd kaputt reden. Wenn man Dinge ständig wiederholt, werden sie auch nicht wahrer. (Beifall bei der ÖVP.) Und das, was du immer hier verbreitest, wird auch deswegen nicht wahr.

Wenn ich abschließen darf mit einer Frage fünf, die du aufgebaut hast wie eine Millionenshow, mit a), b), c) und d), da könntest du auch die Frage stellen, aber das traust du dich wahrscheinlich nicht, wer setzt sich für das Land und die Menschen hier am besten ein? Die Antwort werden die Steirerinnen und Steirer zu einem richtigen Zeitpunkt geben: Landeshauptmann Waltraud Klasnic. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Dr. Flecker. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker (17.33 Uhr): Herr Präsident!

Herr Kollege Kasic, dass Sie mich angesprochen haben, gibt mir Anlass mich zu melden, nicht auf Sie einzugehen aus nachvollziehbaren Gründen und vielleicht eher auf etwas einzugehen, was die Frau Landeshauptmann gesagt hat.

Die Frau Landeshauptmann hat gesagt, Sie hat nie 5,8 Millionen beantragt. Die Frau Landeshauptmann hat unterschrieben, natürlich am gleichen Tag zwei verschiedene Ferialverfügungen. In meinem Büro würde ich mir überlegen, an einem Tag in der gleichen Sache Verschiedenes zu unterschreiben, aber das kann im Sommer ja vorkommen, da ist ja viel zu tun. Darf ich vorlesen, was Sie da unterschrieben haben, Frau Landeshauptmann?

Das oben erwähnte stille Beteiligungskapital in Höhe von einer Million Euro soll zur Abdeckung der Entwicklungskosten für das naturwissenschaftliche Museum des Landesmuseums Joanneum sowie zum Abschluss der Arbeiten des Gironcoli-Museums verwendet werden. Dieser Betrag in Höhe von einer Million ist in der Folge – bitte – ist in der Folge in den im September abzuschließenden Gesellschaftsvertrag über die Errichtung einer typisch stillen Beteiligung von insgesamt 5,8 Millionen Euro einzurechnen. Und wissen Sie, was Sie beantragt haben? Der vorstehende AV., aus dem ich zitiert habe, wird zustimmend zur Kenntnis genommen. Also wenn das Rechtskraft bekommen hätte, hätte die Landesbuchhaltung in Bereitschaft diese 5,8 Millionen reservieren müssen und dann hätte die Regierung überhaupt nichts mehr dagegen sagen können, weil Sie mit dieser Ferialverfügung durch einen Grundsatzbeschluss die Regierung präjudiziert haben. Und es ist nicht richtig, dass Sie sagen, Sie haben mit dieser Ferialverfügung nur eine Million bewegt, Sie haben sie unmittelbar bewegt. Aber Sie haben den Gesamtzusammenhang der Gelder in dieser Ferialverfügung darge-

stellt. Und das ist ein großer Unterschied, ob man 5,8 Millionen insgesamt zur Verfügung stellt oder ob man nur von einer Million spricht. Da liegt die Differenz von 4,8 Millionen dahinter, Frau Landeshauptmann, und bei der Situation, die im Landesbudget gegeben ist, glaube ich, ist das auch kein zu kleiner Betrag.

Dann darf ich noch etwas sagen, weil Sie noch immer interessanterweise der Meinung sind, dass diese Million, die offenbar nach Ihrer Ferialverfügung geflossen ist, korrekterweise geflossen ist, auch das ist unrichtig. Weil die Finanzreferentin mit Ihrer Unterschrift, nämlich mit Ihrer, Frau Landeshauptmann, feststellt, in Ihrer Äußerung zur Ferialverfügung, es ist darauf hinzuweisen, dass die beantragte Mittelbereitstellung auf Basis einer gültigen Rechtsgrundlage zu erfolgen hat. Und Sie werden doch nicht glauben, dass wir Ihnen glauben, dass damit die Ferialverfügung gemeint sein kann, sondern jeder vernünftige Mensch weiß, dass damit der Beteiligungsvertrag über die stille Beteiligung gemeint ist. Und somit ist von der Buchhaltung, die in dieser Frage weisungsfrei ist, ob Einfluss genommen wird, kann ich nicht beurteilen, diese Million Euro zu Unrecht geflossen. Und hier ist ein schwerer Verstoß gegen die Haushaltsgrundsätze, die in diesem Land herrschen, geschehen.

Außerdem erlaube ich mir schon darauf hinzuweisen, wenn Sie so sagen, Sie haben nichts über die Gelder, die anlässlich der Landesausstellung geflossen sind, in Ihre Antwort hineingepackt, weil Sie nicht gefragt wurden. Sie wurden ab 1986 gefragt und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, ist die Landesausstellung 1986 gewesen. Es wäre für Sie ein Einfaches gewesen, zumindest in den Rechnungsabschlüssen 1986, 1987, weil das Folgejahr noch Restabwicklungen hat, nachzuschauen und zu berichten, wie viele Gelder in den Jahren 1986 und 1987 geflossen sind. Das ist nicht ein Fehler des Fragestellers, sondern das ist das Nichtwollen des Verantwortens. Jeder, der einen Rechnungsabschluss vor sich hat, kann Ihnen das sagen. Und wenn ich jetzt – um das Gesamte auch noch einmal darzustellen – (Abg. Bittmann: „Fragt richtig. Das kann doch nicht so schwer sein!“)

Wissen Sie, Herr Kollege Bittmann, es gibt Menschen, die in solchen Sachen so redlich sind, dass sie Antworten von selber geben und manche kann man noch so gescheit fragen, die Antwort wird man nie bekommen. Und ich glaube, dass hier eher der zweite Fall gegeben ist. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Das ist der Voves-Kurs!“)

Vielleicht darf ich doch darauf hinweisen, darf ich doch ein kleines Rechenexempel mache. In den Jahren – (Abg. Bittmann: „Voves-Kurs!“)

Herr Kollege Bittmann, ich habe Sie jetzt extra ausreden lassen, damit Sie ein Beispiel Ihres Niveaus geben konnten. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist nicht nur Ihr Organ, das so hervorsteht, es ist auch der Inhalt.

Herr Kollege Bittmann, vielleicht hören Sie zu. Wenn ich jetzt zusammenrechne, wenn ich versuche zusammenzurechnen und diese 6,3 Millionen, die uns die Frau Landeshauptmann heute vorgetragen hat, plus einer Million, die gestern mit Mehrheit beschlossen wurde, plus in dieser einen Ferialverfügung dargestellte – und wir werden ja sehen, ob das kommt – noch 4,8 Millionen Euro, kämen wir insgesamt auf rund 12 Millionen Euro in den letzten Jahren. Und jetzt frage ich mich bei einem Förderungs- und Beteiligungswert von 12 Millionen Euro, wenn ich das gegenüberstelle einem Wert von Liegenschaften, dann müssten wahrscheinlich das Schloss und der Tierpark schon zweimal dem Steuerzahler gehören. Ich glaube, dass das ja die eigentliche Frage ist, dass nämlich die Absicherung der hingegebenen Mittel nicht stattgefunden hat. Warum werden Beteiligungen so gemacht, dass keine Rechte daraus erwachsen? Ich würde ganz gerne den vorhandenen Beteiligungsvertrag, den unterschriebenen, vorhandenen Beteiligungsvertrag über die 2,9 Millionen sehen und ich würde ganz gerne darin lesen, in welcher Form sich das Land als Beteiligungsgeber schadlos hält. Ich glaube, dass es auch fahrlässig sein kann, die Rechte des Steuerzahlers, die wir ja zu vertreten haben, nicht entsprechend abzusichern. Und wenn ich nur eine stille Beteiligung eingehe, die in Wirklichkeit keinerlei Rechte statuiert, sondern 10.000 Eintrittskarten, dann ist das eine sehr magere Absicherung. Das möchte ich auch dazusagen.

Und zum Schluss, Herr Kasic, weil Sie die Ausgleichszulagenempfänger da gemeint haben, wissen Sie, ein Vertreter jener Partei, die auf Bundesebene Heizkostenzuschüsse ablehnt und als Vertreter jener Partei in der Steiermark, deren Parteiobfrau die Frau Landeshauptmann ist und die im Winter 2000/2001 noch bereit war, 50 Prozent des Heizkostenzuschusses zu finanzieren und in diesem Winter keinen einzigen Cent dafür übrig gehabt hat, aber für etwas anderes schon, und als Vertreter jener Partei, die mit dem Herrn Grasser in Koalition ist, der im Winter 2000/2001 noch bereit war, 50 Prozent des Heizkostenzuschusses zu finanzieren und das jetzt nicht mehr tut, würde ich in dieser Frage den Mund nicht aufmachen, außer ich gebe endgültig meine Glaubwürdigkeit auf.

Aber ich glaube, das ist ohnehin das Ergebnis dieser Diskussion! (Beifall bei der SPÖ. – 17.43 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Hagenauer. Bitte, Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (17.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer!

Ich fasse mich kurz, ich möchte nur die Position der Grünen zu dem jetzt, soweit man das überblicken kann, anschließend noch einzubringenden Antrag oder Anträgen einbringen.

Die Grünen beantragen eine punktuelle Abstimmung dieses Antrages. Das betrifft nicht zuletzt den ersten Punkt, in dem ein Bekenntnis zum Tier- und Naturpark Herberstein enthalten ist. Wir haben nicht die Absicht, diesem Bekenntnis zuzustimmen. Um es kurz zu machen, Bekenntnisse legt man in der Kirche ab und nicht im Landtag.

Was ist ein Landtagsbeschluss wert, der aus einem Bekenntnis besteht? Was fängt jetzt die Regierung damit an? Das ist nichts anderes als allenfalls ein Blankoscheck. Und wie wenig also diese Regierung im Speziellen und in dieser Sache Blankoschecks verdient hat, das haben wir heute jetzt in dieser Debatte ohnehin sehr deutlich sehen können. Das kann man sich ersparen. (Beifall bei den Grünen.)

Das ist nämlich genau das Problem, dass man hier in dem Raum – das hat man jetzt sehr schön gesehen – Bekenntnisse ablegt zu den Leitprojekten. Ja, wir sind nicht in der glücklichen Lage, dass wir alle Leitprojekte finanzieren können. Was fange ich also mit so einem Beschluss, mit so einer Aussage an? Gar nichts, gar nichts.

Es wird erst dann lustig, wenn ich entscheiden muss, welches Leitprojekt und warum. Und dazu ist die Regierung da beziehungsweise dazu ist die Politik da. Nicht sich gegenseitig an den Kopf zu werfen und zu sagen, ja bitte, du hast auch eine Förderung bekommen und du hast auch eine bekommen und du so viel und ich so viel. Was fangen wir denn damit an?

Die Frage, die uns interessiert hat – Kollegin Lechner-Sonnek hat es eingangs ja schon angeschnitten –, wäre die gewesen, dass man das Gironcoli-Museum in die Steiermark bringt, ist für die Steiermark eine tolle Sache. An sich hätte das Ding in Klagenfurt bleiben sollen, keine Frage. Was können die armen Kärntner dafür, dass sie jetzt den Landeshauptmann haben, den sie haben. Aber gut, ist es in der Steiermark gelandet. Gut für uns.

Aber was mich schon interessiert hätte, ohne dieser Entscheidung, die ja ohnehin jetzt längst gefallen ist, kraft der Realisierung des Museums, vorzugreifen oder nachträglich zu kommentieren, ich hätte es spannend gefunden, eine Debatte zu führen, ob nicht wir in Graz am westlichen Murufer einen Museumsbezirk haben sollten, ob nicht das Gironcoli-Museum, das ja eher etwas mit Hochkultur zu tun hat, nicht auf dieses westliche Murufer gepasst hätte? (Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Wir haben auch ein Land rund um Graz!“)

Richtig, diese Debatte zu führen, ob man nicht ein derartiges Objekt mit einer derartigen Bedeutung, international, wenn man es schon realisiert, dort hinstellt, wo man es dann auch international vermarkten kann. Diese Debatte wäre zu führen gewesen.

Man kann sich dann leicht hinstellen und kann sagen, wie immer das ausgeht, aber wo ist denn diese Debatte geführt worden? Herr Kollege Wöhry, sich jetzt da drauf zu melden, das ist einfach. Ich stelle nur fest, wo ist denn diese Debatte geführt worden? Mich hätte es schon interessiert, ob man nicht am Standort Herberstein zum Beispiel eben mit dem Joanneum im naturhistorischen, naturwissenschaftlichen Bereich sinnvollerweise sehr viel machen kann – kann ich mir sehr gut sehr viel vorstellen. Aber bei einer Einrichtung absoluter Hochkultur in Stubenberg bin ich mir nicht so sicher.

Ich gebe keine Antwort darauf. Ich sage nur, die Debatte hat gefehlt. Und das ist eigentlich für die Grünen der Kern der Sache. Es geht nicht nur darum, dass man sagt, der soll etwas bekommen, der soll etwas bekommen und dann noch nachrechnet, wie viel, sondern wenn wir nur immer weniger Geld zu verteilen haben, dann haben wir die verdammt Pflicht, genau jeden einzelnen Euro zu begründen. Wo ist denn die Begründung gewesen, kulturpolitisch, für den Standort Stubenberg das Gironcoli-Museum? Wie die Entscheidung ausfällt, ist nicht meine Sache, wo ist die Begründung dafür, wo?

Das wollte ich nur an dieser Stelle sagen.

Deshalb nutzen uns Bekenntnisse einmal gar nichts, weil das kann ein jeder. Da machen wir uns nur lächerlich.

Den einzelnen Punkten, den anderen, werden wir zustimmen, weil logischerweise kann man da nichts dagegen haben.

Schade ist es nur, dass in dem Bereich offenbar noch immer keine Einsicht besteht und ich habe also auch von Seiten der Sozialdemokratie heute in der Richtung nichts Wirkliches gehört, dass man bereit ist, eben genau am Kern der Sache, an den Kriterien zu arbeiten.

Zum Abschluss noch eine Anmerkung: In der Stellungnahme der Frau Landeshauptfrau steht unter anderem drinnen, dass man nicht in der Lage war zu recherchieren, um welches Ausmaß der Förderungen es jetzt gegangen ist nach Herberstein seit 1986. Das wirft auch ein sehr bezeichnendes Schlaglicht auf den schon heute zitierten steirischen Brauch.

Wenn ich nämlich ein System habe, wo ich einfach sage, ich verteile, fahre durch das Land wie weiland die Ottonen in der Pfalz, dann brauche ich natürlich keine Aufzeichnungen führen. Wozu auch? Ich brauche ja niemandem eine Rechenschaft darüber geben, was ich tu, kraft meines Fürstenamtes. Wenn ich aber mich als Demokrat verstehe, indem ich ja draußen schön langsam könnte einmal daran denken, dann hätte ich auch die verdammt Pflicht Aufzeichnungen zu führen und dann könnte ich natürlich per Knopfdruck Rechenschaft geben, wie viel ich an wen immer wofür ausgegeben habe.

In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen. – 17.50 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Wolf Rauch.

Abg. Dr. Rauch (17.50 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, liebe Mitglieder der Landesregierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist schon was Wahres dran an der Feststellung, dass in der bisherigen Debatte die Inhalte, die Konzepte, was dort – in Herberstein – geboten wird, ein wenig zu kurz gekommen sind. Frau Landeshauptmann hat sie in ihrer Anfragebeantwortung sehr wohl erwähnt, aber in unserer Diskussion ist es zu kurz gekommen.

Daher erlauben Sie mir noch ganz kurz ein paar Worte dazu, denn das Konzept, das dort in Herberstein verwirklicht wird, ist etwas, was einzigartig ist. Tierparks gibt es viele, Kunstmuseen gibt es viele, Schlösser gibt es viele, Völkerkundemuseen gibt es viele. Das Faszinierende, was wir dort erleben, ist die Verbindung von diesen Elementen auf eine einzigartige und sich selbst logisch ergebende Art und Weise.

Was heißt das? Das heißt, dass dort Kunst, Wissenschaft und Natur aufeinander treffen, und zwar nicht in einer städtischen Großregion, wie Wien oder auch Graz, sondern in einer Region, wo man die einzelnen Teile eines solchen Angebots schon allein suchen muss. Das ermöglicht es, das eröffnet die Chance, dass Menschen, die die Natur suchen, die die Tiere suchen, plötzlich, ob sie das wollen oder nicht, mit Kunst konfrontiert sind, plötzlich mit Wissenschaft konfrontiert sind, dass Besucherinnen und Besucher, die wegen der Kunst nach Herberstein gehen, plötzlich auch die lebendige Natur vorfinden und die Spannung, die aus dieser Begegnung entsteht.

Es ist ja kein Zufall, dass gerade Gironcoli dort ausgestellt wird. Jedes einzelne Kunstwerk von Gironcoli drückt genau diese Verbindung von Kunst, teilweise Wissenschaft und Technik und ganz deutlich Natur aus. Das macht diesen Künstler so einzigartig und das erleben wir dort. Deswegen ist das Gironcoli-Museum in Herberstein 100-prozentig am richtigen Platz. (Abg. Gennaro: „Das ist nicht kritisiert worden!“)

Es ist nicht kritisiert worden, völlig richtig, aber ich glaube, wir sollten in einer Debatte, bei der wir diese einzigartige Attraktion der Steiermark würdigen, auch nicht vergessen, was dort geschieht.

Wir haben ein Zukunftskonzept in einer Zukunftsregion und eine solche Einrichtung entsteht nicht zufällig. Sie entsteht nicht oder leider viel zu wenig im Rahmen einer beamteten staatlichen Organisation, sie entsteht leichter und besser auf Privatinitiative. Und die Frau Lechner-Sonnek hat uns gefragt, müssen wir der Familie Herberstein dankbar sein? Ich sage, wir müssen der Familie Herberstein und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr dankbar sein, dass sie solche Ideen haben und solche Ideen in einer Art und Weise umsetzen, die, wie wir gesehen haben, für das Land letztlich kostengünstiger ist, als wenn es, wie wir an anderen Beispielen gesehen haben, in einer rein staatlichen Umgebung passiert. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Sind wir dem Steuerzahler auch dankbar, dass er seinen Beitrag leistet?“)

Selbstverständlich, der Steuerzahler, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die diesen Tierpark und die kulturellen Attraktivitäten möglich machen und für deren Kreativität und Eigeninitiative herzlichen Dank und all jenen, die dieses Konzept in dieser Richtung positiv weiterentwickeln werden. (Beifall bei der ÖVP. – 17.54 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Drexler.

Abg. Mag. Drexler (17.54 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Frau Landeshauptmann, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es ist heute schon sehr viel gesprochen worden zu dieser Dringlichen Anfrage und ich glaube auch, dass es ein gutes Signal ist, dass wir am Ende dieser Debatte mit relativ breiter Mehrheit einem Entschließungsantrag, den der Herr Kollege Kröpfl dann noch einbringen wird, zustimmen werden. Man sieht daran, dass auch in aufgeheizten Debatten am Ende zwar vielleicht ein Kompromiss entstehen kann, der nicht allen 100-prozentig behagt, das ist das Wesen von Kompromissen, der aber zeigt, dass wir in diesem Land die verantwortungsvollen politischen Kräfte schon gelegentlich auch noch gemeinsam etwas zustande bringen können und ich glaube, dass das sehr gut so ist.

Das ist aber nicht der Grund, warum ich mich jetzt doch noch in dieser Debatte zu Wort melde. Aber die Wortmeldung des Landesrates Flecker – er ist mir leider abhanden gekommen, zumindest hier im Raum, aber er wird das sicher möglicherweise wo hören, er ist ja ein sehr aufmerksamer Politiker, wie wir wissen – darf nicht unwidersprochen bleiben. Wenn er nämlich im Zuge dieser Wortmeldung unter anderem auf einen Zwischenruf des Kollegen Bittmann hin sagt, das ist ein Beispiel deines Niveaus, dann kann ich auf die Wortmeldung des Landesrates Flecker sagen, diese Wortmeldung war kein Beispiel seines Niveaus, wir sind von ihm Klügeres und Besseres gewohnt. Das war kein Ausweis seines Niveaus.

Warum? Frau Landeshauptmann hat in ihrer Beantwortung der Dringlichen Anfrage sogar darauf hingewiesen mit dem Satz, „wo gehobelt wird, fallen Späne“ (Abg. Gennaro: „Manchmal geht ein Span ins Auge!“), dass dieser vergeblich zu skandalisieren versuchte Umstand, dass es da angeblich zwei Anträge gegeben hat, dass da offensichtlich etwas passiert ist und zwei Begründungen hat es gegeben für ein und denselben Antrag. Und die Spitzfindigkeit des Kurt Flecker jetzt aus der einen Passage, „der obige AV wird zur Kenntnis genommen“, haarscharf zu schließen, dass einmal von 5,8 und einmal von einer Million die Rede ist, das ist Humbug und das weiß jeder in diesem Raum. Es gab einen Antrag auf eine Million und versehentlichweise sind zwei Begründungen ausgeschickt worden. Wer das skandalisiert, skandalisiert Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das war noch nie der Stil der Sozialdemokratie! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Hoffentlich. Wenn es hineingeht, dann ist es ja in Ordnung!“)

Da möchte ich schon eines dazusagen – lieber Kollege Kurt Gennaro – da darf ich eines dazusagen, vor allem soll niemand mit Steinen werfen, wer selbst im Glashaus sitzt, weil, bitte schön, dass wir einen Regierungssitzungsantrag des Landesrates Flecker haben – und das ist nicht unser Stil, solche Dinge zu thematisieren, aber wenn man damit anfängt, dann muss man sich leider auch gefallen lassen, dass eben auch wenn anderswo gehobelt wird, Späne fallen – und wenn am 29. September, wie mir scheint, der Antrag des Landesrates Flecker über den Heizkostenzuschuss gleich drei Seiten hat, wo der Antrag drinnen ist, einmal mit eins, zwei, drei als Nummerierung, einmal mit vier, fünf, sechs und einmal mit sieben, acht, neun, immer der gleiche Inhalt, dann könnte ein böser Mensch sagen, er hat dreimal die gleiche Summe beantragt. Wenn wir schon so genau sind, dann muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, es ist enttäuschend und nicht Ihr Niveau, dass Sie diese Geschichte von Landeshauptmann Waltraud Klasnic mit den zwei Anträgen thematisiert haben und das ist dann zumindest ebenso möglicherweise ein Flüchtighkeitsfehler oder ein geheimes Konzept, das nur ich nicht durchschaut habe, das gebe ich Ihnen gerne zu, aber eines ist klar, weil wir beim Heizkostenzuschuss sind, wir hätten uns die Sache noch genauer ansehen sollen. Und wenn Sie jetzt sagen, der Kollege Kasic darf nicht auf die Ausgleichszulagenempfänger kommen, dann sage ich Ihnen, das geht so nicht. Wir können auf welches Thema wir immer wollen kommen in einer Debatte, denn da ist etwas passiert. Wir hätten das gar nicht einmal groß thematisiert, es ist halt etwas passiert. Auch dem Landesrat Flecker passieren Fehler. (Landesrat Dr. Flecker: „Das wundert Sie?“)

Das wundert mich, ja! Herr Landesrat, das muss mich wundern, ich habe Sie ja in der letzten Sitzung so sehr gelobt, dass mir das peinlich war, dass Ihnen der Fehler passiert ist. Das war ja mir dann peinlich, dass Ihnen so ein Fehler passiert! (Landesrat Dr. Flecker: „Es war uns beiden peinlich, diese Sache!“)

Aber wenn schon, Herr Landesrat, dann bitte ich Sie wirklich darum, Sie wissen es besser und tun Sie nicht aus einem solchen Faktum dann heraus schließen, das waren zwei Anträge und sonst irgend etwas. Waltraud Klasnic hat einen Antrag stellen wollen und hat einen Antrag gestellt und wer hier etwas anderes behauptet, behauptet wissentlich die Unwahrheit. Das gilt auch für das Ansinnen unserer Frau Landeshauptmann in dieser ganzen Angelegenheit. Es geht einfach insgesamt darum für das Land etwas Gutes zu tun, möglichst viele – weil der Kollege Hagenauer gesagt hat, alle gehen nicht – möglichst viele Zukunftsprojekte für das Land sicherzustellen. Ich appelliere an alle Fraktionen in diesem Hause, Verständliches, aber manchmal nicht Notwendiges Wahlkampfgeplänkel ein Jahr vor der Landtagswahl nicht bei jeder x-beliebigen Gelegenheit als Haupttriebfeder zu verwenden, weil es gibt Projekte, die sollten nicht in den Strudel der tagespolitischen Auseinandersetzung gezogen werden, wenn es nicht notwendig ist, weil sie wichtig und richtig für das Land sind. Insofern bin ich auch über den versöhnlichen Ausklang der heutigen Debatte froh. Schauen wir lieber gemeinsam, dass wir dieses Land weiterbringen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der ÖVP. – 18.00 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Klubobmann Kröpfl.

Abg. Kröpfl (18.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, verehrte Damen und Herren auf der Regierungsbank, Hohes Haus!

Wenn ich heute ein paar Mal als Klassenkämpfer bezeichnet worden bin, dann nehme ich das gerne hin, das macht mich stolz, verehrte Damen und Herren (Beifall bei der SPÖ.), wenn ich mich für jene Personen, die die Hilfe der öffentlichen Hand brauchen, einsetze, dann glaube ich, liegt das im Naturell eines Sozialdemokraten. So viel einmal dazu.

Die Frau Landeshauptmann hat in ihrer Beantwortung gesagt, Vereinbarungen sind einzuhalten. Ja, das ist ganz richtig, dazu stehen wir auch. Aber es muss einmal diese Vereinbarung auf dem Tisch liegen und wir müssen uns diese Vereinbarung einmal anschauen. Deswegen ist es ja mit dem Herrn Landesrat Ressel seinerzeit zu keiner Einigung gekommen, weil es diese Vereinbarung nicht gegeben hat.

Es kommt immer wieder und es wurde auch schon ein paarmal gesagt, liebe Kolleginnen und Kollegen, die SPÖ tut immer alles kaputt reden, die macht immer alles schlecht in diesem Land. Ja, verehrte Damen und Herren, wenn uns als Sozialdemokraten etwas auffällt, wo wir glauben, dass das aufklärungsbedürftig ist, dann wird man uns ja doch wohl zugestehen, auch in diesem Land, dass wir diese Aufklärung beantragen und dass wir nicht vorher Ruhe geben werden, bis alles lückenlos aufgeklärt ist und dazu stehen wir, verehrte Kolleginnen und Kollegen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich halte noch eines fest, weil wir jetzt sehr, sehr konstruktiv am Schluss wieder gearbeitet haben, was mich sehr freut, wir hätten uns diese ganze Dringliche Anfrage heute ersparen können, wenn Sie, Frau Landeshauptmann, im Sommer eine andere Vorgangsweise gewählt hätten und bei der Beschlussfassung oder bei dem Umgang mit diesem Problem anders gehandelt hätten. Aber das scheint anscheinend ein Problem zu sein, dass man da nicht den richtigen Weg findet, dass man da nicht tatsächlich das Miteinander will und gleich von vornherein das transparent alles auf den Tisch legt, so wie es zu sehen ist.

Noch eines als Abschluss für all jene, die sich da sehr besonders aufgeregt und ins Zeug gelegt haben. Es freut mich, dass es uns gelungen ist, einen Vierparteiantrag, nein, Entschuldigung, einen Dreiparteiantrag schlussendlich zu formulieren. Ich bringe jetzt nur den Antragstext, wir verzichten auf die Begründungen, und zwar der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich zum Tier- und Naturpark Schloss Herberstein als touristisches Leitprojekt der Region Oststeiermark.

Zweitens: Die Landesregierung wird aufgefordert, a) unverzüglich eine Prüfung der Förderungen des Landes Steiermark an den Tier- und Naturpark des Schlosses Herberstein und seine Begleiteinrichtungen durch den Landesrechnungshof zu veranlassen sowie b) auf Basis der Ergebnisse einer Studie von Zolles & Edinger (inklusive von Wirtschaftlichkeitsberechnungen aller geplanten Teilprojekte) I. zu prüfen, inwieweit und in welcher Form in Hinkunft Förderungen für den Tier- und Naturpark Schloss Herberstein gewährt werden sollen und II. eine neue Gesellschaftskonstruktion zu finden, bei der – allenfalls unter Einbeziehung des Landesmuseums Joanneum oder der Steiermärkischen Tourismus GmbH. – eine entscheidende Einflussnahme des Landes Steiermark auf die Verwendung der Fördergelder sichergestellt wird.

Ich bedanke mich bei den Fraktionen der ÖVP und der FPÖ für dieses gute Ergebnis, das wir jetzt am Schluss herausgebracht haben.

Ich denke, im Sinne des Landes Steiermark kann es nur gut sein, wenn man wirklich in Zukunft sehr genau schaut, wo die Fördergelder hinfließen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.04 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor.

Damit komme ich nun zur Abstimmung über den Unselbstständigen Entschließungsantrag. Es wurde eine punktuelle Abstimmung vom Abgeordneten Hagenauer beantragt. Damit darf ich folgende Vorgangsweise wählen:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Steiermärkische Landtag bekennt sich zum Tier- und Naturpark Schloss Herberstein als touristisches Leitprojekt der Region Oststeiermark.

Wenn Sie diesem Punkt Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die mehrheitliche Annahme fest.

Ich komme zu Punkt zwei a): Die Landesregierung wird aufgefordert, unverzüglich eine Prüfung der Förderungen des Landes Steiermark an den Tier- und Naturpark des Schlosses Herberstein und seine Begleiteinrichtungen durch den Landesrechnungshof zu veranlassen.

Wenn Sie dem zustimmen, bitte ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit komme ich zu zwei b): Die Landesregierung wird aufgefordert, auf Basis der Ergebnisse einer Studie von Zolles & Edinger (inklusive von Wirtschaftlichkeitsberechnungen aller geplanten Teilprojekte) I. zu prüfen, inwieweit und in welcher Form in Hinkunft Förderungen für den Tier- und Naturpark Schloss Herberstein gewährt werden.

Wenn Sie dem zustimmen, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Jetzt komme ich zu zwei b) II.: Die Landesregierung wird aufgefordert, eine neue Gesellschaftskonstruktion zu finden, bei der – allenfalls unter Einbeziehung des Landesmuseums Joanneum oder der Steiermärkischen Tourismus GmbH. – eine entscheidende Einflussnahme des Landes Steiermark auf die Verwendung der Fördergelder sichergestellt wird.

Wenn Sie dem zustimmen, ein Handzeichen bitte Ihrerseits. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich nun wieder zur Tagesordnung.

14. Bericht des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1959/1, Beilage Nr. 217, Gesetz, mit dem das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat geändert wird.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Mag. Drexler (18.07 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptmann!

Ich darf über die Beratungen des Ausschusses für Verfassung und Verwaltungsreform zur Regierungsvorlage über ein Gesetz, mit dem das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat geändert wird, berichten.

Der Steiermärkische Landtag wolle beschließen:

Das Gesetz über den Unabhängigen Verwaltungssenat, LGBl. Nr. 78/1990, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 29/2003 wird wie folgt geändert:

Erstens: Paragraph 20 Absatz 2 lautet:

„(2) Die Einfügung des Paragraph 18 a durch die Novelle LGBl. Nr. 56/2002 tritt mit dem der Kundmachung folgenden Monatsersten, das ist der 1. Juli 2002, in Kraft.“

Zweitens: Dem Paragraph 20 Absatz 5 wird folgender Absatz 6 angefügt:

„(6) Die Änderung des Paragraf 20 Absatz 2 tritt mit 30. Juni 2004 in Kraft.“ Ich bitte um Annahme. (18.09 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

Eine Wortmeldung für diesen Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit komme ich zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16. Hier ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen. Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Meine Damen und Herren, bitte um Ihre Aufmerksamkeit, weil es ist mir nicht möglich, noch lauter zu sprechen. Der Landtag ist im vollen Gange. Ich bitte alle, es geht um Abstimmungen und vielleicht gibt es die Möglichkeit, dass man nach den Abstimmungen einigen Gedankenaustausch führt.

Wir kommen damit zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1942/1, der Abgeordneten Riebenbauer, Böhmer und Dr. Rauch, betreffend Landesausstellung im „oekopark“ in Hartberg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (18.10 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Riebenbauer und Dr. Rauch und Böhmer, betreffend Landesausstellung im „oekopark“ in Hartberg.

Bis 2006 sind die Landesausstellungen der Steiermark bereits fixiert. Danach soll eine Evaluierung erfolgen, ob Landesausstellungen in der Form in den Regionen weiterhin stattfinden sollten. Wenn dies der Fall ist, wäre es erstrebenswert, im „oekopark“ in Hartberg eine Landesausstellung durchzuführen.

Der „oekopark“, der Wirtschaft, Forschen und Erlebnis verbindet, hat durch seine langjährigen erfolgreichen Bemühungen und Aktivitäten zum Themenkreis „Nachhaltigkeit“, „Kreislaufwirtschaft“, „Bionik“ und „Ökologisches Wirtschaften“ die Ehre, in den Rahmen der Weltausstellung in Japan mit eingebunden zu sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Durchführung einer Evaluierung der Landesausstellungen zu prüfen, ob im Jahre 2007 im „oekopark“ in Hartberg eine Landesausstellung unter dem Titel „Die Weisheit der Natur“ durchgeführt werden kann. Ich ersuche um Zustimmung. (18.11 Uhr.)

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung zum Tagesordnungspunkt 15. Wir kommen gleich zu

16. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1943/1, der Abgeordneten Gödl, Mag. Lackner, Dr. Rauch, Dr. Reinprecht und Kasic, betreffend Landesausstellung im Bezirk Graz-Umgebung.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Ernst Gödl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gödl (18.11 Uhr): Ich berichte über den Antrag, Einl.-Zahl 1943/1, der Abgeordneten Gödl, Mag. Lackner, Dr. Rauch, Dr. Reinprecht und Kasic, betreffend Landesausstellung im Bezirk Graz-Umgebung.

Bis 2006 sind die Landesausstellungen der Steiermark bereits fixiert. Danach soll eine Evaluierung erfolgen, ob Landesausstellungen in der Form in den Regionen weiterhin stattfinden sollten. Wenn dies der Fall ist, wäre es erstrebenswert, im Bezirk Graz-Umgebung unter Berücksichtigung regionalspezifischer Aspekte eine Landesausstellung durchzuführen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Durchführung einer Evaluierung der Landesausstellungen zu prüfen, ob im Bezirk Graz-Umgebung die Abhaltung einer Landesausstellung unter Berücksichtigung regionalspezifischer Aspekte stattfinden kann. Ich bitte um Annahme. (18.12 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung, jetzt die Wortmeldungen. Erste Wortmeldung zu den Tagesordnungspunkten 15 und 16 Herr Abgeordneter Böhmer. Herr Abgeordneter, Sie sind am Wort.

Abg. Böhmer (18.12 Uhr): Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Wenn man unter www.oekopark.at in das Internet schaut, dann findet man eine ganz nette Computeranimation über eine Science-Fiction-Station, die Ökologie, die Stoffflusswirtschaft, die ökologisches Handeln quasi zu seinem Leitthema gemacht hat. Es ist dies keine Science Fiction, sondern seit sieben, genauer gesagt seit acht Jahren gibt es in Hartberg diesen Öko-Park, dessen Vater der Stadtwerkedirektor Dipl.-Ing. Fink ist. Er hat es sich einfach zur Aufgabe gemacht, Nachhaltigkeit der besonderen Art nach Hartberg zu bringen, um dann von Hartberg aus gleichsam in einem Schneeballsystem die ganze Region, im Weiteren unser ganzes Gebiet, unser ganzes Bundesland zu infizieren, nämlich mit dem ökologischen Gedanken.

In der Zwischenzeit, in diesen sieben, acht Jahren haben sich auf diesem Öko-Park zum einen an die 20 Betriebe angesiedelt, die sich mit der Stoffflusswirtschaft, mit Nachhaltigkeit, die sich mit dem ökologischen Wirtschaften beschäftigten, sei dies, dass aus Zeitungspapier wertvolle Dämmstoffe getätigt werden, sei dies, dass es ein besonderes Haus gibt, aber auch Firmen verschiedenster Art. Diese gilt es fortzusetzen.

Als Zweites hat sich am Öko-Park bereits das Joanneum Research angesiedelt, das heißt, eine Forschungsstätte, die unter anderem momentan ein Projekt betreibt, welches aus Pflanzen ätherische Öle gewinnt. Gerade für unsere Region sehr wichtig. Und das dritte Standbein dieses Öko-Parks ist eigentlich ein Park mit Erlebnischarakter (Infotainment). Das heißt, wir haben Hallen, das heißt wir haben auch Ausstellungsmöglichkeiten und Flächen, wo eben, ich sage, über die Steiermark, über Österreich hinaus interessante Akzente in Blickrichtung Umweltbewusstsein gesetzt werden. Ich erwähne nur vor drei Jahren, die Bionik-Ausstellung „Leonardo I“, „Leonardo II“ und heuer die Ausstellung „Papier 04“. Aber nicht dem alleine genug, es gibt auch eine Menge an Symposien und bekannte Naturpápste haben schon unsere Stadt Hartberg besucht. Auf Grund dieser Tätigkeit ist nun Dipl.-Ing. Fink mit seinem Modell, dem des Öko-Parks, das so schön langsam im Werden ist, für die Weltausstellung, die 2005 in Japan stattfindet und die unter dem Titel „Natures Wisdom“ stattfindet, eingeladen worden, dieses Modell als besondere Nachhaltigkeit vorzustellen. Ich meine, was liegt näher daran, dass Hartberg, jene Stadt, die sich schon einmal um eine Landesausstellung beworben hat, diese Nachhaltigkeit durch eine Landesausstellung besonders unterstreicht, so nach dem Thema, wer sich wirklich mit der Natur beschäftigt, dem tut sie auch nichts, sich für 2007 zu bewerben.

Ich meine und ich ersuche Sie, Kollege Riebenbauer wird auch noch etwas sagen, unterstützen Sie dieses Ansinnen, dass im Öko-Park 2007 die Landesausstellung „Die Weisheit der Natur“ ein Erfolg für uns alle in Blickrichtung Nachhaltigkeit, in Blickrichtung Verantwortung für die Zukunft wird. Ich danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.16 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Kollegin Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.17 Uhr): Sehr geehrte leere Regierungsbank, sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen, Kollegen und Gäste!

Das ist genau eine jener Situationen, wo man sieht, dass in der Steiermark ein kulturpolitisches Leitbild fehlt. Was die Landesausstellungen betrifft, habe ich noch gut Statements im Ohr vom ehemaligen Kulturreferenten, dem Herrn Landesrat Hirschmann, der als ÖVP-Kulturreferent die Landesausstellungen prinzipiell und sehr radikal in Frage gestellt hat. Und zwar mit Argumenten, die so schlecht nicht waren, weil er sich nämlich die Frage gestellt hat, die sich viele Leute im Bereich Kunst- und Kultursektor stellen, die sich auch die Grünen stellen, wie kann man zu diesem Zeitpunkt Landesausstellungen so machen, dass die Qualität gesichert wird, dass es eine Form ist, die einerseits regional angepasst ist, die aber gleichzeitig auch zeitgemäß ist und wie kann man sicherstellen, dass bei der Landesausstellung das Profil des Landes Steiermark als Betreiber dieser Ausstellung wirklich bestmöglich herauskommt? Die letzten Landesausstellungen haben ziemlich unterschiedlich ausgeschaut und es ist nicht nachvollziehbar, ob der Schwerpunkt auf der Ortserneuerung liegt, ob der Schwerpunkt auf der Frage Tourismusbelebung in einer bestimmten Region liegt, ob der Schwerpunkt im Bereich Darstellen von bestimmten Formen des künstlerischen und kulturellen Ausdrucks in der Steiermark durch die Landesausstellung verwirklicht werden soll. Diese Grundsatzentscheidung fehlt in der Steiermark. Hirschmann, wie gesagt, hat die Landesausstellungen prinzipiell in Frage gestellt. Von Seiten der Grünen sind wir ziemlich von Anfang an strikt gegen die Einjährigkeit von Landesausstellungen aufgetreten, haben von vornherein eingefordert, dass die alle drei oder mehr Jahre stattfinden soll, um auch einen ausreichenden Planungszeitraum zuzulassen.

Ein zweiter Punkt, neben dieser fehlenden Grundsatzentscheidung, wohin geht die steirische Kunst- und Kulturpolitik, bezogen auf Landesausstellungen, sehen wir, dass jetzt im Jahr vor dem Wahlkampf, dem Gemeinderatswahlkampf und dem Landtagswahlkampf bei aller Wertschätzung für die Anträge die regionalen Abgeordneten schauen, dass sie die Landesausstellungen in ihre Region bringen. Das ist für mich nachvollziehbar und ich kann das respektieren, sage ich jetzt zum Kollegen aus der Oststeiermark, aus Hartberg und auch zu den Kollegen und Kolleginnen aus Graz-Umgebung. Ich verstehe von der Absicht Ihre Anträge, wir werden aber aus genau den Gründen, die ich gebracht habe, den Anträgen nicht zustimmen, so lange die ÖVP-Kulturreferentin uns nicht mitteilt, wohin die kulturpolitische Reise im Bereich Landesausstellungen geht, was der Zweck ist, wie oft sie stattfinden sollen, was das Profil der Landesausstellung ist, können wir

den Anträgen nicht zustimmen, zumal das ja auch Anträge sind, die natürlich in die nächste Landtagsperiode hineinreichen. Uns fehlt diese strategische Planung und ich glaube, dass diese Grundsatzentscheidung vor Jahren schon getroffen hätte werden können, aber das hat man eben aus vielerlei Gründen bewusst nicht gemacht.

Ich hoffe, dass ich mit dieser Überlegung Ihnen darlegen habe können, warum die Grünen gegen beide Anträge stimmen werden. Es fehlt uns eine generelle kulturpolitische Ansage der Landeshauptfrau Klasnic für die Steiermark, wie es mit Landesausstellungen weitergeht. Wird sie die Hirschmann-Tradition weiterführen, der Landesausstellungen prinzipiell abschaffen wollte, wird sie in Richtung Mehrjährigkeit gehen, wie wird sie das Profil dieser Landesausstellungen gestalten? Und solange sich die ÖVP vor dieser Grundsatzentscheidung drückt, denke ich, dass wir bei aller Wertschätzung für regionale Abgeordnete, die sich für ihre Region engagieren, diesen Anträgen nicht zustimmen werden können.

Einen Punkt möchte ich noch sagen zu der Debatte, die wir vorher gehabt haben, nämlich der Vorschlag, dass man eine neue Beteiligungsstruktur für Herberstein findet. Ich nehme an, das ist aus dem Antrag nicht genau herausgekommen, dass damit der Tierpark gemeint ist, wenn wir anfangen, überall im Bereich Artenvielfalt, im Bereich Kunst und Kultur eigene Beteiligungsformen einzufordern, um sicherzustellen, dass Förderungsmittel korrekt ausgeschüttet werden, dann wird das Land Steiermark einen Boom an neuen Aktiengesellschaften, GmbHs. selbst auf die Reihe gebracht haben und es wird aber überhaupt nicht heißen, dass diese Strukturen diese Tätigkeiten wirklich besser durchführen. Ich finde es sehr sonderbar, wenn man neue Beteiligungsformen anfangen muss, um eine adäquate Ausschüttung der Förderungen sicherzustellen. Das ist für mich jetzt im Nachhinein noch eine Begründung, weshalb wir vorher gegen diesen letzten Teil des Antrages gestimmt haben beim Debattenpunkt, der vorher gewesen ist. Danke schön! (18.23 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (18.23 Uhr): Sehr verehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Es ist gut und wichtig, dass es einen Antrag gibt, eine Landesausstellung im Bezirk Graz-Umgebung, entweder im so genannten Hügelland oder im Raum Frohnleiten, durchzuführen. Es ist aber noch viel besser und wesentlicher, dass es für die Region im Osten von Graz bereits ein aufbereitetes und schlüssiges Konzept gibt, das diesen Antrag in sehr schöner Art und Weise veranschaulicht.

Das Land, die Region, von der Gemeinde Hart bei Graz über Raaba nach Vasoldsberg bis hin nach Sankt Marein ist sowohl ein Naherholungsgebiet für den Ballungsraum Graz mit seiner Hügellandschaft, ist aber auch geprägt von zahlreichen Momenten der Industrie, der Forschung und der Technik.

Diese Region, von der ich jetzt spreche, beschäftigt sich seit längerem mit der Idee, eine Landesausstellung durchzuführen, und zwar ganz konkret im Jahr 2010.

Wieso das Jahr 2010? In dieser Gegend lebten und wirkten bedeutende Persönlichkeiten, und eine dieser Persönlichkeiten ist historisch wohl die bedeutendste Persönlichkeit – ein Komponist und Musiktheoretiker –, den die Steiermark hervorgebracht hat. Es ist dies der Barockkomponist Johann Joseph Fux, dessen 350. Geburtstag im Jahr 2010 gefeiert wird. Das ist geradezu ein klassischer Anlass für eine große Ausstellung. Wie immer man solche Initiativen in Zukunft benennen wird, aber es ist ein Thema für diese Region.

Der Geburtstag von Johann Joseph Fux war im Jahr 1660. Das sind diese 350 Jahre, die bis zum Jahr 2010 vergangen sein werden. Dieser Geburtstag fällt in eine außerordentlich spannende Zeit. Es war die Zeit des Übergangs vom ausgehenden Mittelalter bis hin zur beginnenden Industrialisierung, in die herausbrechende Neuzeit, wenn ich das so sagen darf. Vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Dampfmaschine, das ist nämlich dieses Jahrhundert des Johann Joseph Fux: eine die Welt verändernde.

Zu diesem Thema haben sich Gemeinden, Meinungsbildnerinnen und -bildner, Bürgerinnen und Bürger der Region bereits vor mehr als einem Jahr Gedanken gemacht zu einem, ja ich würde fast sagen Gemeindeentwicklungsprozess, haben Ideen entwickelt, haben Grundsatzentwürfe gefasst und auch Grundsatzbeschlüsse liegen von einigen Gemeinden bereits vor, diese Ausstellung durchführen zu wollen. Das sind in Wirklichkeit die besten Voraussetzungen dafür, eine nachhaltige Verankerung für eine Region, wie dieses Hügelland sie darstellt, zu erreichen. Es ist nämlich, wo immer man hinkommt und über dieses Thema spricht, es ist bereits jetzt eine sehr, sehr hohe Identifizierung mit diesem Vorhaben gegeben.

Und zu dir, geschätzte Edith Zitz, möchte ich sagen, dass wir ja mit diesem Antrag, egal, ob für den Bezirk Hartberg oder Graz-Umgebung oder, wie ich sehe – heute auch neuerlich uns zugewiesen –, für den Bezirk Voitsberg, wir wollen ja eine Antwort darauf von der Landesregierung, von der zuständigen Referentin Waltraud Klasnic, wie es weitergehen soll mit diesem Konzept der Landesausstellungen. Aber wer keine Anträge stellt, bekommt auch nichts. Deswegen hat Graz-Umgebung diesen Antrag gestellt.

Ich glaube, dass es ein sehr, sehr schönes Konzept wäre für diese Region, weil es alle Komponenten einfach jetzt schon mit einschließt und, wie gesagt, die Bevölkerung in einem sehr hohen Ausmaß bereits jetzt dahintersteht.

Ich ersuche um Unterstützung und um Annahme dieses Antrages. Ich danke im Voraus! (Beifall bei der SPÖ. – 18.27 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zierler. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Zierler (18.27 Uhr): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Frau Kollegin Lackner, ich habe jetzt irgendwie gewartet, dass ich von Ihnen eine Begründung höre, warum eine Einjährigkeit der Landesausstellungen oder überhaupt eine politische Aussage, einjährig, zweijährig, in welchen Zeitabständen. Es war leider nur Geschichts-, Musik- und Geografieunterricht, den wir hier jetzt bekommen haben.

Ich denke, dass die Landesausstellungen in der Steiermark seit vielen, vielen Jahren diskutiert werden und ich habe mir heute angeschaut, da gab es im September 2001 einen Entschließungsantrag, wo gefordert wurde, dass ab 2006 die Landesausstellungen im Dreijahresrhythmus stattfinden sollen. Dieser Entschließungsantrag wurde damals mehrheitlich angenommen, nämlich von den Freiheitlichen, von der ÖVP und von den Grünen. Danach wurde weiter diskutiert und meines Wissens gab es dann auch einen Konsens auf eine Zweijährigkeit von Landesausstellungen.

Aus mir nicht bekannten Gründen besteht jetzt wieder die Tendenz, die Landesausstellungen jährlich zu machen, wobei ich mir durchaus vorstellen kann, dass das wirklich schon ein Vorwahlkampf ist, weil je mehr man für die nächsten Jahre zusichern kann, umso besser erwartet man sich dann auch dementsprechend in den Gemeinden abzuschneiden.

Ich denke, dass für Landesausstellungen eines Gültigkeit haben muss, nämlich Qualität vor Quantität. Und wir haben da in der Steiermark irgendwie eine Inflation von Landesausstellungen.

Wenn man sich die Besucherzahlen anschaut, gibt es natürlich sehr unterschiedliche Besucherzahlen bei den Landesausstellungen. Aber wie setzen sich diese Zahlen letztendlich wirklich zusammen? Es werden Schulen, Klassen zur Landesausstellung gekarrt, damit die Zahlen stimmen. Das ist dann nicht wirklich das Interesse. Es gelingt auch sehr, sehr oft nicht, dass man Interesse über das eigene Bundesland hinaus bekommt. Das ist ja ein Ziel, ein definiertes Ziel einer Landesausstellung, dass man auch über den eigenen Tellerrand hinausblickt, was aber in den meisten Fällen nicht gelingt. Tatsache ist, eine Region steht kurz im Mittelpunkt, schafft es aber sehr oft nicht, nachhaltig davon zu profitieren.

Kulturschaffende, die dann zufällig in dieser Region beheimatet sind und nicht an der Landesausstellung mitwirken, werden dann des Öfteren auf Eis gelegt, weil es dann heißt, na, ihr habt ja in der Region eh die Landesausstellung gehabt, also da können wir jetzt nicht wirklich was machen oder es interessiert uns nicht. Ich denke, das kann nicht die Kulturpolitik in der Steiermark sein.

Am Beispiel der Römer-Ausstellung hat man auch gesehen, welche Politikerperformance es da gegeben hat. Da haben wir Fotos gesehen von ÖVP-Politikern, ausgestellt. Da haben wir Fotos gesehen von SPÖ-Politikern, ausgestellt. Also auch da schon der Vorwahlkampf.

Eine Landesausstellung hat meiner Meinung nach einen ganz, ganz anderen Hintergrund und eine Landesausstellung gehört zum einen gut vorbereitet und muss zum anderen auch eine Nachhaltigkeit für die Region sichern. Daher werden wir seitens unserer Fraktion diesen beiden Anträgen nicht zustimmen, weil es uns einfach darum geht, Qualität vor Quantität und keine jährliche Landesausstellung.

Ich bringe daher einen Antrag ein – die Begründung lese ich jetzt nicht vor, sie liegt Ihnen vor –, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Landesausstellungen in unserem Bundesland ab 2006 in einem zweijährigen Intervall durchzuführen. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ. – 18.31 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Letzte zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (18.31 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir von der sozialdemokratischen Fraktion unterstützen diese beiden Anträge, die ja ursprünglich von der ÖVP initiiert wurden, und zwar aus folgendem Grund: Ich denke nicht so wie die Frau Zierler, dass diese Dinge allein Sache parteipolitischen Kalküls sind, wo man sich eben vor einem Wahljahr überlegt, wie man die Bedürfnisse in bestimmten Regionen wecken oder befriedigen kann.

Ich glaube, dass es gerade in den Regionen sehr viele Menschen gibt, die sich Gedanken machen um ihre Region, die sich um ihre Geschichte kümmern, die dort oft privat und bedankt arbeiten und auch daran denken, ihre Region, ihren Ort einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Dass das häufig nicht in der richtigen Weise geschieht, ist eine andere Sache, aber ich halte es für legitim, dass die Regionen in der Steiermark sich auch über Landesausstellungen präsentieren wollen. Und zweitens wird ja durch diese Anträge überhaupt nichts präjudiziert, es steht ja wortwörtlich im Antragstext, dass nach der Durchführung einer Evaluierung diese Anträge von Seiten der Landesregierung geprüft werden sollten.

Zum Entschließungsantrag der Freiheitlichen, die Landesausstellungen in Zukunft alle zwei Jahre abzuhalten, dem stimmen wir nicht zu. Und zwar nicht, weil ich glaube, dass wir darüber nicht reden sollten, man kann auch über drei Jahre reden, man kann auch über fünf Jahre reden, aber ich denke, da sollte man eingehend darüber reden, und nicht in einem Entschließungsantrag einfach so eben präjudizieren und Gegebenheiten schaffen, mit denen wir im Nachhinein erst recht wieder nicht einverstanden sind.

Ein Problem bei den Landesausstellungen ist sicher, dass es oft nicht klar ist, handelt es sich um Strukturförderung und auch Renovierung historischer Gebäude, um Kunstaussstellungen, historische Ausstellungen. Ich denke, das Problem dabei ist, dass, wenn im Zuge von Landesausstellungen auch infrastrukturelle Verbesserungen angebracht werden und Gebäude renoviert und Ähnliches mehr, diese Verbesserungen in einer Region auf keinen Fall aus dem Kulturbudget bezahlt werden sollten, sondern aus dem Kulturbudget sollten auch jenseits der Landesausstellungen kulturelle Initiativen, die es oft auf hohem und höchstem Niveau in den Regionen in der Steiermark gibt, gefördert werden.

Noch ganz kurz, das betrifft eigentlich den vorigen Tagesordnungspunkt. Ich habe es dem Herrn Hagenauer auch gesagt, er hat meiner Meinung nach vollkommen Recht, dass das Gironcoli-Museum eigentlich nach Graz gehört hätte, weil ich nicht glaube, dass jemand, der mit Familie zum Tierpark fährt und danach in die Buschenschank geht und vielleicht baden geht in Stubenberg, unbedingt ein Interesse hat an den Stücken dieser Weltkulturausstellung, möchte ich sagen und umgekehrt, wer wegen Gironcoli dort hinfährt sicherlich nicht mehrheitlich Interesse am Tierpark hat. Da muss ich auch Herrn Prof. Rauch widersprechen. Und das ist ein Beispiel für ein fehlendes Konzept in der Kulturpolitik. Wenn die Steiermark schon die Chance hat, so einen hochrangigen Bildhauer in die Steiermark zu holen, hätte man vorher über den Standort sprechen müssen, egal was dann herausgekommen wäre, hätte man ernsthaft darüber reden müssen, wie man so eine hochrangige Ausstellung am besten platziert. Es kommen eben die vielen Kulturtouristen einmal nach Graz, vor allem sehr häufig die vielen Italiener auf dem Weg nach Wien, die ein oder zwei Tage da sind und ich glaube nicht, dass die nach Herberstein fahren extra wegen Gironcoli, schon aus Zeitgründen. Aber eben das ist das fehlende Konzept, das wir hätten beachten müssen. Ich hoffe, dass trotzdem relativ viele Leute nach Herberstein fahren, um sich Gironcoli anzuschauen. Ich bedanke mich jetzt nicht für Ihre Aufmerksamkeit, denn das könnte missverstanden werden! (Beifall bei der SPÖ. – 18.36 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Nachdem keine weitere Wortmeldung vorliegt, komme ich nun zur Abstimmung. Entschuldigung – gibt es noch eine Wortmeldung? Zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (18.36 Uhr): Frau Präsidentin, meine geschätzten Damen und Herren!

Meine Wortmeldung ist sicherlich sehr kurz. Ich muss meiner Vorrednerin natürlich widersprechen. Es ist schon toll und klass, dass das Gironcoli-Museum auch am Lande draußen ist. Man kann einen halben Tag den Tierpark besuchen und am Nachmittag kann man Kultur besichtigen und das ist eine tolle Ergänzung.

Ein Zweites, ich verstehe nicht, warum eigentlich die Grünen und auch die Freiheitlichen generell die Anträge ablehnen, weil wir ganz klar – und es ist vorher schon gesagt worden – sagen, es möge geprüft werden nach der Evaluierung, ob Landesausstellungen in Hartberg und so weiter möglich sind. Der Öko-Park in Hartberg ist ja für viele ein Begriff, unser Diplomingenieur Fink, der das leitet, hat ein großes Engagement, setzt sich voll ein und es sind auch sehr viele Firmen dort, die das Nachhaltigkeitsprinzip leben, die Vorbild für viele sind und deshalb wollen wir eben nach der Weltausstellung in Japan diese Erfahrungen, die wir haben, in den Ökopark einbringen, diese Ausstellung in Hartberg haben und glauben auch, dass wir dafür der richtige Standort sind. Ich brauche nicht mehr zu erwähnen, es steht sehr vieles im Antrag drinnen, der Kollege Böhmer hat schon sehr vieles erwähnt. Ziel der Landesausstellung ist eben die Aufbereitung und die Präsentation der Themen Natur, Technik und Wirtschaft, so wie bei uns in Hartberg gelebt wird. Danke und ich ersuche um Zustimmung! (Beifall bei der ÖVP. – 18.37 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Es gibt noch zwei weitere Wortmeldungen. Der Herr Kollege Gödl und als Nächster Herr Abgeordneter Wöhry. Ich erteile dem Herrn Kollegen Gödl das Wort.

Abg. Gödl (18.38 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Darf ich mich kurz auf den Antrag der Landesausstellungen beziehen, den wir gemeinsam schlussendlich eingebracht haben, der von uns vorbereitet war. Ich möchte mich insofern kurz darauf beziehen, ich finde es ganz wichtig, dass wir eine wirklich ganz anständige Evaluierung durchführen, da bin ich voll bei allen, die heute hier schon gesprochen haben. Wir sollten diese wirklich abwarten, wie es weitergehen soll, wie wir auch Landesausstellungen in Zukunft positionieren. Wir wissen ja, dass nicht jede erfolgreich war, sondern manche um einiges mehr gekostet haben, als sie dann gebracht haben. Aber das weiß man im Nachhinein immer besser als vorweg.

Warum Graz-Umgebung? Aus meiner Sicht ein guter Standort, weil wir eine Ausstellung in dieser Form noch nicht gehabt haben und weil wir im Großraum Graz glaube ich eine sehr, sehr dynamische Entwicklung gerade vornehmen. Graz-Umgebung hat natürlich ein paar Vorteile gegenüber anderen Regionen, sich in diesem Großraum Graz entfalten zu können. Hat auch ein bisschen mitgelebt, auch natürlich von der Kulturhauptstadt Graz, das soll man nicht verschweigen. Warum ich es persönlich sehr wichtig finde für unseren

Bezirk und das möchte ich auch hier betonen, ist, wir sind gerade auf einem recht guten Weg der Regionalentwicklung, wo es Gemeindekooperationen in den verschiedensten Kleinregionen gibt. Ich glaube, es wäre eine tolle Herausforderung für den Bezirk. Das sehe ich ein bisschen anders als es die Uschi Lackner vorhin gesagt hat. Ich würde mich auf keinen Fall jetzt schon fixieren auf eine fixe Region oder auf ein fixes Projekt, sondern wenn wir einen Zuschlag bekommen würden, dann sollte innerhalb des Bezirkes eine Art Wettbewerb stattfinden. Es gibt viele Ideen und auch schon einige Konzepte dazu. Die Uschi hat das eine angeführt, das Hügelland östlich von Graz mit dem Musiker Fux, es gäbe zum Beispiel auch das Konzept rund um den Sender in Dobl, der einmal ein NS-Sender war, wo jetzt ein anderer Sender, die Antenne Steiermark beheimatet ist, zum Thema Macht und Medien. Auch, glaube ich, ein ganz interessantes Thema. Oder im Norden oben, die Burg Rabenstein hat sich auch schon sehr hervorragend positioniert als Kulturstätte, als Ausstellungsstätte. Auch um diese Region könnte sich etwas entwickeln. Es wäre, glaube ich, ein Wettbewerb in einer Region, der sehr, sehr viele Impulse bringen könnte und deswegen finde ich es so wichtig. Ich finde es nicht ganz gut – und das möchte ich ein bisschen kritisch anmerken – bei aller Einmütigkeit, die wir da haben, SPÖ und ÖVP, die draußen auch unsere Bürgermeister haben, es wäre eben gut, wenn wir bei diesem Thema wirklich an einem gemeinsamen Strang ziehen und nicht versuchen, das Thema parteipolitisch zu besetzen. Das ist im Osten von Graz-Umgebung ein bisschen passiert, deswegen sind einige jetzt verschupft, haben sich einige zurückgezogen bei dem Aktionsteam zu dieser Fux-Ausstellung. Ich möchte wirklich bitten, da gemeinsame Sache zu machen, klug anzudenken, was ist gut für unseren Bezirk und gemeinsam von hier aus mit unseren Kämpfern vor Ort mitzugehen.

Zum Schluss möchte ich doch ein bisschen Frau Dr. Reinprecht widersprechen, die als Grazer Abgeordnete natürlich die Grazer Sicht hier vertreten muss und vertritt, ganz klar. Trotzdem glaube ich, es ist wichtig, dass wir gerade auf dem Land draußen auch investieren, auch in Kultur investieren und wir haben in Graz ja ohnedies sehr, sehr viel investiert in den letzten Jahren und ich glaube, dass dieses Gironcoli-Museum sehr, sehr gut in der Oststeiermark positioniert ist und durchaus ein Tourismusmagnet auch werden kann und werden wird.

Es ist überhaupt nicht gesagt, dass eine Kulturstätte, wenn sie in Graz oder in der Nähe von Graz ist, automatisch ein Anziehungspunkt ist, siehe zum Beispiel beim Schwarzl-Zentrum draußen der Skulpturenpark, der derzeit noch relativ wenig angenommen wird. Also ich finde es gut und richtig für eine Regionalpolitik.

Und gerade Ihr Vorsitzender predigt, Steiermark der Regionen – kann man in vielen Dingen unterstützen, leben wir in vielen Bereichen ja auch schon. Ich glaube, auch dieses Museum war ein solcher Beitrag zu einer Stärkung der Regionen draußen, zum Beispiel in der Oststeiermark.

Und so sehe ich auch die Landesausstellungen und unser Bemühen. Ich bitte wirklich, dieses Bemühen gemeinsam zu tragen, denn dann wird es auch erfolgreich sein. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 18.42 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Die letzte Wortmeldung, der Herr Kollege Wöhry. Bitte.

Abg. Dipl.-Ing. Wöhry (18.43 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf den Besucherrängen!

Ich muss mich jetzt zu Wort melden, nachdem offensichtlich eine weit verbreitete Meinung herrscht, dass die Hochkultur – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Wir werden das machen.

Nachdem sich zwei Wortmeldungen darauf bezogen haben, dass offensichtlich Hochkultur nur in Graz angesiedelt werden kann, muss ich da als einer, der aus der Provinz kommt, dem massiv widersprechen und ein ganz gutes Beispiel bringen.

Ich glaube, dass der Tourismus beziehungsweise die Besucher, die zu uns kommen, insgesamt davon leben und es wünschen, dass es Kontraste gibt. Wir haben einerseits, wenn man es anschaut – im Großraum Gesäuse –, den Nationalpark und andererseits eine Museumslandschaft, die vom Naturhistorischen Museum über das Kunsthistorische bis zum Schwarz-Museum und zur ständigen Ausstellung von Alfred Klinkan führt. Ich glaube, gerade dieses Spannungsfeld ist es, das der Tourist auch sucht.

Die Aussage zu treffen, dass Hochkultur nur in Graz angesiedelt werden kann, lässt Schlimmes vermuten, wenn man an weitere Dinge denkt, die am Land passieren sollten. Gerade der Kollege Hagenauer, den ich eigentlich immer für einen Kämpfer für die Regionen gehalten habe, trifft eine derartige Aussage – das enttäuscht mich. (Abg. Hagenauer: „Admont ist seit zwei Jahren angesiedelt worden von der Frau Landeshauptmann!“)

Nein, nicht angesiedelt worden. Aber die Touristen – und das wissen wir aus Befragungen, Herr Kollege Hagenauer – schätzen das Spannungsfeld zwischen Natur und Kultur. Und dieses Erlebnis müssen wir bieten, auch in der Peripherie.

Nur, was mich so stört dabei, ist, dass Sie in einem Beisatz bemerken, das ist Hochkultur, das gehört nach Graz. Das klingt gerade so, die in der Provinz sind alle zu blöd dazu. Und dagegen muss ich mich wirklich verwehren. Sie, der Sie immer in den Mund nehmen, als Kämpfer für die Regionen da zu sein, sagen dann so etwas, und das ist entlarvend.

Ich muss nur sagen, ich bin froh, dass wir diese Gegensätze anbieten können. Wenn wieder einmal die Diskussion über die Ansiedlung von irgendwelchen Museen – auch wenn sie Hochkultur sind – in der Peripherie stattfinden soll, werde ich sehr dafür kämpfen, dass sie auch dort hinkommen.

Letztendlich muss ich sagen, für mich ist es wirklich frustrierend, nach den Aussagen, die Sie immer wieder bei uns im Bezirk tätigen, dass Sie dann so eine Entgleisung hier im Hohen Haus machen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.45 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Die nächste Wortmeldung geht an den Herrn Kollegen Breithuber. Ich erteile ihm das Wort. Bitte.

Abg. Breithuber (18.45 Uhr): Frau Präsidentin, Hohes Haus!

Zur Landesausstellung Ost möchte ich nur Folgendes anmerken, weil der Kollege Ernstl Gödl gesagt hat, dass wir kein Politikum draus machen sollen. Also, ich sehe da überhaupt keines. Und ich habe auch kein Problem, wenn das nicht in Seiersberg stattfindet, sondern wirklich im Osten von Graz, der eh etwas benachteiligt ist, weil dort eine schlechtere Infrastruktur leider Gottes ist.

Aber Ernstl und Hohes Haus, das Ganze ist schon seit einem Jahr in Arbeit, von einer Initiative in Sankt Marein. Das hat politisch überhaupt nichts zu tun. Die haben der Frau Abgeordneten Uschi Lackner und mir schon im Frühjahr dieses Fux-Projekt gezeigt und ich finde es gut und hoffe, wir werden es wirklich gemeinsam tragen, weil wichtig ist, dass wir dieses Projekt einmal in unsere Region kriegen, damit wir einmal sagen können, Graz-Umgebung hat auch eine Landesausstellung gehabt. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 18.46 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Nun hat sich noch die Frau Kollegin Zitz zu Wort gemeldet. Bitte.

Abg. Mag. Zitz (18.47 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Nachdem wir nach wie vor immer noch niemanden auf der Regierungsbank begrüßen können – auch die Landeshauptfrau als Kulturreferentin immer noch nicht –, ein, zwei Überlegungen zu dem, was der Kollege Wöhry gesagt hat.

Der Peter Hagenauer hat sehr konsequent argumentiert, nämlich, bevor man sich entscheidet, wo ein sehr renommierliches Projekt hinkommt, ist es gut, wenn man eine politische Debatte führt, und zwar eine kunst- und kulturpolitische Debatte, wo man zum Beispiel, bei aller Bescheidenheit, den Landeskulturbeirat fragt, wo er aus seiner Sicht ein so renommiertes Museum für sinnvoll hält. Das ist das Eine. Das ist nicht passiert.

Der zweite Punkt: Wir haben viel Kontakt mit regionalen Kunst- und Kulturinitiativen – wie viele Leute im Raum –, weil die einfach in der Region das Salz und die kreativen Leute sind. Und in deiner Region hat es im „steirischen herbst“ eine Superproduktion gegeben, wo der Herr Intendant Oswald sich im Gesäuse abbilden hat lassen. Das ist eine Art von Kunst- und Kulturpolitik, die ich toll finde und da wünsche ich mir auch, dass Leute aus Zwaring-Pöls, aus Graz, aus Radkersburg ins Gesäuse fahren zu einer „steirischen-herbst“-Präsentation.

Den dritten Punkt, den ich aber für absolut problematisch halte: Diese Sachen, die ich jetzt sage und wo die ÖVP immer herzlich nickt, hätte die Frau Landeshauptfrau durchführen können und hätte uns damit einen Teil dieser Debatte erspart. Und das ist der Kritikpunkt. Wenn diese Debatten nicht geführt werden, kommt es zu solchen Situationen, wie wir es vorher gehabt haben, wo dann die SPÖ Dringliche Anfragen stellt, vorgebracht zuerst im Kampfstil, und dann zuletzt macht man einen Dreiparteienantrag, wo man sagt, irgendwie haben wir ja keine Probleme miteinander und wollen nur das Beste für dieses Land. Eine politische Entscheidung ist letztendlich nicht getroffen worden, und das halte ich für problematisch.

Für mich ist gerade im Kunst- und Kulturbereich ein demokratisches Prozedere, dass man rechtzeitig mit einer Evaluierungskommission redet, dass man rechtzeitig mit einem Landeskulturbeirat redet, dass man rechtzeitig mit Aktivisten/Aktivistinnen auch in den Regionen redet, die kaum gefragt werden, wenn es um die Ausrichtung von Landesausstellungen geht – so berichtet man mir und das nehme ich sehr ernst. Das wäre für mich ein Stückler Qualitätssicherung in der Konzeption von Landesausstellungen. Das ist unter dieser Landeskulturreferentin nicht passiert.

Jetzt habe ich somit noch einmal argumentiert, weshalb wir die Anträge von den Fraktionen, die ich teilweise schon verstehen kann, nicht unterstützen werden, weil die strategische Ausrichtung bei den Landesausstellungen nicht gegeben ist. (Beifall bei den Grünen. – 18.50 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich glaube, dass das nun tatsächlich die letzte Wortmeldung war und darf nun zur Abstimmung kommen.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1942/1 (Tagesordnungspunkt 15) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend zweijährige Intervalle bei der Ausrichtung von Landesausstellungen (zu Tagesordnungspunkt 15), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1943/1 (Tagesordnungspunkt 16) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

17. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Bericht des Landesrechnungshofes, Einl.-Zahl 2004/1, betreffend Überprüfung des Clubhotels Thermenblick GmbH.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erich Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (18.51 Uhr): Frau Präsidentin!

Ich berichte zum Stück, Einl.-Zahl 2204/2.

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 5. Oktober 2004 über den Bericht des Landesrechnungshofes, laufende Nummer 124, betreffend Überprüfung des Clubhotels Thermenblick GmbH., Einl.-Zahl 2004/1, beraten.

Der Ausschuss für Kontrolle stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung des Clubhotels Thermenblick GmbH., wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (18.52 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich habe zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung. Daher kommen wir zur Abstimmung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke.

Das ist die einstimmige Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

18. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1967/1, betreffend Generalsanierung des Hauses Burggasse 2 – Haus der Landes-EDV (Fachabteilung 1B – Informationstechnik) gemäß Amtsgebäudekonzept neu; Einräumung eines Baurechtes an die Landes-Immobilien-gesellschaft mbH., Generalsanierung des Gebäudes mit Gesamtkosten von brutto rund 171.576,24 Euro inklusive Umsatzsteuer ab voraussichtlich 1. Jänner 2007 (ab dem elften Verrechnungsjahr 142.980,20 Euro) auf eine Laufzeit von 33 Jahren.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (18.53 Uhr): Ich berichte über die Einlagezahl 1967/1, über das Amtsgebäudekonzept neu der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend die Dienststellen des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung in Graz, das unter anderem vorsieht, die Fachabteilung 1B, Informationstechnik, die derzeit verstreut in den Amtsgebäuden Burggasse 2, 4, 11, 13, Burgring 4, Palais Trauttmansdorff und Stempfergasse 5 bis 7 untergebracht ist, am Standort Burggasse 2 zu zentrieren. Lediglich die zentralen Serverräume sollen am Standort Hofgasse 13 und 15 beibehalten werden.

Die Abteilung 2 hat in Zusammenarbeit mit der Fachabteilung 1B den effektiven Raumbedarf ermittelt, wobei es Ziel war, einen optimierten Raum- und Funktionsplan zu erstellen. Dabei wurden weitere Flächenoptimierungen durch die Schaffung gemeinsamer Soforteinrichtungen, wie zum Beispiel Protokoll und Kanzlei angestrebt. Den Raumbedarfsermittlungen wurde die von der Abteilung 2 erstellten Raumflächenstandards zugrunde gelegt.

Zusammenfassend kann das mit der Fachabteilung 1B ausgearbeitete Ergebnis wie folgt dargestellt werden. Hier liegt eine Tabelle bei. Wie aus dieser auch ersichtlich ist, sind derzeit dezentral an verschiedenen Standorten Referate der 1B auf einer Fläche von insgesamt 1421 Quadratmeter untergebracht und diese Standorte sollten bis auf die zentralen Serverräume in der Hofgasse 13 und 15 aufgelassen und die Einzelreferate, Referatsteile, am Standort Burggasse 2 wieder zentriert werden. Durch diese Zentrierung kann für den Bereich der gesamten Landes-EDV eine Flächeneinsparung von 236 Quadratmeter erreicht werden.

Zur Finanzierung noch, die Investition bedarf insgesamt einer Budgetierung der oben dargestellten Gesamtprojektskosten und treten aus der Umsetzung des Bauvorhabens finanzielle Vorbelastungen künftiger Landeshaushalte ein, so dass gemäß Paragraph 32 (1) des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 eine entsprechende Regierungsvorlage dem Steiermärkischen Landtag zugeleitet wird.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 12. Juli 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Generalsanierung des Objektes Burggasse 2 und Auftragsvergabe an die Landes-Immobilienenges. m.b.H. bei gleichzeitiger Einräumung eines Baurechtes für das Haus Burggasse 2, Innere Stadt, Gerichtsbezirk Graz, bestehend aus dem Grundstück Nr. 399 Baufläche, zugunsten der LIG Steiermark wird mit Gesamtkosten von 3,820.000 Euro inklusive Umsatzsteuer grundsätzlich genehmigt.

Die Finanzierung der Sanierungskosten über Mietzahlungen ab voraussichtlich 1. Jänner 2007 mit Jahreskosten von 171.576,24 Euro auf eine Laufzeit von 33 Jahren wird genehmigend zur Kenntnis genommen und ist im Rahmen der künftigen Landeshaushalte zu budgetieren. Ich ersuche um Annahme. (18.56 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die ausführliche Berichterstattung. Es gibt keine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt und so ersuche ich die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit über den Antrag, Einl.-Zahl 1591/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Cross-Border-Leasing.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (18.56 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 1591/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Cross-Border-Leasing.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit hat in seinen Sitzungen am 13. Jänner und am 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Gemeinden und Sicherheit stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gemeinden und Sicherheit zum Antrag, Einl.-Zahl 1591/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Cross-Border-Leasing, wird zur Kenntnis genommen. (18.57 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Auch hier gibt es keine Wortmeldung. So darf ich die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand ersuchen.

Das ist die einstimmige Annahme.

Bei den Tagesordnungspunkten 20 bis 27 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese acht Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abzustimmen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest. (Abg. Gennaro: „Frau Präsidentin, ich würde bitten, dass ein paar ÖVP-ler noch kommen könnten, damit wir beschlussfähig sind. Wir sitzen fast vollständig hier!“)

Wir haben durchgezählt, es ist genau die Anzahl im Saal, die notwendig ist. Aber wir werden natürlich um eine stärkere Präsenz ersuchen.

20. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1763/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Kröpfl, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend die Erarbeitung eines neuen „Steirischen Gesamtverkehrsprogramms“.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (18.59 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Es gibt einen Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, betreffend Erarbeitung eines neuen steirischen Gesamtverkehrsprogrammes.

Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 11. Mai, 15. Juni und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1763/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Kröpfl, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend die Erarbeitung eines neuen „Steirischen Gesamtverkehrsprogramms“, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.00 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht und darf bitten, gleich den nächsten Tagesordnungspunkt zu berichten.

21. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1764/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Kröpfl, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend Erstellung eines steirischen Verkehrssicherheitsprogramms.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Siegfried Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (19.00 Uhr): Danke, Frau Präsidentin!

Auch hier gibt es einen Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Infrastruktur. Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 11. Mai, 15. Juni und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur zum Antrag, Einl.-Zahl 1764/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Grabner, Kröpfl, Petinger, Margarethe Gruber, Böhmer und Breithuber, betreffend der Erstellung eines steirischen Verkehrssicherheitsprogramms, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.01 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1664/1, der Abgeordneten Hagenauer, Schrittwieser, Lechner-Sonnek, Breithuber, Petinger, Mag. Zitz und Prattes, betreffend geplante Kürzung der Nahverkehrsförderung durch den Bund.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (19.01 Uhr): Der Ausschuss für Infrastruktur hat in seinen Sitzungen am 9. März, 20. April und 5. Oktober zum obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Festgehalten wird, dass diese Reduktion für die Steiermark massive negative Folgen hätte.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur, betreffend geplante Kürzung der Nahverkehrsförderung durch den Bund, wird zur Kenntnis genommen. (19.02 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

23. Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1515/3, zum Beschluss Nr. 1156 des Steiermärkischen Landtages vom 30. September 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Rieser, Dietrich und Margarethe Gruber, betreffend Maßnahmenkatalog für die B 78, Obdacher Straße.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Peter Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Rieser (19.02 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Infrastruktur.

Der Ausschuss hat sich mit diesem Thema am 5. Oktober 2004 befasst. Es geht hier um eine Stellungnahme der Landesregierung zum Entschließungsantrag der Abgeordneten Rieser, Dietrich und Margarethe Gruber, betreffend den Maßnahmenkatalog für die B 78, Obdacher Bundesstraße.

Der Infrastruktur-Ausschuss stellt den Antrag – nach ausführlicher Beratung –, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1156 des Steiermärkischen Landtages vom 30. September 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Rieser, Dietrich und Gruber, betreffend Maßnahmenkatalog für die B 78, Obdacher Straße, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (19.03 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Danke für den Bericht.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

24. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1976/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Preding“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.

Berichterstatte ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.04 Uhr): Frau Präsidentin, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1976/1. Es geht um die Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Preding“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.

Es geht hier um eine Grundeinlösung für die Familie Kutschera über einen Gesamtbetrag von 105.724,13 Euro.

Ich ersuche den Hohen Landtag, das zu genehmigen. (19.04 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für den Bericht.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

25. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1977/1, betreffend Grundeinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Hausmannstätten“ der Landesstraße B 73, Kirchbacher Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (19.05 Uhr): Danke! Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Ich berichte über den von der Frau Präsidentin des Steiermärkischen Landtages angeführten Betreff.

Hier handelt es sich um eine Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Hausmannstätten“. Es wurde das Eisenbahn-Enteignungsgesetz sinngemäß angewandt.

Die Entschädigung ist angemessen und vertretbar. Das sagt der Sachverständige, das Gutachten von ihm. Die zwei Parteien, die Entschädigungen erhalten, das sind der Herr Rothdeutsch Bernd, welcher eine Entschädigung von 369.120,20 Euro erhält und die Familie Riedl Alexander und Riedl Rosa. Dieser Familie werden 354.902 Euro an Entschädigungen ausbezahlt.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 13. September 2004 den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Kostenbeitrag zur Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Hausmannstätten“ der Landesstraße B 73, Kirchbacher Straße, im Betrag von 724.022,20 Euro zu Lasten der angeführten Voranschlagsstelle wird genehmigt.

In der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft fand diese Regierungsvorlage ihre Zustimmung. Ich ersuche jetzt auch die Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages um ihre Unterstützung. (19.06 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Danke für diesen Bericht.

Nun zum Tagesordnungspunkt

26. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1987/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Passhammerbrücke“ der Landesstraße L 534, Strettweger Straße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (19.06 Uhr): Danke! Frau Präsidentin!

Ich darf weiter berichten. Hier handelt es sich ebenfalls um eine Grundeinlösung für das Bauvorhaben „Passhammerbrücke“ der Landesstraße L 534, Strettweger Straße, unter wiederum sinngemäßer Anwendung des Eisenbahn-Enteignungsgesetzes.

Die Entschädigung von 287.366 Euro ist laut Sachverständigem angemessen und vertretbar. Der Bevorzugte erhält diese Summe, und das ist die Familie Seidl Christian und Stefan.

Der Antrag wird gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Kostenbeitrag zur Grund- sowie Objekteinlösung Seidl Christian und Stefan, 8753 Fohnsdorf, Passhammer 2 für das Bauvorhaben „Passhammerbrücke“ der Landesstraße L 534, Strettweger Straße, im Betrag von 287.366 Euro zu Lasten der angeführten Voranschlagsstelle wird genehmigt.

Diese Regierungsvorlage wurde ebenfalls im letzten Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft behandelt und genehmigt. Ich ersuche auch hier die Damen und Herren des Steiermärkischen Landestages um Unterstützung. (19.07 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung.

Nun kommen wir zum Tagesordnungspunkt

27. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1979/1, betreffend Grund- und Objekteinlösungen für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Preding“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Karl Wiedner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wiedner (19.08 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, sehr verehrte Damen und Herren!

Ich berichte zur Einl.-Zahl 1979/1. Auch hier geht es um eine Grund- und Objekteinlösung, und zwar für das Bauvorhaben „Ortsumfahrung Preding“ der Landesstraße B 64, Rechbergstraße. Es werden hier vier Besitzer abgelöst. Der Herr Anton Reisinger, die Firma Tesma, der Herr Rosenberger Franz und der Herr Kager. Es sind die Summen angeführt, die als Entschädigung bezahlt werden.

Ich stelle den Antrag, dieses Stück zu genehmigen. (19.08 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Ich danke für die Berichterstattung. Wir kommen nun zu den Wortmeldungen.

Als Erstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Prattes. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Prattes (19.08 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich freue mich, dass das Forum wieder etwas größer geworden ist. Ich werde mich kurz fassen, das verspreche ich euch. Aber es ist mir zu wichtig.

Zum Thema, betreffend Erarbeitung eines neuen steirischen Gesamtverkehrsprogrammes, möchte ich wieder thematisieren, nämlich die drohende Einstellung von Zügen beziehungsweise Umleitung von Zügen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürgermeister von Wald am Schoberpass, Mautern, Kalwang, Kammern, Treglwang, Gaishorn und Traboch waren heute schon hier beziehungsweise zwei Vertreter dieser sieben Gemeinden und haben dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schögggl eine Petition überreicht mit sehr, sehr vielen Unterschriften von Pendlern, Schülern und sonstigen Fahrgästen der Eisenbahn. Es hat auch das Regionalmanagement Obersteiermark-Ost eine Petition beschlossen.

Sie können sich erinnern, ich habe erst vor kurzem hier davon gesprochen, dass mit dem neuen Fahrplan es droht, die Nachtverbindung oder die letzte Verbindung von Wien in die Steiermark – es geht hier um den Zug EN 237 EuroNight San Marco – und in der Früh um 4.02 Uhr nach Wien hinaus über die Westbahn umzuleiten. Dieser Zug ist für uns, für die Steiermark besonders wichtig für alle die, die beruflich in Wien zu tun haben beziehungsweise dann am Abend zurückfahren wollen. Es gibt auch viele, die durchaus Veranstaltungen in Wien besuchen.

Aber das Thema ist, dass wir, und, meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Thema ist sehr ernst, wenige Arbeitsplätze in den obgenannten Gemeinden haben und viele dadurch als Pendler auf den Zug angewiesen sind. Diese kommen nun nicht mehr zur Arbeit – ich werde ein paar Beispiele bringen – oder von dieser nach Hause.

Wir alle – und das haben wir ja schon besprochen –, wenn wir mit dem Zug hier herfahren zu einer Sitzung, und heute ist so ein typisches Beispiel, wir wissen nicht, wie lange diese Sitzung noch dauern wird, würden es nicht mehr schaffen, mit dem Zug nach Hause zu kommen. Ich glaube, hier herrscht großes Einvernehmen, dass wir uns für den öffentlichen Personennahverkehr, sei es im Schnellbahnsystem, Steirertakt oder wie immer er heißt – es soll da keinen Vaterschaftsstreit nach der Namensgebung sein –, einsetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, jetzt ist es natürlich so, dass diese neuen Fahrpläne verhandelt werden – ich weiß nicht, wer von Ihnen schon dabei war – und diese Fahrplanänderungen haben es in sich. Ich darf nur sagen, den Schnellzug habe ich bereits erwähnt, aber auf der Strecke Stainach–Attnang-Puchheim sollen nicht weniger als zwölf Zugverbindungen eingestellt werden.

In den meisten Fällen ist nicht einmal ein Schienenersatzverkehr eingeplant. Auf der Schoberpassstrecke, so nennen wir sie, zwischen Selzthal und Sankt Michael sollen ebenfalls zehn Züge, wenn auch nur teilweise – teilweise enden sie schon zwischen drinnen – nicht mehr fahren. Nur zwei Zugseinstellungen sollen nach derzeitigem Planungsstand definitiv durch Busse ersetzt werden. Auch im Bereich des unteren Ennstales auf der Strecke zwischen Selzthal und Kleinreifling soll das Zugsangebot verschlechtert werden. Und auf der Strecke Graz–Bruck an der Mur ist die Einstellung von drei Zugverbindungen geplant. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben das erlebt bei der Volkszählung 2001. Da geht es nicht darum, dass man sagt, haha, sondern das ist schmerzlich für die Steiermark, dass wir als einziges Bundesland in Österreich einen Bevölkerungsrückgang zur Kenntnis nehmen mussten. Das wirkt sich schlussendlich auch bei den Abgabenertragsanteilen aus. Wir werden das beim Budget merken, dass uns hier sehr viel Geld abgeht. Und wir wissen auch, wenn einmal die Leute pendeln in die Zentralräume, dann sind sie weg.

Und ein Weiteres, es ist ja kontraproduktiv, wir haben erfreulicherweise eine Bahnhofsoffensive – habe ich auch gesagt, der Grazer Bahnhof ist toll ausgebaut worden – Leoben wird bald fertig, Bruck wird auch folgen, aber Züge fahren dann keine mehr. Liebe Damen und Herren, wir bauen auch Strecken aus, zweigleisig über den Schoberpass, aber Personenzüge fahren keine mehr. Es drängt sich der Verdacht auf, das habe ich bereits auch hier gesagt, dass sie frei gemacht werden, die Strecken, für die Güterzüge. Die fahren auch vornehmlich in der Nacht, da kommt noch der Lärm auch dazu. Das sind Sachen, die nicht erfreulich sind und wo wir uns wirklich dagegen wehren müssen. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe da, ich kann es zeigen, zwei handbeschriebene Zettel, die ein Schaffner sich nur an Notizen mitgenommen hat, was die Fahrgäste sagen über diese neu geplanten Maßnahmen. Nur auszugsweise, da sagt einer, „Was machen die Schüler aus Gaishorn, Treglwang, Kammern, Traboch? Er hält nicht in den genannten Bahnhöfen vormittags. Oder vormittags kein Wegkommen aus Gaishorn und Treglwang und später auch aus dem Liesingtal“. Dann gibt es einen Zug, der vorher täglich außer Samstag gefahren ist, der fährt jetzt auf einmal nur mehr an Sonn- und Feiertagen und da sagt man, wäre die letzte Möglichkeit für das Palten- und Liesingtal aus dem Westen und Linz zur Rückreise. Jetzt geht das nicht mehr. Dann ein anderer sagt, „hat man sich schon Gedanken gemacht, die Firma Marko in Trieben, 800 Beschäftigte, Zubringerzüge, Schichtbetrieb, großes Einzugsgebiet, AHT Rottenmann und so weiter, verschiedene Kurse“.

Und jetzt sage ich konkrete Beispiele. Ein Verkäufer, der steht um 5.30 Uhr auf, fährt in Wald um 6.34 Uhr weg, ist in Graz um 8.10 Uhr. Von Graz fährt er nach dem Arbeiten um 18.30 Uhr weg, ist um 19.30 Uhr in Sankt Michael, aber in Richtung Wald entfällt der Zug, er kommt nicht mehr nach Hause. Ein zweites Beispiel, eine Bürobienstete, die muss von Niklasdorf nach Kalwang fahren, die arbeitet offensichtlich im UKH, hat um 7.00 Uhr keine Möglichkeit von Sankt Michael nach Kalwang zu fahren. Die kann zwar nach Sankt Michael, aber der Zug nach Kalwang wurde ersatzlos gestrichen. Oder das letzte Beispiel, ein Schüler von Kammern nach Sankt Michael, der Frühzug um 6.30 Uhr entfällt, weil er ersatzlos gestrichen wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das sind durchaus dramatische Sachen, die dürfen wir uns, in dem Fall eine Schwächung der Regionen, nicht gefallen lassen.

Und ein Wort muss ich zum Kollegen Wöhry sagen. Ich gebe dir Recht, Hochkultur darf nicht nur in Ballungszentren sein und gerade auch deshalb ist es wichtig, dass man auch in diese Regionen kommt. Weil was nützen uns die schönsten Regionen und wir dürfen nicht glauben, dass nicht sehr viele Menschen durchaus mit Zügen Tagesausflüge machen, auch touristisch gesehen. Das heißt also, da bin ich voll deiner Meinung und das sollten wir auch bedenken. Das war meine Wortmeldung.

Ich komme schon zu unserem Unselbstständigen Entschließungsantrag, den ich einbringen möchte zum Tagesordnungspunkt 20, betreffend die Verhinderung der Einstellung von wichtigen Zügen im Personenfernverkehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihnen liegt der Antrag vor. Ich beschränke mich daher lediglich auf die Antragsformel und stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie soll als Eigentümervertreter der ÖBB darauf hinwirken, dass bei der Einstellung des kommenden Winterfahrplanes für den Personenfernverkehr erstens die Verbindungen im Interesse der Steirerinnen und Steirer weiter verbessert werden, zweitens keinesfalls Züge eingestellt werden oder sonst eine Verschlechterung der Zugverbindungen, zum Beispiel durch Umleitung des EN 236 und des EN 237 über die Tauern- und Westbahnstrecke, erfolgt und drittens auch in diesem Verkehrssegment auf die Situation von Pendlerinnen und Pendlern und Menschen, die mangels eines eigenen Kraftfahrzeuges weniger mobil sind, besonders Bedacht genommen wird.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 19.18 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gruber Erwin. Ich erteile ihm das Wort, als Nächster der Kollege Ober.

Abg. Erwin Gruber (19.18 Uhr): Geschätzte Frau Präsident, lieber Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf mich auch kurz zu Wort melden zu den Tagesordnungspunkten 24 und 27. Es geht dabei um die Ortsumfahrung Preding, um Grund- und Objekteinlösungen der B 64, und zwar ist das der erste Teil der Ortsumfahrung Weiz, wo es ja in drei Etappen darum geht, die Bezirkshauptstadt Weiz zu durchfahren, wo wir Gesamtkosten von 45 Millionen Euro haben werden. Diese konkreten Objekteinlösungen betreffen Kosten von 660.000 Euro. Ich freue mich wirklich, dass das heute wieder auf der Tagesordnung ist und bitte um einen positiven Beschluss, weil damit jetzt bereits 85 Prozent der gesamten Ablöseverhandlungen im Bereich Preding abgeschlossen sind. Der erste Teil macht an Gesamtkosten rund 10 Millionen Euro aus und wir haben noch drei Verhandlungstermine im Herbst, damit wir die restlichen 15 Prozent der Ablöseverhandlungen entsprechend lösen können. Am 22. November wird es dann die wasserrechtliche Verhandlung geben und so hoffen wir, dass im nächsten Jahr der Spatenstich sein wird, wo wir dann einen ganz großen Nutzen erzielen werden, und zwar für die Gemeinde Krottendorf einmal, die derzeit an Lärmbelästigung und Verkehrsbelästigung sicher einen schwierigen Stand hat, wo wir aber einen großen Nutzen haben werden für die Bezirkshauptstadt Weiz, die derzeit vom großen Verkehr könnte man fast sagen abgeschnitten ist und vor allem werden wir auch einen großen Nutzen haben für den nördlichen Bereich des Bezirkes Weiz, für das Feistritztal, aber auch für den gesamten Passailer Kessel.

In dem Zusammenhang darf ich herzlichen Dank sagen unserem Landeshauptmannstellvertreter Schöggel, der das ganz stark forciert, unserer Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, aber auch der Fachabteilung 18. (Beifall bei der FPÖ.) Ich muss alle Beteiligten dabei erwähnen, ich glaube, auch die Fachabteilung 18 hat da sehr gut gearbeitet.

Auch wenn wir bereits einen kleinen Applaus gehabt haben, darf ich und muss ich ein paar Forderungen auch noch anhängen. Und zwar ist die Ortsumfahrung Preding ein kleiner Teil vom Gesamtausbau der B 64, wo es darum geht, dass man einfach eine wirklich gute Verkehrsverbindung von Weiz nach Gleisdorf, aber vor allem auch von Weiz in den Passailer Kessel über den Rechberg nach Frohnleiten zusammenbringt. Da möchte ich erinnern daran, dass versprochen worden ist, dass für den dreispurigen Ausbau bereits heuer im Herbst mit den Ablöseverhandlungen begonnen wird, und zwar mit dem Abschnitt Albersdorf-Prebuch und dass da nächstes Jahr Baubeginn sein sollte. In der Zwischenzeit habe ich da einmal nachgefragt, es sind noch keine Ablöseverhandlungen aufgenommen worden. Ich hoffe, dass das in Kürze passieren wird, damit wir einfach da den wichtigen Zeitplan bis zum Jahr 2007 einhalten können, dass wir eben die dreispurige Anbindung, also zweispurig plus Begleitstraße von Gleisdorf nach Weiz bewerkstelligen können. Es geht um Gesamtkosten von 6,2 Millionen Euro und sollte eben bis 2007 erledigt sein.

Ich habe noch eine weitere Bitte und Forderung, an die ich heute noch erinnern möchte. Wir brauchen im Bezirk und ich glaube, das ist ganz wichtig und entscheidend für die wirtschaftliche Zukunft unserer Betriebe, ein flächendeckendes regionales Bezirksverkehrskonzept, was die Schiene betrifft, aber was vor allem auch die Straße betrifft, in puncto Sicherheit, in puncto Wirtschaftlichkeit ist dies unerlässlich.

Wir brauchen dann hintennach natürlich auch die passenden flächendeckenden Maßnahmen – dazu darf ich erwähnen, es ist ja oft jetzt in der Zeitung die Initiative „B 64 x 4“, die sich jetzt ganz eindeutig auch dazu bekennt, den dreispurigen Ausbau in der ersten Phase zu forcieren –, aber dass wir langfristig denken

müssen, dass wir irgendwann einen vierspurigen Ausbau schaffen, eine vierspurige Anbindung von Gleisdorf nach Weiz. Wenn ich bedenke, dass wir derzeit 12.000 Autos im Tag auf der Straße haben und in zehn bis 15 Jahren werden es 20.000 sein, brauchen wir einfach den vierspurigen Ausbau, damit wir wirtschaftlich weiterentwickeln können und vor allem, dass unsere Bezirkshauptstadt nicht vom übrigen Bezirk abgenabelt ist.

Ich bitte einfach, das zu unterstützen, aber vor allem, die beiden Ablöseanträge, die heute auf der Tagesordnung stehen, zu unterstützen. Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP. – 19.23 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächstes bitte ich den Herrn Kollegen Ober um sein Wort.

Abg. Ing. Ober (19.23 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsident, lieber Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich, dass heute auch die Grundablöse der Ortsumfahrung Hausmannstätten auf der B 73 zum Beschluss ansteht. Es ist in den letzten Jahren gelungen, die B 73, von Leibnitz kommend über den westlichen Teil des Bezirkes Feldbach, so auszubauen, dass sie für die Pendler – und das sind nicht wenige, die in den Raum Graz einpendeln – auch mittlerweile attraktiv ist. Das große Problem hat sich am Hühnerberg abgespielt, bedingt durch die nicht gebaute Ortsumfahrung Hausmannstätten. Der Stau hat sich vom Hühnerberg bis durch ganz Hausmannstätten in die Stadt hinein gezogen.

Ich hoffe, dass nicht nur die Grundeinlöse einen Beschluss erfährt, sondern auch nach dieser erfolgreichen Grundeinlöse auch die Baumaßnahmen getätigt werden, weil für den westlichen Teil des Bezirkes Feldbach für die Pendler, aber vor allem auch für die Unternehmer die Anbindung nach Graz eine Wesentliche ist. Ich bitte um Unterstützung, dass nach dieser Grundeinlöse auch das Bauvorhaben ausgeschrieben und umgesetzt wird.

Ich danke herzlichst für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 19.24 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächstes zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrittwieser (19.24 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Verkehr ist ein wichtiger Diskussionspunkt. Erlauben Sie mir daher, zum Tagesordnungspunkt 22 einen Unselbstständigen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages, betreffend die Verhinderung der Einstellung von Zügen im Personennahverkehr, der Abgeordneten Schrittwieser, Dr. Bachmaier-Geltewa, Margarethe Gruber, Prattes und Stöhrmann einzubringen.

Der Kollege Prattes hat über den Fernverkehr berichtet, dass die ÖBB wichtige Zugsverbindungen, die vor allem die Südbahn betreffen, in den Westen verlegen. Daher haben unsere Pendler, aber alle, die im Wirtschaftsverkehr zu tun haben, große Nachteile.

Es gibt auch im Nahverkehr eine Reihe von Einstellungen. Ich darf Ihnen daher folgenden Entschließungsantrag vortragen:

Nach Informationen der sozialdemokratischen Fraktion im Steiermärkischen Landtag droht der Steiermark bei der Erstellung des kommenden Winterfahrplanes für den Personennahverkehr ein massiver Kahlschlag bei den Zugsverbindungen. Für die Verhandlungen für den von Bund und Ländern gemeinsam finanzierten Regionalverkehr gibt es seitens der ÖBB umfangreiche Einsparungsvorgaben, die schon bald in die Tat umgesetzt werden sollen.

Sollten die Vorgaben der ÖBB tatsächlich umgesetzt werden, wird vielen Steirerinnen und Steirern eine weitere wichtige Versorgungsleistung der öffentlichen Hand eingeschränkt werden. Vor allem Pendlerinnen und Pendler und Personen, die nicht selbst über ein Kraftfahrzeug verfügen, würden dadurch eine weitere wesentliche Verschlechterung ihrer Verkehrsverbindungen und damit ihrer Lebensbedingungen erfahren.

Hier einige Beispiele für die geplanten dramatischen Zugseinstellungen:

Kollege Straßberger als Verkehrssprecher, ich würde dich bitten, dass du schön aufpasst und auch deinen Teil dazu beiträgst. Dass dir das egal ist, verstehe ich schon, wenn du so deutest, aber es gibt halt Leute, die brauchen diese Zugsverbindungen, und wir sind ihre Partner, wenn wir darum kämpfen, dass sie nicht eingestellt werden. (Abg. Straßberger: „Habe ich ein Wort gesagt?“)

Hier einige Beispiele für die geplanten dramatischen Zugseinstellungen:

Auf der Strecke Stainach–Attnang–Puchheim sollen nicht weniger als zwölf Zugsverbindungen eingestellt werden. In den meisten Fällen ist nicht einmal ein Schienenersatzverkehr eingeplant.

Auf der so genannten „Schoberpassstrecke“ zwischen Selzthal und Sankt Michael sollen ebenfalls zehn Züge – wenn auch nur teilweise – nicht mehr fahren. Nur zwei Zugseinstellungen sollen nach derzeitigem Planungsstand definitiv durch Busse ersetzt werden. Natürlich eine Katastrophe.

Auch im Bereich des unteren Ennstals, auf der Strecke zwischen Selzthal und Kleinreifling, soll das Zugangebot verschlechtert werden.

Auf der Strecke Graz–Bruck an der Mur ist die Einstellung von drei Zugsverbindungen geplant.

Landeshauptmannstellvertreter Dipl.-Ing. Schöggel soll sich daher bei den Verhandlungen für den kommenden Winterfahrplan für den Regionalverkehr gegen eine Einstellung von Zügen und jede sonstige Verschlechterung der Zugsverbindungen stellen und nicht nur für eine Beibehaltung, sondern für eine Ausdehnung der derzeitigen Zugsverbindungen eintreten. Weiters soll die Landesregierung – wie beim Personenfernverkehr – auf die Bundesregierung Druck ausüben, damit keine Verschlechterung für die Steirerinnen und Steirer im Personennahverkehr, sondern bestenfalls Verbesserungen eintreten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens bei den Verhandlungen mit Vertretern des Bundes über die Gestaltung des kommenden Winterfahrplans für den Personennahverkehr a) für eine weitere Verbesserung der derzeitigen Zugsverbindungen einzutreten und b) keinesfalls eine ersatzlose Einstellung von Zügen oder eine anderweitige Verschlechterung der Zugsverbindungen zu akzeptieren sowie zweitens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, sie soll als Eigentümerversorger der ÖBB darauf hinwirken, dass bei der Erstellung des kommenden Winterfahrplans für den Personennahverkehr a) die Verbindungen im Personennahverkehr im Interesse der Steirerinnen und Steirer weiter verbessert werden und b) keinesfalls Züge eingestellt werden oder sonst eine Verschlechterung der Zugsverbindungen erfolgt.

Ich hoffe, dass dieses Anliegen die Zustimmung des gesamten Hauses findet.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.29 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Als Nächstes zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Breithuber. Ich bitte um sein Wort.

Abg. Breithuber (19.29 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Landesrat, Hohes Haus!

Also ich bin schon sehr begeistert, dass im Nahverkehrsbereich zum Tagesordnungspunkt 22 endlich Bewegung in diese Stube gekommen ist, vor allem, wenn ich bedenke, dass wir im Frühjahr schon so einen ähnlichen Antrag gestellt haben, der leider keine Mehrheit gefunden hat, aber jetzt auch die freiheitliche Fraktion – und da danke ich herzlichst – einen Entschließungsantrag stellt. Dazu kann ich nur gratulieren und werde ihn natürlich unterstützen.

Aber eine Bitte hätte ich noch dazu: dass man nicht nur schaut, dass diese Förderungen des Bundes nicht gekürzt werden, sondern dass vor allem diese Ungleichbehandlung auch abgestellt wird, weil derzeit läuft es so, dass gewisse Linien 50 Prozent Bundesförderung haben, gewisse Linien 33,33 Prozent und einige wenige Linien 25 Prozent. Vor allem wo neue Linien geplant sind, gibt es überhaupt keine Zusage beziehungsweise Förderungsmöglichkeit mehr.

Um das Ganze noch zu verschärfen, bitte ich, trotzdem noch oder zusätzlich noch an die Bundesregierung heranzutreten, um vor allem eine Sonderfinanzierung für den Großraum Graz, für den Ballungsraum, zu lukrieren, um diese Belastung in unserem Gebiet besser in den Griff zu kriegen, um unserer Bevölkerung und den Pendlern wieder eine bessere Lebensqualität zu garantieren.

Darum bitte ich und danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 19.31 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächstes ist der Herr Abgeordnete Wiedner am Wort. Bitte.

Abg. Wiedner (19.31 Uhr): Frau Präsident, Herr Landesrat, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben heute wieder acht Tagesordnungspunkte drauf, wenn es um den Verkehr geht. Das ist einer der wichtigsten Tagesordnungspunkte, wie wir alle bei jeder Landtagssitzung sehen. Aber heute keine große Diskussion, weil der Siegi Schrittwieser hat auch keinen Zund hineingebracht in die ganze Angelegenheit. (Abg. Gross: „Wenn der Herr Landesrat nicht da ist!“)

Der Herr Landesrat wird vertreten durch den Herrn Landesrat Seitinger. Aber ich darf ihn entschuldigen, den Herrn Landesrat Schöggel, er hat heute einen wichtigen Termin in Wien. Aber er ist in Gedanken bei euch und ich werde ihm das überbringen, was ihr an Neuigkeiten alles bringt. Nur bis dato war es nicht sehr viel.

Ich glaube, es geht heute um zwei Punkte: Einerseits um die ganzen Diskussionen der Ablösungen, der Finanzierungen dazu, Kollege Gruber, das du angezogen hast heute. Da wird mit dir noch Kontakt aufgenommen werden, damit wir genau wissen, wann passiert etwas.

Und die zweite Geschichte, eine große Sache, war eher im Bereich des öffentlichen Verkehrs, im Bereich der Auflassung von Streckenführungen der ÖBB und im Endeffekt auch um die Finanzierung des ganzen öffentlichen Verkehrs. Ich habe hier heute auch den Verbundbericht 2003 mitgebracht, der eine große und gute Übersicht bringt darüber, was hier im Lande Steiermark mit dem Verkehrsverbund passiert, was hier alles gemacht wird. Ich glaube, alle zuständigen Herren des Hauses, die in den Verkehrsausschüssen sind, haben diese Unterlagen. Es ist auch bitte zu erwähnen, dass von öffentlicher Hand nahezu 30 Millionen Euro in der Steiermark in den öffentlichen Verkehr fließen, nahezu 30 Millionen Euro fließen in den öffentlichen Verkehr. Ich glaube, das ist ein ganz ein großer Brocken. Wir haben den Antrag gemacht auf Grund dieser Stellungnahme, weil es bitte hier wirklich nicht sein kann, dass sich der Bund hier ganz locker und leise von der Mitfinanzierung zumindest teilweise verabschiedet.

Wie der Kollege Breithuber schon gesagt hat, es gibt in der Regel eine 50-prozentige Förderung des Bundes, dazu die Landesförderung und die Teile, wo Gemeinden auch mit dabei sind. Jetzt geht es darum im neuen Grund- und Finanzierungsvertrag, im so genannten GuF, wie er so schön heißt, die Förderungen auf maximal 33,3 Prozent herunterzureduzieren. Das ist ein Einbruch von 17 Prozent und was das heißt – und ich bin doch unmittelbar auch mit dabei im Verkehrsverbund –, das ist ein gewaltiger Einbruch. Das ist ein gewaltiger Einbruch insofern, als wir Leistungen dauernd herunternehmen müssen, um mit den finanziellen Mitteln zusammenzukommen, oder man müsste den Fahrpreis erhöhen. Aber ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass das nicht die Lösung des Problems darstellt, sondern es geht wirklich nur darum, dass der Bund sich hier auch weiterhin – es schaut zwar in den Verhandlungen momentan nicht weiß Gott wie gut aus, wie mein Informationsstand ist –, aber auch weiterhin mit 50 Prozent am Verkehrsverbund beteiligt. Es sind hier enorme Aufgaben zu machen, die einfach nicht mehr gemacht werden können, wenn man reduziert. Man muss sich Folgendes noch vorstellen, wenn jetzt vom Verkehrsverbund Leistungen zurückgenommen werden, ich biete diese oder jene Strecke nicht mehr an oder ich reduziere hier die Frequenz auf dieser und jener Strecke, dann wird auch wieder der Zuschuss des Bundes von diesem reduzierten Angebot aus gemacht. Das heißt, wieder ein Schritt weiter hinunter. Das heißt, wir müssen dann wieder ein bisschen reduzieren, dass wir zusammenkommen und im Endeffekt dreht sich der Kreisel auf null, krass dargestellt. Aber so schaut es im Endeffekt aus, so kann es, Freunde, meiner Meinung nach nicht sein und ich glaube, wir haben hier im Hause breite Zustimmung zu diesem Antrag und ich darf den Antrag auch einbringen.

Unselbstständiger Entschließungsantrag – ich erspare mir auch hier aus Zeitökonomie den Text und darf mich auf den Antrag reduzieren. Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, sich in Verhandlungen mit dem Bund für die Beibehaltung der Nahverkehrsförderung durch den Bund einzusetzen und den so dringend notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs sowie die Erhaltung des Verkehrsnetzes in der Steiermark längerfristig sicherzustellen.

Ich glaube, das ist eine wichtige Sache im Sinne des öffentlichen Verkehrs, auch in weiterer Folge, was der Kollege Breithuber gesagt hat, in der Sache der S-Bahn, was aber sicherlich eine Sonderfinanzierung werden muss, weil das werden wir sonst nicht erleben. Danke für die Unterstützung! (Beifall bei der FPÖ. – 19.37 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Hagenauer.

Abg. Hagenauer (19.37 Uhr): Geschätztes Mitglied der Landesregierung!

Ich werde die Redezeit einhalten, Frau Präsidentin! Ich möchte an der Stelle einen besonderen Gast begrüßen, liebe Kolleginnen und Kollegen – nein, Kurtl Gennaro, du bist es nicht, auch wenn ich dich jetzt gerade angeschaut habe, aber es ist verräterisch, dass du dich betroffen fühlst – nein, es ist der von uns allen so geschätzte zuständige Landeshauptfraustellvertreter Schögggl, den ich extra begrüßen möchte, wo er doch dieser Verkehrsdebatte schon die ganze Zeit so aufmerksam lauscht. Ich danke ihm vielmals dafür. (Abg. Wiedner: „Der Landesrat Seitinger vertritt ihn!“)

Wirklich wahr? Ich denke, das ist gar keine so schlechte Idee, den Herrn Landesrat Seitinger in dem Fall mit der Vertretung zu befassen, weil es ja in der Tat beim öffentlichen Verkehr und in dem Fall, was uns hier besonders betrifft, jedenfalls Verkürzung der Nahverkehrsförderung, insbesondere einen der Punkte betrifft, die dem Herrn Landesrat Seitinger so sehr am Herzen liegen, nämlich die Bekämpfung des Feinstaubes. Nur, Herr Landesrat, vielleicht wenn Sie Ihren Kollegen Schögggl vertreten, stehen Sie nachher auch auf und sagen Ihre Meinung genau dazu. Vielleicht erklären Sie uns, wie Sie Ihr Feinstaubbekämpfungspaket wirklich umsetzen wollen, wie Sie das erreichen wollen, dass in der Steiermark und im Raum Graz, das betrifft ja nicht nur den Raum Graz, der Feinstaub tatsächlich jemals reduziert werden soll, wenn in der Wirklichkeit der Zug im wahrsten Sinne des Wortes in die andere Richtung läuft.

Und jetzt, geschätzter Herr Kollege Wiedner, nichts für ungut, möchte ich Sie ein bisschen stören, wenn ich darf. Sie haben vorhin von den lieben Freunden gesprochen. Wenn das an alle hier gerichtet war, dann ehrt mich das, wenn ich mich zu Ihren Freunden zählen darf und Sie haben das Bild vom Kreisel verwendet, der sich da dreht, mit der ewigen Kürzung der Förderung. Ein kleines bisschen mehr Aufmerksamkeit, wenn es leicht geht. Danke!

Sehen Sie, das, was da Herr Landeshauptmannstellvertreter Schögggl als Vorlage bringt und was Sie jetzt energisch vorgetragen haben, das reiche ich meinem Kollegen Kogler weiter im Parlament und lasse ihn damit einen Misstrauensantrag einbringen. Und wissen Sie, gegen wen? Gegen diese Freunde, die Sie da apostrophiert haben, unter anderem Ihren Freund Gorbach. Ich habe nichts davon, wenn Sie da sagen, liebe Freunde und da muss etwas geschehen und die in Wien. Ich weiß schon, dass jetzt in Vorarlberg die ÖVP ihre Wahlen gewonnen hat damit, dass sie auf Wien geschimpft haben. Und es ist mir nicht entgangen, dass die steirische ÖVP prompt den Herrn Schützenhöfer hat ausrücken lassen, damit der auch am schnellsten Weg auf Wien schimpft. Aber was habe ich denn davon? Bitte schön, das ist ja alles mehr als richtig, das stimmt ja alles, was da drinnen steht, nur, dann lösen wir überhaupt den Landtag auf, dann schaffen wir das alles ab, was hier herinnen läuft und was auch viel Geld kostet, wenn das Ergebnis das ist, dass man hier sagt, da muss etwas geschehen. Das ist ein bisschen zu wenig. Wenn es das ist, dass der eine Freiheitliche dem anderen Freiheitlichen jetzt etwas ausrichtet beziehungsweise nur von Freunden spricht und vergisst dazuzusagen, welchen Freund er konkret meint, dann kann ich mich damit nicht zufrieden geben. Die Grünen

werden also dieser Vorlage des Herrn Landeshauptfraustellvertreters natürlich mit Freuden zustimmen, keine Frage. Er hat die Sachen auf den Punkt gebracht. Für diejenigen unter Ihnen, die es noch nicht gelesen haben, tun Sie das, nehmen Sie das mit nach Hause, sehr lesenswert. Schlimmer als da drinnen kann es eigentlich nicht kommen, zum Teil ist das ja schon dargestellt worden. Wissen Sie, das muss man sich vorstellen, jetzt hat man um 3 Milliarden Schilling die Schoberpassstrecke ausgebaut, die Bahn dort. Und was passiert? Wir stellen die Züge ein! Wir stellen die Züge ein, rechtzeitig ein Jahr nach der Eröffnung, wo die Blasmusik gespielt hat und alle waren dort. (Abg. Bacher: „Super!“)

Super, das ist klass! Und wir kündigen in Graz ein Feinstaubbekämpfungsprogramm an, wo ganz Europa auf uns blicken wird. Das haben wir heute Vormittag gehört, Sie können sich noch erinnern, wie der Herr Landesrat sagt, ganz Europa wird auf uns blicken. Na, hoffentlich nicht, hoffentlich spricht sich das nicht herum, was da hier in Österreich für eine Verkehrspolitik gemacht wird und in der Steiermark insbesondere, weil dann schauen wir alt aus, wenn die mitkriegen, dass wir um Milliarden Eisenbahnen bauen, um nachher ein halbes Jahr später bei der nächsten Fahrplanumstellung die Züge fast auf Null zu stellen. Hoffentlich nicht, hoffentlich nicht.

In diesem Papier sind nicht alle jene Schandtaten angeführt, die die Bundesregierung in Sachen Kürzung der Nahverkehrsförderungsmittel noch vor hat.

Man muss sich das einmal vorstellen, ein Land wie die Steiermark, insbesondere in der Obersteiermark, hat eigentlich sehr günstige Voraussetzungen für die Bahn. Ein Flächenstaat, irgendwo im Deutschen Mittelgebirge oder auch in Ungarn oder auch in der Oststeiermark, nur in der Oststeiermark, wie will ich dort ein effizientes Bahnsystem aufbauen? (Abg. Majcen: „Das habe ich dich schon ein paar Mal gefragt!“)

Schwer, schwer, bei der Zersiedelung und bei der netzartigen Struktur in der Fläche. Da kann ich nicht in jedes Dorf eine Eisenbahn führen. In den obersteirischen Tälern, von Murau bis Mürzzuschlag, ja, von Sankt Michael nach Selzthal und von Hieflau nach Pichl-Mandling kann ich das. Ich muss nur den Mut haben, meine Autobusse als Bahnzubringer einzusetzen, ich muss die Bahn aufwerten, ich lass die dort im Stundentakt fahren und alles funktioniert bestens und kostengünstig.

Aber nicht einmal das bringen sie zusammen.

Daher von dieser Stelle aus, damit komme ich zum Schluss, ich teile – es ist einer der seltenen Augenblicke, wo ich einer Meinung bin mit dem Herrn Landeshauptfraustellvertreter Schögggl –, ich teile seine Einschätzung seines Kameraden Gorbach vollinhaltlich.

Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und der SPÖ. – 19.44 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1763/1 (Tagesordnungspunkt 20) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Verhinderung der Einstellung von wichtigen Zügen im Personenfernverkehr (zu Tagesordnungspunkt 20), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1764/1 (Tagesordnungspunkt 21) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zur Einl.-Zahl 1664/1 (Tagesordnungspunkt 22) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend die Verhinderung der Einstellung von Zügen im Personennahverkehr (zu Tagesordnungspunkt 22), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Sicherstellung der Nahverkehrsförderung durch den Bund (zu Tagesordnungspunkt 22), ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1515/3 (Tagesordnungspunkt 23) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1976/1 (Tagesordnungspunkt 24) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1977/1 (Tagesordnungspunkt 25) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1987/1 (Tagesordnungspunkt 26) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1979/1 (Tagesordnungspunkt 27) ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

28. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1631/2, zum Beschluss Nr. 1236 des Steiermärkischen Landtages vom 2. Dezember 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Petinger und Gennaro, betreffend Richtlinien für die steirische PendlerInnenbeihilfe ab dem Budgetjahr 2005.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt Gennaro. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Gennaro (19.48 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Dieser Vortrag beinhaltet den Bericht der Landesregierung, wo mitgeteilt wird, dass entsprechend diesem Antrag in nächster Zeit eine Abstimmung zwischen der zuständigen Verkehrsabteilung sowie der Abteilung für Wirtschaftsförderung Modelle erarbeitet werden, die dem Ansinnen Rechnung tragen sollen.

Ich stelle daher den Antrag:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1236 des Steiermärkischen Landtages vom 2. Dezember 2003 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Petinger und Gennaro, betreffend Richtlinien für die steirische Pendler- und Pendlerinnenbeihilfe ab dem Budgetjahr 2005, wird zur Kenntnis genommen. Ich ersuche um Annahme. (19.49 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf Einstimmigkeit feststellen.

29. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1962/1, betreffend den Finanzbedarf des Landes Steiermark für das Kompetenzwerk RENET Austria „Energie aus Biomasse“ für den Kompetenzknoten „Energie aus Biogas“ Hartberg.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (19.50 Uhr): Danke! Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Ich darf über diese genannte Regierungsvorlage in Kurzform berichten.

Am 26. April 1999 hat die Steiermärkische Landesregierung den Grundsatzbeschluss gefasst, dass das Land Steiermark beabsichtigt, gemäß den vom Finanzministerium genehmigten Richtlinien für die vom damaligen Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr und Bundesministerium für Wirtschaft eingerichteten Kompetenzzentren Kplus und Kind zu fördern.

Im Bericht sind jetzt die Prozente für die Finanzierung aufgeteilt. Dann wird weiters festgestellt, dass im Zuge der Verlängerung des Kompetenznetzwerkes RENET Austria „Energie aus Biomasse“ nach positiver Vierjahresevaluierung ein zusätzlicher Kompetenzknoten zum Thema „Energie aus Biogas“ mit den drei Biogasknoten Hartberg, Reidling in Niederösterreich und Strem im Burgenland genehmigt wurde. Der Bundesvertrag bezüglich der Verlängerung wurde im März 2004 unterschrieben.

Der Biogasknoten Hartberg mit einem Finanzvolumen von 168.770 Euro für drei Jahre wird in der üblichen Weise vom Land Steiermark kofinanziert.

Als Nächstes sind die Ziele des Biogasknotens Hartberg und die Durchführung von Projekten in verschiedenen Bereichen dargestellt.

Das Wichtigste in dieser Regierungsvorlage ist die Gesamtförderung des RENET „Biogas“ in Hartberg, die sich auf Basis folgender Kosten- und Finanzierungsstruktur ergibt, die hier in der Regierungsvorlage dargestellt ist.

Und in aller Kürze, nachdem der Kollege Wiedner Gas gibt, sind noch die Förderungsnehmer dargestellt und die Form der Auszahlung. Die Modalitäten sind hier niedergeschrieben.

Deswegen hat der letzte Ausschuss für Finanzen diese Form der Finanzierung behandelt und genehmigt.

Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Der im Regierungsbeschluss enthaltene AV mit dem Finanzierungsplan Abteilung 3 – Wissenschaft und Forschung für die ARGE „Kompetenznetzwerk Energie aus Biomasse“ und die ARGE „Kompetenznetzwerk Energie aus Biogas“, 1060 Wien, Getreidemarkt 9, der für das Jahr 2005 einen Betrag von 22.537,52 Euro und für das Jahr 2006 einen Betrag von 22.399,44 Euro vorsieht, wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ich ersuche auch deshalb hier die Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages um ihre Unterstützung. (19.52 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Um das Wort ersucht hat der Herr Abgeordnete Ober. Ich erteile es Ihnen.

Abg. Ing. Ober (19.52 Uhr): Ich weiß, dass es schon spät ist, aber trotzdem muss ich dazusagen, sollte, wenn man schon über nachwachsende Rohstoffe und Energie aus heimischen Produkten immer wieder auch spricht, das RENE Austria, dieses Kompetenzzentrum, dieser Kompetenzknoten in Hartberg doch im Landtag eine Erwähnung erfahren. Ziel dieses RENE Austria ist es, neuen Technologien zur energietechnischen Nutzung für Forschung und Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen, gemeinsame Forschung und Entwicklung von Wirtschaft und Wissenschaft, Forschung primär an Demonstrationsanlagen und eine primäre Nutzung von österreichischem Know-how, Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft, Sicherung bestehender und Schaffung neuer Arbeitsplätze, Beitrag zur Erfüllung der politischen Ziele im Sektor erneuerbare Energie und CO₂-Einsparungen. Dieser Knoten – und ich glaube, das ist schon wichtig – befindet sich in Hartberg und wurde in der Steiermark, in der Oststeiermark auf dieser Biogaskompetenz entwickelt und auf das können wir stolz sein, dass es die erste Region war, die auch ein Handbuch für Biogasanlagen entwickelt hat und sich auch, was die wenigsten wissen, in der Oststeiermark die meisten Biogasanlagen Österreichs befinden. Natürlich, die naturräumliche Ausstattung lässt es zu, dass auch in Zukunft hier noch weitere Anlagen errichtet werden, damit aus diesem Biogaspotenzial heimische Energie, Strom, Wärme et cetera erzeugt werden können. Und Ziel dieses Biogasknotens Hartberg ist die Durchführung von Projekten im Bereich der Typisierung von Modulen für Biogasanlagen, Untersuchung des Einfahrbetriebes und Optimierung der Biogasanlage am Knoten Hartberg, Vergärung pflanzlicher Substrate mit Kosubstraten, Hygienefragen des Substrates, Biogasentfeuchtung und Biogasaufbereitung für verschiedene Anwendungen. Ein sehr wichtiger Bereich, wie wir meinen, da doch diese Biogasanlagen einerseits in der Technologie in der Errichtung eine enorme Wertschöpfung in der Region hinterlassen und eine hohe Beschäftigung, aber im Betrieb vor allem auch eine sehr, sehr hohe Wertschöpfung in die Region zurückspringt.

Der wichtigste Erfolgsfaktor für die Steiermark, vor allem auch für die Weiterentwicklung, ist einfach, dass hier zwischen Forschung und Entwicklung und Zusammenarbeit mit Anlagenbauern und auch Betreibern diese Technologie weiterentwickelt wird und vor allem auch für unsere östlichen Nachbarn als Exportprodukt ausgebaut werden kann. Ich gratuliere wirklich den Hartbergern und vor allem auch denjenigen, die diesen RENE-Knoten erreicht haben für unsere Region und vor allem für die hohe Kompetenz. Ich darf da auch erwähnen, dass die lokalen Betriebe der Oststeiermark wesentlich an dieser Entwicklung mitgearbeitet haben. Schade, dass der Kollege Schleich nicht da ist, das ist auch ein Ausfluss positiver regionaler Entwicklung mit jetzt schon sehr starker wirtschaftlicher Bedeutung und in Zukunft sogar Exportbedeutung. Ich danke herzlichst und wünsche diesem Knoten alles Gute! (Beifall bei der ÖVP. – 19.56 Uhr.)

Präsidentin Beutl: Am Wort ist der Herr Abgeordnete Böhmer.

Abg. Böhmer (19.56 Uhr): Frau Präsidentin, Herr Landesrat!

Ich möchte mich dem Dank des Kollegen anschließen. Ich möchte ein kurzes Zitat aus dem Umwelt- schutzbericht von 2003 bringen, hier schreibt Landesrat Seitinger in seinem Vorwort:

„Das Land Steiermark legt großen Wert auf das Erreichen der Vorgaben des Kyoto-Protokolls und die sukzessive Ablöse fossiler durch alternative Energieträger ist daher ein vorrangiges Ziel.“

Ich kann nur sagen, gerade die Biomasse ist es, die die Steiermark zum Vorreiterland in Österreich und sogar in der EU macht. Ich bin dankbar, dass das passiert ist. Ich sage auch des Weiteren, dass bedingt durch das neue Öko-Stromgesetz auch eine Einspeisung von Öko-Energie beziehungsweise erneuerbaren Energiequellen ermöglicht wird. Es ist ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz. Und was mir an dieser Sache im Besonderen gefällt, der Energieknoten Hartberg ist nicht nur für die Hartberger wichtig. Es hat lange Probleme gegeben und viele Hackeleien, Herr Landesrat, du weißt das. Für mich ist es auch eine tolle Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern und es darf auch hier einmal gesagt werden und ich schließe mich wirklich dem Kollegen Ober an, ich bedanke mich für die Aktivität unserer Landesräte auf dieser Ebene. (Beifall bei der SPÖ. – 19.57 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Nachdem keine Wortmeldung vorliegt, kommen wir zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

30. Bericht des Ausschusses für Generationen und Bildung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1690/2, zum Beschluss Nr. 1303 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (19.58 Uhr): Ich stelle gleich den Antrag vor, der Landtag wolle beschließen:

Die vorliegenden Stellungnahmen zum Beschluss 1303 des Steiermärkischen Landtages vom 20. Jänner 2004 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend Maßnahmen zur Erhöhung der Frauenbeschäftigung, werden zur Kenntnis genommen. (19.58 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Berichterstatterin seine Zustimmung geben will, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

31. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1583/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend schulärztliche Untersuchungen.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Ingrid Lechner-Sonnek. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Lechner-Sonnek (19.59 Uhr): Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl.-Zahl 1583/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend schulärztliche Untersuchungen.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler hat in seinen Sitzungen am 13. Jänner und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Der Ausschuss für Gesundheit und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler zum Antrag, Einl. Zahl 1583/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Mag. Zitz und Hagenauer, betreffend schulärztliche Untersuchungen, wird zur Kenntnis genommen. (19.59 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Berichterstatterin seine Zustimmung geben möchte, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

32. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über den Antrag, Einl.-Zahl 1679/1, der Abgeordneten Graf und List, betreffend Errichtung eines Schulsportdachverbandes für die Steiermark.

Berichterstatteer ist Herr Landtagsabgeordneter Kurt List. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. List (20.00 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Der Ausschuss für Kultur und Sport hat in seinen Sitzungen am 9. März und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt. Der Schriftliche Bericht ist bekannt und liegt Ihnen vor.

Das Wesentliche im Inhalt: Alle, nämlich der Landesschulrat, die Landessportorganisation LSO und die Bundessportorganisation BSO lehnen derzeit unter den gegebenen Voraussetzungen die Errichtung eines Schulsportdachverbandes für die Steiermark ab.

Der Antrag lautet: Der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport zum Antrag, Einl.-Zahl 1679/1, der Abgeordneten Graf und meiner Person, betreffend Errichtung eines Schulsportdachverbandes für die Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (20.01 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Ich komme zur Abstimmung. Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Ich darf die Einstimmigkeit feststellen.

33. Bericht des Ausschusses für Kultur und Sport über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1670/2, zum Beschluss Nr. 1345 des Steiermärkischen Landtages vom 23. März 2004 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Koller, Detlef Gruber und Tschernko, betreffend Führungen für Gehörlose bei der Landesausstellung 2004 und Ausbau einiger Zimmer im Bildungshaus Retzhof für Gehörlosenseminare.

Berichterstatteerin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (20.02 Uhr): Danke! Frau Präsidentin, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen den Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 1345 des Steiermärkischen Landtages vom 23. März 2004 über den Antrag der Abgeordneten Mag. Koller, Detlef Gruber und Tschernko, betreffend Führungen für Gehörlose bei der Landesausstellung 2004 und Ausbau einiger Zimmer im Bildungshaus Retzhof für Gehörlosenseminare, bringen.

Der Bericht über die Möglichkeiten der behindertengerechten Adaptierung von Räumlichkeiten im Bildungshaus Retzhof erfolgt nun.

Ad eins: Bei der Durchführung der Organisation von Landesausstellungen werden Führungen in Gebärdensprache nach Bedarf jederzeit angeboten und ermöglicht.

Ad zwei: Der Plan, den Retzhof mit einer behindertengerechten Infrastruktur für gehörlose und gehörgeschädigte Personen auszustatten, ist sehr zu begrüßen. Seitens der Landesausstellung ist ein Kostenbeitrag dahin gehend möglich, dass ein Betrag dafür aus dem Rückführungsbudget vorgesehen wird. Diesbezüglich sind seitens der Administration des Retzhofes Prioritäten zu setzen.

Ad drei: Mit der nachhaltigen Adaptierung von Zimmern und Seminarräumen könnte das Volksbildungshaus Schloss Retzhof den Anforderungen und Bedürfnissen gehörloser und gehörgeschädigter Personen gerecht werden. Diese, wiederum mit relativ geringem finanziellen Aufwand, errichtete Infrastruktur für gehörlose und gehörgeschädigte Personen wäre österreichweit für ein Bildungshaus einmalig und auch europaweit kaum woanders anzutreffen.

Das Volksbildungshaus Schloss Retzhof würde bei der Verwirklichung dieser Vorhaben im Seminar- und Kulturtourismus eine national und international sicherlich sehr beachtete Vorreiterrolle einnehmen. Die Zahl der gehörlosen und gehörgeschädigten Personen ist österreich- und europaweit nicht gering. Das Volksbildungshaus Schloss Retzhof könnte damit eine sehr interessante Positionierung und Stellung erzielen, was den bekanntermaßen umfangreichen Kultur- und Bildungstourismus dieser Personengruppen betrifft.

Eine erste Kostenschätzung hat ergeben, dass dafür ein Betrag von zirka 25.000 Euro erforderlich ist. Im Rahmen der budgetären Möglichkeiten wird versucht werden, diese Investition zu tätigen.

Es wird daher von Seiten der Steiermärkischen Landesregierung der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der beiliegende Bericht über die Möglichkeiten der behindertengerechten Adaptierung von Räumlichkeiten im Bildungshaus Retzhof wird zur Kenntnis genommen. (20.06 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Frau Abgeordnete, du wolltest auch das Wort. Bitte!

Abg. Wicher (20.06 Uhr): Danke! Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Sie haben meinen Bericht jetzt gehört beziehungsweise meinen Bericht über die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung.

Ich möchte nicht verabsäumen darauf hinzuweisen, dass die Landesausstellung 2004 „Die Römer“ ein großer Erfolg ist und jetzt schon fast war.

Es wurde von Seiten gehörloser Menschen mir immer wieder berichtet, dass es kein Problem war, Führungen im Rahmen dieser Ausstellung auch durch Gebärdendolmetscher vermittelt zu bekommen. Außerdem wäre anzumerken – und das ist mir von Seiten rollstuhlfahrender Menschen mitgegeben worden hier heute in den Landtag –, dass die Ausstellung absolut barrierefrei zu besuchen war, auch für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen. Besonders wurde darauf hingewiesen, dass die Professionalität und die Zuverlässigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen der Ausstellung beispielgebend ist.

Was die Adaptierungen im Volksbildungshaus Retzhof anlangt, wird das ja nach diesem Bericht auch sehr gewürdigt und auch als gut empfunden, vor allem, weil man der Meinung ist, dass das österreichweit und europaweit eben etwas Einzigartiges wäre.

Für gehörlose Menschen würden in den Seminarräumen und auch in den Zimmern zur Übernachtung optische Signale eingesetzt werden müssen, während für gehörgeschädigte Personen Induktionsschleifen installiert werden müssten oder müssen, um ihnen auch die Möglichkeit zu geben, unbeeinträchtigt von Nebengeräuschen den Vorträgen folgen zu können.

Ich möchte jetzt noch darauf hinweisen, dass es, wenn man schon Adaptierungen andenkt, auch die Möglichkeit geben sollte, dass Menschen mit einer Körperbehinderung diese Seminarräume und auch die Übernachtungsmöglichkeiten im Volksbildungshaus Retzhof nutzen können. Das bedingt natürlich einen barrierefreien Zugang und eben alles das, was Barrierefreiheit für Rollstuhlfahrer oder gehbehinderte Menschen anlangt.

Aber ich könnte mir vorstellen, dass diese zusätzlichen Adaptierungen den Ruf des Volksbildungshauses Retzhof noch weiter steigern würden, weil es – und das weiß ich aus Erfahrung – nicht ganz leicht ist, Seminarräumlichkeiten und auch Übernachtungsmöglichkeiten für Menschen, die einen Rollstuhl benutzen müssen oder eine andere körperliche Beeinträchtigung haben, zu finden. Das ist eben schwer zu finden.

Ich denke, man sollte auch diesen meinen Vorschlag ins Auge fassen, um wirklich ein exemplarisches Beispiel zu bringen, wie mit Anliegen behinderter Menschen in der Steiermark umgegangen wird. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.10 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zur Abstimmung.

Ich darf die Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand bitten. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

34. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1974/1, über die Bedeckung über- und außerplanmäßiger Ausgaben für das Jahr 2004 (fünfter Bericht für das Rechnungsjahr 2004).

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dirnberger (20.10 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Landesräte, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

In dieser Vorlage wird berichtet, dass in der Zeit vom 26. April bis 13. Juli 2004 dringende und im offensichtlichen Interesse gelegene über- und außerplanmäßige Ausgaben von insgesamt 11,128.388,05 Euro durch die Steiermärkische Landesregierung genehmigt wurden. Die genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben sind in der beiliegenden Aufstellung übersichtlich angeführt.

Dieser Mehraufwand wurde wie folgt bedeckt:

Ordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen von 5,782.073,33 Euro und Mehreinnahmen von 689.786,70 Euro. Das ergibt 6,471.860,03 Euro.

Außerordentlicher Haushalt: Bindung von Ausgabenersparungen von 4,513.696,02 Euro und Mehreinnahmen von 142.832 Euro. Das ergibt insgesamt 4,656.528,02 Euro.

Eine dem Antrag beigeschlossene Aufstellung gibt einen genauen Überblick über diese über- und außerplanmäßigen Ausgaben und deren Bedeckung. Die betreffenden Regierungssitzungsanträge der zuständigen Abteilungen liegen ebenfalls in Kopie bei.

Beschlüsse über spezielle Angelegenheiten, die im vorliegenden Berichtszeitraum seitens der Steiermärkischen Landesregierung gefasst und dem Steiermärkischen Landtag gesondert vorgelegt wurden, sind im gegenständlichen Bericht nicht berücksichtigt.

Ich stelle den Antrag, der fünfte Bericht für das Rechnungsjahr 2004 der Steiermärkischen Landesregierung über die Bedeckung der in der beiliegenden Liste samt Kopien der zugrunde liegenden Regierungssitzungsanträge der zuständigen Abteilung angeführten über- und außerplanmäßigen Ausgaben in der Gesamthöhe von 11,128.388,05 Euro wird zur Kenntnis genommen und hinsichtlich der Bedeckung genehmigt. Ich ersuche um Annahme. (20.13 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Wir kommen zur Abstimmung. Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

43. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1945/1, der Abgeordneten Zierler und Lafer, betreffend Begleitung von Kindern im Krankenhaus.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Theresia Zierler. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Zierler (20.14 Uhr): Danke, Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Begründung liegt Ihnen in schriftlicher Form vor. Ich erspare mir daher die Vorlesung. Der Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Der nachstehende Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Steiermärkische Krankenanstaltengesetz geändert wird (KALG-Novelle 2005), wird zum Beschluss erhoben. Ich bitte um Annahme. (20.14 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Sie haben auch ums Wort gebeten. Bitte.

Abg. Zierler (20.14 Uhr): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Regierungsbank und im Plenarsaal!

Wir haben im Sommer eigentlich schon kurz vor der Sommerpause, am letzten Tag hier im Landtag einen besonderen Tag gehabt, eine besondere Landtagssitzung gehabt, als die Kinderbegleitung damals mehrheitlich angenommen wurde und heute ist endlich jener Tag, wo wir auch einen Entwurf, einen Gesetzesentwurf vorlegen können. Ich hoffe und wenn die Signale richtig zu deuten sind, geht es heute hier um eine Vier-Parteien-Einigung beziehungsweise um eine einstimmige Annahme.

Es ist eigentlich ein Tag, an dem man sich nur freuen sollte, aber Herr Landesrat Erlitz, Sie erlauben mir trotzdem einen kleinen Satz in Ihre Richtung. Als wir im Juli die Landtagssitzung hatten, hat damals die SPÖ unseren Antrag nicht mit beschlossen. Das war die einzige Fraktion, die nicht mitgegangen ist. Am nächsten Tag konnte man dann aber in der Zeitung lesen, da hat Herr Gesundheitslandesrat Erlitz gesagt, ebenfalls erfreut über den Meinungsschwenk der schwarz-blauen Koalition zeigte sich SPÖ-Gesundheitslandesrat Wolfgang Erlitz, „endlich können wir gemeinsam umsetzen, wofür ich seit Jahren arbeite“. Herr Landesrat bitte nicht böse sein, das sagen Sie einen Tag nachdem Ihre Fraktion den Antrag abgelehnt hat. Und ich sage dazu nur, das Gesetz hat Gott sei Dank kein Mascherl und es hat kein Mascherl in keiner Farbe. Wichtig sind für uns und ich denke für alle hier im Plenum die Menschen, die davon profitieren, die kranken Kinder und deren Eltern. Ich bedanke mich hier an dieser Stelle bei all jenen, die sehr lange Zeit sehr ehrlich mitgearbeitet haben und nicht nur im Nachhinein persönlichen Eitelkeiten frönen. Danke! (Beifall bei der FPÖ. – 20.16 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Als Nächster am Wort ist Herr Abgeordneter Hamedl.

Abg. Hamedl (20.16 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Kollegin Zierler hat ohnedies schon alles gesagt. Wir haben es schon vorher im Fernsehen gesehen, das neue Gesetz ist sicher gut. Die Aussagen, die der Herr Landesrat in dieser Causa getätigt hat, die kennen wir alle von den Diskussionen um das Kriseninterventionszentrum, das sehr wichtig ist. Das Gesetz glaube ich ist gut, unverständlich ist euer Entschließungsantrag, den wir ablehnen werden. Ich denke mir, es kann nicht so sein, das Gesundheitsbudget hat ein Volumen von mehr als 394 Millionen Euro und dann noch zusätzlich diese 330.000 Euro zu fordern, die erstens einmal ein geschätzter Betrag sind. Es gibt also keine wirklich genauen Zahlen. Aus diesen Gründen werden wir diesen Antrag ablehnen. Und der Kollege Kasic hat, glaube ich, schon etwas Wichtiges gesagt. Im Kontroll-Ausschuss wurde ja gesagt, diese 790.000 Euro in Bezug auf Medikamente sind ein vernachlässigbarer Betrag, also wenn die KAGES so handelt, dann denke ich mir, dann kann man die 330.000 nicht fordern. Deswegen lehnen wir den Antrag ab und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 20.18 Uhr.)

Präsidentin Dr. Rieder: Am Wort ist die Frau Abgeordnete Lackner.

Abg. Mag. Lackner (20.18 Uhr): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Als Vorsitzende des Gesundheits-Ausschusses, der heute getagt hat und gestern eine Unterausschusssitzung durchgeführt hat, freue ich mich, dass wir zur Übereinstimmung gekommen sind und erzielt haben, aber auch Klärungen herbeiführen konnten in der gestrigen Unterausschussrunde, weil wir ja – die Kollegin Zierler hat es angesprochen – einen Landtagsbeschluss vorliegen hatten, der im Grunde auch andere Parameter aufgezeigt hat als die, die im vorliegenden Antrag aufgeschienen sind. Das konnten wir gestern ausreden und haben damit einen wesentlichen Punkt erfüllt. Ich bin aber auch sehr stolz darauf, dass es uns gelungen ist zu der Stafflung altersgemäß auch die soziale Komponente einzubringen in diesen Bestimmungen, weil die waren im Antrag der FPÖ nicht drinnen. Und in der jetzt vorliegenden Fassung, die wir auch beschließen werden – davon gehe ich jetzt einmal aus – wird genau jenen unter die Arme gegriffen, die sozial schutzbedürftig sind und die diese neue Regelung brauchen und für die diese Regelung gemacht ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Es ist nicht die breite Masse, die das braucht und die mit der Gießkanne bedient werden soll, sondern zielgenau. Die entsprechenden Formulierungen haben wir gefunden und die offenen Fragen sind beantwortet, bis auf eine, die der Finanzierung. Es kann die ÖVP nicht wirklich überraschen, wir haben gestern auch über die Dimension dieser Maßnahme gesprochen. Wenn heute die ÖVP mit einer Presseaussendung hinausgeht: Klubobmann Landtagsabgeordneter Mag. Christopher Drexler und Gesundheitssprecher Landtagsabgeordneter Johann Bacher, wo festgehalten wird: „Laut Erlitz sind 758.000“ – das habt ihr geschrieben, und nicht 780.000, wie jetzt gerade gefallen ist – „758.000 Forderungsverzicht eine vernachlässigbare Größe.“ Dann stehe ich hier, um zu sagen, das ist eine Unverschämtheit, dass das dem Landesrat Wolfgang Erlitz unterstellt wird. (Beifall bei der SPÖ.)

In Wirklichkeit ist es so, dass eine notdürftige und fadenscheinige Begründung herangezogen wird, die mit der Wahrheit überhaupt nichts zu tun hat. Landesrat Erlitz hat das weder im Kontroll-Ausschuss gesagt noch heute im Gesundheits-Ausschuss, dass das eine vernachlässigbare Größe sei. Er hat diese Aussage schlicht und einfach bei keiner Gelegenheit gemacht und in Wirklichkeit ist es armselig. (Abg. Kasic: „Er hat nicht widersprochen!“) Herr Kollege Kasic, er hat sehr wohl heute etwas gesagt im Gesundheits-Ausschuss, er hat gesagt, er wird das Gespräch ernsthaft suchen mit diesem Mitarbeiter der höchsten KAGES-Ebene und wird eine Klärung herbeiführen, aber es gibt da keine Sippenhaftung. Das hat er gesagt. Und es ist und bleibt armselig, der SPÖ und dem Landesrat für Gesundheit einfach so am Zeug zu flicken, aber es funktioniert auch nicht, weil diese Behauptungen ins Leere gehen. Und das wissen alle, die hier herinnen sitzen und in diesen entsprechenden Gremien gewesen sind. Er hat diese Aussage nicht gemacht. Er hat angekündigt, dass er diese Gespräche oder dieses Gespräch suchen wird. Das sind unappetitliche Spiele, die Sie sich da erlauben. (Beifall bei der SPÖ.)

Auch wenn es für manche unverständlich bleiben wird, ich bringe diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag ein, der für den Kollegen Hamedl nicht nachvollziehbar ist – aber das wundert mich nicht.

Ich verzichte jetzt auch auf die Präambel und komme zum Antrag und den möchte ich sehr wohl vorlesen.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ab dem Budget 2005 des Landes eine Voranschlagstelle mit Dotierung von 350.000 Euro einzurichten, aus der die Einnahmefälle der KAGES durch die Gesetzesänderung der Paragraphen 30, 35 Steiermärkisches KALG gegenverrechnet und bedeckt werden. Diese Summe ist zusätzlich zu den im Budget für das Gesundheitswesen vorgesehenen Mitteln zur Verfügung zu stellen.

Zeigen Sie, dass Sie Politik ernst nehmen und zu mehr imstande sind als zu Worten. Ich danke Ihnen schon jetzt! (Beifall bei der SPÖ. – 20.23 Uhr.)

Präsident Purr: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Drexler. Bitte!

Abg. Mag. Drexler (20.23 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Regierungsmitglieder, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Das kann nicht unwidersprochen bleiben. Ich schätze die Frau Kollegin Lackner bisher als eine kompetente Verhandlungspartnerin in vielen Fragen und habe sie noch nicht als parteipolitische Amazone kennen gelernt, aber das ist auch eine Erfahrung. (Abg. Gennaro: „Amazonen sind etwas Schönes!“)

Kurt, das ist ja überhaupt nicht das Thema. Das Thema ist ein anderes und das ist sehr ernst.

Gott sei Dank, und die Frau Kollegin Zierler hat zu Recht darauf hingewiesen – und da stehe ich gar nicht an, die Freiheitlichen waren die Ersten, die diesen Antrag vor geraumer Zeit einmal eingebracht haben –, aber ich glaube, es hat sich dann auch ein gemeinsames Wirken in die Richtung dieser Kinderbegleitung entwickelt. Es hat im Endeffekt sogar jetzt eine Vierparteieneinigung im Unterausschuss und heute dann im Gesundheits-Ausschuss gegeben, und das ist das eigentlich Positive an diesem Tag.

Aber natürlich muss sogar so eine positiv Einigung sofort in die tagespolitisch aktuelle Debatte hineingezogen werden. Gewähren Sie mir die Ehre, dass Sie mir zwei Minuten zuhören, weil wir kennen die Argumentation seit Jahren. Wann immer irgendwas im Sozialbereich oder im Gesundheitsbereich umgesetzt werden soll, sind die zuständigen sozialdemokratischen Landesräte nicht verlegen, sofort die Lösung zu haben. Entweder die Lösung dafür, in der Argumentation, warum es nicht geht, nämlich weil die böse ÖVP durch die jeweiligen Finanzreferenten, jetzt Finanzreferentin und in letzter Konsequenz durch die Frau Landeshauptmann so böse ist, die entsprechenden Mittel nicht herzugeben. Als hätten nicht alle anderen Regierungsmitglieder die gleichen Aufgaben wie die beiden sozialdemokratischen die Aufgaben haben – es gibt ja einen Dritten, der relativ bescheidene Aufgaben hat –, nämlich im eigenen Ressortbereich die finanziellen Mittel entsprechend zu verwalten, Prioritäten zu setzen und festzulegen, wofür Geld verwendet werden soll. Das ist das Geschäft von einem jeden auf der Bank da oben. Nur bei den sozialdemokratischen Regierungsmitgliedern wird dieses Geschäft nicht selbst besorgt, sondern das müssen die Frau Finanzlandesrätin und die Frau Landeshauptmann für sie machen. Bei jeder zusätzlichen Forderung, bei jeder für die Zukunft wichtigen Maßnahme gibt es nur ein einziges Argument, nämlich die böse ÖVP, im listigen Zusammenspiel mit den Freiheitlichen, gewährt kein Geld. Schwarz-blaue soziale Kälte gegen die beinahe mit tiefendem Kitsch argumentierte soziale Wärme der Sozialdemokratie, unerhört, nichts passiert, nichts kann passieren in diesem Land, weil diese Seite des Hauses zu böse ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Und das, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen wir uns nicht mehr gefallen im Interesse der Zukunft dieses Landes. Daher hat es diese Presseaussendung gegeben, weil was war denn das Thema, bitte schön?

Wir haben einen Rechnungshofbericht – und der Kollege Bacher wird in der Debatte um den Rechnungshofbericht noch entsprechend Stellung nehmen –, wir haben einen Rechnungshofbericht, wo erhebliche Missstände im Gesundheitsbereich klargegestellt werden, wo die Verschwendung von Geld klargegestellt wird, wo klargegestellt wird, dass etwa im Bereich der Krankenanstaltengesellschaft mbH. man über 700.000 Euro auf der Straße liegen gelassen hat. (Abg. Böhmer: „Ein Wahnsinn!“)

Das ist ein Wahnsinn, weil da geht es nach euren Berechnungen um 350.000 Euro. Zwei Jahre Kinderbegleitung wären allein durch eine ordentlichere Wirtschaft im Ressort Erlitz und in der KAGES möglich zu sichern. Deswegen stimmen wir dem nicht zu. (Beifall bei der ÖVP.)

Weil, bitte, so geht es nicht, dass ihr uns bei jeder Gelegenheit erklärt, im Sozialbereich und im Gesundheitsbereich wird jeder Cent und jeder Euro – haben wir heute schon einmal gehört – zusammengekratzt. Wir haben es heute bei der Dringlichen Anfrage gehört, die letzten Euro kratzt der Landesrat Flecker zusammen, um den Heizkostenzuschuss umzusetzen. Ja, was ist die Wahrheit? 3,6 Millionen Euro sind ihm im letzten Budget übergeblieben. (Abg. Kröpfl: „Nein, nein!“)

Es war überhaupt keine Schwierigkeit, diesen Heizkostenzuschuss zu finanzieren. Die einzige Schwierigkeit war es, einen tauglichen Antrag zu formulieren, dass die Ausgleichszulagenempfänger auch erfasst sind. (Beifall bei der ÖVP.)

Wundert mich auch nicht weiter bei den vielen Millionen, ja zig Millionen, die etwa der Landesrat Flecker in den letzten Jahren erhalten hat, so, beim Jahresabschluss, da fehlen 30 Millionen, machen wir eine Budgetvereinbarung, Herr Landesrat, dürfen wir Ihnen 30 Millionen geben, und im fortlaufenden darauf folgenden Budget 38 Millionen mehr, darf es ein bisschen mehr sein? Alles kein Problem!

Nur wenn die Sozialdemokratie in diesem Land noch einmal behauptet, wir hungern Soziales und Gesundheit aus, dann werden wir das mit aller Vehemenz zu widerlegen wissen. Wir werden in diesem Haus uns diese Argumentation nicht mehr gefallen lassen. Und der erste Schritt ist der, dass dieser Entschließungsantrag der SPÖ abgelehnt wird, weil wer es zulässt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KAGES im Kontroll-Ausschuss sagen, 758.000 Euro sind eine vernachlässigbare Größe, ja, das ist eine Ungeheuerlichkeit, eine Ungeheuerlichkeit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage das heute besonders aus einem Grund mit besonderer Deutlichkeit, weil – (Abg. Böhmer: „Cabaret!“)

Der Kollege Böhmer spricht von Cabaret, das ist ein gutes Stichwort.

Spricht von Kabarett, ich habe es gehört – ein gutes Stichwort.

Ich habe hier den Abänderungsantrag der Sozialdemokratie zum Untersuchungs-Ausschussendberichtsentwurf vom Kollegen Hagenauer. Wissen Sie, Frau Kollegin Lackner, Sie sind nicht im Untersuchungsausschuss, möglicherweise ist das für Sie ein Glück, möglicherweise auch nicht, wer weiß, aber wenn Sie heute davon sprechen, dass diese Presseaussendung und die Argumentation, die wir in dem Zusammenhang führen, armselig ist, armselig, es gibt keine Sippenhaftung ist auch gefallen in der Debatte, dann sage ich Ihnen schon eines, so sachte und behutsam, wie wir etwa mit dem Gesundheitslandesrat (Abg. Kröpfel: „Nicht lachen!“) und anderen Regierungsmitgliedern der SPÖ umgehen, es wundert mich eigentlich, dass wir so sachte umgehen. Weil wenn ich mir anschau, wie viele, zum Teil unter bewusster Verdrehung von Tatsachen, etwa die Frau Landeshauptmann seit mehr als einem Jahr in der Angelegenheit, in der zutiefst unerquicklichen ESTAG-Angelegenheit, Landtagssitzung für Landtagssitzung, Woche für Woche, Tag für Tag (Abg. Gennaro: „Monat für Monat!“) ungerechtfertigterweise kritisieren, angehen und zu skandalisieren versuchen, dann kann ich Ihnen sagen, der Konter ist eigentlich relativ klein, ist eigentlich relativ klein.

Jetzt sage ich ein Zweites, weil es ja keine Sippenhaftung gibt. (Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Drexler!“) Gäbe es in unseren, in Bereichen, die Sie unseren Regierungsmitgliedern zuordnen, gäbe es hier auf der einen Seite die Aussage, 758.000 Euro sind eine vernachlässigbare Größe (Abg. Kröpfel: „Das hat er nicht als Regierungsmitglied gesagt. Halte das einmal fest!“) und auf der anderen Seite will ich 350.000 Euro extra im Budget mit eigener Zeile und da müssen wir einen Abänderungsantrag wahrscheinlich beschließen, das ist ein Missverhältnis und ein Grad an Unglaublichkeit, ein Grad an parteipolitisch motivierter, taktisch motivierter Unseriosität, dass ich ganz ehrlich sagen muss, ich schließe mit den Worten von Kurt Flecker, das ist nicht Ihr Niveau. (Beifall bei der ÖVP. – 20.32 Uhr.)

Präsident: Gemeldet hat sich Herr Landesrat Mag. Erlitz. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Mag. Erlitz (20.32 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich wollte sachlich antworten, aber man sucht eben mit aller Gewalt und mit allem Krampf einen Skandal bei der SPÖ zu orten als Retourkutsche und wenn es sein muss, auch eine Unwahrheit herauszieht. Denn dieses profilneurotische Pamphlet vom Herrn Bacher und von dir strotzt ja vor Unwahrheiten. Meine Damen und Herren, Sie verstehen jetzt vielleicht auch besser, dass es wirklich schwer ist, mit einer Partei zusammenzuarbeiten, in der Menschen sind, die die Lüge eben zu einem politischen Instrument erheben, denn der Erlitz, laut Erlitz – (Abg. Bittmann: „Hast du gesagt Lüge?“ – Präsident: „Am Wort ist der Landesrat!“ – Abg. Bittmann: „Das akzeptiere ich nicht!“ – Präsident: „Meine Damen und Herren, am Wort ist Herr Landesrat Erlitz. Ich ersuche Sie um Zurückhaltung!“ – Abg. Bittmann: „Er muss sich entschuldigen!“ – Präsident: Herr Abgeordneter, Sie können sich zu Wort melden, danach bitte! – Abg. Bittmann: „Ich akzeptiere nicht, dass ein Landesrat zu meinem Klubobmann das Wort Lüge sagt!“ – Präsident: „Herr Landesrat, setzen Sie fort bitte!“) Wenn er es nicht akzeptiert, ist es sein Problem. (Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Ich halte mich hier an die Geschäftsordnung, meine Herren!“ – Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Jetzt schlägt es ja langsam 13, meine Damen und Herren! Wir sind hier noch in einem Landesparlament, wo es eine gewisse Disziplin geben sollte. Es liegt an Ihnen allen bitte!“ – Beifall bei der SPÖ. – Abg. Bittmann: „Begründe das!“) Benni, ich würde es ja gerne begründen. (Abg. Bittmann: „Herr Landesrat!“)

Benni, lass mich begründen jetzt. (Präsident: „Meine Damen und Herren, es ist mir die Geschäftsordnung völlig klar. Ich bin gerne bereit, die Damen und Herren darüber zu informieren, aber nicht jetzt während dieser Debatte!“ – Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Einen gewissen Stil muss man einhalten!“ – Präsident: „Ich habe die Wünsche gehört. Meine Damen und Herren, ich kann nur ermahnen zu einer ordentlichen Umgangssprache in diesem Hause. Es steht mir zwar als Präsident zu bitte, jedem Abgeordneten einen Ordnungsruf zu erteilen, aber laut Geschäftsordnung ist mir das bei einem Regierungsmitglied nicht möglich. Meine Damen und Herren, das ist ein Faktum. Aber ich kann ermahnen, dass man in der Sprache entsprechend mäßigend, entsprechend überlegt sich ausdrückt. Herr Landesrat, bitte fortzusetzen, um die Debatte allmählich zu Ende zu führen!“ – Allgemeine Unruhe. – Präsident: „Bei aller Kollegialität, so geht das nicht!“ – Abg. Dipl.-Ing. Wöhry: „Herr Präsident, es hat sich auch ein Landesrat einer Sprache zu bedienen, die der Würde dieses Hauses entspricht!“)

Darf ich reden? (Präsident: „Meine Damen und Herren, es gibt eine Möglichkeit. Sie mäßigen sich in Ihrer Ausdrucksweise alle oder ich unterbreche sofort die Sitzung zwecks einer Präsidiale. Anders geht das bitte nicht. Was die Disziplin betrifft, kann jeder etwas lernen, der sich nicht an die Geschäftsordnung hält!“ – Unverständliche Zwischenrufe.)

Ja, dann kriege ich einen Ordnungsruf. Gib mir einen Ordnungsruf. Der Präsident gibt mir einen Ordnungsruf und dann können wir weiterarbeiten. (Präsident: „Jetzt letzter Versuch. Entweder Herr Landesrat Erlitz setzt fort oder ich unterbreche die Sitzung und berufe eine Präsidiale ein!“)

Noch einmal, die Frau Landeshauptmann hat vor kurzem gesagt, wie du, Benni Bittmann, von Lüge gesprochen hast – davon hast du gesprochen allerdings, du bist ja immun – hat sie gesagt, Lüge ist Unwahrheit. Noch einmal, ich habe nie gesagt – ich sage es noch einmal und es waren ja Zeugen dort – ich war nicht einmal dabei, wie dieses Wort gefallen ist, diese 758.000 Euro, eine vernachlässigbare Größe. Ich war nicht einmal anwesend! Ich war nicht einmal anwesend bei dieser Sitzung! Mir wird hier unterstellt, „laut Erlitz“, steht da, „sind 758.000 Euro Forderungsverzicht eine vernachlässigbare Größe.“ Ich war nicht einmal anwesend.

Aber ich sage hier eines, ich distanzieren mich – ich habe das nämlich erst heute gehört, ich habe nicht einmal gewusst, was es war – ich distanzieren mich von dieser Aussage des Herrn Dr. Goms. Ich distanzieren mich hier und ich habe bereits veranlasst, ich werde überprüfen lassen oder überprüfe das, ob dieser Mann – Herr Dr. Goms – mit einer solchen Aussage – (Abg. Kröpfl: „War in der Presseaussendung richtig!“)

Darf ich noch reden? Ich lasse es noch einmal überprüfen, ob ein Mann mit einer solchen Aussage, ich habe davon erst heute gehört, auf dem richtigen Posten sitzt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) Wobei ich glaube, dass die ÖVP zu Herrn Dr. Goms vielleicht sogar mehr Kontakt hat als ich. Ihr hättet auch mit ihm schon reden können. Ich habe es erst heute erfahren, dass er das gesagt hat. Aber mir zu unterstellen, ich hätte es gesagt, ist also wirklich schon am Rande des Erträglichen.

Wie auch immer, werden wir wieder sachlich. Ich sage noch einmal, ich bedanke mich für diese Initiative bei allen Parteien, aber die Hauptinitiative gehört der FPÖ, gar keine Frage. Wir haben uns nie gegen den Inhalt gewehrt, wir waren nie dagegen, dass Kinder da begleitet werden können und die Mütter dort kostenlos nächtigen können, sondern ich habe immer gesagt, das muss ja auch wer bezahlen. Und wenn heute gesagt wurde, wir haben ohnedies 394 Millionen Euro, da wird schon etwas drinnen sein, wir wissen ganz genau, wie eng die KAGES kalkulieren muss und wie eng das budgetäre Korsett der KAGES ist. Man muss fair genug sein, nämlich auch zu sagen, jawohl, ich setze mich mit eben solcher Vehemenz und eben solchem Furor ein, dass man der KAGES auch entsprechendes Geld ermöglicht, denn das nimmt man ja der KAGES, diese Einnahmen fehlen ja. Auf der anderen Seite bekommt die KAGES auch im Budget 2005 nicht das, was sie benötigt, um das Defizit der letzten Jahre zu beheben. Das heißt, die KAGES lebt in einem sehr engen finanziellen Rahmen, das muss man dazusagen. Und da erwarte ich mir schon von den Abgeordneten so viel Seriosität, dass man auch sagt, natürlich stehen wir zu diesem Antrag, Kinder sollten begleitet werden können, Mütter sollten dort kostenlos übernachten. Aber dann muss ich auch fair genug sein und sagen, wir bemühen uns auch mit gleicher Vehemenz, mit ebensolchem Engagement, dass die KAGES die entsprechenden finanziellen Mittel auch zur Verfügung gestellt bekommt.

Denn eines ist klar, auch ich handle hier im Interesse der Menschen, nämlich im Interesse der Menschen, die bedürftig sind, die auch die beste medizinische Versorgung einfordern dürfen und das kostet Geld und dafür setze ich mich ein! (Beifall bei der SPÖ. – 20.41 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir hier nicht vor. Ich komme nun zur Abstimmung.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend Kinderbegleitung im Krankenhaus, ihre Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit kommen wir zu Tagesordnungspunkt

35. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1965/1, betreffend Neubau des Geriatrischen Krankenhauses II der Stadt Graz.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (20.42 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich werde die Vorlage etwas detaillierter zur Kenntnis bringen, dafür erspare ich Ihnen aber auf Grund der fortgeschrittenen Stunde eine Wortmeldung.

Im Jahre 1992 wurde auf Grund der immer größeren Bedeutung des Geriatrischen Krankenhauses von der Stadt Graz – vor allem im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung – eine Ziel- und Gesamtplanung beschlossen, welche unter anderem die Sanierung beziehungsweise den Neubau der Krankenhäuser I und II beinhaltet. Mit Bescheid der Landesregierung aus dem Jahr 1993 wurde der Anstalt mit einem Gesamtbettenstand von 360 Planbetten das Öffentlichkeitsrecht verliehen.

Das Krankenhaus I wurde 1997 bis 2001 neu errichtet, wobei die Stadt Graz diesen Neubau mit 150 Planbetten aus eigenen Mitteln in Höhe von 21 Millionen Euro finanziert hat.

Das Projekt Krankenhaus II, um das es jetzt geht, soll nach der Baumaßnahme, so wie bereits bisher, das Leistungsangebot „Langzeitbehandlung chronisch Kranke“ mit 120 Betten sowie ein neues Leistungsangebot „demenzspezifische Versorgung von Demenzkranken“ beinhalten. Auf dieser Demenzstation sollen 22 Patienten betreut werden.

Namens des Finanz-Ausschusses darf ich den Antrag stellen, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der vorliegende Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Das Land Steiermark stellt für den Neubau des Geriatriischen Krankenhauses II nach Maßgabe eines noch abzuschließenden Finanzierungsvertrages zwei Drittel der Investitionskosten, maximal aber 10,53 Millionen Euro, wertgesichert, beginnend ab dem Jahr 2006, entsprechend dem Baufortschritt zur Verfügung. Diese Zusage erfolgt unter der Voraussetzung, dass das Ergebnis der Projektkontrolle durch den Landesrechnungshof den Bedarf für diesen Neubau und die Einhaltung der KAGES-Standards bestätigt.

Drittens: Die Fachabteilung 8A hat im Einvernehmen mit der Fachabteilung 4A nach Vorliegen eines positiven Ergebnisses der Projektkontrolle gemeinsam mit der Stadt Graz als Rechtsträger des Geriatriischen Krankenhauses eine Finanzierungsvereinbarung auszuarbeiten und diese zur Genehmigung vorzulegen. Dabei ist vorzusehen, dass der Investitionszuschuss des Landes durch einen seitens des Rechtsträgers aufgenommenen Kredit erfolgt, der durch das Land über eine Laufzeit von mindestens 15 Jahren bedient wird. Ich ersuche um Annahme. (20.45 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wortmeldung Herr Abgeordneter Gregor Hammerl. Bitte!

Abg. Hammerl (20.45 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Es ist doch kein leichtes Stück, es ist ein positives Stück. Immerhin geht es hier um zirka 15,8 Millionen Euro, wovon das Land 10,53 Millionen Euro zahlen muss und auch soll – und dazu ein großes Danke.

Ich möchte nur kurz sagen, es wurde auch im Grazer Gemeinderat darüber diskutiert, es sind nicht alle mitgegangen. Ich glaube doch, dass wir dieses Haus dazu bewegen können, dass es hier zu einem gemeinsamen Beschluss kommt. Ich spüre heraus, dass das nicht der Fall ist.

Ich möchte nur ganz kurz zur Historie etwas sagen. Du hast schon gesagt, Frau Kollegin, das über 160 Jahre alte Geriatriische Krankenhaus befindet sich in einem äußerst desolaten Zustand.

Ein kurzer geschichtlicher Rückblick: Wir wissen, es ist doch ein großes Haus gewesen in den letzten Jahren. 1841 das Armen- und Arbeits- und Siechenhaus. 1848 übernahm die Gemeinde Graz das Haus, die Verwaltung des Versorgungshauses, vom Land Steiermark. 1944 wurde ein größerer Teil dieses Hauses, die Anlage durch einen Bombenhagel zerstört. 1948 Wiederaufbau des Krankenhauses I und II. Und 1992 wurde dies Gegenstand im Gemeinderat. Das Architekturbüro Hierzegger hat eine Ziel- und Gesamtplanung erstellt. Diese Studie hat hier mehrere Varianten ausgewiesen und beinhaltet die Krankenhäuser I und II mit einem Bettenbestand von zirka 450 Betten.

Aber nun, meine Damen und Herren, die Prognose: Die demografischen Entwicklungen zeigen uns einerseits einen deutlichen prozentuellen Anstieg der Bevölkerung der über 60-Jährigen – 22 Prozent im Jahre 2000, aber bereits 35 Prozent im Jahre 2030. Ich glaube, 90 Prozent aller Damen und Herren hier werden hoffentlich dazugehören. Die gesundheitsfördernden Maßnahmen bewirken schon jetzt eine nicht unbedeutliche Verbesserung des Gesundheitszustandes der über 60-jährigen Österreicher. Das heißt, das subjektive Empfinden eines schlechten Gesundheitszustandes, meine Damen und Herren, ist in den letzten zwei Jahrzehnten halbiert, das heißt es ist zurückgegangen. Damit verbunden ist ein deutlicher Anstieg der Lebenserwartung, der sich in den nächsten Jahrzehnten noch nachhaltig verstärken wird.

Altersbedingte Defizite sowie das Sterben wird sich zunehmend in die Hochaltrigkeit verschieben. Das heißt, meine Damen und Herren, wir müssen auch in Zukunft mehr daran denken, Palliativstationen zu errichten. Die gibt es derzeit noch nicht. Es gibt ein paar Stationen. Aber wenn Sie heute von den mobilen Diensten Hilfe brauchen oder auch von den Pflegehäusern, dann finden Sie wenig Platz drinnen.

Die Zahl der Hochbetagten – über 85-Jährigen – wird sich von 140.000 im Jahre 1998 auf zirka 500.000 im Jahre 2030 erhöhen. Auch wir hier im Haus gehören dann zum Großteil dazu.

Auf der Grundlage der dargelegten Bedarfsentwicklung wurde das Projekt dimensioniert. Das Projekt „Geriatriisches Krankenhaus II“ enthält, neben der Rücknahme an Bettenkapazitäten, 154 beziehungsweise 146 Betten und 142 Betten neu. Dieses Leistungsangebot ist auch konzipiert in einer Demenzstation mit 22 Betten im bisher schon bestehenden Leistungsangebot.

Meine Damen und Herren, Demenz, auch hier wissen wir vom Bereich der Hauskrankenpflege, aber auch von den Pflegehäusern, dass wir in einer Notsituation sind. Das Krankenhaus II muss als Ersatzinvestition für eine den Bedürfnissen angepasste stationäre, medizinische, pflegerische und psychosoziale Betreuung betrachtet werden.

Zum Geriatriischen Krankenhaus II noch eines: Die demenzspezifische Versorgungsstruktur ist mittlerweile ein Kernelement in unserem Land in der stationären Altenhilfe geworden. In wachsendem Maße wird aber auch der Aspekt der räumlich-architektonischen Gestaltung von Demenzstationen Rechnung getragen. Auf der Demenzstation im Krankenhaus II sollen 22 Patienten betreut werden.

Bei Demenzkranken reduziert sich, bedingt durch den fortschreitenden hirnorganischen Abbau, das Leistungsvermögen hinsichtlich einer angemessenen Umweltbewältigung. Wahrnehmung, Gedächtnis und Urteilsvermögen werden im weiteren Verlauf derart eingeschränkt, dass eine selbstständige Lebensführung nicht mehr möglich ist. Hierzu noch eines: In der Hauskrankenpflege, bei den Untersuchungen der Ärzte wird die Demenzkrankheit noch nicht richtig erkannt. Das heißt, ein Demenzkranker wird immer noch in der Pflegestufe eins, höchstens in der Pflegestufe zwei eingestuft.

Zur Langzeitpflegestation eines noch: Auf den vier Langzeitpflegestationen soll Menschen mit chronischen Erkrankungen eine medizinische, pflegerische und psychosoziale Betreuung angeboten werden. Voraussetzung für die Realisierung ist der zeitgerechte Realisierungsbeschluss, der hoffentlich heute zustande kommt – Zweidrittelfinanzierungsbeteiligung des Landes.

In der Steiermärkischen Landesregierung erfolgte am 5. Juli 2004 ein Grundsatzbeschluss. Ich möchte hier, meine Damen und Herren, ein großes Danke auch an unsere Finanzlandesrätin Mag. Kristina Edlinger-Ploder sagen. Immerhin sind das 15 Millionen Euro.

Ich möchte hier auch ein Danke, meine Damen und Herren, im Namen der Grazer Mandatare ausrichten, dass Sie diesem wichtigen Punkt Ihre Zustimmung geben.

Ein Hauptsatz von mir: Nicht nur die ältere Generation jetzt, sondern auch die zukünftige Generation wird dies zu schätzen wissen. Und ich bitte in diesem Haus, dass Sie alle diesem Antrag nachkommen, auch die Frau Lechner-Sonnek. In Graz ist nämlich einstimmig abgestimmt worden. Auch Ihre Fraktion hat diesem Stück zugestimmt. (Abg. Lechner-Sonnek: „Entschuldigung, ich bin Verfechterin dessen. Wie stellen Sie mich hin!“)

Dann passt es! Entschuldigung, ich habe nur gehört, Sie haben Stimmenthaltung. Passt alles, danke! (Beifall bei der ÖVP. – 20.52 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Landesrätin Edlinger-Ploder. Frau Landesrat, bitte.

Landesrätin Mag. Edlinger-Ploder (20.52 Uhr): Ich weiß, dass es für viele auf Grund der fortgeschrittenen Zeit fast schon eine Zumutung ist, dass ich mich jetzt auch noch melde, aber ich möchte schon eines sagen, weil ich dann doch einige Zeit dieses Tages in diesem Plenum verbringe und auch viele Unterlagen mit habe.

Aber ich glaube, wir haben nicht nur in diesen Stunden, auch in den letzten Tagen relativ gut gezeigt, dass wir uns das Leben auch schwer machen können. Deshalb denke ich mir oder wollte ich mich auch zu diesem Punkt heute melden. Ich weiß, dass die Zeit lang ist und dass wir heute schon viel diskutiert haben über wichtige Sachen. Umso mehr denke ich mir ist es gerade bei diesem Beschluss vielleicht auch angebracht, Geduld und Aufmerksamkeit zu zeigen. Gregor Hammerl hat die Thematik ein wenig angesprochen und ich glaube, es ist ein jahrelanges Projekt gewesen, das zur Sanierung ansteht. Wie ich jetzt annehme, wird es jetzt auch einen einstimmigen Beschluss geben. In diesem Zusammenhang möchte ich schon auch im Rahmen der letzten Tage zur Thematik – Landesbudget, Gesundheit, Soziales, Lüge, Wahrheit, Brutalität, alles ist gefallen, ob jedes Wort angemessen und angebracht war, möchte ich in Frage stellen – aber ich darf Ihnen nur in Erinnerung rufen, dass das ein Beschluss von vieren im heurigen Jahr ist, den wir im Rahmen von Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Sozial- und Gesundheitsbereiches hoffentlich miteinander fassen werden. Wir haben die Diakonie, das Diakonissen-Krankenhaus Schladming auf Schiene gebracht. Ich höre, die Bagger sind angetrieben. Wir haben zur Generalsanierung in Kainbach, der Station Sankt Michael einen Beschluss gefasst, wir haben die Geriatrie beschlossen und heute wird es hoffentlich der Landtag tun und wir haben die Barmherzigen Brüder in der Marschallgasse – (Landesrat Mag. Erlitz: „Und Drogentherapiestation!“)

Die Drogenstation, die haben wir schon eröffnet. Also die Beschlüsse sind alle da. Allein in diesem Jahr sind also über 130 Millionen Euro, die wir an Investitionskosten in diesem Bereich einstimmig, einhellig gefasst haben. Das sind dann doch fast 2 Milliarden Schilling. Und der Herr Abgeordnete Gennaro hat mir ein gutes Stichwort gegeben, es sind vielleicht die Schulden, die das runterbrechen lassen. Ich kann Ihnen ehrlich sagen, es ist nicht sehr spaßig als Finanzlandesrätin ein Budget vorzulegen, wo man ehrlich sagen muss, dass wir 319 Millionen Euro im nächsten Jahr mehr ausgeben als wir haben. Aber wir sind uns auch einig, dass gewisse Dinge notwendig sind. Und es hat, glaube ich, jeder ernst genommen, wenn Wolfgang Erlitz hier sagt, er möchte mit aller Vehemenz hier für Leute, die krank sind, eintreten. Umgekehrt aber polemisch, sozusagen im Zuge einer Diskussion um ein oststeirisches Leitprojekt dann den Heizkostenzuschuss eins zu eins zu vergleichen, da sage ich ganz ehrlich, da machen wir es uns alle zu billig in diesem Haus. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn dafür sind wir nicht gewählt! Diese Aussage, glaube ich, darf sich jeder Steuerzahler erlauben zu seiner einzelnen Meinung, aber weder ein Regierungsmitglied, noch ein Landtagsmitglied, das eine Gesamtverantwortung mit einer gesamten Tagesordnung vor sich hat und weiß, dass nicht nur eine Sache notwendig ist, sondern dass ein Menschenleben in seiner Anspruchsthematik mehr braucht als nur eines. Ich stelle dann

schon die Frage, ob wir den Naturschutz mit der Bildung kaufen können oder ob wir ihn absagen, weil er gerade nicht en vogue ist. Ich glaube, das können wir nicht. Wir haben Prioritäten zu setzen und wir haben gewisse Entscheidungen zu treffen und deshalb habe ich auch eine Entscheidung getroffen, weil der Landesrat Flecker einbringt, es ist aktuell ein hoher Heizölpreis. Es ist mir aktuell im Rahmen der Pflichtausgabe etwas übriggeblieben und ich würde gerne dieses Geld dem Heizkostenzuschuss zuwenden. Ich weiß schon, wenn das Geld da ist, ist die Finanzlandesrätin weit weg. Ich bin erst dann gefragt, wenn es nicht da ist. Es ist seine Verantwortung und das habe ich auch akzeptiert, aber darüber schimpfen lasse ich dann – das sage ich aus meinem ganz persönlichen Stolz – nicht. Und ich finde es auch unangemessen, wenn man dann mit dem Wort „Brutalität“ meinen Budgetvoranschlag kommentiert, der in sehr vielen Stunden ernsthafter Arbeit entstanden ist. (Beifall bei der ÖVP.) Und wenn ich als Finanzreferentin vielleicht – (Abg. Gross: „Wir werden aber auch in Zukunft nicht fragen als Landtagsabgeordnete, was wir in diesem Haus fragen dürfen!“) Es geht nicht ums Fragen, es geht um die Aussage. Dass der Heizkostenzuschuss quasi aus dem letzten Rest von vielleicht – bitte, das ist heute zweimal gekommen – noch einmal, ich habe diesen Beschluss nie für mich in Anspruch genommen. Aber die Behauptung, dass die ÖVP darauf vergessen hätte und dass wir oder dass ich zugestimmt hätte, dass aus einer Pflichtausgabe für die Sozialhilfe eine Förderausgabe zum Heizkostenzuschuss gegeben wird, das entspricht auch der Wahrheit. Man muss sich öffentlich kundmachen, nur widersprechen und es anders darstellen sollte man es bitte auch nicht! (Beifall bei der ÖVP.)

Aber nichtsdestotrotz komme ich zum Anfang zurück. (Abg. Gennaro: „Ist eh gut!“) Die Frage ist schon, ob es uns allen gut tut, denn ich danke schon – ich kann auch nur für mich sprechen, vielleicht geht es Ihnen nicht so –, dass es doch einige Kraft und einige Mühe verlangt, diese Arbeit, egal in welcher Funktion – ich bin noch gewählt, auch das gebe ich Ihnen zu, ich bin, glaube ich, rechtmäßig bestellt –, dass wir diese Mühe und diese Arbeit auch so ernst nehmen, dass wir sie nicht gegenseitig lächerlich machen und missachten. (Beifall bei der ÖVP. – 20.59 Uhr.)

Präsident: Damit komme ich zur Abstimmung des Tagesordnungspunktes 35. Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, dann ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit komme ich zum Tagesordnungspunkt

36. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1050/2, zum Beschluss Nr. 763 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Verena Graf. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Graf (21.00 Uhr): Ich darf berichten, es wurde hier zu diesem Tagesordnungspunkt eine Stellungnahme eingeholt, wo grundsätzlich angemerkt wird, dass die Regelungen nicht in die Zuständigkeit des Bundes fallen, sondern in die Kompetenz der Länder.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluss Nr. 763 des Steiermärkischen Landtages vom 24. September 2002 über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Bleckmann und Graf, betreffend Hauskrankenpflege – Kontrollmöglichkeiten für private Anbieter der Hauskrankenpflege, wird zur Kenntnis genommen. (21.01 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Erste Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf bitte.

Abg. Graf (21.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es gibt zu diesem Tagesordnungspunkt von uns einen Entschließungsantrag. Da es in der Steiermark fünf Trägerorganisationen gibt, die die Hauskrankenpflege anbieten und Mittel vom Land beziehen, kleinere Organisationen, die sich im sozialmedizinischen Pflegedienst zusammengeschlossen haben zur Abwicklung der Landesgelder und es gibt keine Kontrollmöglichkeit über die Qualität der Pflege. Des Weiteren drängen auch immer mehr private Anbieter auf den Markt. Es gibt auch Anbieter, die mehr oder weniger illegale Arbeit leisten, wie zum Beispiel die Böhmisches Volkshilfe. Nachdem in dieser Stellungnahme mitgeteilt wurde, dass es dem Bund nicht möglich ist, eine Regelung zu schaffen, da es in die Regelkompetenz des Landes fällt, stellen wir daher den Entschließungsantrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, umgehend eine gesetzliche Regelung zu schaffen, mit der Zugangskriterien und Kontrollmöglichkeiten für private Anbieter der Hauskrankenpflege festgeschrieben werden, um den Schutz der Patienten zu gewährleisten. Ich bitte Sie um Ihre Zustimmung. (Beifall bei der FPÖ. – 21.01 Uhr.)

Präsident: Danke! Damit, meine Damen und Herren, komme ich schon wieder zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Hauskrankenpflege, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

37. Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 1939/1, der Abgeordneten Mag. Lackner, Böhmer, Lafer und Lechner-Sonnek, betreffend Gleichbehandlung von Bundes- und LandesärztInnen.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Mag. Ursula Lackner. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Lackner (21.03 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Ich bringe diesen Antrag, wie bereits angerissen, ein.

Das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten regelt in Paragraph 46 Absatz 1:

„Den Vorständen von Universitätskliniken und den Leitern von Klinischen Abteilungen ist es gestattet, mit Pflöglingen der Sonderklasse und mit Personen, die auf eigene Kosten ambulant behandelt werden, unbeschadet der Verpflichtung dieser Personen zur Entrichtung der Pflege- und Sondergebühren ein besonderes Honorar zu vereinbaren, wenn diese Personen auf ihren Wunsch durch den Klinikvorstand oder Leiter der Klinischen Abteilung persönlich behandelt werden.“

Jedem Patienten/jeder Patientin – ungeachtet seiner/ihrer finanziellen Verhältnisse, ist die bestmögliche medizinische Versorgung durch die Krankenanstalten in der Steiermark zur Verfügung zu stellen. Die Bestimmungen des Paragraphen 46 KAKuG sind als ein Schritt in die Richtung einer Zweiklassenmedizin zu sehen und aus diesem Grunde abzulehnen.

Weiters schafft diese Regelung eine Ungleichbehandlung derjenigen Ärzte und Ärztinnen, die in einem Dienstverhältnis mit dem Bund stehen und Ärzten und Ärztinnen, die in einem Dienstverhältnis mit dem Land Steiermark stehen, weil diesen nicht die Möglichkeit gegeben wird, besondere Honorare mit Patienten/Patientinnen der Sonderklasse zu vereinbaren. Diese Ungerechtigkeit wurde einerseits von den Vertretern der Primärärzte der Steiermark und andererseits von Politikern und Politikerinnen aller Fraktionen erkannt und soll in weiterer Folge bereinigt werden.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, dass die Bundesregierung im Wege einer Regierungsvorlage an den Nationalrat die Absätze eins und zwei des Paragraphen 46 KAKuG im Sinne der Begründung aufhebt. Ich ersuche um Annahme. (21.05 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Wortmeldungen habe ich dazu keine. Auch seitens des Bundesrates, der hier die Möglichkeit hätte, das Rederecht zu nützen, besteht keine Wortmeldung.

Die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin die Zustimmung geben, ersuche ich um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

38. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1669/1, der Abgeordneten Hammerl, Tschernko und Wicher, betreffend Einkommenssituation der Menschen mit Behinderung in der Steiermark.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Anne Marie Wicher. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Wicher (21.05 Uhr): Herr Präsident, Frau Landesrätin, meine Herren Landesräte, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich darf Ihnen den Schriftlichen Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zur Kenntnis bringen, und zwar zum Antrag, Einl.-Zahl 1669/1, der Abgeordneten Hammerl, Tschernko und Wicher, betreffend Einkommenssituation der Menschen mit Behinderung in der Steiermark.

Herr Kollege Gennaro, ist irgendetwas? (Abg. Gennaro: „Ich habe nur gesagt, die Frau Landesrätin geht und das Chaos hinterlässt sie!“) Ich habe schon gedacht, Sie haben irgendetwas gegen meine Wortmeldung. Danke!

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 9. März und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der Abgeordneten Hammerl, Tschernko und Wicher, betreffend Einkommenssituation der Menschen mit Behinderung in der Steiermark, liegt eine Stellungnahme der Landesregierung vor. Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

Die Fachabteilung 11A hat bei der Fachabteilung 1C, und zwar das ist Dokumentation, Öffentlichkeitsarbeit und Perspektiven, angefragt, welches statistisches Material, betreffend die Einkommenssituation behinderter Menschen, vorliegt beziehungsweise welches erarbeitet werden kann.

Diese Anfrage wurde dahin gehend beantwortet, dass keinerlei diesbezügliche Daten aufliegen.

Von Seiten der Fachabteilung 11A muss die Einkommenssituation unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, dass das neue Behindertengesetz mit 1. Juli 2004 in Kraft getreten ist und ein Kostenbeitrag von Menschen mit Behinderung bei Unterbringung in stationärer und teilstationärer Einrichtung auch erst ab diesem Zeitpunkt zu leisten ist. Nach dem alten Behindertengesetz aus dem Jahr 1964 gab es keine Möglichkeit, Einkommensdaten zu erheben und wurde das daher auch nie ins Auge gefasst. Nach dem neuen Behindertengesetz ist die Einkommenssituation unterschiedlich zu betrachten.

Erstens: Menschen mit Behinderung, die selbst über ein geregelteres Einkommen verfügen. Dieser Personenkreis ist gemäß Paragraf 39 Steirisches Behindertengesetz mit seinem Einkommen ersatzpflichtig – was auch nicht ganz stimmt, nur bei stationärer oder teilstationärer Unterbringung; aber das ist eine verkürzte Zusammenfassung.

Zweitens: Menschen mit Behinderung, die einer gestützten Arbeit nachgehen: Insgesamt gibt es derzeit 103 Frauen und 230 Männer, die in gestützter Arbeit tätig sind. Aus der Förderung für den Arbeitsplatz aus Mitteln der Behindertenhilfe kann jedoch nicht abgelesen werden, wie hoch das Einkommen dieser Personen ist. Im Regelfall wird laut Auskunft des Bundessozialamtes bei einer 100-prozentigen Beschäftigung das Bruttoeinkommen zumindest 1100 Euro betragen – hoffentlich. Eine Einkommensstatistik selbst ist daher nicht lieferbar.

Drittens: Menschen mit Behinderung unter 27 Jahren, bei denen zum Gesamteinkommen laut Paragraf 11 Steirisches Behindertengesetz auch die Unterhaltspflicht der Eltern zählt. Für die Bemessung des Unterhaltsbetrages werden die Richtlinien für die Vorschreibung von Aufwändersätzen nach dem Sozialhilfegesetz herangezogen; in diesen ist eine soziale Staffelung vorgesehen.

In all diesen Fällen sind aber noch keine Kostenbeitragsverfahren abgewickelt worden, weshalb auch noch keine Daten zur Einkommenssituation von Menschen mit Behinderung geliefert werden können.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 1669/1, der Abgeordneten Hammerl, Tschernko und Wicher, betreffend Einkommenssituation der Menschen mit Behinderung in der Steiermark, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte, dies zur Kenntnis zu nehmen. (21.10 Uhr.)

Präsident: Danke für den Bericht.

Frau Abgeordnete, du hast dich auch zu Wort gemeldet. Willst du die Wortmeldung nunmehr gleich vornehmen? Es gibt noch eine weitere Wortmeldung. Aber bitte, du hast die Möglichkeit dazu.

Abg. Wicher (21.11 Uhr): Danke, Herr Präsident!

Ich weißt auch, dass die Zeit fortgeschritten ist. Ich habe mir auch überlegt, ob ich jetzt dazu etwas sagen soll oder ob ich das vielleicht auf den Budgetlandtag verschiebe. Aber das Glück, das ich habe, ist dann auch beim Budgetlandtag, dass es so spät ist. Also bitte ich Sie, dass Sie jetzt noch etwas Geduld mit mir haben. Ich denke, das ist eine Materie, die doch irgendwie ernst genug ist, dass man auch zu dieser fortgeschrittenen Stunde ihr einige Aufmerksamkeit schenkt. Ich bitte schon im Vorhinein um Entschuldigung, ich werde mich kurz halten. Danke vielmals!

Ich habe Ihnen jetzt diesen Bericht zur Kenntnis gebracht. Die Stellungnahme besagt, dass es keinerlei Informationen über die Einkommensverhältnisse von Menschen mit Behinderung in der Steiermark gibt, weil eben das Behindertengesetz erst mit 1. Juli in Kraft getreten ist und auch über die Bezirkshauptmannschaften keinerlei Informationen zu haben waren.

Außerdem – und das möchte ich wirklich auch sagen – hat es mich etwas betroffen gemacht, dass lediglich 103 Frauen und 230 Männer in der Steiermark gestützte Arbeitsplätze haben.

Ich halte das, meine Damen und Herren, und ich hoffe, Sie verstehen das auch, eigentlich für recht wenig. Das sind 333 Menschen, die einen gestützten Arbeitsplatz innehaben. Die Einkommenssituation ist natürlich auch davon abhängig, ob man überhaupt in der Lage ist, Einkommen zu erzielen als behinderter Mensch. Um Einkommen zu erzielen, braucht man natürlich einen Arbeitsplatz und so beißt sich eigentlich die Katze immer wieder in den Schwanz, wenn man es so sagen kann. Oft ist es so und das ist eine Erfahrung, dass die größten Hindernisse bei der Einstellung eines neuen Mitarbeiters mit einer Behinderung, wie soll ich sagen, es fehlt die Bereitschaft, Barrieren im Kopf abzubauen, Barrieren im Kopf dahin gehend, dass man meint, behinderte Menschen sind für einen Betrieb, welche Größe auch immer, lediglich eine Belastung. Das stimmt aber nicht. Es gibt sehr gute Beispiele, wie man diesem Problem doch zumindest in Teilen Herr werden kann. Und ein gutes Beispiel möchte ich für die Steiermark nennen, das ist die Job-Allianz. Sie wird getragen vom Bundessozialamt, vom AMS, vom Land Steiermark, aus dem Wirtschaftsressort und aus dem Sozialressort, von der Wirtschaftskammer und es ist auch zu hoffen, dass auch die Industriellenvereinigung sich bereit erklärt, dieser Job-Allianz beizutreten, da ja in der Industrie doch mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stehen könnten. Es war jetzt am vergangenen Freitag eine Veranstaltung in der Wirtschaftskammer, wo die Job-Allianz ihren fünfjährigen Bestand gefeiert hat. Ich habe die Freude – und ich sage, das ist wirklich eine Freude, sie eigentlich schon von Anfang an mit zu begleiten. Es hat sich in dieser Zeit gezeigt, dass durch die Bemühungen der Koordinatoren und Koordinatorinnen der Job-Allianz Betriebe in der Steiermark bereit waren, Menschen mit einer Behinderung, welcher Art auch immer, anzustellen. Sie wurden durch

Arbeitsassistenten, durch Beratungen unterstützt und ich nehme an, das ist Ihnen auch allen bekannt, dass es für die erfolgreichsten, auf diesem Gebiet erfolgreichsten Betriebe in der Steiermark den so genannten Job-Oscar gegeben hat. Der wurde für Kleinbetriebe, Mittelbetriebe und Großbetriebe vergeben und durchaus von den Unternehmen mit großer Freude und Begeisterung aufgenommen. Alle haben berichtet und das ist jetzt auch in einem Buch zusammengefasst, welche guten Erfahrungen sie mit Menschen mit einer Behinderung gemacht haben, wie zielstrebig sie sind, wie loyal dem Betrieb gegenüber, welche Leistungen sie auf Grund ihrer Fähigkeiten, wenn man sie auf dem richtigen Platz einsetzt, erbringen können. Ich denke, alle diese Beispiele sollen uns zeigen, dass es durchaus möglich ist, Menschen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozess einzugliedern. Menschen sollen nicht nur in der Beschäftigungstherapie sein, damit sie dort gut aufgehoben sind und irgendwelche Dinge erledigen. Ich meine, bei manchen Menschen ist es nicht anders möglich, aber diejenigen, die dazu imstande sind, sollen – und ich sage auch müssen – einer Arbeit nachgehen können, die ihnen ein ausreichendes Einkommen vermittelt beziehungsweise und ich denke, das ist ja auch im Interesse der Allgemeinheit, dass sie dadurch dann auch eine eigene Pension erwerben können und ich denke, diese Aussicht kann also der Allgemeinheit nur recht sein.

Ich möchte jetzt noch einem Tagesordnungspunkt vorgreifen, der dann noch kommt, und zwar möchte ich das Team Styria kurz anführen. Dort sind 300 Menschen in der Steiermark an den Standorten Graz, Trieben, Spielberg und Kapfenberg tätig, wovon 80 Prozent behinderte Menschen tätig sind, also es sind 300 Personen, davon 80 Prozent behinderte, die einer Tätigkeit nachgehen, die also keineswegs der Tätigkeit von Menschen ohne Behinderung nachsteht. Das soll uns doch zeigen, wie wichtig es ist und ich bin sehr froh, dass das Team Styria, das ja mit großen Schwierigkeiten gekämpft hat, durch Verhandlungen zwischen Sozialressort, Wirtschaftsressort und auch über das Bundesministerium in die Lage versetzt wurde, den Betrieb weiterzuführen und jetzt in Graz auszubauen, um weiterhin diese Arbeitsplätze zu sichern.

Ich komme jetzt zum Schluss, meine Damen und Herren. Ich wollte sagen, dass Behinderung den Zugang zur Arbeitswelt keinesfalls ausschließt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Behinderungen sind vollwertige Mitglieder der Gesellschaft und sie erbringen Leistungen entsprechend ihren Fähigkeiten und ihren Möglichkeiten, man muss ihnen nur die Chance geben. Ich denke, wir als Politiker haben die Verpflichtung, diese Chancen für Menschen mit Behinderungen zu sichern, indem wir eben für gestützte Arbeit sorgen beziehungsweise Unternehmen couragieren, auch Menschen mit Behinderungen aufzunehmen. Es besteht leider oft eine gewisse Angst, was passiert, wenn der nicht in unsere Firma passt, wenn er nicht diese Leistung erbringt, die wir uns vorstellen. Es gibt Möglichkeiten über Arbeitsassistenten, über Beratungen und es muss sich kein Unternehmen fürchten und ich denke, die meisten Unternehmen, die diesen Schritt gewagt haben und ich denke, sie haben ihn wirklich gewagt, weil sie unsicher waren, ob dieser Schritt auch der richtige ist. Sie haben im Endeffekt gesehen, dass Menschen mit einer Behinderung genauso vollwertige Arbeitskräfte sind wie alle anderen auch. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 21.20 Uhr.)

Präsident: Gemeldet hat sich dazu Herr Landesrat Dr. Flecker. Herr Landesrat, bitte.

Landesrat Dr. Flecker (21.20 Uhr): Herr Präsident, Frau Kollegin Wicher!

Ich versuche gerade ein Missverständnis aufzuklären, dem wir öfters unterliegen. Wir haben bei den Beschäftigungszahlen und bei den Arbeitslosenzahlen bei Behinderten von zwei Seiten her die Sache zu betrachten. Zum einen die Beschäftigung nach dem Behinderteneinstellungsgesetz und zum anderen die Beschäftigten nach dem Landesbehindertengesetz. Ich kann jetzt sagen, dass wir – die Ziffern habe ich mir jetzt schnell geben lassen – Anfang 2002 11.499 Menschen, beide Gesetze zusammengerechnet, in Beschäftigung gehabt haben. Das, was Sie da drinnen haben, sind die Ziffern nach dem Landesbehindertengesetz und alles andere sind die Ziffern nach dem Behinderteneinstellungsgesetz, das anderen Kriterien unterliegt.

Ich wollte das aufklären. Ich bin zwar Ihrer Meinung, dass die Beschäftigung Behinderter – wir haben in etwa von den vorgemerkten behinderten Menschen ein Drittel in Arbeitslosigkeit – das ist eine fürchterliche Geschichte und ich bin da völlig bei Ihnen. Ich wollte das nur quantitativ aufklären, dass wir da nicht in ein Missverständnis hineinkommen. (Abg. Wicher: „Ich war auch etwas entsetzt!“)

Das hat nur dem gedient, bitte. (Beifall bei der SPÖ. – 21.22 Uhr.)

Präsident: Wortmeldung Frau Abgeordnete Graf, bitte.

Abg. Graf (21.22 Uhr): Herr Präsident, Herr Landesrat, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Frau Abgeordnete Wicher hat richtig bemerkt, wie wichtig derartige Maßnahmen, wie beispielsweise die Job-Allianz mit dem Job-Oscar sind. Aber dass behinderte Menschen möglicherweise erst in die Lage kommen, in den Genuss dieser Eingliederungsmaßnahme zu kommen, benötigt es oft vorher auch Hilfe, beispielsweise durch teilstationäre Unterbringungen. In diesen teilstationären Unterbringungen, beispielsweise nenne ich die Lebenshilfe, werden sie vorbereitet auf ihre Ausgliederung in den freien Arbeitsmarkt.

Mit dem neuen Behindertengesetz wird es Kostenrückersätze geben und die Menschen mit Behinderung und auch deren Angehörige haben Angst, dass sie sich diese Leistungen dann nicht mehr leisten können.

Wir haben heute dazu einen Entschließungsantrag, wo die Frau Abgeordnete Wicher auch sozusagen zu uns gestoßen ist und diesen Entschließungsantrag mit unterstützt, was sehr positiv ist. Ich hätte mir nur gewünscht, eigentlich bei den Verhandlungen beim Behindertengesetz dies vorher schon zu berücksichtigen,

so wie wir das immer gesagt haben. Es wäre nämlich wichtig gewesen vorher zu wissen, wie hoch sind die Einnahmen aus diesen Kostenrückersätzen, wie hoch sind die Einnahmen oder wie hoch sind eigentlich die Einkommen der behinderten Menschen und deren Angehörige, um dann auch zu wissen, wie hoch der Verwaltungsaufwand ist (Abg. Stöhrmann: „Frau Kollegin!“) und dies gegenüberzustellen, Herr Abgeordneter Stöhrmann. (Abg. Stöhrmann: „Das kann man vorher nicht sagen!“)

Ja, doch, das könnte man vorher sagen, wenn man es berechnet. Nur, die Mühe hat man sich nicht machen wollen. Da hat man doch lieber die Menschen mit Behinderung und deren Angehörige massiv verunsichert. Und das finde ich nicht in Ordnung!

Wir stellen heute diesen Unselbstständigen Entschließungsantrag und hoffen dann natürlich, dass die Antwort sehr rasch erfolgen kann, wo wir die Steiermärkische Landesregierung auffordern, endlich schlüssige Zahlen darüber vorzulegen, wie hoch einerseits die zu erwartenden Einnahmen aus der Rückersatzpflicht sein werden und wie hoch andererseits der Verwaltungsaufwand für die Feststellung und Berechnung und die Einhebung des Kostenrückersatzes ausfallen wird.

Wie gesagt, ein Antrag der Abgeordneten Graf, Zierler und Wicher. Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der FPÖ. – 21.25 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt mir nicht vor.

Meine Damen und Herren, wir kommen somit zur Abstimmung.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Kostenrückersatz im BHG, ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

39. Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 1815/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Dirnberger und Tschernko, betreffend Pilotprojekt „betreutes Wohnen“.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Gregor Hammerl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammerl (21.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Schriftlicher Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 1815/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Dirnberger und Tschernko, betreffend Pilotprojekt „betreutes Wohnen“.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten hat in seinen Sitzungen am 15. Juni und 5. Oktober 2004 über obgenannten Antrag die Beratungen durchgeführt.

Zum Antrag der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Dirnberger und Tschernko, betreffend Pilotprojekt „betreutes Wohnen“, liegen Stellungnahmen der Landesregierung vor. Darin wird zusammenfassend Folgendes berichtet:

Die Fachabteilung 11A teilt mit, dass es sich beim „betreuten Wohnen“ um eine Leistung handelt, bei der pflegebedürftigen Personen eine Wohnmöglichkeit sowie ein Grundsorge zur Verfügung gestellt wird. Die Pflege als solche muss vom Bewohner selbst durch mobile Dienste zugekauft werden. Vom Träger werden Leistungen, wie die Grundpflege, erbracht und darüber hinaus auch Trainings für die Aktivierung von pflegebedürftigen Personen angeboten. Nicht inkludiert sind pflegerische Dienste, das Essen, Therapien, Massagen sowie Friseur und Fußpflege.

Es handelt sich daher bei der Einrichtung „betreutes Wohnen“ um kein Pflegeheim und ist diese daher auch nicht nach dem Steirischen Pflegeheimgesetz bewilligungspflichtig.

Unabhängig davon handelt es sich um eine Betreuungsform, die aus Mitteln der Sozialhilfe zu tragen ist, da pflegebedürftige Personen betreut werden.

Hinsichtlich der Höhe der Kostentragung wird jedenfalls die Obergrenzenverordnung gemäß Paragraph 9 Absatz 2 litera a des Sozialhilfegesetzes greifen, da diese Form des „betreuten Wohnens“ sinngemäß anzuwenden ist.

Es wird daher ein Erlass an alle Bezirksverwaltungsbehörden ergehen, in dem geregelt ist, unter welchen Umständen und in welcher Höhe Kosten für das „betreute Wohnen“ zu tragen sind.

In Graz wird derzeit von der Diakonie (Verein Miteinander Leben) eine derartige Leistung in der Lagergasse 12, 8020 Graz angeboten. Dort leben ältere und jüngere Menschen zusammen.

Es wird seitens der Fachabteilung 11A mit dieser Einrichtung regelmäßig Kontakt gepflogen werden um festzustellen, welche Vor- und Nachteile im Vergleich zu einem Pflegeheim gegeben sein können.

Seitens der Wohnbauförderungsabteilung wurde dazu festgehalten, dass die Möglichkeit besteht, gemäß dem Steiermärkischen Wohnbauförderungsgesetz 1993 derartige Projekte zu fördern. Zurzeit wird in Mooskirchen ein Vorhaben der SG „Die Frohnleitner“ umgesetzt. Der Förderungswerber errichtet in Zusammenarbeit mit dem Verein „Miteinander leben“ in dieser weststeirischen Gemeinde Wohnungen, in denen ebenfalls ein betreutes Wohnen angeboten werden wird.

Zusammenfassend wird daher festgestellt, dass es gemäß Steiermärkischem Wohnbauförderungsgesetz 1993 rechtlich möglich ist, Pilotprojekte im Sinne des gegenständlichen Landtagsantrages zu fördern und dass auch die grundsätzliche Bereitschaft besteht, mit Wohnbauförderungsmitteln die Errichtung beziehungsweise Sanierung derartiger Objekte zu ermöglichen.

Der Ausschuss für Soziales und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 1815/1, der Abgeordneten Hammerl, Wicher, Dirnberger und Tschernko, betreffend Pilotprojekt „betreutes Wohnen“, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (21.27 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung.

Herr Abgeordneter Hammerl hat sich gemeldet, bitte. Herr Abgeordneter ist gleich am Wort.

Abg. Hammerl (21.27 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe Ihnen den ausführlichen Bericht des Ausschusses für Soziales und Kindergärten, betreffend Pilotprojekt „betreutes Wohnen“, gebracht. Trotzdem, meine Damen und Herrn, glaube ich, dass es wichtig ist, dass ich zu diesem Projekt ein paar Worte sage. Es ist vor allem wichtig für die Regionen und auch wichtig für die Bürgermeister, die heute anwesend sind, denn nur Pflegeheime allein und mobile Pflege, auch wenn sie flächendeckend sind, werden in Zukunft zu wenig sein.

Wie die Situation auch deutlich zeigt, gibt es immer mehr hochbetagte Menschen – ich habe es heute schon gesagt –, und es wäre sehr kurzsichtig, wenn wir alle in einen Topf werfen. Die Situation dieser Menschen, meine Damen und Herren, ist sehr verschieden. Deswegen wäre es problematisch, sie über einen Kamm scheren zu wollen.

Pflegeheime sind eine wichtige Einrichtung und wir können stolz sein auf unser Pflegeheimgesetz. Es wurde früher auch das Behindertengesetz erwähnt, meine Damen und Herren. Keine Frage, auch auf dieses Gesetz können wir stolz sein, es ist ein gutes Gesetz. Es wird sein, dass wir das eine oder andere vielleicht novellieren müssen oder sollten, aber österreichweit gehört es, glaube ich, zu den besseren Gesetzen.

Wenn wir nur Pflegeheime sehen, meine Damen und Herren, wird keinem gerecht gehandelt, den stark Pflegebedürftigen nicht, weil, keine Frage, Pflegeplätze dafür zu wenige, aber auch noch zu teuer sind. Auch denen gegenüber, die ein geringeres Niveau von Pflege nötig haben, handeln wir nicht gerecht, weil diese entweder in ein teures Pflegeheim müssen oder sie sonst nicht die notwendige Betreuung erfahren, weil diese etwa in der Wohnung nicht gewährleistet werden kann.

Deswegen ist es wichtig, dass auch die Formen des „betreuten Wohnens“ in die öffentliche Unterstützung einbezogen werden. Solche Institutionen können leichter auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt werden, vor allem auf einer niedrigeren Stufe der Pflegebedürftigkeit. Dies gilt besonders auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass Menschen mit geringerem Pflegebedarf nicht in Pflege aufgenommen werden sollen, weil das für sie ein falscher Platz ist. Ausnahmen, ich betone noch einmal, Ausnahmen soll und muss es immer geben. Trotzdem eine Erwähnung: In unseren vier Landespflegeheimen gibt es zirka 20 Prozent Patienten in den Pflegestufen eins und zwei.

Zudem, meine Damen und Herren, ist die Form des „betreuten Wohnens“ auch organisatorisch leichter, Leistungen der mobilen Hauskrankenpflege anzubieten oder niederschweligen Zugang zur ärztlichen Pflege zu schaffen. Zudem können in solchen Einrichtungen auch die verschiedenen Möglichkeiten der Selbsthilfe in gegenseitiger Unterstützung aktiviert werden. Verschiedene Menschen, die in einem Projekt „betreutes Wohnen“ zusammenleben, haben verschiedene Fähigkeiten, auch Jugendliche, und die Ergänzung dieser Fähigkeiten ist bei den verschiedenen Menschen, die in solchen Einrichtungen zusammenleben, in Zukunft wahrscheinlicher.

Ich bin sehr froh, meine Damen und Herren, dass der Herr Landesrat Flecker in Bezug auf das Projekt Diakonie auf die Dauer des Modellversuches eine Zuzahlung nach Paragraph 9 des Sozialhilfegesetzes für jene Personen, die darauf Anspruch haben, zugesichert hat.

Zudem ist die wissenschaftliche Begleitung dieser Wohnform für ein Jahr, die ebenfalls von Landesrat Flecker zugesichert wird, für uns sehr wichtig. Es ist nämlich wissenschaftlich gesichert, herauszufinden, welche Vorteile diese Wohnform gegenüber dem Wohnen in privaten Wohnungen hat, um für weitere Vorgangsweisen diese Basis in Zukunft zu schaffen.

Natürlich, meine Damen und Herren, bin ich auch – wie Landesrat Flecker – überzeugt, dass man mit den derzeit zustehenden Budgetmitteln diese Wohnform sich in Zukunft nur schwer leisten wird können.

Es geht aber um entsprechende Weichenstellungen für die Zukunft, um im Bereich der Pflegeheime einzusparen, weil Formen des betreuten Wohnens unterstützt werden. Mit dem betreuten Wohnen, meine Damen und Herren, liegt meiner Meinung nach ein doch wesentliches Einsparungspotenzial in unserem Land vor. Auch bei dem Gedanken einer Pflegeversicherung, den Landesrat Flecker in die Diskussion bringt und auch schon hier im Hohen Haus in die Diskussion gebracht hat, kann ich mitreden und es ist sicherlich auch diskussionswürdig. Nur müssen wir aufpassen, dass bei einer Pflegeversicherung doch unter Umständen die Schwächsten im Land sich diese Versicherung nicht leisten können. Mit diesem Projekt, meine Damen und Herren, für das betreute Wohnen im ländlichen Raum – da sind auch Zukunftsprojekte bereits geplant und wir haben bereits im Land hier Projekte, große Projekte, gute Projekte – und ich möchte sagen, dass wir

heute nicht über diese fertigen Projekte sprechen, aber es wird demnächst an die Bürgermeister ein Schreiben hinausgehen, wo man unter Umständen bitten kann und schauen kann, ob es vielleicht Räumlichkeiten, ob es Häuser gibt, die zu adaptieren sind.

Ich möchte hier auch ein großes Danke an Herrn Landesrat Seitinger sagen, der das Projekt Wohnen in dem Fall unterstützt und es sind bereits große Fördermittel hinausgegangen.

Wir müssen, meine Damen und Herren, das soziale Potenzial unserer Gesellschaft nutzen, um damit ein Zweifaches zu erreichen. Begegnung zu schaffen, in der die Gebenden in ihrem Geben einen Sinn erfahren und die anderen auf mitmenschliche Weise unterstützt werden. Es ist zu vermuten, dass diese Hilfe keine Einbahnstraße sein wird, sondern dass sich das Verhältnis immer wieder umkehren wird. Aus denen, denen gegeben wird, werden Gebende. Unsere Gesellschaft, meine Damen und Herren, wird dadurch menschlicher. Ich habe Ihnen hier heute schon gesagt hier, wie die Statistik bei uns in der Steiermark in den nächsten 20 Jahren sein wird. Wir kommen jetzt schon in der mobilen Hauskrankenpflege mit dem zuständigen Personal, das wir jetzt haben, nicht mehr aus. Wir brauchen Diplomkrankenschwestern, wir brauchen Pflegehelferinnen und Pfleger. Das, was auf uns zukommt, könnten wir nur wieder dahin gehend in den Griff bekommen, meine Damen und Herren, dass wir uns diesem Projekt „betreutes Wohnen“ wieder mehr annehmen. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der ÖVP. – 21.34 Uhr.)

Präsident: Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich komme somit zur Abstimmung. Wenn Sie, meine Damen und Herren, dem Antrag des Berichterstatters Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Damit komme ich zum Tagesordnungspunkt

40. Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1960/1, betreffend die Sanierung der Team Styria Werkstätten GmbH.

Berichterstatterin ist Frau Landtagsabgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (21.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Team Styria Werkstätten GmbH. ist ein steirisches Produktions- und Integrationsunternehmen mit vier Standorten in Graz, Kapfenberg, Spielberg und Trieben und beschäftigt rund 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 80 Prozent mit Behinderung.

Von 1989 bis 1998 wurden positive Geschäftsergebnisse erzielt. Seit 1999 gibt es in mehreren Etappen schwere Konjunkturunbrüche im Bereich Holzverarbeitung. Um den Konjunkturunbrüchen entgegenzutreten zu können, wurde im Jahr 2002 ein umfassendes Sanierungskonzept vorgelegt.

Im Zuge der Verhandlungen zum Landesvoranschlag 2004 wurde vereinbart, eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von maximal 50 Prozent der bisher bekannten Gesamtinvestitionskosten von 11,7 Millionen Euro zu gewähren. Die restlichen 50 Prozent werden vom Ausgleichstaxfonds finanziert.

Des Weiteren wurde mit dem Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz vereinbart, dass von Seiten des Ausgleichstaxfonds – (Präsident: „Ich ersuche um Aufmerksamkeit, wir sind beim Tagesordnungspunkt 40!“) danke, Herr Präsident – der Landesanteil der Förderung maximal 5,85 Millionen Euro vorfinanziert wird, das Land Steiermark beginnend mit 2004 bis 2007 die Vorfinanzierung dem Ausgleichstaxfonds zurückzahlt.

Namens des Finanz-Ausschusses stelle ich daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die finanzielle Unterstützung des Sanierungskonzeptes der Team Styria Werkstätten GmbH. mit maximal 5,85 Millionen Euro und die Rückzahlung der vorfinanzierten Mittel an den Ausgleichstaxfonds in vier Jahresraten – beginnend mit dem Jahr 2004 – wird beschlossen. Die Finanzierung erfolgt über zusätzliche Einnahmen des Landes durch das Finanzreferat. Ich ersuche um Annahme. (21.37 Uhr.)

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete, für die Berichterstattung. Es liegt mir zu diesem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldung vor. Deshalb komme ich jetzt zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag der Berichterstatterin Ihre Zustimmung geben, ersuche ich Sie um ein Handzeichen. Danke.

Ich stelle dazu die einstimmige Annahme fest.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

41. Bericht des Ausschusses für Kontrolle über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1929/1, über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003.

Berichterstatter ist Herr Landtagsabgeordneter Georg Ferstl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ferstl (21.38 Uhr): Danke, Herr Präsident! Hoher Landtag!

Der Ausschuss für Kontrolle hat in seiner Sitzung am 5. Oktober 2004 über den Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes beraten. Dieser Ausschuss stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes, Einl.-Zahl 1929/1, betreffend das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (21.38 Uhr.)

Präsident: Danke für die Berichterstattung. Wortmeldung des Herrn Abgeordneten List. Herr Abgeordneter List, bitte.

Abg. List (21.38 Uhr): Danke, Herr Präsident! Frau Landesrätin, geschätzte Damen und Herren im Steiermärkischen Landtag!

Zu diesem Tagesordnungspunkt 41 von unserer Seite, den freiheitlichen Abgeordneten, einen Unselbstständigen Entschließungsantrag zum Wirkungsbereich des Landes Steiermark und den land- und forstwirtschaftlichen Schulen, die der Rechnungshof überprüft hat.

Dieser Unselbstständige Entschließungsantrag liegt Ihnen sicherlich vor. Die Begründung ist Ihnen bekannt und ich verlasse mich darauf, dass Sie sich damit auseinander gesetzt haben, deswegen nur der Antragstext.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, über die Umsetzung folgender Empfehlungen –
Erstens: Den Schülern der land- und forstwirtschaftlichen Schulen wären mehr Möglichkeiten und stärkere Anreize als bisher zu bieten, die begonnene Berufsausbildung abzuschließen.

Zweitens: Die berufsbildenden Pflichtschulen und die land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen wären gemeinsam zu verwalten, um die vorhandenen Ressourcen wirkungsvoller zu nutzen.

Drittens: Die bisherigen Fachrichtungen Land-, Forst- und Hauswirtschaft sollten in einem neuen Schultyp „Fachschule für Land- und Ernährungswirtschaft“ verbunden werden.

Viertens: Die Ausbildung von Facharbeitern sollte den land- und forstwirtschaftlichen Fachschulen übertragen werden.

Fünftens: Die bei den Schulen vorhandenen Lehrbetriebe wären auf ihre Zweckmäßigkeit zu prüfen.

– innerhalb von drei Monaten dem Steiermärkischen Landtag zu berichten.

Uns interessiert, ob an die Umsetzung gedacht wird, in welcher Form umgesetzt wird und was in Zukunft beabsichtigt ist. Ich ersuche um Annahme dieses Antrages. (Beifall bei der FPÖ. – 21.40 Uhr.)

Präsident: Danke. Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Bacher bitte, danach bitte Hagenauer. Herr Abgeordneter Bacher bitte.

Abg. Bacher (21.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bedanke mich übrigens für die Wortmeldung. Ich möchte ein paar Sätze zu dem Rechnungshofbericht sagen, den wir im Ausschuss sehr ausführlich diskutiert haben. Ich möchte auch schauen, dass wir zu einer gewissen Sachlichkeit zurückkommen, Herr Landesrat. Ein paar Dinge möchte ich erwähnen, bevor ich unseren Entschließungsantrag einbringe. Es war natürlich eine sehr spannende Diskussion und du warst ja streckenweise dabei im Ausschuss und ich habe mir auch euren Entschließungsantrag angeschaut, den Sie, glaube ich, Frau Kollegin Lackner, einbringen werden. Ich weiß nicht, ob das richtig ist.

Wir haben sehr ausführlich im Ausschuss, zumindest wurde vom Bundesrechnungshof sehr ausführlich repliziert auf die Wortmeldungen und es war auch interessant, dass auch das Stiegenhaus ein Thema war im Zusammenhang mit dem Bauteil, der geprüft wurde und es wurde auch klar gesagt, dass vom LKH-West eigentlich nur ein ganz geringer Teil vom Bundesrechnungshof angeschaut wurde und dass dieses Stiegenhaus aus irgendwelchen Gründen einfach nicht gebaut wurde.

Und ich lese jetzt in Ihrem Entschließungsantrag, dass das eigentlich abgestimmt war mit dem Brandschutzkonzept und dergleichen mehr. Daran kann ich mich in der Diskussion im Ausschuss nicht erinnern. Vielleicht kann man diese Information einmal nachliefern. Also, ich habe nur diese Information vom Bundesrechnungshof bei mir. Kurt Gennaro, du warst ja dabei, wir haben sehr heftig darüber diskutiert.

Zweiter Punkt: Im Zusammenhang mit der Statik – das war auch ein Thema und ist drinnen auch ein Thema –, da wundere ich mich sehr, weil nach meinen Informationen überlegt die KAGES-Führung, den Statiker zu klagen.

Ich bitte auch aufzupassen, wenn man in einen Antrag reinschreibt, eigentlich ist das eh alles rechtens, weil wir wollten eh nur in Leichtbauweise draufbauen. Faktum war, dass wir ursprünglich ein zweigeschoßiges Krankenhaus bauen wollten, dass das aber nicht gebaut wurde und dass die Statik leider das nicht vorgesehen hat.

Frau Kollegin Lackner, ich bitte, sich das auch zu überlegen, weil Sie schreiben, dass der KAGES auf Grund der Statik bis dato kein finanzieller Schaden erwachsen ist, weil die Aufstockung in Leichtbauweise erfolgt. Also, ich weiß nicht, ob Sie da dem Vorstand etwas Gutes tun, wenn Sie sagen, die KAGES hat eh keinen Schaden, das öffentlich machen und in Wahrheit will der Vorstand die Statiker klagen – in der Größenordnung von 3 Millionen Euro, höre ich. Höre ich, Herr Landesrat. Also, da bitte ich, auch vorsichtig zu sein.

Bei den Abrechnungswegen – und ich versuche jetzt wirklich, sachlich zu sein, man könnte vieles dazusagen –, auch im Zusammenhang mit den 326.000 Euro, die als Überzahlung quasi jetzt nicht abgerechnet wurden. (Landesrat Mag. Erlitz: „400.000!“) 326.000 Euro, ein bisschen mehr. Aber diese 326.000 Euro wurden bis jetzt auch noch nicht anerkannt. Auch da ist das noch offen. Wir wissen noch nicht, was herauskommt.

Ich sage nur, es hat in dem Zusammenhang auch die Diskussion gegeben über die 728.000 Euro im Arzneimittelbereich. Nicht 758.000 Euro, sondern 728.000 Euro, Frau Doktor. Ich sage nur dazu, ich war dabei und ich weiß nicht, ob du später gekommen bist, auf jeden Fall haben wir sehr heftig diskutiert. Das, was wir kritisieren, Herr Landesrat – (Unverständlicher Zwischenruf.)

Hast ja Recht, das war der Punkt. Das, was das Problem dabei war, ist, dass das dort unwidersprochen geblieben ist, was Gomsi leider dort gesagt hat – es ist eine vernachlässigbare Größe. Ich sage es nur. Das heißt, das kann man natürlich nicht sagen, weil 728.000 Euro, Kurt, sind 10 Millionen Schilling. Um das können wir jahrelang die Kinderbetreuung in der Steiermark finanzieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Das muss man ehrlich sagen. Und da darf man nicht so zimperlich sein, wenn man das kritisiert. Und wir haben nicht gelogen, sondern wir haben gesagt, bitte, diese 728.000 sind unwidersprochen geblieben. Das ist der Punkt. (Abg. Kröpfl: „Die Presseaussendung ist falsch!“)

Wir haben in der Presseaussendung geschrieben, du hast sie vorliegen. Ich sage es nur, weil ich will das nicht im Raum stehen lassen, dass wir Lügner sind. Mein Klubobmann lügt nie und ich auch nicht. Dass das klar ist! (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Gennaro: „Jetzt hast du das erste Mal gelogen“) Nein, du kannst meine Frau fragen, es ist Tatsache.

Darf ich nur sagen, daher auch die Emotion. Ich sage das wirklich auch, ich bitte, das auch zurückzunehmen.

Wir haben geschrieben, also im Zusammenhang mit der Einführung der Betreuung mit den Kindern, bedenklich ist allerdings der verantwortungslose Umgang Erlitz mit Steuermillion. (Landesrat Mag. Erlitz: „Lies die Überschrift oben!“)

Moment einmal.

Während nämlich der Verzicht auf 728.000 Euro laut einem Mitarbeiter der KAGES, vom sozialdemokratischen Landesrat unwidersprochen, eine vernachlässigbare Größe ist, führen die von der SPÖ behaupteten Mehrkosten der beschlossenen Kinderbegleitung in der Höhe von 330.000 Euro zur zusätzlichen Forderung an das Landesbudget. Das ist der Punkt. Diese 728.000 Euro – (Landesrat Mag. Erlitz: „Überschrift!“) Ja, in der Überschrift haben wir das zusammengefasst. (Beifall bei der ÖVP.)

In der Überschrift muss man einfach formulieren, dass das auf den Punkt kommt und daher haben wir das alles (Glockenzeichen des Präsidenten. – Abg. Kröpfl: „Hans Bacher, ich habe für vieles Verständnis, aber bleib bei der Überschrift auch bei der Wahrheit!“)

Ich sage das nur, weil das ist die Wahrheit. Es ist die Wahrheit. (Abg. Kröpfl: „Die Wahrheit!“) Ja, eh, ich habe ja nichts anderes gesagt. Wir haben es nur auf den Punkt gebracht, sage ich. (Abg. Kröpfl: „Wenn du fair bist, dann lies es vor!“ – Präsident: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Bacher, bitte. Wir sind bei Tagesordnungspunkt 41, die Chancen sind groß!“)

Also, ich sage nur noch einmal abschließend, weil wir werden, Herr Landesrat Erlitz, wir wollen ja gemeinsam im Sinne unserer Patientinnen und Patienten in der Steiermark etwas weiterbringen, gemeinsam. (Landesrat Mag. Erlitz: „Ich sicher. Vielleicht ihr auch!“)

Entschuldige, ja, ich auch, oder? (Landesrat Mag. Erlitz: „Aber ich auch!“) Warum nur du? Du kannst nur etwas weiterbringen, wenn die Edlinger-Ploder dir ein Geld gibt, weil ohne das geht nie was bei dir. Es geht sonst nichts, weil die 330.000 Euro gehen auch nicht, wenn du von ihr nicht ein Geld bekommst. Gefragt ist, selber was zusammenbringen, selber einmal sagen, jawohl, das regle ich in meinem Ressort (Beifall bei der ÖVP.), so wie unser Landesrat Schöpfer, so wie die Landesrätin Edlinger-Ploder, wie die Frau Landeshauptmann, wie der Landesrat Schützenhöfer und Landesrat Seitingner. Die müssen alles selber machen. Ihr braucht immer unsere Hilfe.

Wir wollen gemeinsam was machen, gemeinsam für dieses Land und für die Patienten in diesem Land. (Präsident: „Herr Abgeordneter, die Redezeitbegrenzung gilt natürlich für alle. Ich meine nur, damit da kein Zweifel besteht!“) Ich habe noch sechs Minuten. (Präsident: „Ich sage es nur!“)

Ich bin ja nicht einmal weiter als bei der Überschrift. Ich rede noch immer über die Überschrift. (Abg. Kröpfl: „Da siehst du, wie die Zeit vergeht!“) Nein, jetzt auf den Punkt gebracht, ich bitte darum.

Und das war natürlich auch eine Diskussion, im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung, dass diese 330.000 Euro, die natürlich als Forderung wieder an das Land kommen, ja auch nur eine Schätzgröße waren. Da wissen wir interessanterweise nicht, was es tatsächlich kostet.

Weißt, Herr Landesrat, was ich mir erwartet hätte? Dass du gesagt hättest, jawohl, wir machen das, weil das will ich auch – das hast du heute eh gesagt, das ist mein ursächliches Anliegen –, dann schauen wir uns das einmal an, was das tatsächlich kostet und dann reden wir, wie können wir das finanzieren. Das ist der Punkt. Bei dir geht es immer darum, dass man sagt, wir müssen etwas machen – da sind wir uns alle einig –, aber sofort kommt, irgendeiner muss das Geld geben. Das Geld ist nicht ständig vermehrbar. (Landesrat Mag. Erlitz: „Ich habe die finanzielle Verantwortung. Du kannst leicht fordern. Ich muss es verantworten. Das ist der Unterschied!“)

Ja, natürlich hast du die Verantwortung. Und daher hoffe ich, dass das auch funktioniert.

Bei eurem – und jetzt komme ich zum Schluss, Herr Präsident, nur ein paar Sätze noch – Antrag steht dann drinnen, dass das geprüft werden soll – wer das prüft, weiß ich nicht – und in Folge ist bei einer möglichen Gesamtprüfung des Projektes LKH West, Kurt Gennaro, das eine Größenordnung von 74 Millionen Euro umfasst, Vorsorge für die Aufbringung der Kosten zu treffen. Ich weiß nicht, wen ihr da meint, weil wir haben eh einen Landesrechnungshof. Oder wollt ihr jetzt wieder wen anderen haben, der dort prüft? Wir haben einen Landesrechnungshof und der kann das prüfen.

Daher werde ich zu diesem Stück „Prüfung durch den Bundesrechnungshof“ einen Antrag der Abgeordneten Bacher und Dr. Forenbacher einbringen. Ich brauche die Einleitung nicht noch einmal vorlesen. Es ist ein Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof wird aufgefordert, eine Gesamtgebarungsprüfung des Bauprojektes „Neubau LKH West“ durchzuführen. Ich ersuche um Annahme. (Beifall bei der ÖVP. – 21.51 Uhr.)

Präsident: Herr Abgeordneter Hagenauer, bitte.

Abg. Hagenauer (21.52 Uhr): Geschätzter Herr Kollege Bittmann, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Jetzt muss ich mich konzentrieren, damit ich etwas Ernstes zusammenbringe zu später Stunde. Herr Kollege Bacher hat gesagt, wir haben so leidenschaftlich diskutiert. Ich kann mir eine Anmerkung nicht verkneifen, Herr Kollege Bacher. Der Bundesrechnungshof schickt ja immer seine Referenten mit und die Parteien waren aufgerufen, ihre Schwerpunkte in dem Bericht zu nennen, damit der Rechnungshof weiß, wen er schicken soll. Die Grünen waren die Einzigen, die Schwerpunkte genannt haben. (Abg. Bacher: Leidenschaftlich diskutiert habe ich!“)

Die Grünen waren die Einzigen! Leidenschaftlich diskutiert wurde, leidenschaftlich zugehört wurde zum Thema LKH West, weil dann immerhin die Grünen dort einige Fragen gestellt haben. Aber es ist etwas herausgekommen dabei und es ist das Einzige was zählt. Ich fasse mich kurz. Ich war einigermaßen überrascht, das ist ja auch im Ausschuss schon herausgekommen, dass man es nach all den Projekten, die die KAGES schon errichtet hat in der Vergangenheit, sie es nicht geschafft hat, ein Projekt wie das LKH West einigermaßen klaglos über die Bühne zu bringen, sondern in einem derartigen Ausmaß Dinge dort schief gelaufen sind. Das war wirklich überraschend für mich. Viel mehr ist dazu nicht zu sagen. Es ist schon festgestellt worden, dass es sich hier nur um eine stichprobenweise Überprüfung gehandelt hat, das heißt, dass selbstverständlich jetzt festgestellt werden muss, inwieweit die Schäden sich auf das ganze Objekt erstrecken beziehungsweise ob aufklärungswürdige Tatbestände sich auf das ganze Objekt erstrecken. Selbstverständlich wird das der Fall sein, weil wenn man das in einem Teil des Objektes macht, dann macht man das auch in anderen Teilen, insbesondere, wenn dort dieselben konstruktiven Elemente ausgeführt wurden. Mehr ist dazu leider nicht zu sagen.

Die Grünen sind nicht der Meinung, dass man das durch eine hausinterne, wie sie jetzt läuft, Revision oder Überprüfung aufklären kann. Wir sind der Meinung, dass die betreffenden Personen und Stellen befangen sind. Das ist jedenfalls extern zu machen. Wir werden daher dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion natürlich nicht zustimmen. Wir werden jenem der ÖVP zustimmen auf Einsetzung des Landesrechnungshofes beziehungsweise bringen einen eigenen ein, wo wir überzeugt sind, dass es die optimale Vorgangsweise wäre.

Ich stelle daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, das gesamte LKH West im Hinblick auf finanzielle Schäden für die KAGES beziehungsweise das Land Steiermark durch einen externen Gutachter überprüfen zu lassen. Ich bitte um Annahme. Danke! (Beifall bei den Grünen. – 21.56 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Frau Abgeordnete Lackner.

Abg. Mag. Lackner (21.56 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen!

Herr Kollege Bacher hat ganz richtig etwas gesagt, was ich da gerne wiederhole. Er hat gesagt zu Landesrat Erlitz: „Du kannst nur etwas weiterkriegen, wenn du von der Edlinger ein Geld kriegst!“ Und das ist das, was wir eigentlich immer wollen und wo wir eigentlich immer abgeblockt werden.

Das möchte ich in diesem Zusammenhang sagen und in Wirklichkeit werden wir uns den Satz gut merken. Im Übrigen bedanke ich mich für die Sachlichkeit der Wortmeldung von Ihnen und bedanke ich mich für die Sachlichkeit, die Sie anheimgestellt haben und möchte dazu nur noch kurz bemerken, dass Sie bei der eigenen Fraktion am meisten Lacher gehabt haben, als Sie gesagt haben, Sie waren ehrlich und haben das gleich oben so zusammengefasst, was die Zuständigkeit des Landesrates Erlitz ist, betreffend die vernachlässigbare Summe.

Wir sind dafür, dass jeder Euro, der in dieses Projekt investiert wurde, geprüft wird. Wir verwehren uns in keiner Weise dagegen, dass eine Prüfung durch den Landesrechnungshof auch durchgeführt wird, allerdings unterscheiden wir uns nur in der Tatsache – und das geht ja aus unserem Entschließungsantrag hervor –, dass

wir zuerst den Bericht der Innenrevision, die ja zurzeit in der KAGES schon läuft und vom Ferial-Ausschuss in Auftrag gegeben wurde, abwarten. Wenn wir diesen Bericht haben und zur Auffassung kommen, dass der Landesrechnungshof das gesamte Projekte prüfen soll, dann sind wir die Ersten, die sagen, da wird geprüft. Das möchte ich gleich vorausschicken, bevor ich dann einen Entschließungsantrag einbringe. Aber das ist uns ganz wichtig festzuhalten, dass wir uns da in Wirklichkeit nicht sehr unterscheiden und eigentlich ganz nahe beinander sind.

Wir haben heute schon gehört, wo gearbeitet wird, fallen Späne. Ich möchte auch noch dazusagen, dass jede Medaille zwei Seiten hat. Wovon reden wir? Zu dieser späten Stunde zum Tagesordnungspunkt 41, von einem Teil des Projektes LKH 2000, das das größte Krankenhausprojekt ist, das die Steiermark jemals gemacht hat und das hier umgesetzt worden ist. Und es ist das einzige Projekt und es wird es wahrscheinlich auch bleiben müssen, wenn wir den Stand der Verhandlungen zum Finanzausgleich mit einbeziehen. Es wird insofern das letzte so große Projekt bleiben, weil der Bund für dieses Projekt LKH 2000 50 Prozent der Kosten übernommen hat und sich daran beteiligte. Die Gesamtkosten für dieses Projekt, die möchte ich in Erinnerung rufen. 660 Millionen Euro! Es gibt über 100 Projekte, die auch in den nächsten Jahren noch umgesetzt werden oder schon umgesetzt worden sind. Das LKH West, von dem wir heute reden, weist eine Gesamtsumme von 74 Millionen Euro aus. Trotz der Beanstandungen des Rechnungshofes oder gerade deswegen ist es eigentlich auch so, dass zu den Feststellungen und Beanstandungen an dieser Stelle aus unserer Sicht auch einiges entgegenzusetzen und festzuhalten ist.

Erstens, die prognostizierten Kosten – wer den Rechnungshofbericht gelesen hat, weiß das – wurden um 3,79 Prozent unterschritten, das sind konkret 2,8 Millionen Euro, die in das Projekt MAC I, das ist das Projekt der mittelfristigen Adaptierung Chirurgieblock, Abschnitt I, investiert wurden.

Zweitens, trotz fünf Konkursen von beauftragten Firmen, trotz mutwilliger Verzögerung einer Firma, trotz Auftreten eines Bauschadens, trotz zweier unabhängiger Gutachten von Statikern, die beide unzulänglich waren, wie sich dann im Nachhinein herausgestellt hat und trotz massiver Störungen durch Mängel auf Seiten des Generalplaners, der aber zur Zeit der Ausschreibung und Vergabe sehr erfolgreiche Projekte, Referenzprojekte, vorweisen konnte, trotz dieser Widrigkeiten – ich bitte Sie, hören Sie mir da zu – konnten die Termine eingehalten werden und konnte das Projekt LKH West mit 230 Betten zeitgerecht und pünktlich in Betrieb gehen.

Die Empfehlungen des Rechnungshofes betreffend die Bauherren-Aufsicht, die einzurichtende Rechnungsprüfung, die vollständigen Leistungsverzeichnisse wurden von der KAGES aufgegriffen in Form von eigenem Personal, das abgestellt wurde, um die Leistungsverzeichnisse des Generalplaners zusätzlich zu überprüfen und in Form von externen Firmen, die die Abrechnung der örtlichen Bauaufsicht prüfen, also eine Kontrolle der Kontrolle noch einmal eingezogen hat. Wie wir da sitzen oder stehen, wir wissen, dass die KAGES sehr, sehr viel richtig gemacht hat und wir wissen durch Berichte des Landesrechnungshofes um diesen Umstand, wenn es um andere Projekte der KAGES auch geht. Die KAGES war dann auch sehr erfolgreich, wo sie unmittelbar und zu 100 Prozent für alle Leistungen von A bis Z verantwortlich war und ist.

Aber dieser Bund-Land-Vertrag, den wir vorliegen haben zum Projekt LKH 2000, hat andere Vorgaben gemacht.

Für die Bautätigkeiten, die die KAGES durchgeführt hat, gibt es – und das wissen alle hier – nationale und internationale Auszeichnungen. Das soll an dieser Stelle auch gesagt werden. Es gibt für das LKH Hartberg und LKH Bruck Auszeichnungen und es gibt einen internationalen Preis für den Zubau und Umbau der HNO, nämlich den Europa-Nostra-Award.

Ein Wort noch zum Bericht. (Unverständlicher Zwischenruf.)

Trotzdem, sie wurden ermöglicht durch den Planer und den Bauherrn. Das müsste ja nicht der Fall gewesen sein. Das ist ein guter Nebeneffekt und ein Beweis, dass diese Dinge auch angenommen werden. Das ist durchaus auch Sache, es hier zu erwähnen.

Ein Wort noch zum Bericht der Arzneimittelpfahrungen. Auch hier ist die KAGES den Empfehlungen des Rechnungshofes gefolgt, indem sie die Mehraufwände im Zuge dieser klinischen Arzneimittelpfahrungen den Firmen verrechnet. Aber dazusagen muss ich, was die Empörung und die Entrüstung erzeugt hat. Selbst der Bundesrechnungshof, der diese Prüfung vorgenommen hat, war sich nicht sicher, ob diese Leistungen nicht durch den so genannten klinischen Mehraufwand ohnehin schon abgedeckt sind. Das war eine Frage, die erst im Zuge der Prüfung klargestellt werden konnte. Und wie das klar war, hat die KAGES diese Kosten auch von den Firmen eingefordert.

Ich ersuche darum, keinen Skandal zu produzieren, wo es keinen gibt. Immerhin ist dem Unternehmen und damit auch dem Steuerzahler kein finanzieller Schaden entstanden. Und wir wissen auch aus den Diskussionen, dass die KAGES ungerechtfertigt abgerechnete Honorare für Leistungen, die nicht erbracht oder falsch erbracht worden sind, entweder einbehalten hat oder zurückfordert. (Abg. Mag. Drexler: „Das ist das Mindeste!“) Das tut sie auch. Das ist aber bis jetzt noch nicht erwähnt worden. Und das ist meine Aufgabe, das auch klarzustellen. Sie haben es nicht erwähnt, aber wir erwähnen es.

Und bei der KAGES ist keine Wertberichtigung notwendig, so wie zum Beispiel bei der ESTAG, nur weil ein Gebäude in Leichtbauweise aufgestockt wird. Ich ersuche Sie, diesen Umstand auch zur Kenntnis zu nehmen.

Zum Entschließungsantrag der ÖVP darf ich Ihnen sagen, dass wir den unterstützen können, weil unser Entschließungsantrag nicht weit von Ihrem weg ist. Wir plädieren nur dafür, dass zuerst der im Ferial-Ausschuss vorgeschlagene Weg der KAGES durchgeführt und gegangen wird, damit wir einen Bericht da haben. Und wenn wir zur Auffassung kommen, dass eine Gesamtprüfung notwendig ist, werden wir, wie gesagt, die Ersten sein, die dieser Prüfung zustimmen werden.

Wir haben aber einen eigenen Antrag eingebracht, um das klarzustellen, auch das, was bei den einzelnen Projektschritten passiert oder nicht passiert ist. Ich bitte um Zustimmung zu unserem Entschließungsantrag. Wir werden dem der ÖVP zustimmen können. Ich danke Ihnen! (Beifall bei der SPÖ. – 22.05 Uhr.)

Präsident: Vorläufig letzte Wortmeldung Frau Abgeordnete Dietrich.

Abg. Dietrich (22.06 Uhr): Meine geschätzten Damen und Herren!

Ganz kurz, wir werden den Entschließungsantrag der sozialdemokratischen Fraktion nicht unterstützen, weil das übliche Prozedere nicht eingehalten wurde und der Antrag erst heute ausgeteilt wurde.

Ich ersuche darum, dass ab nun die Entschließungsanträge, wie üblich, am Montag bis 17.00 Uhr eingebracht werden. Danke! (22.06 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Lackner nochmals, bitte.

Abg. Mag. Lackner (22.06 Uhr): Bitte um Entschuldigung, ich habe vergessen den Entschließungsantrag in aller Form einzubringen. Ich verlese den Antragstext.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, nach Berichterstattung über die Gebarungsprüfung LKH West an den Aufsichtsrat der KAGES dem Hohen Landtag über das Ergebnis zu berichten und eine allfällige externe Beauftragung zur Überprüfung des Gesamtprojektes neuerlich zu beraten. In Folge ist bei einer möglichen Gesamtprüfung des Projektes, das eine Größenordnung von 74 Millionen Euro umfasst, Vorsorge für die Aufbringung der Kosten zu treffen.

Ich ersuche Sie um Unterstützung und Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 22.07 Uhr.)

Präsident: Danke!

Meine Damen und Herren, jetzt liegt keine Wortmeldung mehr vor.

Jetzt komme ich zur Abstimmung. Achtung, bitte, Aufmerksamkeit ist erbeten.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Gesamtgebarungsprüfung des Bauprojektes Landeskrankenhaus Graz West ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, betreffend LKH West, Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes über das Bundesland Steiermark – Verwaltungsjahr 2003 ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Ich ersuche die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der Grünen, betreffend LKH West ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

42. Antrag, Einl.-Zahl 1982/1, der Abgeordneten Lechner-Sonnek, Hagenauer und Mag. Zitz, betreffend Verlangen auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses „Ortserneuerung-Sonderförderung“.

Gemäß Paragraph 16 Abs. 2 GeoLT hat der Landtag in Angelegenheiten des selbstständigen Wirkungsbereiches des Landes Anträge auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses, ohne Zuweisung an einen Ausschuss zu beraten und zu beschließen.

Der vorliegende Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Zur Klärung der Geschäftsführung der Landesregierung im Zusammenhang mit der Vergabe von Mitteln im Bereich der „Ortserneuerung-Sonderförderung“ wird ein Untersuchungs-Ausschuss, bestehend aus den im Landtag vertretenen Parteien im Verhältnis vier zu drei zu eins eingesetzt.

Eine Berichterstattung gibt es nicht. Gemeldet hat sich dazu die Frau Abgeordnete Dietrich. Bitte sehr!

Abg. Dietrich (22.10 Uhr): Hohes Haus, meine geschätzten Damen und Herren!

Nachdem es uns anders geht als den Kollegen von der grünen Fraktion, wir nämlich nicht den Rohbericht zur Ortserneuerung vom Landesrechnungshof haben, können wir uns auch noch kein ausreichendes Bild machen.

Aus diesem Grund bringe ich auch jetzt den Unselbstständigen Entschließungsantrag ein, damit wir ordentliche Unterlagen haben, auf Grund dieser wir dann entscheiden können.

Ich sage Ihnen jetzt auch von dieser Stelle, sollte es wirklich so sein, dass Mittel nicht zweckgerecht verwendet wurden, werden wir nicht anstehen, ebenfalls einen Untersuchungs-Ausschuss einzufordern.

Ich stelle den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Stellungnahme zum Rohbericht des Landesrechnungshofes, betreffend Überprüfung der Ortserneuerungsmittel, umgehend abzugeben, damit der Landesrechnungshofbericht den Endbericht möglichst rasch dem Landtag zuleiten kann. (Beifall bei der FPÖ. – 22.11 Uhr.)

Präsident: Nächste Wortmeldung Herr Abgeordneter Kurt Tasch. Herr Abgeordneter, bitte.

Abg. Tasch (22.11 Uhr): Werter Herr Landesrat, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich habe mich einmal da hergestellt, dass ihr mich seht, laut reden tue ich, damit ihr mich versteht und kurz halten tue ich mich, dass ihr mich mögt. Ich möchte ganz klar und mit aller Deutlichkeit zur Ortserneuerung sagen, dass die Ortserneuerung vor allem in den ländlichen Gemeinden enorm unterstützt und geholfen hat. Wenn es also eine Sportförderung gewesen ist, also für einen Sportplatz, dann hat es für die Bevölkerung noch mehr gebracht, weil Bewegung ist heute für die Jugend das Wichtigste. Bewegung ist Erziehung und es heißt, dass ein fitter Körper auch einen fitten Geist praktiziert. Das ist in der heutigen Zeit, wo Alkohol und Drogen für die Jugend ganz gefährlich sind, am allerwichtigsten.

Wenn ich euch noch ganz kurz sagen darf, ich bin zwölf Jahre Gemeinderat, acht Jahre war ich Vize und im 17. Jahr bin ich Bürgermeister und durch die Kanalisierungen – für acht Ortschaften haben wir zehn Jahre kanalisiert – in jeder Ortschaft eine Ortserneuerung gemacht. Unsere Gemeinde hat bei der Volkszählung sehr große Zuwachsraten gehabt und wir fühlen uns wohler, attraktiver und die Ortschaften sind schöner. Die Gemeinde ist also für die Bürger lebenswerter und vor allem für die Gäste noch schöner und attraktiver geworden. Wir haben in Pürgg den Ortsbildpreis 2000 für die Steiermark gewonnen und da sind wir äußerst stolz darauf. Ich glaube, gerade solche Bedarfszuweisungen der Ortserneuerung und der Sonderförderung sind für die ländlichen Gemeinden am allerwichtigsten und ganz entscheidend.

Ich verstehe also hier die grüne Fraktion nicht, dass sie dies anprangert. Es gibt niemanden außer den Bürgermeistern, die die Gelder so verwenden, dass es für die Bevölkerung erstrebenswerter ist, dass für die Bevölkerung Verbesserungen gemacht werden und dass es für die Bevölkerung liebenswerter wird. In dem Sinne werden wir auch weiter die Ortserneuerungsbeiträge dazu verwenden, um es noch schöner in unserem Gemeindegebiet werden zu lassen.

Ich möchte auch eines ganz deutlich sagen. Wir haben ein Wegenetz in unseren Gemeinden von 50 Kilometern. Wir haben viele Bergdörfer und hier sind die wahren Bäuerinnen und Bauern, die die Landschaft schützen und die Landschaft sauber halten. Es sind sicherlich nicht die Grünen, die die Landschaft sauber halten, sondern unsere Bäuerinnen und Bauern, und zwar in einer Art, wie sie kaum anders besser sein könnte.

In diesem Sinne möchte ich sagen, es ist einfach ganz klar, dass die Ortserneuerung einer der wichtigsten Faktoren für unsere Gemeinden ist. Die Ortschaften so schön zu erhalten, dass die Leute begeistert sind. Ich habe erst vor kurzem in Pürgg Gäste getroffen, die schon 40 Jahre nach Pürgg kommen und gesagt haben „Herr Tasch, Pürgg war immer schon ein Kleinod von Österreich und von Peter Rosegger genannt das Kripperl von Steiermark, aber so schön wie jetzt war es noch nie!“ Ich glaube, das ist etwas, was sich ein Bürgermeister nur wünschen kann und ich danke der Frau Landeshauptmann für die großzügige Unterstützung für Ortserneuerungen, aber auch für Sportplätze. Das ist ein ganz wichtiger Punkt, um die Jugend dorthin zu bringen, um sie nicht alleine zu lassen, sondern sie zum Sport zu bewegen. Es sind auch diejenigen, die bei der Musik sind, bei der Feuerwehr sind und beim Sportverein sind, viel weniger gefährdet. In diesem Sinne wünsche ich auch in Zukunft alles Gute.

Ich muss sagen, Reden, die nicht in die Tiefe gehen, ziehen sich meistens in die Länge und daher komme ich zum Schluss. Danke für das Zuhören! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 22.16 Uhr.)

Präsident: Damit, meine Damen und Herren, komme ich jetzt zur Abstimmung.

Wenn Sie dem Antrag auf Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses Ihre Zustimmung geben, dann ersuche ich Sie nunmehr um ein Handzeichen.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden, er bleibt in der Minderheit.

Die Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der FPÖ, jetzt betone ich wieder Freiheitliche Partei, betreffend Vorlage des Endberichtes des Landesrechnungshofes über die Überprüfung der Orts-erneuerungsmittel, ihre Zustimmung geben, ersuche ich nunmehr um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Der Antrag hat eine mehrheitliche Annahme gefunden. Danke!

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Die nächste Sitzung des Landtages wird schriftlich einberufen. Die Sitzung ist beendet. (Ende der Sitzung: 22.17 Uhr.)

